

Deutsche Bank

Jahresbericht 2009

Gestärkt in eine neue Zeit

Leistung aus Leidenschaft



Gestärkt in eine neue Zeit

Die schwere Finanzkrise hat eine Neuorientierung notwendig gemacht. Wie lassen sich systembedrohende Umbrüche künftig vermeiden, wie Gefahren rechtzeitig erkennen? Können wir an den Herausforderungen wachsen? Was ist zu tun?

Die Finanzbranche steht vor großen Gestaltungsaufgaben. Wir müssen Lehren aus den gemachten Erfahrungen ziehen und unser Werteverständnis überdenken. Wirkungsvolle, innovative und praktikable Lösungen müssen formuliert und umgesetzt werden. Ein konsistenter Regulierungsrahmen, eine effektive Aufsicht und eine strenge Risikodisziplin liegen im Interesse aller.

Die Deutsche Bank wird bei diesem Erneuerungsprozess eine aktive und konstruktive Rolle übernehmen. Aus Stärke erwächst Verantwortung – und die übernehmen wir in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen unseren Aktionären, Kunden und Mitarbeitern ein zuverlässiger und leistungsfähiger Partner sein – heute und in Zukunft.

Über unser Jahresthema „Gestärkt in eine neue Zeit“ sprachen wir mit unserem Aktionär Javier Rodríguez Eguía, Bilbao (Seiten 10/11); unserer Kundin Marcela Drehmer, Director of Finance, Braskem, São Paulo (Seiten 24/25); unserer Mitarbeiterin Mary-Vic Tuban, Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd., Manila (Seiten 48/49); und Anthony Heyward, New York (Seiten 54/55).

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2009	2008
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92 €	-7,61 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59 €	-7,61 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	628	504
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	655	504
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,6%	-11,1%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,3%	-16,5%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	15,1%	-17,7%
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ²	57,81 €	52,59 €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	72,0%	134,3%
Personalaufwandsquote ⁴	40,5%	70,6%
Sachaufwandsquote ⁵	31,5%	63,7%
in Mio €		
Erträge insgesamt	27 952	13 613
Risikoversorge im Kreditgeschäft	2 630	1 076
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20 120	18 278
Ergebnis vor Steuern	5 202	-5 741
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4 958	-3 896
in Mrd €		
Bilanzsumme	31.12.2009 1 501	31.12.2008 2 202
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36,6	30,7
Tier-1-Kapitalquote ⁶	12,6%	10,1%
Anzahl		
Niederlassungen	31.12.2009 1 964	31.12.2008 1 950
davon in Deutschland	961	961
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	77 053	80 456
davon in Deutschland	27 321	27 942
Langfristrating		
Moody's Investors Service	31.12.2009 Aa1	31.12.2008 Aa1
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	AA-	AA-

¹ Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2009: 34 016 Mio €; 2008: 34 442 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair-Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2009: minus 884 Mio €; 2008: 619 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2009: 287 Mio €; 2008: 1 743 Mio €).

² Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

³ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁴ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁵ Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁶ Die Tier-1-Kapitalquote enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Die Deutsche Bank-Aktie

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2009

Gesamtrendite (Total Return) ¹ im Jahresverlauf	79,4%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra)	5,8%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag ²	7,6 Mio Aktien
Aktienkurs höchst	58,29 €
Aktienkurs tiefst	15,38 €
Dividende je Aktie (für 2009 vorgeschlagen)	0,75 €

Per 31.12.2009

Ausgegebene Aktien	620859015
Ausstehende Aktien	620175320
Grundkapital	1589399078,40 €
Marktkapitalisierung	30,68 Mrd €
Aktienkurs ³	49,42 €
Gewicht im DAX	5,8%
Gewicht im Dow Jones STOXX 50	1,2%

Wertpapierkennung

Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹ Auf der Basis von Xetra

² Orderbuchstatistik (Xetra)

³ Xetra-Schlusskurs

	Brief des Vorstandsvorsitzenden	02
	Group Executive Committee	08
01	Der Deutsche Bank-Konzern	
	Unternehmensprofil und Überblick	13
	Corporate Governance	17
	Im Interesse unserer Partner	19
02	Zielgruppen	
	Aktionäre	
	Stark erholter Aktienkurs	27
	Kunden	
	Corporate and Investment Bank	31
	Private Clients and Asset Management	36
	Corporate Investments	41
	Corporate Center	42
	Mitarbeiter	
	Kultur der Vielfalt	43
	Gesellschaft	
	Soziales Kapital schaffen	46
03	Konzernabschluss	
	Gewinn-und-Verlust-Rechnung	51
	Bilanz	52
	Kapitalflussrechnung	53
04	Weitere Informationen	
	Bericht des Aufsichtsrats	57
	Aufsichtsrat	64
	Der Konzern im Vierjahresvergleich	66
	Glossar	67
	Impressum/Publikationen	71

Als größte Effizienz- und Kostensenker,

das Jahr 2009 war für die Deutsche Bank in zweifacher Hinsicht sehr erfolgreich. Zum einen ist uns beim Ergebnis nach den außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen des Vorjahres eine klare Wende gelungen, zum anderen haben wir strategisch eine solide Basis gelegt, um auch nach der Krise weiter profitabel zu wachsen.

Nach den extrem heftigen Turbulenzen im Schlussquartal 2008 konnte sich die Weltwirtschaft 2009 wieder stabilisieren. Während die internationalen Finanzmärkte im ersten Quartal noch von hohen Volatilitäten, Geschäftsvolumina und Margen geprägt waren, hat sich die Lage im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich normalisiert. In den Industrieländern zeigten sich erste Anzeichen einer Erholung und viele Schwellenländer, vor allem in Asien, kehrten zu höheren Wachstumsraten zurück. Dies führte weltweit zu einer markanten Belebung der Aktienmärkte. Dennoch blieb das ökonomische Umfeld in den Industrieländern 2009 anfällig – bei vielfach hoher Arbeitslosigkeit und anhaltender Abhängigkeit von staatlichen Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise.

Vor diesem Hintergrund demonstrieren die Ergebnisse der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, wie erfolgreich unsere Anpassungsmaßnahmen waren. Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf 5,2 Mrd € nach einem Verlust vor Steuern von 5,7 Mrd € im Jahr 2008. Nach Steuern betrug das Ergebnis 2009 5,0 Mrd € oder 7,59 € je Aktie (verwässert) gegenüber einem Verlust von 3,9 Mrd € oder 7,61 € je Aktie (verwässert) ein Jahr zuvor. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gemäß unserer Zielgrößendefinition erreichte 15%. Dies alles, obwohl wir beträchtliche Wertberichtigungen und Handelsverluste aus von der Krise betroffenen Altbeständen verkraften mussten. Und: Wir haben aus weniger mehr gemacht! Denn trotz deutlich reduzierter Bilanzsumme und weniger risikogewichteten Aktiva konnten wir eine ansehnliche Rentabilität erzielen. Dadurch waren wir imstande, unsere Kapitalbasis zu stärken. Unsere Tier-1-Kapitalquote stieg im Jahresverlauf von 10,1% auf 12,6%; das ist der höchste Stand seit Einführung der Baseler Eigenkapitalstandards. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote, in der



Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands und des
Group Executive Committee

hybride Bestandteile nicht berücksichtigt werden, nahm von 7,0 % auf 8,7 % zu. Zudem haben wir unsere Leverage Ratio – das Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital – gemäß Zielgrößendefinition zum Jahresende auf 23 gesenkt, gegenüber einem Stand von 28 vor Jahresfrist und einem bisherigen Höchstwert von 37. Ende 2009 stand die Deutsche Bank im Hinblick auf die drei zentralen Größen Rentabilität, Kapitalstärke und Risikoprofil wesentlich besser da als ein Jahr zuvor. Mit einem Kursanstieg von 78 % hat unsere Aktie 2009 den DAX-Index (+ 24 %) und den STOXX-Bankenindex (+ 47 %) weit übertroffen.

Der diesjährigen Hauptversammlung am 27. Mai schlagen Vorstand und Aufsichtsrat eine Dividende in Höhe von 0,75 € pro Aktie vor, ein Zuwachs von 0,25 € gegenüber der Ausschüttung des Vorjahres. Wir wollen damit unser Vertrauen in die Zukunft ausdrücken, vor allem aber unsere feste Überzeugung, dass wir im aktuellen Umfeld die Interessen unserer Aktionäre am besten dadurch wahren, dass wir unsere Kapitalbasis weiter stärken.

Im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) erwirtschafteten wir 2009 einen Gewinn vor Steuern von 4,3 Mrd € nach einem Verlust 2008 von 7,4 Mrd €. Unser Investment Banking Corporate Banking & Securities konnte einen Gewinn vor Steuern von 3,5 Mrd € ausweisen nach einem Verlust vor Steuern 2008 von 8,5 Mrd €. In dem Ergebnis spiegelt sich neben günstigen Marktbedingungen in der ersten Jahreshälfte auch die erfolgreiche Neuausrichtung unserer Vertriebs- und Handelsaktivitäten zugunsten des Geschäfts mit liquiden sowie marktgängigen Finanzprodukten wider. Sowohl im Handel mit Devisen als auch mit Zinsprodukten und mit Geldmarktinstrumenten lagen die Ergebnisse über Vorkrisenniveau. In aussichtsreichen Wachstumsfeldern wie im Handel mit Rohstoffen und Anleihen von Schwellenländern wurden neue Höchstwerte erzielt. Auch in unserem Aktienderivategeschäft zeigte die Neustrukturierung erste Erfolge. Im wichtigen US-Geschäft konnten wir sowohl bei Aktien als auch bei Anleihen Marktanteile gewinnen. Gleichzeitig haben wir die Risiken gesenkt: Die Bilanzsumme, die risikogewichteten Aktiva und das Standardrisikomaß Value at Risk wurden gegenüber ihren jeweiligen

Höchstständen stark reduziert. Außerdem sind die Eigenhandelsaktivitäten entweder erheblich vermindert oder ganz eingestellt worden. Unser Geschäftsbereich Corporate Finance wurde weiterhin durch eine krisenbedingt niedrige Marktaktivität belastet. Der Gewinn vor Steuern von 776 Mio € im Unternehmensbereich Global Transaction Banking fiel beträchtlich unter seinen Rekordwert von 2008 als Folge historisch niedriger Zinsen und von Aktienbewertungen unter Vorkrisenniveau.

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) erwirtschaftete 2009 einen Vorsteuergewinn von 660 Mio € nach 420 Mio € im Jahr zuvor. Dieses Ergebnis bringt vor allem die Wende im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zum Ausdruck, der 2009 mit einem Gewinn vor Steuern von 202 Mio € abschließen konnte, während es im vorangegangenen Jahr noch einen Verlust vor Steuern von 525 Mio € gegeben hatte. Ursächlich für den Umschwung war in erster Linie, dass bestimmte Belastungen aus 2008 im Berichtsjahr entfielen und die Kosten erheblich gesenkt wurden. Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management verbuchte 2009 Nettomittelzuflüsse von 16 Mrd € nach Abflüssen von 13 Mrd € im Jahr zuvor. Im Unternehmensbereich Private & Business Clients fiel der Gewinn mit 458 Mio € deutlich niedriger aus als 2008. Zu dem Rückgang haben insbesondere hohe Abfindungen wegen eines Effizienzsteigerungsprogramms sowie gesunkene Wertpapierprovisionen infolge der Zurückhaltung vieler Kunden beigetragen.

2009 war auch ein wichtiges Jahr für die Weiterentwicklung unserer Strategie. Wir haben detailliert festgelegt, wie wir unser relativ gutes Abschneiden in der Krise in langfristig profitables Wachstum für unsere Aktionäre umwandeln können. Im Dezember haben wir auf einem Investorentag in Frankfurt am Main die vierte Phase unserer Managementagenda vorgestellt, die bis zum Jahresende 2011 läuft. Darin kommt zum Ausdruck, dass wir unter gewissen Annahmen, die wir auf dem Investorentag erläutert haben, im Jahr 2011 einen Vorsteuergewinn aus unserem operativen Geschäft von 10 Mrd € für möglich

halten – bei einer Tier-1-Kapitalquote von 10% und einer Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition von 25. Unser strategisches Ziel steht fest: Wir wollen eine weltweit führende Investmentbank sein, die zugleich im Privatkundengeschäft auf dem Heimatmarkt die eindeutige Nummer eins ist und einen starken Wachstumsmotor in Asien hat. Vier Prioritäten haben wir dazu formuliert:

Erstens: die Profitabilität von CIB bei weiterhin strenger Risiko- und Bilanzdisziplin zu erhöhen. In der Krise haben wir unsere Position unter den führenden globalen Investmentbanken gefestigt. 2009 haben wir wieder einen beträchtlichen Gewinn bei gleichzeitig deutlich verbessertem Risikoprofil erwirtschaftet. Darauf können wir aufbauen. Den Faktoren Risiko, Bilanzhebel (Leverage) und Kapital wird künftig eine zentrale Bedeutung zukommen, da Regierungen und Aufsichtsbehörden weltweit bestrebt sind, das Finanzsystem stabiler zu machen. Dem trägt unsere Strategie in vollem Umfang Rechnung.

Zweitens: Fokussierung auf unsere Kerngeschäftsfelder in PCAM sowie die Marktführerschaft in Deutschland. Durch unsere Beteiligung an der Deutschen Postbank mit der Option zur Übernahme der Mehrheit können wir im deutschen Privatkundengeschäft die klare Nummer eins werden. 2009 haben wir unsere strategische Kooperation mit der Deutschen Postbank begonnen; die Ergebnisse übertreffen unsere Erwartungen. Im Oktober haben wir außerdem den Kauf des traditionsreichen privaten Vermögensverwalters Sal. Oppenheim vereinbart. Mit dieser Transaktion werden wir in unserem deutschen Heimatmarkt die eindeutige Führungsposition bei der Betreuung vermögender Kunden sicherstellen. Weltweit haben wir darüber hinaus unseren Geschäftsbereich Asset Management konsequent auf die Kernaktivitäten ausgerichtet und so erhebliche Kosten eingespart.

Drittens: Konzentration auf Asien als eine treibende Kraft für unser Ertragswachstum. Im Verlauf der Krise haben sich die asiatischen Länder als zunehmend wichtiger Teil der Weltwirtschaft erwiesen. Die Investitionen, die wir

in den vergangenen Jahren in Asien getätigt haben, versetzen uns in die Lage, daraus nun vermehrt Nutzen zu ziehen, zum Beispiel in China. Dort haben wir eine signifikante Minderheitsbeteiligung an der Hua Xia Bank, Chinas zehntgrößter Bank, und halten 30% an Harvest Fund Management, dem größten Joint Venture zwischen einem chinesischen und einem ausländischen Partner im Anlagemanagement. Außerdem können wir mit unserem Joint Venture Zhong De Anleihen emittieren und Unternehmen an die chinesische Börse bringen. Insgesamt möchten wir in den kommenden zwei Jahren unsere Erträge in Asien verdoppeln.

Viertens: Stärkung unserer Leistungskultur. Wir sind dabei, unsere Kostenbasis und unsere Infrastrukturfunktionen zu optimieren. Die Methoden zur Leistungsmessung haben wir deutlich verbessert und noch mehr am Aktionärsinteresse orientiert. Wir werden die Kapitalbeanspruchung weiter verringern, indem wir bei Positionen, die nicht zu unserem Kerngeschäft zählen, aber auch bei Investitionen in Wachstum noch kritischer hinschauen. Ferner haben wir unsere Vergütungsstruktur gezielt auf die nachhaltige Wertschöpfung für unsere Aktionäre ausgerichtet. Die konsequente Vorgehensweise in diesem Bereich wurde in unseren Gesprächen mit den wichtigsten Aufsichtsbehörden bestätigt. Wir legen weiter großen Wert auf eine Vergütung, die es uns im Interesse der Aktionäre erlaubt, die besten Mitarbeiter gewinnen und halten zu können, die aber auch leistungsbezogen, angemessen und verantwortbar ist.

Für die Zukunft sehen wir Chancen und Risiken. Die wirtschaftliche Erholung bleibt labil. Die Arbeitslosigkeit und der Immobilienmarkt in den USA und etlichen europäischen Ländern sind zentrale Herausforderungen, die in diesem Jahr vor uns liegen. Es gibt Fragen zu Staatsfinanzen und Länderrisiken sowie zum richtigen Zeitpunkt für den Ausstieg aus den vielfältigen öffentlichen Stützungsmaßnahmen. Die Deutsche Bank ist gut vorbereitet, diese Schwierigkeiten zu meistern und Chancen zu nutzen. Wir haben unsere Geschäftsaktivitäten schnell und energisch den neuen Gegebenheiten angepasst. Durch

gezielte Investitionen haben wir uns wichtige strategische Spielräume verschafft. Und wir haben unsere Ertragskraft, Kapitalstärke sowie Risikodisziplin unter Beweis gestellt. Unsere Strategie ist klar und wir verfügen über alle notwendigen Mittel, um sie erfolgreich umzusetzen.

Vieles in unserem Umfeld kann sich verändern. Meine Kollegen und ich sind jedoch fest entschlossen, an der Verpflichtung der Deutschen Bank gegenüber allen ihren Stakeholdern nicht zu rütteln. Wir werden uns weiter für die Gesellschaft und die Gemeinschaften, in denen wir tätig sind, engagieren. Dafür haben wir auch in der Krise Geld, Sachverstand und Zeit eingesetzt. Wir sind außerdem nach wie vor davon überzeugt: Auf Dauer kann nur erfolgreich sein, wer seinen Kunden erstklassigen Service bietet. Deshalb werden wir nicht nachlassen, in die Fähigkeiten und die Entwicklung unserer Mitarbeiter zu investieren, die von einer großen Vielfalt sind. Und in unsere Leistungskultur. Für Sie, unsere Aktionäre, werden wir unverändert jede Anstrengung unternehmen, um nachhaltigen Wert zu schaffen. Vielen Dank für Ihre Loyalität und Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender des Vorstands und
des Group Executive Committee

Frankfurt am Main, im März 2010

Group Executive Committee



1
Stefan Krause, geboren 1962
Vorstandsmitglied seit 2008.
Chief Financial Officer, verantwortlich für Finanzen, Steuern, Corporate Insurance, Investor Relations, Revision und Abteilung für Konzernentwicklung (AfK).

7
Dr. Hugo Bänziger, geboren 1956
Vorstandsmitglied seit 2006.
Chief Risk Officer, verantwortlich für Risikomanagement, Recht, Compliance, Unternehmenssicherheit, Treasury und Corporate Governance.

2
Rainer Neske, geboren 1964
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Private & Business Clients.

8
Werner Steinmüller, geboren 1954
Head of Global Transaction Banking.

3
Dr. Josef Ackermann, geboren 1948
Vorstandsmitglied seit 1996.
Vorsitzender des Vorstands und des Group Executive Committee, verantwortlich für Asset and Wealth Management, Corporate Investments, Kommunikation & Gesellschaftliche Verantwortung und Volkswirtschaft.

9
Anshu Jain, geboren 1963
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Global Markets.



4
Hermann-Josef Lamberti, geboren 1956
Vorstandsmitglied seit 1999.
Chief Operating Officer, verantwortlich
für Personal, Informationstechnologie,
Betrieb und Prozessmanagement, Gebäude-
management und Global Sourcing (Zentraler
Einkauf).

10
Michael Cohrs, geboren 1956
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Global Banking.

5
Kevin Parker, geboren 1959
Head of Asset Management.

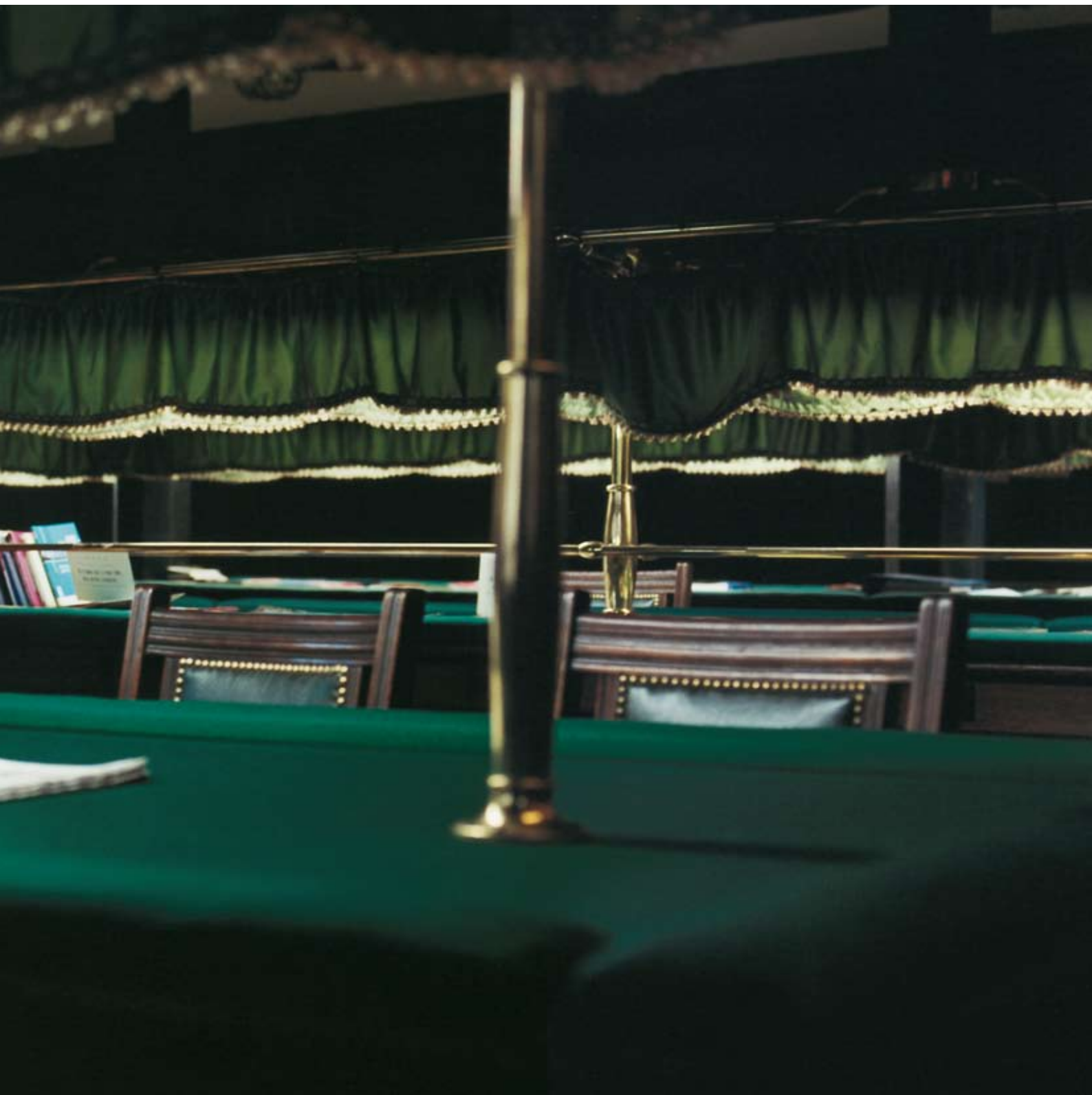
11
Pierre de Weck, geboren 1950
Head of Private Wealth Management.

6
Seth Waugh, geboren 1958
Chief Executive Officer Deutsche Bank
Americas.

12
Jürgen Fitschen, geboren 1948
Vorstandsmitglied seit 2009.
Global Head of Regional Management.
Vorsitzender des Management
Committee Deutschland.

**Mitglieder des Vorstands
der Deutschen Bank AG.**





Ich erinnere mich, dass mein Vater oft zu mir sagte, um erfolgreich zu sein, müsse man Dinge nicht nur gut, sondern immer besser machen. Genau das kann die Deutsche Bank: Sie weiß, was zu tun ist, sie versteht, wie man es besser machen kann, und sie macht es.

Javier Rodríguez Eguía, Bilbao

Der Deutsche Bank-Konzern

01

Gut gerüstet für die Zukunft

Die Deutsche Bank ist eine führende globale Investmentbank mit einem erfolgreichen Privatkundengeschäft und sich gegenseitig verstärkenden Geschäftsfeldern. In der schwersten Finanzkrise seit vielen Jahrzehnten hat unser diversifiziertes Geschäftsmodell seine Stärke und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Wir konnten 2009 unsere Wettbewerbsposition in vielen Märkten ausbauen.

Managementstruktur

Die Aufgaben des Vorstands der Deutschen Bank AG umfassen insbesondere die strategische Steuerung, Zuteilung der Ressourcen, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung sowie das Risikomanagement und die Kontrolle des Konzerns. Der Vorstand nimmt seine Führungs- und Aufsichtsfunktion, in der ihn das Corporate Center und ihm zugeordnete Stabs- und Serviceabteilungen unterstützen, auch über von ihm geleitete funktionale Gremien wahr.

Im April 2009 wurde der Vorstand der Deutschen Bank AG durch vier Vertreter aus den Geschäftsbereichen und dem regionalen Management verstärkt. Der Aufsichtsrat berief die Herren Michael Cohrs, Leitung Global Banking; Jürgen Fitschen, Leitung Regional Management; Anshu Jain, Leitung Global Markets; und Rainer Neske, Leitung Private & Business Clients, in das oberste Leitungsgremium der Bank, das damit aus acht Mitgliedern besteht.

Das Group Executive Committee (GEC), das ebenfalls im April um zwei Personen auf zwölf vergrößert wurde, besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den nicht zum Vorstand gehörenden Leitern der Kerngeschäftsfelder und dem Leiter der Region Americas. Mit den zwei neuen Mitgliedern hat die Bank der Globalisierung des Geschäfts und dem Wachstum des Bereichs Global Transaction Banking Rechnung getragen. In regelmäßigen Sitzungen analysiert das GEC die Entwicklung der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische Fragen und erarbeitet Empfehlungen für den Vorstand. Den Vorsitz im Vorstand und im GEC führt Josef Ackermann.

Funktionale Committees		
Group Executive Committee Vorstand Business Heads/Regional Head		
Corporate and Investment Bank	Corporate Investments	Private Clients and Asset Management
Regionale Committees		

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate and Investment Bank

Im Konzernbereich CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen. Der Konzernbereich CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

Der Unternehmensbereich CB&S besteht aus den beiden Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen (M&A) sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken. Zum Unternehmensbereich GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Cash Management für Unternehmen und Finanzdienstleister, Trade Finance sowie Trust & Securities Services. Corporate Finance und Global Transaction Banking zusammengefasst bezeichnen wir als Global Banking.

Private Clients and Asset Management

Der Konzernbereich PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

Asset and Wealth Management umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). Im Geschäftsbereich AM haben wir das weltweite Fondsgeschäft für Privatkunden unter der Marke DWS Investments zusammengeführt. An institutionelle Kunden einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen bis zu alternativen Anlageformen reicht. Der Geschäftsbereich PWM betreut weltweit vermögende Privatkunden und Familien. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen gehört.

Der Unternehmensbereich PBC richtet sich insbesondere an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellen. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die aufstrebenden asiatischen Märkte China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich Corporate Investments umfasst unsere weltweiten Beteiligungen. Dies sind im Wesentlichen unsere verbliebenen Industriebeteiligungen, übrige Kapitalbeteiligungen sowie sonstige Anlagen einschließlich bestimmter Immobilien- und Kreditengagements, die nicht zu unserem Kerngeschäft gehören.

Unsere Strategie: Managementagenda Phase 4

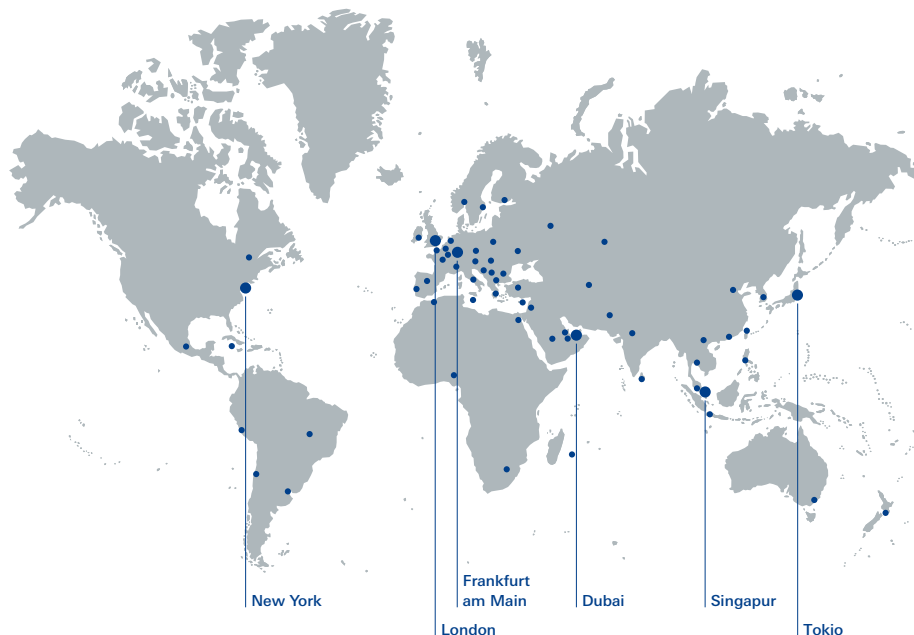
Die Finanzkrise hat die Kapitalmärkte sowie das zugehörige Umfeld zum Teil erheblich verändert. Dieser Herausforderung stellen wir uns. Um die gleichermaßen daraus resultierenden Chancen nutzen zu können, passen wir unsere Strategie an und richten unser Geschäftsmodell dementsprechend aus. Im Dezember 2009 haben wir daher die Phase 4 unserer Managementagenda gestartet. Sie umfasst den Zeitraum bis 2011 und besteht aus den folgenden Kernelementen:

- Verbesserung der Profitabilität und der Ergebnisqualität des Konzernbereichs CIB bei zugleich erhöhter Risiko- und Bilanzdisziplin. In Global Markets werden wir unser weltweites Aktien- und Rohstoffgeschäft sowie unsere elektronische Handelsplattform stärken. In Corporate Finance streben wir eine Position unter den ersten fünf der Welt an. Und in Global Transaction Banking wollen wir den Gewinnbeitrag durch weiteres Wachstum steigern, hauptsächlich aus eigener Kraft, aber selektiv auch durch Akquisitionen wie zum Beispiel von Teilen des Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. in den Niederlanden.
- Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder im Konzernbereich PCAM und unsere Führungsrolle im Heimatmarkt. Im Geschäftsbereich Asset Management werden wir uns vor allem den zentralen Produktgruppen zuwenden und die Effizienz steigern. In den Bereichen Private & Business Clients und Private Wealth Management wollen wir unsere Spitzenstellung im deutschen Heimatmarkt ausbauen und dabei insbesondere auch die Kooperation mit der Deutschen Postbank AG und die Übernahme von Sal. Oppenheim nutzen.

- Fokussierung auf Asien, das sich zu einem treibenden Faktor für das Ertragswachstum der Finanzbranche entwickelt hat. Die Deutsche Bank ist hier bereits in einer hervorragenden Ausgangsposition, um von dieser Dynamik zu profitieren. Wir werden durch weitere Investitionen unser Wachstumspotenzial in Asien vergrößern und den Konzernbereich CIB wie auch den Unternehmensbereich GTB noch wettbewerbsfähiger machen. Gleichzeitig streben wir an, den Umfang unseres Geschäfts im Konzernbereich PWM in der Region zu verdoppeln.
- Neubesinnung auf unsere Leistungskultur. Wir werden darauf achten, die Wirtschaftlichkeit in allen Geschäftsbereichen zu steigern, indem wir die Kostendisziplin erhöhen und unsere Infrastrukturprozesse optimieren. Wir sind dabei, neue Leistungsmaßstäbe einzuführen und unser wertbasiertes Managementsystem fortzuentwickeln, um eine bessere Steuerung der Bank sicherzustellen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir auch in einem komplexeren aufsichtsrechtlichen Umfeld erfolgreich sein können.

Weltweite Präsenz



- Regionale Hauptstandorte
- Hauptstadt des Landes, in dem wir vertreten sind.

Fundament für langfristigen Erfolg

Wirkungsvolle Corporate Governance, die hohen internationalen Standards entspricht, ist Teil unseres Selbstverständnisses. Die wesentlichen Grundlagen sind für uns vor allem das deutsche Aktiengesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex, der zuletzt im Juni 2009 aktualisiert wurde. Da unsere Aktie auch an der New Yorker Börse notiert ist, unterliegen wir zudem den betreffenden US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen und Bestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) sowie der New York Stock Exchange.

Durch unsere Corporate Governance stellen wir eine verantwortungsbewusste sowie leistungsbezogene, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle der Deutschen Bank sicher. Vier Elemente sind dafür kennzeichnend: gute Beziehungen zu den Aktionären, eine effektive Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, ein erfolgsorientiertes Vergütungssystem sowie eine transparente Rechnungslegung und frühzeitige Berichterstattung.

Aktionäre

Die Aktionäre sind per Gesetz an grundlegenden Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, der Verwendung des Bilanzgewinns, der Ermächtigung zur Ausgabe neuer Aktien und wesentlichen Strukturveränderungen beteiligt. Außerdem können sie über die Billigung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder ihr Votum abgeben. Die Deutsche Bank hat nur eine Gattung von Aktien, die je Stück eine Stimme verbriefen. Um unseren Aktionären die Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, setzen wir bei der Hauptversammlung elektronische Medien ein. Insbesondere können Vollmachten und Weisungen an die Stimmrechtsvertreter der Deutschen Bank via Internet erteilt werden.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und kontrolliert die Konzerngesellschaften. Er sorgt dafür, dass die gesetzlichen Bestimmungen und die unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden. Die Mitglieder des Vorstands, die nicht zum Vorstand gehörenden Leiter der Kerngeschäftsfelder sowie der Leiter der Region Americas bilden zusammen das Group Executive Committee (GEC). Dieses Gremium analysiert die Entwicklung der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische Fragen und erarbeitet Empfehlungen für den Vorstand zur abschließenden Entscheidung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand langfristig deren Nachfolge. Grundlegende Entscheidungen, welche die Bank betreffen, benötigen seine Zustimmung. Der Aufsichtsrat legt die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands fest. Er hat neben dem gesetzlich zu bildenden Vermittlungsausschuss einen Präsidial-, einen Prüfungs-, einen Risiko- sowie einen Nominierungsausschuss eingerichtet.

Erfolgsorientierte Vergütung

Die Vergütung unserer Vorstandsmitglieder richtet sich insbesondere nach dem erzielten Ergebnis der Bank, nach dem Verhältnis der Aktienrendite im Zweijahresvergleich zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Wettbewerber, teilweise auch nach Bereichsergebnissen und darüber hinaus nach der individuellen Leistung. Der überwiegende Teil der variablen Vergütungsbestandteile wird aufgeschoben vergütet, ist aber verfallbar und zu einem angemessenen Teil von der nachhaltigen Wertentwicklung der Deutschen Bank abhängig, wobei sowohl negativen als auch positiven Entwicklungen Rechnung getragen wird.

Die Vergütung des Aufsichtsrats besteht aus einer festen und einer auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen jährlichen Komponente sowie einem dividendenabhängigen Bonus. Diese Beträge erhöhen sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in einem Ausschuss des Aufsichtsrats sowie für den Aufsichtsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außerdem Sitzungsgelder und werden in eine von der Deutschen Bank abgeschlossenen Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) einbezogen.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Grundzüge unseres Vergütungssystems sind im Vergütungsbericht veröffentlicht (siehe Finanzbericht 2009, Seite 320 ff.).

Rechnungslegung nach internationalen Standards

Anteilseigner und Öffentlichkeit werden regelmäßig vor allem durch den jährlichen Geschäftsbericht, der den Konzernabschluss enthält, sowie die Zwischenberichte informiert. Unsere Konzernrechnungslegung erfolgt auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit schaffen wir eine hohe Transparenz und internationale Vergleichbarkeit.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 5. Januar 2010 die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz angepasst. Anlass dafür war, dass unsere D&O-Versicherung nunmehr auch einen Selbstbehalt für unsere Aufsichtsratsmitglieder enthält. Damit entsprechen wir den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex ohne Ausnahme.

Unser ausführlicher Corporate-Governance-Bericht beziehungsweise die Erklärung zur Unternehmensführung 2009 sowie weitere Dokumente zur Corporate Governance der Deutschen Bank wie die Geschäftsordnungen für den Vorstand, den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse sind im Internet unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance abrufbar.

Wir überprüfen unsere Corporate Governance kontinuierlich und passen sie gegebenenfalls an. Dabei berücksichtigen wir neue Erfahrungen und gesetzliche Vorgaben sowie weiterentwickelte nationale und internationale Standards.

Mit Mut und Leidenschaft für unsere Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft

2009 hat die Deutsche Bank ihre Stärke in der schwersten Finanzkrise seit vielen Jahrzehnten bewiesen. Davon haben auch unsere Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft profitiert. Allerdings ist die wirtschaftliche Lage weiterhin anfällig und die Belastungen sind keineswegs schon ausgestanden.

Aktionäre	Kunden
Mitarbeiter	Gesellschaft

Aktionäre

Die Wertverluste, die unsere Eigentümer infolge der Krise hinnehmen mussten, haben sich durch die erfreuliche Gewinn- und Kurserholung im Jahr 2009 deutlich reduziert. Wir sichern die Wettbewerbsvorteile, die wir uns erarbeitet haben, indem wir weiter auf Kosteneffizienz und bedarfsgerechte Produkte setzen. Wesentliche Voraussetzungen für unser auf nachhaltigen Erfolg ausgerichtetes Geschäftsmodell sind eine starke Kapitalausstattung sowie ein umfassendes Risikomanagement, das zugleich den Schutz des Vermögens unserer Aktionäre und die Reputation unseres Unternehmens sicherstellt.

Kunden

Unseren Kunden stehen wir als verlässlicher Partner mit bedarfsgerechten Lösungen bei der Bewältigung ihrer individuellen wirtschaftlichen Situation zur Seite – gerade auch in einem schwierigen Umfeld. Wir suchen vermehrt das persönliche Gespräch und erfüllen die Wünsche nach transparenten und verständlichen Bankprodukten. Den Kunden kommen unsere Erfahrungen aus der Bewältigung der Krise unmittelbar zugute. Eine vertrauensvolle und kompetente Beratung sowie die Fähigkeit, durch erstklassigen Service auch hohen Anforderungen optimal zu entsprechen, helfen beiden Seiten: Der Erfolg der Kunden ist unerlässliche Basis und Voraussetzung für unseren eigenen Erfolg.

Mitarbeiter

Es ist maßgeblich dem Sachverstand, dem hohen Engagement und der Leistungskultur unserer Mitarbeiter zu verdanken, dass die Deutsche Bank gestärkt aus der Finanzkrise hervorgeht. Ihre Vielfalt hilft uns, unterschiedliche Kunden, aber auch Risiken und Trends in einer globalisierten Welt schneller und besser zu verstehen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Überwindung von überholten Rollenbildern, die Chancengleichheit im Berufsleben erschweren.

Gesellschaft

Die Deutsche Bank braucht die Akzeptanz der Gesellschaft, als deren integraler Teil sie sich versteht. Wir stellen uns daher, auch im eigenen Interesse, der Verantwortung und wollen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Dies geht über unsere Rolle als Arbeitgeber und Steuerzahler sowie das traditionelle Engagement für soziale und kulturelle Themen hinaus. So vertreten wir zum Beispiel klare eigene Positionen zur globalen Bedrohung durch den Klimawandel, aber auch zur konstruktiven Bewältigung der Finanzkrise.

Aktionäre

Dividende angehoben.

Strukturdaten	2009	2008	2007
Anzahl	586 295	581 938	360 785
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹			
Institutionelle (einschließlich Banken)	74	71	86
Private	26	29	14
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹			
Deutschland	46	55	45
Europäische Union (ohne Deutschland)	31	25	31
Schweiz	6	7	9
USA	16	11	13
Andere	1	2	2

Leistungskennzahlen	2009	2008	2007
Gesamtrendite der Deutschen Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf ²	79,4%	-66,8%	-8,6%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	7,6	9,1	6,1
Dividende (in €) je Aktie für Geschäftsjahr	0,75⁴	0,50	4,50

Besondere Projekte

Kapitalerhöhung	Sachkapitalerhöhung im März in Höhe von 50 Mio Aktien im Zusammenhang mit der Übernahme einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG.
Investorentag	Meeting von Mitgliedern des Vorstands und des Group Executive Committee mit Investoren im Dezember zur Diskussion der neuen Phase der Managementagenda.
Investorenbefragung	Regelmäßige Wahrnehmungsanalysen bei institutionellen Investoren, um die Attraktivität der Deutschen Bank-Aktie als Anlageobjekt zu messen.
Aktionärsbefragung	Bitte an alle Aktionäre in Verbindung mit einem Preisausschreiben um Erlaubnis für den elektronischen Versand der Hauptversammlungsunterlagen.

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Vorschlag für die Hauptversammlung am 27. Mai 2010

Kunden

Starke Kundenverbindungen wichtiger denn je.

Strukturdaten		2009	2008	2007
Anzahl der Kunden (gerundet)				
Corporate and Investment Bank		55 100	53 100	56 900
Private Clients and Asset Management	Private & Business Clients	14 600 000	14 600 000	13 800 000
	Asset and Wealth Management			
	Retail Asset Management ¹ (Deutschland/Luxemburg)	4 150 000	3 410 000	2 926 000
	Institutional Asset Management	2 300	2 300	2 400
	Private Wealth Management ²	78 000 ³	92 000	92 000
Leistungskennzahlen		2009	2008	2007
Corporate and Investment Bank	Euromoney Poll of Polls, Rang ⁴		2	1
	Euromoney Primary Debt Poll, Rang	3	1	2
	Euromoney FX Poll, Rang	1	1	1
	Zahl der:			
	Euromoney Awards for Excellence	15	21	31
	Risk Awards	2	3	–
Private Clients and Asset Management	Auszeichnungen im Asset Management			
	DWS Investments (Gruppensiege) ⁵			
	Deutschland	–	2	2
	Österreich	–	–	1
	Schweiz	–	–	1
	Deutsche Insurance Asset Management ⁶			
	Best Global Insurance Asset Manager	1	1	–
Besondere Projekte				
Corporate and Investment Bank	Joint Venture mit Shanxi Securites Co. im Wertpapiergeschäft in China.			
	Übereinkunft mit Fidelity, die ihren Kunden Zugang zu Erstemissionen und Folgegeschäften der Deutschen Bank verschafft.			
	Eröffnung von Büros in Kiew, Ukraine, und Tianjin, China, für Global Transaction Banking.			
	Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der ehemaligen Dresdner Bank AG.			
Private Clients and Asset Management	Eröffnung eines Private Wealth Management-Büros in St. Moritz, Schweiz.			
	Beginn der Kooperation mit der Deutschen Postbank AG.			
	Start in New York der weltweit ersten Echtzeitanzeige von Treibhausgasen.			

¹Anzahl der Konten

²Anzahl der Kundenbeziehungen ohne Private Client Services (USA)

³Rückgang infolge geänderter Zählweise

⁴2009 nicht durchgeführt

⁵Verliehen von Morningstar und Lipper, 2007: Standard & Poor's

⁶Verliehen von Reactions Magazine

Mitarbeiter

Solider Arbeitgeber in turbulenter Zeit.

Strukturdaten		2009	2008	2007
Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)¹		77 053	80 456	78 291
Bereiche	Private Clients and Asset Management	39,8%	40,2%	39,9%
	Corporate and Investment Bank ²	18,4%	18,7%	21,1%
	Infrastructure/Regional Management	41,8%	41,1%	39,0%
Regionen	Deutschland	35,5%	34,7%	35,5%
	Europa (ohne Deutschland), Nahe Osten und Afrika	28,6%	28,7%	28,1%
	Nord- und Südamerika	14,5%	15,3%	17,2%
	Asiatisch-pazifische Region	21,4%	21,3%	19,2%
	Hochschulabschluss	63,5%	64,0%	64,4%
Qualifikationen ³	Hochschulreife	19,1%	17,3%	17,4%
	Sonstige Schulabschlüsse	17,4%	18,7%	18,2%
	bis 24 Jahre	8,4%	9,9%	10,0%
Alter ³	25–34 Jahre	35,0%	35,5%	35,2%
	35–44 Jahre	32,2%	31,7%	32,3%
	45–54 Jahre	19,0%	17,9%	17,9%
	über 54 Jahre	5,4%	5,0%	4,6%

Leistungskennzahlen		2009	2008	2007
Mitarbeiter-Commitment-Index		77	74	71
Austritte wegen Stellenwechsels		4,8%	7,3%	8,4%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €) ⁴		86	114	115
Berufsausbildung (Aufwendungen in Mio €)		41	41	41

Besondere Projekte

ATLAS-Programm „Accomplished Top Leaders Advancement Strategy“	Initiative des Group Executive Committee unter der Schirmherrschaft von Josef Ackermann, um die Zahl der geeigneten Kandidatinnen für die obere Führungsebene der Bank zu erhöhen.
db worldwide cover	Weltweite Versorgung mit medizinischen Dienstleistungen und Sicherheitservices bei Dienstreisen ins Ausland für alle Mitarbeiter rund um die Uhr.

¹ Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten

² Einschließlich Corporate Investments

³ Anzahl Mitarbeiter (Kopfzahlen)

⁴ Berechnungsgrundlage geändert

Gesellschaft

Soziales Kapital schaffen.

Strukturdaten	2009	2008	2007
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (einschließlich Offshore-Standorten)	72	72	76
Leistungskennzahlen (in Mio €)	2009	2008	2007
Ausgaben der Deutschen Bank für gesellschaftliches Engagement	74,8	75,9	86,2
davon:			
Deutsche Bank Americas Foundation	9,5	8,8	10,0
Deutsche Bank Corporate Social Responsibility UK	4,7	4,3	5,0
Deutsche Bank Asia Foundation	3,7	3,7	2,6
Ausgaben der Stiftungen der Deutschen Bank¹	6,3	6,4	6,6
Deutsche Bank Stiftung	4,9	5,0	5,4
Andere Stiftungen	1,4	1,4	1,2
Gesamt	81,1	82,3	92,8
Besondere Projekte			
Solarenergie	Beteiligung als einer von 13 Partnern an der DII GmbH, die an der Umsetzung des zukunftsweisenden Solarstrom-Projekts „Desertec“ arbeitet.		
Bildungsförderung	Ausbau des Programms „Finanzielle Allgemeinbildung“ in Deutschland (1 000 neue Referenten).		
Mikrofinanzfonds	Platzierung des ersten Mikrofinanzfonds (FINCA Microfinance Fund B.V.) in nachrangigen Schuldtiteln (21,2 Mio US-\$).		
Konzerterlebnis im Internet	Unterstützung der innovativen „Digital Concert Hall“ der Berliner Philharmoniker.		
Theaterprojekt	Playing Shakespeare with Deutsche Bank: Workshops in Schulen, Unterrichtsmaterialien und 10 000 kostenlose Eintrittskarten für Schüler.		

¹ Stiftungen mit eigenem Stiftungskapital





Der hochkompetente Service der Deutschen Bank hat die Geschäftsbeziehungen zwischen der Bank und Braskem gefestigt.

Marcela Drehmer, Director of Finance, Braskem, São Paulo

Zielgruppen

02

Stark erholter Aktienkurs

Die Finanzmärkte waren im Jahresverlauf 2009 von einer deutlichen Aufwärtstendenz geprägt, auf allerdings unsicherem Grund. Nach einem äußerst schwachen Jahresauftakt kam es zur Stabilisierung mit anschließender Erholung. Der deutsche Leitindex DAX beendete das Börsenjahr 2009 mit einem Plus von 23,9% bei 5957 Punkten, der DJ STOXX 50 legte 24% zu. Überdurchschnittlich gestiegen sind die Kurse im Bankensektor, der im vorangegangenen Jahr stark eingebrochen war. Der DJ STOXX Banks verbesserte sich im Berichtsjahr um 46,9%.

Deutsche Bank-Aktie erholt

Der Kurs der Deutschen Bank-Aktie nahm 2009 um 78% auf 49,42€ zu. Das war die zweitbeste Wertentwicklung eines DAX-Unternehmens. Keine andere deutsche Bank und nur wenige europäische Banktitel entwickelten sich besser. Von ihrem Jahrestief am 21. Januar mit 15,38€ erholte sich unsere Aktie und erreichte am 15. Oktober mit 58,29€ das Jahreshoch. Außerdem gingen die hohen täglichen Kursausschläge zurück, da die Nervosität des Marktes nachließ.

Dividende

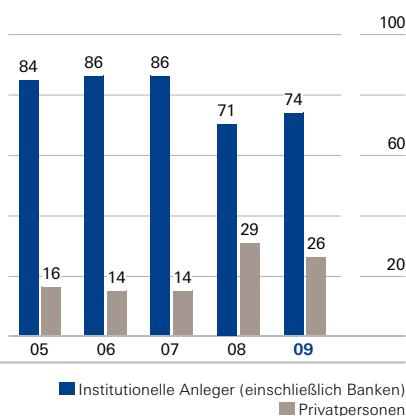
In dem schwierigen Umfeld 2009 erzielte die Deutsche Bank ein gutes Ergebnis. Der Hauptversammlung 2010 schlugen wir eine Dividende von 0,75€ pro Aktie vor. Mit dieser moderaten Erhöhung um 0,25€ räumen wir der Aufstockung unseres Kapitals den Vorrang ein, ohne insbesondere unsere vielen Privataktionäre außer Acht zu lassen.

Verbesserte langfristige Rendite

Trotz der 2009 wieder Tritt fassenden Börsen belastet der gravierende Kurseinbruch des vorangegangenen Jahres nach wie vor die Rendite unserer Aktie. Wer zu Beginn des Jahres 1980 für umgerechnet 10000€ Deutsche Bank-Aktien erworben, die Bardividende zum Kauf neuer Aktien eingesetzt und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung zusätzlicher Mittel beteiligt hatte, besaß Ende 2009 ein Depot im Wert von 90208€. Dies entspricht einer Durchschnittsrendite von 7,6% pro Jahr. Damit entwickelte sich unsere Aktie auf lange Sicht etwas schlechter als der DAX, der im gleichen Zeitraum ein jährliches Plus von 8,6% aufwies.

Leicht veränderte Aktionärsstruktur

In % des Grundkapitals zum Jahresende



Gestiegene Marktkapitalisierung

Der Börsenumsatz unserer Aktie im Xetra-Handel weitete sich im Berichtsjahr um gut 60 Mrd € auf 191 Mrd € aus. Damit belegten wir erstmalig Rang eins unter den DAX-Titeln. Dieses Ergebnis resultiert aus den Kursgewinnen, die den zahlenmäßigen Rückgang der Käufe und Verkäufe weit überkompensierten.

Unser Grundkapital bestand Ende 2009 aus 620859015 Stückaktien; das waren 50 Mio mehr als Ende 2008. Die Zunahme reflektiert die Sachkapitalerhöhung, die wir für die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG im Frühjahr durchführten. Insbesondere wegen des stark verbesserten Jahresschlusskurses der Deutschen Bank-Aktie hat sich die Marktkapitalisierung auf 30,7 Mrd € (2008: 15,9 Mrd €) fast verdoppelt. Der höhere Kurs führte auch zu einem deutlich größeren Gewicht unserer Aktie im DAX (5,8% nach 3,6% im Vorjahr).

An der New Yorker Börse wuchs 2009 der mengenmäßige Umsatz in unserer Aktie um durchschnittlich 48%. Nach mehr als einer Verdreifachung im ersten Halbjahr hat sich die Zahl der Transaktionen in der zweiten Jahreshälfte allerdings wieder vollständig normalisiert.

Ausländische Investoren erhöhen Beteiligung

2009 ist die Zahl unserer Aktionäre zunächst weiter auf einen neuen Höchststand von 630 033 im März gestiegen, bevor sie bis zum Jahresende wieder auf 586 295 zurückging. Im Jahresultimovergleich entspricht das einem leichten Plus von 4 357 Aktionären. Unverändert waren 99% unserer Aktionäre Privatpersonen, die 26% des Grundkapitals (2008: 29%) von 1 589 399 078 € hielten. Der Anteil institutioneller Investoren am Kapital nahm auf 74% zu (2008: 71%). Das lag ausschließlich an ausländischen Käufern, während Institutionelle in Deutschland unsere Aktie per saldo verkauften. Vor allem in den USA stockten institutionelle Anleger (einschließlich Banken) ihre Bestände auf; der US-Anteil erreichte erstmals 16%. Insgesamt ist der Auslandsanteil auf 54% (2008: 45%) gestiegen, dem ein entsprechend auf 46% (2008: 55%) verringerter Inlandsanteil gegenübersteht.

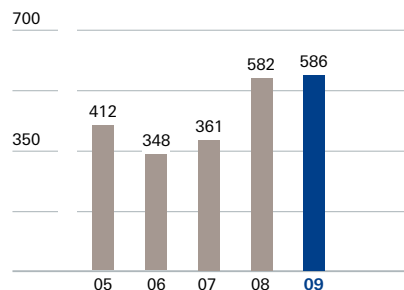
Langfristige Wertentwicklung



Total Return Index, Jahresanfang 1980 = 100, Quartalswerte
 — Deutsche Bank
 — DAX
 Quelle: Datastream

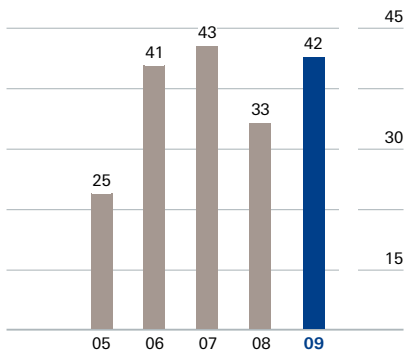
Weiterhin zunehmende Zahl der Aktionäre

In Tausend zum Jahresende



Höhere Präsenz auf der Hauptversammlung

In % des Grundkapitals



Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. Oberhalb der Meldeschwelle von 3% waren uns am 31. Dezember 2009 die AXA S.A., Paris, mit 4,64%, die Credit Suisse Group, Zürich, mit 3,86% sowie BlackRock Inc., New York, mit 4,72% als meldepflichtige Großaktionäre bekannt.

Zunehmendes Interesse an unserer Hauptversammlung

Zu unserer Hauptversammlung am 26. Mai 2009 in Frankfurt am Main kamen 6 700 Aktionäre in die Festhalle: 700 mehr als im Vorjahr – ein neuer Rekord. Dem traditionellen Bericht des Vorstandsvorsitzenden zur Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres folgte ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen Aktionären und Unternehmensleitung über Lage und Perspektiven der Deutschen Bank. Die Hauptversammlung stimmte mit großer Mehrheit den Punkten der Tagesordnung zu. Bei den Abstimmungen war mit 41,94% wesentlich mehr stimmberechtigtes Kapital vertreten als 2008 (33,2%).

Geringe Aktienrückkäufe

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 ermächtigte die Deutsche Bank, eigene Aktien im Umfang von maximal 10% des Stammkapitals bis zum 31. Oktober 2010 zu erwerben. Damit wurde die entsprechende Genehmigung aus dem vorangegangenen Jahr ersetzt. Der Vorstand beschloss im Juli 2009, für die aktienbasierte Vergütung von Mitarbeitern 11,7 Mio Aktien zurückzukaufen. Dazu wurden bis zum 12. August 2009 für 542 Mio € insgesamt 11 672 726 Aktien oder rund 1,9% des Grundkapitals erworben.

Per 31. Dezember 2009 betrug unser Bestand an eigenen Aktien aus Aktienrückkäufen 0,6 Mio Stück. Diese Zahl ergibt sich aus 8,1 Mio Aktien zu Jahresbeginn zuzüglich 11,7 Mio Aktien aus Aktienrückkäufen abzüglich 19,2 Mio Aktien, mit denen Mitarbeiteransprüche aus aktienbasierter Vergütung abgegolten wurden. Wir haben im Berichtsjahr keine Aktien eingezogen.

Insgesamt haben wir von Mitte 2002, dem Start unseres ersten Aktienrückkaufprogramms, bis August 2009 235 Mio Aktien im Wert von 15,3 Mrd € zurückgekauft und 118 Mio Deutsche Bank-Aktien mit einem Wert von 7,2 Mrd € eingezogen.

Kapitalerhöhung für Akquisition

Im März des Berichtsjahres emittierten wir über eine Sachkapitalerhöhung 50 Mio Aktien im Wert von 958 Mio € für die Übernahme einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG von der Deutschen Post AG. Diese hielt infolgedessen bis zur vollständigen Veräußerung Anfang Juli einen Anteil von rund 8% an der Deutschen Bank.

Die Deutsche Bank hat auch 2009 keine staatlichen Unterstützungen in Anspruch genommen. Vielmehr ist es uns aus eigener Kraft gelungen, unsere Tier-1-Kapitalquote um 2,5 Prozentpunkte auf den neuen Höchstwert von 12,6% am Jahresende zu steigern.

Vielfältige Kontakte zu Investoren

Dem angesichts der turbulenten Finanzmärkte hohen Informationsbedarf der Anleger und Finanzanalysten entsprach das Investor-Relations-Team in vielfältiger Weise. In 386 Einzel- oder Gruppengesprächen (2008: 495; 2007: 230) sowie auf 14 internationalen Wertpapierkonferenzen, größtenteils unter Beteiligung von Vorstandsmitgliedern, stellten wir uns der Diskussion mit Investoren. In Analysten- und Telefonkonferenzen informierten wir regelmäßig über den Geschäftsverlauf der Deutschen Bank. Den Informationsaustausch mit Fremdkapitalgebern haben wir ebenso intensiviert wie den Dialog mit jenen Investoren, die ihre Anlageentscheidungen zunehmend an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Im Dezember 2009 luden wir zu einem Investorentag nach Frankfurt am Main ein, auf dem das Group Executive Committee nahezu vollzählig präsent war. Die Veranstaltung, der mehr als 80 internationale Finanzanalysten und institutionelle Anleger vor Ort folgten, wurde in ganzer Länge im Internet übertragen.

Internetnutzung ausgeweitet

Den Fragen und Anregungen unserer Privatanleger werden wir vorrangig über unsere gebührenfreie Aktionärshotline sowie das Internet gerecht. Auf der ständig aktualisierten Homepage der Deutschen Bank kann sich jeder Interessent über das Unternehmen ausführlich informieren sowie interaktiv zum Beispiel den Aktienkurs analysieren und vergleichen. Alle Investor-Relations-Veranstaltungen werden frühzeitig angekündigt und dann vollständig live über das Internet für jedermann zugänglich gemacht. Außerdem diskutieren wir zweimal im Jahr in einem Internetchat die aktuellen Geschäftsergebnisse und die Unternehmensstrategie.

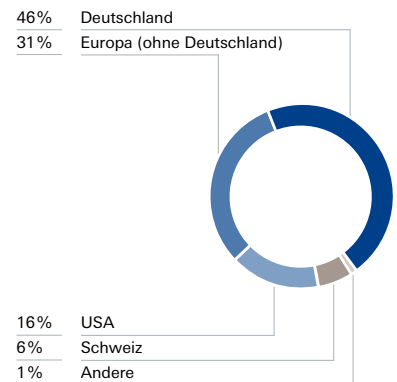
Zur Hauptversammlung 2009 haben wir fast 35 000 Aktionäre papierlos über das Internet eingeladen, rund 14 500 mehr als im Vorjahr. Damit sparen wir Kosten und schonen die Umwelt. Auch die Zahl der Aktionäre, die unseren komfortablen Internetservice nutzen, um online Eintrittskarten zu bestellen oder unserem Stimmrechtsvertreter ihre Vollmacht und Weisungen für die Ausübung des Stimmrechts zu erteilen, hat deutlich auf 12 300 zugenommen.

Ratings 2009 unverändert

Angesichts der gestiegenen Risiken aus der Finanzkrise und der damit einhergehenden Belastungen haben die Ratingagenturen im Berichtsjahr die Bonitätseinschätzungen der Kreditinstitute weltweit überprüft. Die Deutsche Bank blieb 2009 eine von wenigen internationalen Großbanken, deren Langfristratings von Moody's (Aa1), Standard & Poor's (A+) und Fitch (AA-) nicht zurückgestuft wurden.

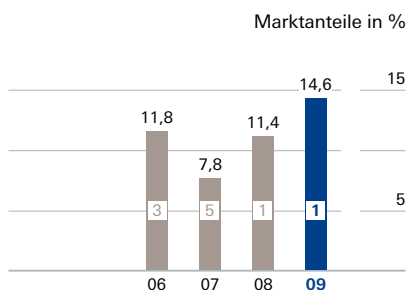
Regionale Verteilung des Grundkapitals

In % zum Jahresende 2009



Auf dem Weg zu neuer Stärke

Global Markets: weiter führend im Geschäft mit Kreditderivaten*



* Marktgängige Kreditausfallderivate für Emittenten mit hoher Bonität
 □ Rang im Wettbewerbsvergleich
 Quelle: Greenwich Associates

Für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) war 2009 ein Jahr, in dem es nach dem drastischen Einbruch im Schlussquartal 2008 wieder deutlich aufwärtsging. Die Erholung ist in erster Linie auf den Verkauf und Handel von Wertpapieren (Sales & Trading) zurückzuführen, dessen Erträge zum Teil wesentlich höher ausfielen als vor der Krise. In wichtigen Regionen und Produktgruppen konnten wir unsere Wettbewerbsposition erheblich verbessern. Das Beratungsgeschäft wurde weiterhin durch eine geringe Marktaktivität beeinträchtigt, während sich das niedrige Zinsniveau in unserem Transaktionsgeschäft negativ auswirkte.

Der Konzernbereich CIB besteht aus den beiden Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking. Corporate Banking & Securities gliedert sich in die Geschäftsbereiche Global Markets und Corporate Finance. Corporate Finance und Global Transaction Banking fassen wir unter dem Begriff Global Banking zusammen.

Corporate Banking & Securities

Der Geschäftsbereich **Global Markets** vereint die Verkaufs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten in einem breiten Spektrum von Finanzprodukten. Hierzu gehören Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriefte Forderungen sowie Rohstoffe. Unternehmen und institutionelle Kunden werden von Global Capital Markets und der Institutional Client Group betreut. Global Markets Research analysiert Märkte, Produkte und Handelsstrategien. Für die Emission und Übernahme von Aktien und Schuldtiteln, auch auf syndizierter Basis, ist Global Markets gemeinsam mit Corporate Finance zuständig.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate and Investment Bank¹)

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank schloss 2009 mit einem Gewinn vor Steuern in Höhe von 4,3 Mrd €. Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities wurde 2009 ein Gewinn vor Steuern von 3,5 Mrd € ausgewiesen nach einem Verlust vor Steuern von 8,5 Mrd € im vorangegangenen Jahr. Der Umschwung war hauptsächlich auf ein starkes kundenorientiertes Handelsgeschäft sowie wesentlich niedrigere negative Marktwertanpassungen bei kreditbezogenen Risikopositionen zurückzuführen. Beide Effekte spiegeln die erfolgreiche Neuausrichtung auf das Kundengeschäft und auf liquide marktgängige Produkte wider. Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking musste einen Rückgang im Ergebnis vor Steuern von 1,1 Mrd € 2008 auf 776 Mio € im Jahr 2009 hinnehmen. In dieser Entwicklung kommen vor allem rückläufige Erträge aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, einer gesunkenen Bewertung von Vermögenswerten sowie eines abgeschwächten Einlagenneugeschäfts zum Ausdruck.

in Mio €	2009	2008
Erträge insgesamt	18 804	3 201
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1 816	408
Zinsunabhängige Aufwendungen	12 678	10 213
Ergebnis vor Steuern	4 312	-7 371
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	23	-36
Risikogewichtete Aktiva	203 962	249 744
Aktiva	1 343 824	2 047 181

¹ Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2009 (Lagebericht).

Die massiven und global koordinierten staatlichen Interventionen zu Jahresbeginn 2009 konnten der tiefen Verunsicherung der Anleger entgegenwirken und zu einer Erholung der Marktaktivitäten beitragen. Die Volatilität verringerte sich, die Risikoaufschläge für Anleihen gingen zurück, die Liquidität auf den Märkten nahm zu und die Abhängigkeiten (Korrelationen) zwischen unterschiedlichen Anlagearten begannen sich zu normalisieren. Allerdings konnten die zum Jahresauftakt außergewöhnlich hohen Handels- und Emissionsvolumina sowie Margen in den folgenden Monaten nicht gehalten werden. Außerdem belebten sich die weitgehend brachliegenden Märkte für Wertpapierverbriefungen kaum und die wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Anlageformen blieben anfällig.

Vor diesem Hintergrund hat Global Markets sein Geschäftsmodell angepasst, seine Risikopositionen abgebaut und sein Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital (Leverage Ratio) reduziert. Wir konnten Marktanteile gewinnen und teilweise Rekorderträge erzielen. Bei den Kosten waren harte Einschnitte unvermeidlich. So haben wir die Mitarbeiterzahl gegenüber dem Höchststand um nahezu ein Drittel verkleinert und die Übernahme neuer Risiken sowie die Bilanzsumme mehr als halbiert.

Grundlegend geändert haben wir unser Geschäft mit Kreditprodukten und Aktien, die am stärksten von der Krise betroffen waren. Wir verringerten den Eigenhandel sowie die illiquiden Risikopositionen und konzentrierten uns auf das umsatzstarke Geschäft mit institutionellen Anlegern und kundengerechten Lösungen für Finanzprobleme. Dazu entwickelten wir eine hochmoderne Strukturierungsplattform und intensivierten die Betreuung unserer größten Kunden.

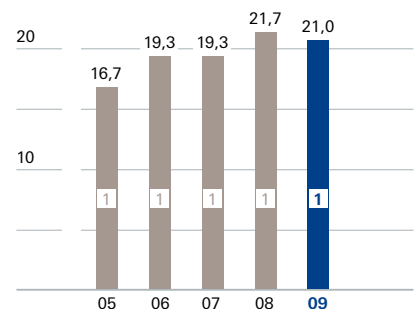
Unsere Umstrukturierungen zahlten sich aus. Wir konnten unsere führende Stellung im Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft behaupten. Im Geschäft mit Rohstoffen und in Schwellenländern sowie im elektronischen Handel waren wir ganz besonders erfolgreich. Insgesamt gelang es Global Markets im neunten Jahr in Folge, sich positiv von fast allen seinen Wettbewerbern abzuheben.

Unser Devisengeschäft leistete erneut einen erheblichen Beitrag zum Gesamtergebnis. Zum fünften Mal nacheinander bestätigte eine Umfrage des renommierten Fachmagazins Euromoney unsere führende Stellung auf diesem Feld. Auch das Geldmarktgeschäft spielte eine wesentliche Rolle für die Erträge, da wir insbesondere in den volatilen Märkten zu Jahresbeginn Chancen nutzen konnten. Für das Zinsgeschäft war 2009 dank unserer Investitionen in kundenorientierte Technik und innovative Dienstleistungen das bislang beste Jahr.

Im Geschäft mit Kreditprodukten erzielten wir gute Erträge und reduzierten gleichzeitig in beträchtlichem Umfang unsere Altbestände. Den Krediteigenhandel haben wir eingestellt und Ressourcen in das Geschäft mit institutionellen Kunden verlagert. Deutlich erholt hat sich das Geschäft mit Schuldtiteln von Schwellenländern, bei dem wir von unserer starken Vertretung vor Ort profitieren konnten.

Global Markets: Spitzenposition im weltweiten Devisenhandel

Marktanteile in %



□ Rang im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Euromoney FX Survey

Auszeichnungen 2009**Euromoney**

„FX Poll – No. 1 FX Bank“

„Best Risk Management House of the Year“

International Financing Review

„Derivatives House of the Year“

„Investment Grade Corporate Bond House

of the Year“

International Financing Review Asia

„Bond House of the Year“

Risk

„Inter Dealer Poll – No. 1 Overall Bank“

Strategische Priorität genießt für uns nach wie vor das Geschäft mit Rohstoffen, das 2009 sehr erfreulich verlief. Unsere Präsenz weiteten wir durch eine neue Niederlassung in Calgary, Kanada, aus. Bei Aktien haben wir Marktanteile im Kassageschäft und mit speziellen Dienstleistungen für Hedgefonds (Prime Brokerage) gewonnen. Die Zeitschrift Global Custodian kürte uns zum zweiten Mal zum World's Best Prime Broker. Im Handel mit Aktienderivaten verlagerten wir den Schwerpunkt auf Produkte, die von institutionellen Anlegern stark nachgefragt werden. Unser deutlich verkleinerter Eigenhandel mit Aktien konnte sein Ergebnis verbessern.

2010 müssen wir in der Finanzbranche mit verschärften Anforderungen der Aufsichtsbehörden rechnen. Volumina und Margen dürften sich eher weiter normalisieren, die bisherigen Belastungen aus dem Abbau von Risikopositionen und aus Handelsverlusten sich nicht wiederholen. Außerdem ergeben sich sehr gute Geschäftschancen, da viele Unternehmen gezwungen sind, ihre Finanzsituation kritisch zu überprüfen und auf eine solide Grundlage zu stellen. Wir sind optimistisch, auch 2010 erfolgreich zu sein.

Zum Geschäftsbereich **Corporate Finance** gehören die Beratung bei Fusionen und Übernahmen (M&A), das Finanzierungsgeschäft mit Eigenkapital (ECM: Equity Capital Markets), mit Fremdkapital (LDCM: Leveraged Debt Capital Markets), von gewerblichen Immobilien (CRE: Commercial Real Estate), Asset Finance & Leasing (AFL) und die globale Kreditvergabe an Unternehmen. Regionale und branchenspezifische Teams stellen sicher, dass unseren Kunden die gesamte Produkt- und Leistungspalette aus einer Hand zur Verfügung steht.

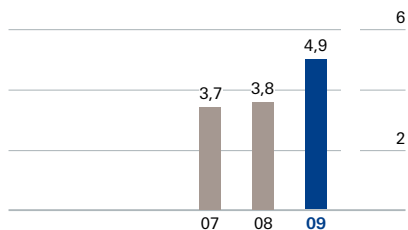
Corporate Finance hat 2009 weiter in wichtige Regionen und Kundensegmente investiert. Dadurch konnten wir Marktpositionen verstärken und Ranglistenplätze gutmachen.

Das M&A-Geschäft ist 2009 eingebrochen. Im vierten Quartal gab es allerdings erste Anzeichen für eine Erholung. In diesem Umfeld haben wir, gemessen am Wert der angekündigten Transaktionen, unsere Stellung unter den ersten fünf in Europa gehalten, in Spanien und Frankreich haben wir sie ausgebaut. In Asien einschließlich Japan konnten wir unsere Position verbessern. Corporate Finance begleitete einige sehr prominente M&A-Transaktionen des Berichtsjahres. Dazu gehörten die Zusammenschlüsse zum weltweit größten Süßwarenhersteller, zum kanadischen Energieunternehmen Nummer eins und die Übernahme eines bekannten Sportwagenproduzenten durch einen großen Automobilkonzern in Deutschland.

ECM hat 2009 seine Wettbewerbsstärke bewiesen und ist in einem freundlicher werdenden Umfeld außerordentlich dynamisch gewachsen. Wir konnten Marktanteile ausweiten und global den neunten Platz behaupten. In der Region Europa, Nahost und Afrika hat die Deutsche Bank zum Beispiel die Eigenkapitalemission mit dem höchsten Volumen durchgeführt. In den USA wuchsen wir stärker als unsere Wettbewerber und verbesserten uns von Rang zehn auf Rang sieben, gemessen am Provisionsaufkommen aus dem ECM-Geschäft. Wir waren an der größten Transaktion mit Wandelanleihen beteiligt und schoben uns auf dem Immobilienmarkt auf Platz drei vor. In Australien belegte ECM 2009 Rang drei. Zugleich war die Deutsche Bank in dieser Region die Nummer eins im Immobilien- und die Nummer drei im Finanzsektor.

**Corporate Finance:
zunehmender Marktanteil
im asiatisch-pazifischen Raum***

Marktanteile in %



*Ohne Japan

Quelle: Dealogic, basierend auf Provisionen

Für LDCM war 2009 ein gutes Jahr. Wir profitierten davon, dass der Markt sich wieder belebte und Unternehmen ihre fällig werdenden Bankverbindlichkeiten zunehmend über hochverzinsliche Anleihen refinanzierten. In diesem Geschäft zählen wir zu den ersten drei Adressen in der Welt und stehen in der Region Europa, Nahost und Afrika auf Platz eins. Trotz der schwierigen Kreditmärkte hat die Deutsche Bank in ausgewählten Fällen bei einem überzeugenden Verhältnis von Risiko zu Ertrag neue Finanzierungszusagen für strategische Transaktionen gemacht. Im lebhaften Markt für gehandelte Kredite waren wir erneut einer der Hauptakteure.

Die Märkte für gewerbliche Immobilienfinanzierungen waren 2009 noch stark durch die Finanzkrise belastet. CRE konzentrierte sich im Berichtsjahr auf den Abbau seiner Kreditengagements, die Steuerung der Marktrisiken sowie in Einzelfällen auf die Modifizierung der Kreditvereinbarungen. Trotz der angespannten Marktbedingungen konnten wir den ersten Pfandbrief der Deutschen Bank erfolgreich in Europa platzieren. In den USA berieten wir das Hypothekenfinanzierungsinstitut Freddie Mac im Zusammenhang mit dessen Kreditverbriefungsprogramm. Außerdem haben wir unsere Marktstellung im Handel von verbrieften gewerblichen Hypothekenkrediten (Commercial Mortgage-backed Securities, CMBS) ausgebaut. Unsere Tochtergesellschaft Deutsche Bank Berkshire Mortgage, die zu den führenden Spezialdienstleistern für die Emission und Verwaltung von Wohnungsbaufinanzierungen gehört, konnte kräftig zulegen und ein erfreuliches Ergebnis erzielen. Unsere Beratungsleistungen wurden im Berichtsjahr von Immobilienunternehmen, REITs, Finanzinstituten, Versicherungsgesellschaften sowie Regierungs- und Aufsichtsbehörden nachgefragt.

Asset Finance & Leasing (AFL) konnte sich 2009 in einem schwierigen Umfeld behaupten. Während das globale Beratungsgeschäft im Sektor Infrastruktur-/Projektfinanzierung deutlich rückläufig war, konnten wir in Europa dank Großaufträgen Marktanteile gewinnen. In Asien und Nordamerika haben wir unsere Aktivitäten in den Sparten erneuerbare Energien sowie Infrastruktur aufgenommen. Ein viel beachtetes Beratungsmandat für die Finanzierung von Sonnenenergieprojekten im Wert von 6 Mrd US-\$ erhielten wir in den USA. Darüber hinaus konnte AFL in Europa, Asien sowie dem Nahen Osten mit einer Reihe bedeutender Flugzeugtransaktionen seine starke Position in diesem Marktsegment unter Beweis stellen.

Global Transaction Banking

Der Unternehmensbereich **Global Transaction Banking** (GTB) ist für Firmen und Finanzdienstleister tätig. Mit seinen Produkten und Leistungen unterstützt er unter anderem die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie die professionelle Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt GTB Serviceleistungen vor allem im Treuhand-, Vermittlungs- sowie Wertpapierverwahrungs- und -verwaltungsgeschäft bereit. Der Unternehmensbereich GTB gliedert sich in die Sparten Cash Management für Unternehmen und Finanzdienstleister, Trade Finance und Trust & Securities Services.

Auszeichnungen 2009

DealMakers

„Dealmaker of the Decade – South Africa“

Euromoney Awards for Excellence

„Best Bank in Germany“

„Best Investment Bank in the UK“

„Best Investment Bank in India“

„Best Equity House in North America“

Euromoney Real Estate Awards

„Best Bank Overall“

„Best Bank for Equity Related Issues“

International Financing Review

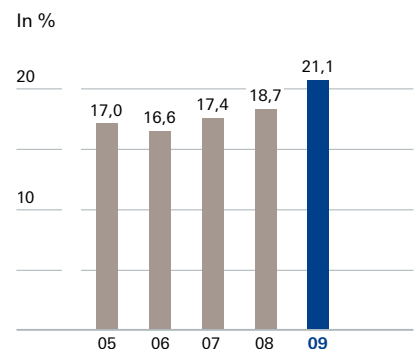
„European Loan House“

The Asset

„Best Foreign Investment Bank: Australia“

„Best M&A House: China“

Global Transaction Banking: Marktanteile im Euro-Clearing



Quelle: Deutsche Bundesbank – „Target2 Germany“

Auszeichnungen 2009**Asiamoney**

„Best Overall Cash Management Bank in Asia for FIs“

Euromoney

„Best Cash Management Provider for Western Europe“

„Best Trade Finance Provider for Western Europe, Central & Eastern Europe“

„No. 2 Trade Finance Provider for North & Central America, South America“

„Top 3 Provider in the World's Major Markets for both USD and EURO“

Euroweek

„Best Issuing & Paying Agent for MTNs“

Global Custodian Agent Bank Review

„Highest Scoring Provider as Rated by Cross-Border Clients for the Emerging Markets Globally“

Global Custodian 2009 Hedge Fund**Administration Survey**

„Ranked No. 2 Hedge Fund Administrator“

Treasury Management International

„Best Global Cash Management Provider“

„Best Global Bank for Risk Management“

Ein niedriges Zinsniveau, gesunkene Vermögenswerte und geringere Aktivitäten im Unternehmenssektor prägten das Jahr 2009. In diesem Umfeld gelang es GTB, seine Marktposition in wichtigen Geschäftssegmenten zu stärken. Außerdem haben wir weiter in neue Produkte investiert und Übernahmen vereinbart.

Das Cash-Management-Geschäft hat auch 2009 von der krisenbedingten „Flucht in Qualität“ profitiert und seine Marktstellung verbessert. Im Euro-Clearinggeschäft sind wir erneut mit stattlichem Vorsprung die Nummer eins. Wir haben weiter in unsere Plattform für den Euro-Zahlungsverkehr (SEPA: Single Euro Payments Area) investiert und unser Produkt FX4Cash für währungsübergreifenden Zahlungsverkehr weiterentwickelt. Seit 2009 kooperieren wir mit einem führenden Anbieter für mobile Zahlungsdienste, um unseren Kunden einen Zahlungs- und Geldtransferservice über Mobiltelefone anbieten zu können, der zukünftig in diesem Marktsegment immer wichtiger werden dürfte. Dank unserer bei Unternehmen erfolgreichen SEPA-Strategie werden wir am Markt als eine führende Bank auf diesem Sektor angesehen. Die Kunden können seit November 2009 alle Vorzüge unserer SEPA-kompatiblen Systeme für Überweisungen auch kleinerer Beträge nutzen.

Trade Finance hat seinen globalen Marktanteil erhöht und sein Angebot weiter verbessert. Trotz des rückläufigen nationalen wie internationalen Handels nahm infolge der tiefen Verunsicherung die Nachfrage nach unseren Produkten und Diensten zu, mit denen die Kunden Risiken verringern können. Wir haben eng mit staatlichen Exportkreditversicherungen und privaten Kreditversicherungen zusammengearbeitet und eine Reihe viel beachteter Handelsfinanzierungen strukturiert. Darüber hinaus nahmen wir eine führende Rolle bei bedeutenden Kreditsyndizierungen ein, insbesondere in Osteuropa, dem Nahen Osten und Lateinamerika.

Die Sparte Trust & Securities Services hat im Berichtsjahr ihre Produktpalette verbreitert. Von der Commerzbank AG übernahmen wir das depotbankunabhängige Wertpapierleihegeschäft der ehemaligen Dresdner Bank AG. Im Wertpapierverwahrungs- und -verwaltungsgeschäft haben wir neue Mitarbeiter eingestellt. Unser Wertpapierclearinggeschäft ist weiter gewachsen und bei der Verwaltung alternativer Fonds für Dritte hat sich das Volumen mehr als verdoppelt. Wir konnten namhafte Mandate als Depotbank für amerikanische Einlagenzertifikate (American Depositary Receipts) sowie als Registerführer für Namensaktien gewinnen. Unsere Spitzenpositionen im Geschäft mit Dienstleistungen für Anleihen und strukturierte Finanzierungen haben wir in einem rückläufigen Markt behauptet. So unterstützten wir unsere Kunden mit neuen Produkten bei der effizienteren Verwaltung und Veräußerung von notleidenden Vermögenswerten.

Erholung macht Fortschritte

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) umfasst das Vermögensanlagegeschäft für private und institutionelle Kunden sowie das klassische Bankgeschäft für Privat- und kleine bis mittlere Geschäftskunden.

Für den Konzernbereich PCAM war 2009 ein Jahr wichtiger strategischer Entscheidungen. So haben wir die Gelegenheit genutzt, unsere Führungsposition im Privatkundengeschäft auf dem deutschen Heimatmarkt ausbauen zu können. Außerdem richteten wir unser Geschäft verstärkt auf die Zeit nach der Finanzkrise aus. PCAM konnte 2009 sein Ergebnis trotz des vielfach schwierigen Umfelds deutlich verbessern. Das insgesamt betreute Vermögen erholte sich wieder und nahm um 64 Mrd € auf 880 Mrd € zu. In dem Anstieg kommt in erster Linie die freundliche Markttendenz im Jahresverlauf zum Ausdruck. Aber auch die darin enthaltenen Nettomittelzuflüsse von 13 Mrd € haben sich markant gegenüber dem vorangegangenen Jahr (3 Mrd €) erhöht.

Der Konzernbereich PCAM besteht aus den Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management und Private & Business Clients.

Asset and Wealth Management

Zum Unternehmensbereich Asset and Wealth Management gehören die Geschäftsbereiche Asset Management und Private Wealth Management. In Asset Management betreiben wir sowohl das Geschäft mit Publikumsfonds und alternativen Anlagen für Privatkunden als auch das institutionelle Vermögensanlagegeschäft. Private Wealth Management betreut weltweit vermögende Privatpersonen und Familien.

Der Geschäftsbereich **Asset Management** (AM) litt 2009 unter der deutlichen Zurückhaltung der Kunden infolge der Finanzkrise. Dieser Einfluss schwächte sich jedoch im Jahresverlauf allmählich ab und machte im dritten Quartal eine Rückkehr in die Gewinnzone möglich. Der Geschäftsbereich AM hat sich im Berichtsjahr auf seine Kernkompe-

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Private Clients and Asset Management¹)

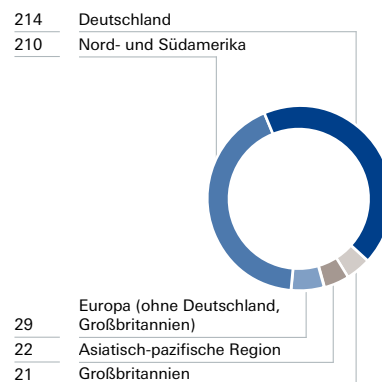
Der Konzernbereich PCAM erzielte 2009 ein Ergebnis vor Steuern von 660 Mio € im Vergleich zu 420 Mio € im vorangegangenen Jahr. Im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management belief sich 2009 das Ergebnis vor Steuern auf 202 Mio € nach einem Verlust vor Steuern von 525 Mio € im Jahr 2008. Diese Entwicklung war unter anderem sowohl auf die Wertaufholung einer Abschreibung zurückzuführen als auch darauf, dass sich bestimmte Belastungen aus dem Jahr 2008 nicht wiederholten. Der Unternehmensbereich Private & Business Clients konnte 2009 ein Ergebnis vor Steuern von 458 Mio € (2008: 945 Mio €) vorlegen. Der Rückgang im Vergleich zu 2008 spiegelt niedrigere Erträge infolge der Zurückhaltung privater Investoren nach den Marktturbulenzen im vierten Quartal 2008 wider. Außerdem kam es zu einer erhöhten Risikovorsorge und vermehrten Abfindungszahlungen.

in Mio €	2009	2008
Erträge insgesamt	8264	9041
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	806	668
Zinsunabhängige Aufwendungen	6804	7972
Ergebnis vor Steuern	660	420
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	8	5
Risikogewichtete Aktiva	49073	53533
Aktiva	174738	188785

¹ Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2009 (Lagebericht).

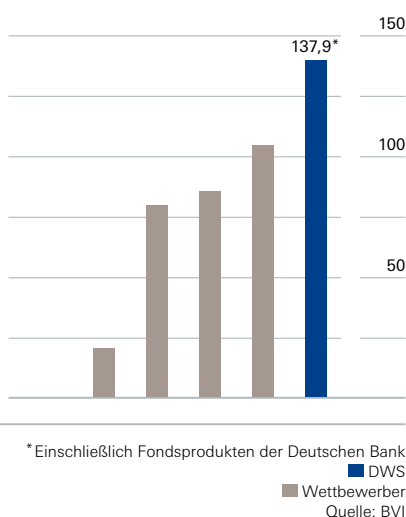
Asset Management: regionale Aufteilung des verwalteten Vermögens

Insgesamt 496 Mrd € Ende 2009



DWS: führende Publikumsfondsgesellschaft in Deutschland

Verwaltetes Vermögen zum Jahresende 2009 in Mrd €



tenzen konzentriert und sein Geschäftsmodell überarbeitet, um Kosten zu senken, den Geschäftsumfang in einigen Sparten zu optimieren und Risiken insbesondere durch Wertberichtigungen auf Immobilien und Infrastrukturobjekte abzubauen.

Asset Management vereint die vier Geschäftssparten Publikumsfondsgeschäft (DWS Investments), alternative Anlagen (RREEF), Vermögensverwaltung für institutionelle Investoren (DB Advisors) und für Versicherungsgesellschaften (Deutsche Insurance Asset Management). Insgesamt hatte der Geschäftsbereich AM am 31. Dezember 2009 ein Vermögen von 496 Mrd € unter Management, 33 Mrd € mehr als ein Jahr zuvor. In dem Anstieg, der ausschließlich aus dem zweiten Halbjahr stammt, ist ein Nettomittelzufluss von 9 Mrd € enthalten.

Publikumsfonds

Im weltweiten Fondsgeschäft für Privatkunden verwaltete der Geschäftsbereich AM Ende 2009 ein Vermögen von 166 Mrd €, 19 Mrd € mehr als Ende 2008. Im deutschen Heimatmarkt verteidigten wir unsere langjährige Spitzenposition im Publikumsfondsgeschäft. In Europa zählen wir zu den zehn führenden Fondsgesellschaften. Zahlreiche Auszeichnungen belegen diese hervorragende Stellung. Die DWS konzentrierte sich im Berichtsjahr auf ihre Kernaktivitäten im Fondsgeschäft und forcierte die Zentralisierung in Frankfurt am Main.

In den USA haben wir unsere Marktpräsenz aufrechterhalten, unseren Fokus auf Asien, insbesondere auf Indien, Korea, Taiwan und China verstärkten wir. Zu den strategisch bedeutenden Projekten gehörte die Vertiefung der Kooperation mit Harvest Fund Management, Chinas viertgrößter Fondsverwaltungsgesellschaft, an der wir mit 30% beteiligt sind.

Alternative Anlagen

RREEF verwaltete Ende 2009 ein Vermögen von 41 Mrd € (2008: 50 Mrd €). Den Marktverwerfungen und sinkenden Vermögenswerten im Berichtsjahr hat RREEF mit einer Reihe von Maßnahmen entgegengewirkt. So wurden die Risiken deutlich abgebaut und die Gebäudeverwaltung wurde ausgelagert. In der jährlichen Untersuchung des Fachmagazins Institutional Investor belegte RREEF nach verwaltetem Vermögen (Jahresende 2008) Platz fünf unter den größten Immobilienanlageverwaltern der Welt. Unser RREEF Asia Pacific Real Estate Securities Fund wurde 2009 zum Fonds mit der besten Wertentwicklung gekürt.

Als Mitglied eines Konsortiums erwarb RREEF in Spanien ein Immobilienportfolio, zu dem drei markante Bürogebäude und 944 Bankfilialen gehören. Es handelte sich um die größte europäische Immobilientransaktion im Jahr 2009.

Vermögensverwaltung für institutionelle Investoren

Das von DB Advisors verwaltete Vermögen institutioneller Kunden stieg 2009 um 9 Mrd € auf 173 Mrd €. Dank verbessertem Kundenservice und Vertrieb wurden unsere Fonds vermehrt von unabhängigen Finanzberatern empfohlen und wir konnten neue Mittel in Höhe von 8 Mrd € einwerben. In Deutschland blieb DB Advisors im Berichts-

jahr der zweitgrößte Vermögensverwalter für institutionelle Kunden. Unsere internationale Präsenz bauten wir aus. In Großbritannien, dem größten europäischen Markt in diesem Segment, nahmen die Vermögenswerte vor allem in Anleihen zu. In Lateinamerika konnte DB Advisors neue Märkte in Peru und Kolumbien erschließen; in der asiatisch-pazifischen Region brachte uns die Zusammenarbeit mit unserem chinesischen Kooperationspartner Harvest weiter voran.

Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften

Die Deutsche Insurance Asset Management (DIAM) verwaltete zum 31. Dezember 2009 116 Mrd € nach 102 Mrd € ein Jahr zuvor. Die Nettomittelzuflüsse stiegen im Berichtsjahr auf 7 Mrd €. DIAM kam erneut der weltweite Trend bei Versicherungsgesellschaften zugute, ihre Vermögensverwaltung auszulagern. Ergänzend zum Geschäft mit Großkunden haben wir uns kleineren Firmen zugewandt. Auch die Kooperation mit externen Beratern der Versicherungsunternehmen zahlte sich aus. DIAM wurde im Berichtsjahr – gemessen am Volumen – erneut der weltweit erste Platz unter den Verwaltern von Versicherungsvermögen zuerkannt. Im zweiten Jahr in Folge wurde DIAM vom Fachmagazin Reactions als Best Global Insurance Asset Manager und erstmals als Best Insurance Asset Manager am Londoner Markt ausgezeichnet.

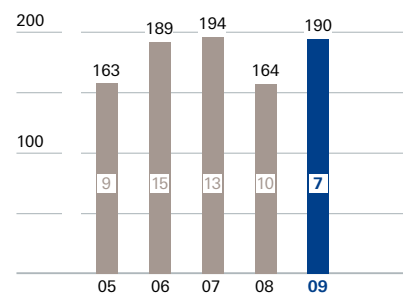
Der Geschäftsbereich **Private Wealth Management** (PWM) gehört zu den global führenden Anbietern von hochwertigen Dienstleistungen für das Anlagemanagement vermögender Kunden. Für diese anspruchsvolle Klientel sind annähernd 3800 Mitarbeiter an 106 Standorten in 30 Ländern, einschließlich Schwellenländern, tätig. PWM betreute 2009 insgesamt ein Vermögen von 190 Mrd € für rund 78000 Kunden. Im Berichtsjahr haben wir in St. Moritz, Schweiz, ein neues Büro eröffnet.

Die globale Finanzkrise hat das Verhalten unserer Kunden deutlich verändert. Im Berichtsjahr floss das Vermögen zunehmend in Anlagen mit geringem Risiko und hoher Liquidität. Mit seiner breiten eigenen Produktpalette – ergänzt um die besten Angebote von Dritten – ist PWM in der Lage, vermögenden Personen, ihren Familien und ausgewählten Institutionen maßgeschneiderte Finanzdienstleistungen zu offerieren, die den Kundenbedürfnissen auch in turbulenten Märkten entsprechen. Eine dynamische Vermögensstrukturierung ermöglicht es, auf sich ändernde Marktgegebenheiten rasch zu reagieren und sie gewinnbringend zu nutzen. Unsere Beratung schließt die Themen Erbschaft, Immobilien, Kunst und Philanthropie ein. Außerdem erarbeiten wir Lösungen für Family Offices und Finanzvermittler.

PWM hat sich in der Krise gut geschlagen: Das Volumen der betreuten Vermögen stieg bis zum Jahresende 2009 um 15% oder 26 Mrd € über sein Vorjahresniveau. Zu dem Plus haben neben Kurssteigerungen an den Finanzmärkten auch Nettomittelzuflüsse von 7 Mrd € beigetragen. Im Jahresverlauf waren die Auswirkungen der Krise jedoch unübersehbar. Im ersten Quartal stand das betreute Anlagevolumen noch unter starkem Druck und erst ab dem zweiten Vierteljahr ging es wieder deutlich aufwärts.

Private Wealth Management: Erholung in schwierigem Umfeld

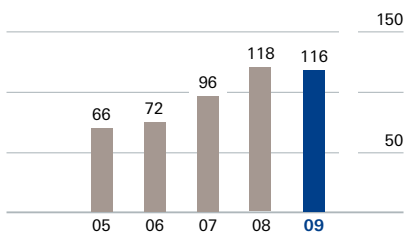
Betreutes Vermögen zum Jahresende
in Mrd €



Nettozufluss in Mrd €

Private & Business Clients: stabile Kundeneinlagen

Spar-, Termin- und Sichteinlagen
in Mrd € zum Jahresende



Ein herausragendes Ereignis für PWM war der Ende Oktober geschlossene Rahmenvertrag zur Übernahme der Sal. Oppenheim-Gruppe durch die Deutsche Bank. Sal. Oppenheim ist eine renommierte Privatbank, die seit 1789 in Familienbesitz war und per Jahresende 2009 ein Kundenvermögen von rund 132 Mrd € vor allem in Deutschland und im übrigen Europa betreute. Diese Transaktion verschafft uns die Möglichkeit, unsere Marktführerschaft im deutschen Heimatmarkt kräftig auszubauen und das europäische Geschäft zu stärken. Identität, Kultur und Servicequalität von Sal. Oppenheim bleiben gewahrt, da deren Vermögensverwaltungsgeschäft unter der etablierten Marke weitergeführt und ausgedehnt werden soll.

Von großer Bedeutung für PWM ist Asien mit seinem überdurchschnittlichen Wachstumspotenzial. Mit Nettomittelzuflüssen von 3 Mrd € im Jahr 2009 in der Region gehört PWM zu den führenden Instituten im Anlagemanagement mit hoher Reputation. Vom Fachmagazin AsiaRisk wurden wir als beste Privatbank ausgezeichnet. Bei einer Umfrage von Asiamoney belegten wir in neun von 24 Kategorien den ersten Platz.

Auf dem deutschen Markt konnte PWM im Berichtsjahr mit 5 Mrd € einen um 53% höheren Nettozufluss von Kundenvermögen als 2008 einwerben. Die hohe Anerkennung unserer Servicequalität spiegelt sich auch darin wider, dass PWM Deutschland zum zweiten Mal in Folge den Titel Top Wealth Manager der Zeitschrift Euro erhielt.

Im Geschäft mit der besonders wohlhabenden Klientel (Ultra High Net Worth), in dem PWM schon heute global gut vertreten ist, wollen wir in ausgewählten Regionen weiter wachsen. In Großbritannien wurden dafür gezielt besonders erfahrene Mitarbeiter eingestellt. PWM konnte in den USA 2009 erneut mit Gewinn und höheren Kundeneinlagen abschließen.

Wir setzen unverändert darauf, bei Risikomanagement und -kontrolle branchenführend zu sein. PWM pflegt eine Geschäftsphilosophie, die in einer langfristig ausgerichteten Partnerschaft das Kundenwohl an die erste Stelle setzt und zugleich die Reputation der Bank bewahrt. Mit unserer weltweiten Präsenz und dem Versprechen, höchste Serviceansprüche zu erfüllen, haben wir Grundlagen gelegt, um auch in Zukunft nachhaltig zu wachsen.

Private & Business Clients

Der Unternehmensbereich **Private & Business Clients** (PBC) betreibt international das Bankgeschäft mit Privatkunden sowie kleinen und mittleren Unternehmen. In Deutschland sind wir einer der führenden Anbieter. Zu dem von sorgfältiger Beratung geprägten Produktangebot gehören neben Kontoführung und Zahlungsverkehr die Vermögensanlage und private Altersvorsorge, Fonds und Wertpapiere sowie private und geschäftliche Kredite.

Das Filialnetz des Unternehmensbereichs PBC umfasst 1821 Filialen in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen, Indien und China. Außerdem arbeiten wir mit über 3000 freien Finanzberatern zusammen. Durch Kooperationen mit namhaften Partnern wie der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) in Deutschland oder der Finanzdienstleistungssparte der Post in Italien (BancoPosta) erschließen wir weitere Kundengruppen mit zusätzlichem Potenzial. Zudem sind wir in Deutschland mit der nationalen Zweitmarke norisbank und in Polen mit db kredyt vertreten, über die standardisierte Bankprodukte zu günstigen Konditionen angeboten werden.

Trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen im Jahr 2009 erzielte PBC ein zufriedenstellendes Ergebnis. Die Zahl unserer Kunden blieb bei unverändert 14,6 Millionen. Das 2008 gestartete Programm zum Ausbau unseres Geschäfts und zur Verbesserung unserer Aufwand-Ertrag-Relation führten wir im Berichtsjahr fort.

In unserem deutschen Heimatmarkt haben wir 2009 die vereinbarte Kooperation mit der Deutschen Postbank begonnen. Neben gemeinsamen Beratungsangeboten und einem sich wechselseitig ergänzenden Produktvertrieb erstreckt sie sich auf den IT-Bereich und den Einkauf von Waren und Dienstleistungen. Von der Zusammenarbeit erwarten wir spürbare Synergieeffekte und zusätzliches langfristiges Wachstum. Erste Ergebnisse der Kooperation haben unsere Erwartungen übertroffen.

Erfreulich entwickelte sich 2009 die norisbank. Die Kundenzahl wuchs deutlich, die Profitabilität lag weit über Plan. Bei der Berliner Bank haben wir im Berichtsjahr angefangen, die IT-Systeme auf die einheitliche PBC-Plattform umzustellen. Wir werden die Berliner Bank aber weiterhin als eine starke lokale Marke erhalten.

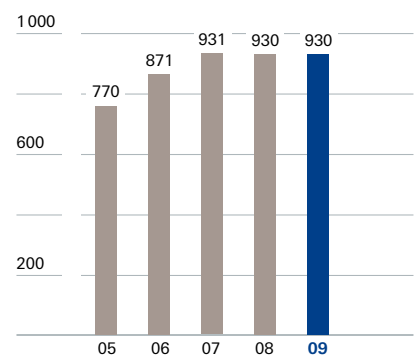
In allen deutschen Bearbeitungszentren konnten wir 2009 durch die Reorganisation von Prozessen und Strukturen die Effizienz steigern.

In Italien prosperierte vor allem das beratungsintensive Geschäft unter der Marke Deutsche Bank. Das Einlagevolumen nahm um 12% auf 8,4 Mrd € zu, die Zahl der Kunden um 4%. In Spanien konnten wir 2009 die Erträge ausweiten und unsere Wirtschaftlichkeit durch gezielte Maßnahmen verbessern. Gegen den allgemeinen negativen Trend im Privatkundengeschäft des Jahres 2009 ist es PBC Belgien gelungen, das Ergebnis zu erhöhen. In Portugal erzielten wir – dank unserer vorangegangenen Investitionen in das Filialnetz – erstmals ein positives Geschäftsergebnis. PBC Polen dehnte sein Geschäftsvolumen aus.

Auf dem asiatischen Kontinent setzten wir 2009 den Expansionskurs fort. Wir vereinbarten, unseren Anteil an der chinesischen Hua Xia Bank auf 17,1% zu erhöhen. In Indien haben wir unser Geschäftsmodell den Marktveränderungen angepasst, in Vietnam die Kooperation mit der Hanoi Building Bank (Habubank) ausgebaut.

Private & Business Clients: unveränderte Anzahl der Filialen in Deutschland

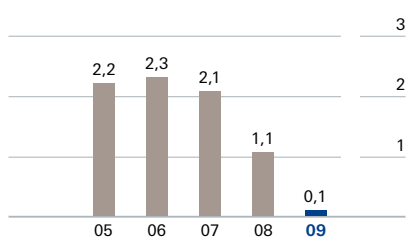
Stand zum Jahresende



Minderheitsbeteiligung an Deutscher Postbank AG erworben

Corporate Investments: rückläufige Industriebeteiligungen

Fortgeführte Anschaffungskosten in Mrd € zum Jahresende



Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) steuert die weltweiten Beteiligungen der Deutschen Bank. Dabei handelt es sich vor allem um die verbliebenen Industriebeteiligungen, unsere übrigen Kapitalbeteiligungen, darunter an der Deutschen Postbank AG, sowie sonstige Anlagen, zu denen bestimmte Immobilien- und Kreditengagements gehören, die nicht Teil des Kerngeschäfts sind.

Beim Abbau unserer Industriebeteiligungen sind wir 2009, unserer langfristigen Strategie entsprechend, weiter vorangekommen. Ihr Marktwert lag zum Ende des Berichtsjahres nur noch bei 154 Mio €. Unseren Anteil an der Daimler AG reduzierten wir von 2,7% auf 0,04%, unsere Aktien über 2,4% der Linde AG haben wir restlos verkauft.

Ende 2009 betragen die im Konzernbereich CI verwalteten Eigenkapitalbeteiligungen 8,4 Mrd €. Darin enthalten ist die Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG, die wir im Februar 2009 erworben haben. Weiterhin gehören hierzu unsere Positionen in dem Hafensbetreiber Maher Terminals sowie in dem Immobilienobjekt The Cosmopolitan Resort and Casino in Las Vegas. Für beide Beteiligungen, die nicht zu unserem Kerngeschäft zählen, ist die Managementverantwortung 2009 vom Geschäftsbereich Asset Management beziehungsweise vom Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities auf den Konzernbereich CI übertragen worden.

Auf sonstige Anlagen entfielen zum Jahresende 16,1 Mrd €. Zwar wurde bis Dezember 2009 die im vorangegangenen Jahr eingeräumte Liquiditätsfazilität an die Deutsche Pfandbriefbank AG (ehemals Hypo Real Estate Bank AG) in Höhe von 12,0 Mrd € vollständig zurückgeführt. Gleichzeitig haben wir im Dezember jedoch eine neue Liquiditätsfazilität für die Deutsche Pfandbriefbank AG bereitgestellt, indem wir Anleihen über 9,2 Mrd € zeichneten, die in voller Höhe durch den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) garantiert sind und bei der Europäischen Zentralbank (EZB) beliehen werden können. Außerdem beteiligte sich die Deutsche Bank 2009 an einer Liquiditätsfazilität für die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH (SdB) im Zusammenhang mit Entschädigungsansprüchen an Lehman Brothers in Deutschland. Dabei erwarben wir Schuldtitel im Betrag von 2,3 Mrd €, die ebenfalls vom SoFFin garantiert und bei der EZB beliehbar sind.

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate Investments¹)

Der Konzernbereich Corporate Investments hat 2009 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 456 Mio € (2008: 1,2 Mrd €) erzielt. Die Erträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG.

in Mio €	2009	2008
Erträge insgesamt	1 044	1 290
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	8	-1
Zinsunabhängige Aufwendungen	581	95
Ergebnis vor Steuern	456	1 194
Risikogewichtete Aktiva	16 935	2 677
Aktiva	28 456	18 297

¹ Auszug aus der Segmentberichterstattung, Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2009 (Lagebericht).

Führungsinstrument des Vorstands

Unser zentraler Infrastrukturbereich, das sogenannte Corporate Center, unterstützt mit seinen strategischen, risikosteuernden und kontrollierenden Abteilungen den Vorstand bei der Führung des Deutsche Bank-Konzerns. Die entsprechenden Prozesse sind zum großen Teil global in die Geschäftsbereiche mit engem Kontakt zum Markt integriert, aber mit davon unabhängigen eigenen Berichtslinien. Dieses Grundprinzip ist seit Langem ein Eckpfeiler unserer Führungskultur und Organisation, das sich 2009 erneut bewährt hat.

Zum Corporate Center gehören die Stabsbereiche Finance (Finanzen), Audit (Revision), Tax (Steuern), Legal (Recht), Risk (Risiko)&Capital (Kapital), Investor Relations, Communications (Kommunikation)&Corporate Social Responsibility (Gesellschaftliche Verantwortung), Human Resources (Personal), Group Strategy&Planning (Abteilung für Konzernentwicklung) und DB Research (Volkswirtschaftliche Abteilung).

Herausforderungen gemeistert

Ein vorrangiges Anliegen von Human Resources war es 2009, die Deutsche Bank international als einen der attraktivsten Arbeitgeber im Finanzdienstleistungssektor zu etablieren. Dazu wurde eine weltweite Marktforschungsstudie durchgeführt und unser sogenanntes Arbeitgeber-Wertversprechen neu formuliert, mit dem wir uns insbesondere an unsere neuen Mitarbeiter wenden.

Der Stabsbereich Finance hat im Berichtsjahr seine Neuausrichtung forciert, ein umfassendes Ziel- und Steuerungssystem eingeführt und die Transparenz der Berichtssysteme weiter verbessert. Group Strategy&Planning unterstützte den Vorstand bei der Entwicklung der Managementagenda Phase 4 und durch einen erweiterten strategischen Planungsprozess.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die damit einhergehende tiefe Verunsicherung der Märkte, aber auch die dadurch ausgelösten vielfältigen Diskussionen über Änderungen der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen haben hohe Anforderungen insbesondere an die Stabsabteilungen Legal, Risk & Capital, Finance, Tax, Investor Relations und Group Strategy&Planning gestellt. Besonders wichtig war es in dieser Situation, schnell und kompetent zu reagieren.

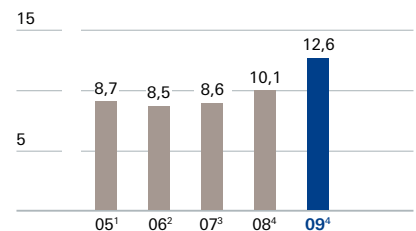
Der Stabsbereich Communications & Corporate Social Responsibility verantwortet global die Medienarbeit, die interne Kommunikation, die Markenkommunikation sowie das gesellschaftliche Engagement der Deutschen Bank. Der Bereich trug 2009 wesentlich dazu bei, das Profil und die Reputation der Bank über alle Märkte hinweg zu stärken.

Liquidität und Kapital stets gesichert

Das Treasury-Team innerhalb von Legal, Risk & Capital hat 2009 wiederum gewährleistet, dass die Deutsche Bank auch trotz des bisweilen äußerst widrigen Marktumfelds stets über komfortable Liquiditätsreserven verfügte. Die Tier-1-Kapitalquote konnte bis zum Ende des Berichtsjahres auf 12,6% gesteigert werden, ihren höchsten Stand seit Einführung der Baseler Kapitalanforderungen.

Deutsche Bank: steigende Tier-1-Kapitalquote

In % zum Jahresende



¹nach US-GAAP

²nach IFRS

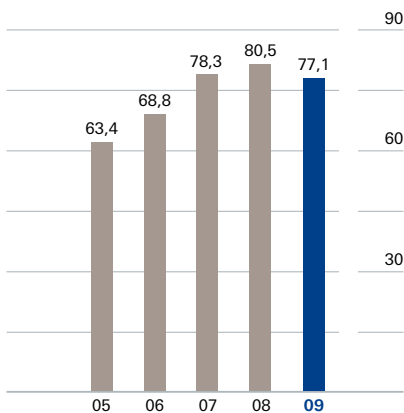
³nach IFRS, Basel I

⁴nach IFRS, Basel II

Kultur der Vielfalt

Sinkende Mitarbeiterzahl

In Tausend zum Jahresende*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Das Geschäftsmodell der Deutschen Bank hat sich in der Finanzkrise als nachhaltig und robust erwiesen. Diese Stärke kam auch unseren Mitarbeitern zugute. Anders als viele Wettbewerber haben wir im Berichtsjahr lediglich gezielte Kapazitätsanpassungen in überschaubarem Umfang vorgenommen. Sie waren vor allem dort notwendig, wo krisenbedingt die Geschäftsgrundlagen nachhaltig beeinträchtigt worden sind. Zum Jahresende 2009 lag die Zahl der Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) weltweit mit 77 053 um 4,2% unter dem Vorjahresstand.

Von den Marktverwerfungen besonders betroffen war das Investment Banking, in dem wir im Berichtsjahr 641 Mitarbeiter abgebaut haben nach einem stärkeren Beschäftigungsrückgang 2008. Dies wirkte sich vor allem auf die Finanzzentren London, New York und Hongkong aus. Im Konzernbereich PCAM wurde die Zahl der Vollzeitkräfte von 32 645 (2008) um 1 997 auf 30 648 (2009) verringert. In ausgewählten Regionen und Märkten haben wir die Kapazitäten zurückgefahren, beispielsweise in den USA im Unternehmensbereich AWM sowie in verschiedenen Ländern im Unternehmensbereich PBC, in dem wir im Oktober 2008 ein Wachstums- und Effizienzsteigerungsprogramm eingeleitet hatten. In unserem Infrastrukturbereich, in dem global die konzerninternen Dienstleistungen erbracht werden, ging per saldo die Beschäftigung um 771 Personen zurück. Darin spiegelt sich, dass die Zahl der Mitarbeiter in unseren Bearbeitungszentren in Indien, auf den Philippinen, in Großbritannien und in den USA um rund 1 000 gewachsen, aber in den übrigen Lokationen um rund 1 800 gesunken ist.

Kaum verändert haben sich 2009 die Altersstruktur unserer Mitarbeiter und die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit mit 10,1 Jahren.

Die Deutsche Bank wirbt intensiv um die qualifiziertesten Mitarbeiter im Markt, eine angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger werdende Aufgabe. Im Berichtsjahr haben wir in Deutschland 1 429 Auszubildende beschäftigt und weltweit 771 Hochschulabsolventen eingestellt. Außerdem verschafften wir konzernweit 670 Studenten die Möglichkeit, in einem achtwöchigen Sommerpraktikum einen Einblick in unsere Unternehmenspraxis zu gewinnen. Damit können wir vielversprechende Talente bereits vor deren Studienabschluss kennenlernen und für uns gewinnen.

Positive Wahrnehmung auf dem Bewerbermarkt

Wir wollen uns weltweit bei potenziellen wie aktuellen Mitarbeitern als einer der attraktivsten Arbeitgeber im Finanzdienstleistungssektor profilieren. 2009 haben wir daher auf Basis einer umfassenden globalen Marktforschung unser sogenanntes Arbeitgeber-Werteversprechen neu definiert. Es beschreibt, was die Deutsche Bank talentierten Kandidaten bieten kann und was sie von ihnen erwartet. Bei allen Maßnahmen zur Anwerbung, zum Halten und zur Entwicklung von Mitarbeitern greifen wir darauf zurück.

Um das immer wichtiger gewordene Internet für die Information von Stellensuchenden bestmöglich zu nutzen und die Deutsche Bank optimal zu präsentieren, haben wir 2009 unsere Karriereseiten (www.db.com/careers) neu gestaltet.

Globale Umfragen zeigen, dass unser Ansehen als Arbeitgeber während der Finanzkrise unverändert hoch geblieben ist und in einigen Bereichen sogar zugenommen hat. In der 2009 unter rund 120 000 Studenten an führenden Universitäten von Universum durchgeführten Umfrage „World’s Most Attractive Employers“ belegte die Deutsche Bank den 19. Platz. Und in der Gruppe der zehn „Most Admired Companies in the Banking Sector“ gemäß Hay Group konnten wir auf den siebten Platz vorrücken.

Attraktives Arbeitsumfeld

Unseren Mitarbeitern bieten wir ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld. Neben einer leistungsgerechten Vergütung zählt dazu eine Reihe von Zusatzleistungen. Sie reichen von medizinischen Check-ups sowie Beratung zu persönlichen Fragen über Stressprävention, Gesundheit und Fitness bis hin zur Unterstützung bei der Betreuung von Kindern oder Familienangehörigen.

Wir fördern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zum Beispiel durch flexible Arbeitszeiten. Außerdem ermöglichen die Deutsche Bank AG und einige Tochtergesellschaften ihren Mitarbeitern seit 2001 über das Modell „db zeitinvest“ eine individuelle Gestaltung der persönlichen Lebensarbeitszeit. Dieses Modell haben wir 2009 überarbeitet und gesetzlichen Änderungen sowie dem späteren Rentenbeginn Rechnung getragen.

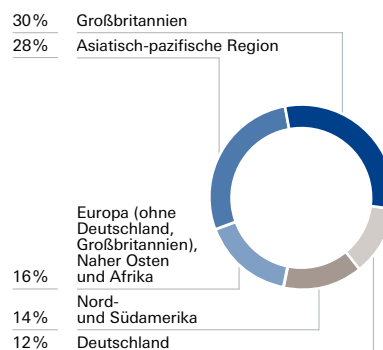
Neue Vergütungsstruktur

Die leistungsorientierte Vergütungsstruktur der Deutschen Bank hat schon bisher in wesentlichen Teilen den Forderungen entsprochen, wie sie im Verlauf der Finanzkrise aufgekommen sind. Trotzdem nehmen wir die Kritik an den Vergütungssystemen und -praktiken von Banken – besonders im Hinblick auf die variablen Komponenten – sehr ernst und haben umgehend Anpassungen vorgenommen. So verpflichteten wir uns bereits für das Jahr 2009 zur Einhaltung der Prinzipien für Vergütungssysteme des FSB (Financial Stability Board) und der Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

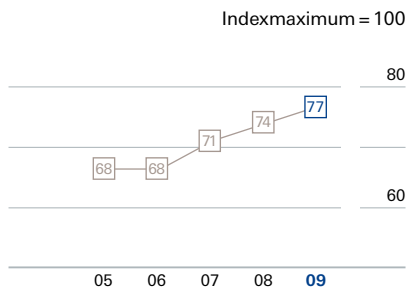
Kernelemente des neuen Vergütungssystems bestehen in einer summenneutralen Verringerung der variablen Gehaltsbestandteile zugunsten der Fixgehälter. Für bestimmte Mitarbeiter wird der variable Teil zudem künftig stärker das eingegangene Risiko, den erforderlichen Kapitaleinsatz und die Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung berücksichtigen. Neben einem Bonus in guten Zeiten wird es einen Malus in schlechten Zeiten geben. Die variable Vergütungskomponente wird zum größten Teil in Aktien gewährt, die bis zu 3¾ Jahren gesperrt sind und im Verlustfall auch teilweise zurückgefordert werden können. Die Vergütungsstruktur des Vorstands basiert auf den gleichen Grundsätzen. (Weitere Details enthält unser Vergütungsbericht im Finanzbericht 2009, S. 116 ff.)

Mitarbeiter im Auslandseinsatz

Zum Jahresende 2009: 9 784¹



¹ Einschließlich doppelte Staatsangehörigkeit, in Vollzeitkräfte umgerechnet

Höherer Mitarbeiter-Commitment-Index*

* Jährliche anonyme Erhebung im Deutsche Bank-Konzern durch ein unabhängiges Institut

Talente fördern und Nachfolge sichern

In sogenannten Talentbeurteilungen (Talent Reviews), die wir 2009 für mehr als 12 000 Mitarbeiter durchgeführt haben, werden deren Leistung, Potenziale, Einsatzfähigkeit und -bereitschaft eingeschätzt. Mithilfe dieses Instruments können wir die Entwicklung von Mitarbeitern gezielt fördern und ihre weitere Karriere unterstützen. Außerdem offerieren wir unseren Mitarbeitern ein breites Schulungsprogramm, das sich über Wirtschaft und Finanzen, Managementtraining, Führungskräfteentwicklung sowie Teambildung und interpersonelle Kompetenzen erstreckt.

Für die Weiterentwicklung und die Bindung unserer wichtigsten Talente sowie insbesondere der oberen Führungskräfte bieten wir vielfältige Möglichkeiten. Dazu gehören auch die konzernweiten Talent Pools und eine maßgeschneiderte Karriere- und Nachfolgeplanung.

Vielfalt leben und stärken

Vielfalt – Diversity – ist ein unverzichtbarer Teil der Unternehmenskultur der Deutschen Bank. Sie ist zugleich wirtschaftliche Notwendigkeit. Leistung bestimmt unser Handeln, ungeachtet von Nationalität, Religion, Rasse, sexueller Orientierung, Geschlecht, Alter oder ethnischer Herkunft. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir langfristig im globalen Wettbewerb nur erfolgreich sind, wenn wir uns auf eine gesellschaftlich-kulturell vielfältige Belegschaft stützen können, die eng über Grenzen aller Art hinweg zusammenarbeitet. Als Arbeitgeber für Mitarbeiter aus 139 Nationen stehen wir für ein vorurteilsfreies, anregendes und auf Integration ausgerichtetes Arbeitsumfeld. Im Berichtsjahr haben wir an verschiedenen internationalen Standorten unter Leitung des Topmanagements sogenannte Diversity Councils gegründet, die dafür verantwortlich sind, dass das Prinzip der Vielfalt auch regional konsequent gelebt wird.

Unser besonderer Fokus galt im Berichtsjahr dem Thema Frauen in Führungspositionen. Frauenkonferenzen und -netzwerke, die bereits seit Jahren etabliert sind, haben wir weiter gefördert. Außerdem wurde 2009 unter der Schirmherrschaft unseres Vorstandsvorsitzenden Josef Ackermann das ATLAS-Programm („Accomplished Top Leaders Advancement Strategy“) initiiert. Es soll dazu beitragen, den Anteil der Frauen auf der oberen Führungsebene zu steigern und mögliche Kandidatinnen für Spitzenpositionen in der Bank vorzubereiten.

Hohes Commitment

Die Deutsche Bank lässt bereits seit 1999 von einem unabhängigen Institut konzernweit die Zufriedenheit beziehungsweise Verbundenheit (Commitment) der Mitarbeiter mit ihr als Arbeitgeber auf anonymer Basis befragen. Für 2009 ist der Wert unseres Commitment-Index auf einen neuen Höchststand von 77 (2008: 74) gestiegen. Darin spiegelt sich auch die hohe Identifizierung der Mitarbeiter mit der Deutschen Bank wider, obwohl gerade 2009 vor allem die globalen Investmentbanken infolge der schwersten Finanzkrise seit vielen Jahrzehnten unter starkem öffentlichem Druck standen.

Soziales Kapital schaffen

Die Deutsche Bank versteht Corporate Social Responsibility (CSR) als eine Investition in die Gesellschaft und in die eigene Zukunft. Ziel ist es, soziales Kapital zu schaffen. Unsere wichtigste soziale Verantwortung sehen wir darin, ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen zu sein, Gewinne zu erwirtschaften und zu wachsen.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stehen wir zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Deshalb haben wir im Jahr 2009 erneut mehr als 80 Mio € in Programme und Projekte aus unseren fünf CSR-Handlungsfeldern Nachhaltigkeit, Ehrenamtliches Engagement, Soziales, Kunst & Musik und Bildung investiert.

Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit sichern

Zur Sicherung stabiler Umweltbedingungen verbessern wir kontinuierlich unsere Ökobilanz. Im Rahmen des Projekts „Klimaneutral bis 2012“ haben wir im Berichtsjahr vermehrt erneuerbare Energien in Deutschland, Italien und der Schweiz eingekauft. Unser Nachhaltigkeits-Managementsystem nach ISO 14001 wurde in weiteren Regionen übernommen. Als einer von 13 Partnern haben wir uns an der DII GmbH beteiligt, die an der Umsetzung des Solarstromprojekts Desertec arbeitet.

Seit 2009 steht unseren Mitarbeitern im Intranet der Bank eine Lerneinheit zur Verfügung, welche die Kernpunkte nachhaltigen Wirtschaftens auf Basis der seit Jahren in unseren Richtlinien verankerten Prinzipien des UN Global Compact erklärt. Außerdem werden dort praktische Beispiele für ökologisches Handeln im Geschäftsalltag gezeigt.

Ehrenamtliche Tätigkeit: Engagement beweisen

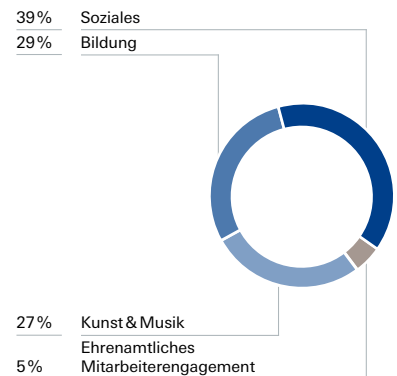
Die Zahl unserer Mitarbeiter, die mit ihrem Wissen und ihrem Einsatz einen persönlichen Beitrag in gemeinnützigen Projekten und Initiativen überall auf der Welt leisten, steigt kontinuierlich an. Mit ihrem freiwilligen Engagement beweisen sie, dass die Deutsche Bank sich nicht nur mit Geld für die Gesellschaft einsetzt. Im Berichtsjahr waren 14 % unserer Mitarbeiter rund um den Globus an insgesamt 33 422 Tagen ehrenamtlich bei CSR-Programmen aktiv.

Soziales: Chancen eröffnen

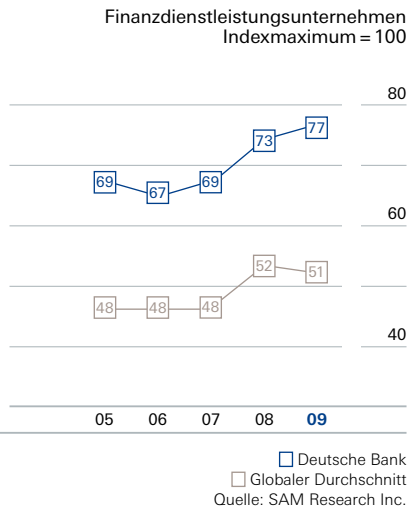
Unsere sozialen Initiativen eröffnen Chancen, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden. Sie sollen Menschen in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. So ist die Deutsche Bank zum Beispiel seit mehr als einem Jahrzehnt ein führendes Institut bei der Entwicklung innovativer Mikrofinanzprodukte. Außerdem engagieren wir uns für eine bessere Infrastruktur in wirtschaftlich schwachen Gemeinden. Für unser Stadtteilentwicklungsprojekt „Shoreditch“ – benannt nach einem der ärmsten Stadtteile Londons – wurden wir 2009 mit dem „Business in the Community Award“ ausgezeichnet.

Weltweites Fördervolumen für gesellschaftliches Engagement nach Themen

2009 insgesamt 81,1 Mio €



Verbessertes SAM-Nachhaltigkeitsrating



Die Alfred Herrhausen Gesellschaft der Deutschen Bank vergab 2009 in Istanbul den „Deutsche Bank Urban Age Award“ an die kommunale Initiative „Barış İçin Müzik“ („Musik für Frieden“), ein Musikprojekt für Kinder im Alter zwischen sieben und zehn Jahren.

Kunst & Musik: Kreativität entwickeln

Aus künstlerischer Kreativität erwachsen neue Sichtweisen und die Fähigkeit zu besonderen Leistungen. Darum fördert die Deutsche Bank begabte Nachwuchskünstler und will möglichst vielen Menschen Kunst und Musik zugänglich machen. Die Sammlung Deutsche Bank ist eine der größten und bedeutendsten Unternehmenssammlungen der Welt. Die zeitgenössischen Kunstwerke zeigen wir in unseren eigenen Gebäuden oder als Leihgaben in Museen und anderen Kulturinstitutionen einer breiten Öffentlichkeit. Einer der Höhepunkte des vergangenen Jahres war die Joseph-Beuys-Ausstellung in Istanbul, die 2010 und 2011 auf Tournee durch sieben Museen Lateinamerikas gehen wird. Stellvertretend für alle Künstler, die wir international unterstützen, begleitet uns die Kenianerin Wangechi Mutu 2010 als unsere „Künstlerin des Jahres“.

Unsere exklusive Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern, einem der besten klassischen Orchester der Welt, ermöglichte im Berichtsjahr ein völlig neues Konzerterlebnis – die Digital Concert Hall. Tausende Musikliebhaber aus aller Welt konnten seit Januar 2009 die Konzerte der Berliner Philharmoniker in herausragender Bild- und Tonqualität live im Internet miterleben.

Bildung: Talente fördern

Wir verstehen Bildung als den entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und den Schlüssel zu Wohlstand und Wachstum. Unsere weltweiten Initiativen für Kinder und Jugendliche geben vielen Talenten eine faire Chance – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder dem Bildungsstand der Eltern.

So geht es zum Beispiel bei dem Projekt „Teachers as Leaders“ in den USA darum, Schülern aus sozialen Brennpunkten Vorbilder an die Seite zu stellen, an denen sie sich orientieren können. Mit vielen unserer Programme ermöglichen wir Menschen eine Ausbildung, die ihrer Begabung gerecht wird.

Im Rahmen unserer Hochschul- und Wissenschaftsförderung haben wir 2009 gemeinsam mit dem Center for Financial Studies in Frankfurt am Main zum dritten Mal den „Deutsche Bank Prize in Financial Economics“ verliehen. Ausgezeichnet wurde der US-amerikanische Ökonom Robert J. Shiller für seine grundlegenden Forschungsarbeiten in der Finanzökonomie.

Weitere Informationen zu unserem globalen gesellschaftlichen Engagement enthält der Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2009“.





Die Deutsche Bank ist offensichtlich besser durch die Turbulenzen gekommen als viele andere Institute. Das ist sicherlich auch zum Teil den Infrastrukturbereichen zuzuschreiben. Es freut mich sehr, dass ich dazu einen kleinen Beitrag leisten konnte.

Mary-Vic Tuban, Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd., Manila

Konzernabschluss

03

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2009	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge	26 953	54 549	64 675
Zinsaufwendungen	14 494	42 096	55 826
Zinsüberschuss	12 459	12 453	8 849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 630	1 076	612
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	9 829	11 377	8 237
Provisionsüberschuss	8 911	9 741	12 282
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7 109	-9 992	7 175
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-403	666	793
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	59	46	353
Sonstige Erträge	-183	699	1 377
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15 493	1 160	21 980
Personalaufwand	11 310	9 606	13 122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8 402	8 339	8 038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	-252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-134	585	128
Restrukturierungsaufwand	-	-	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20 120	18 278	21 468
Ergebnis vor Steuern	5 202	-5 741	8 749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	244	-1 845	2 239
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4 958	-3 896	6 510
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	-15	-61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4 973	-3 835	6 474

Ergebnis je Aktie

in €	2009	2008	2007
Basic	7,92	-7,61	13,65
Verwässert ¹	7,59	-7,61	13,05
Anzahl der Aktien in Millionen			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	628,1	504,1	474,2
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	655,4	504,2	496,1

¹ Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung

Bilanz

Aktiva

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Barreserve	9346	9826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47 233	64 739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6 820	9 267
Forderungen aus Wertpapierleihen	43 509	35 022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	234 910	247 462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	596 410	1 224 493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	134 000	151 856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt		
davon zum 31.12.2009 79 Mrd € (2008: 69 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt,		
frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	965 320	1 623 811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
davon zum 31.12.2009 492 Mio € (2008: 464 Mio €) als Sicherheit hinterlegt,		
frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	1 8819	24 835
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	7 788	2 242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258 105	269 281
Sachanlagen	2 777	3 712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	10 169	9 877
Sonstige Aktiva	121 538	137 829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2 090	3 512
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7 150	8 470
Summe der Aktiva	1 500 664	2 202 423

Passiva

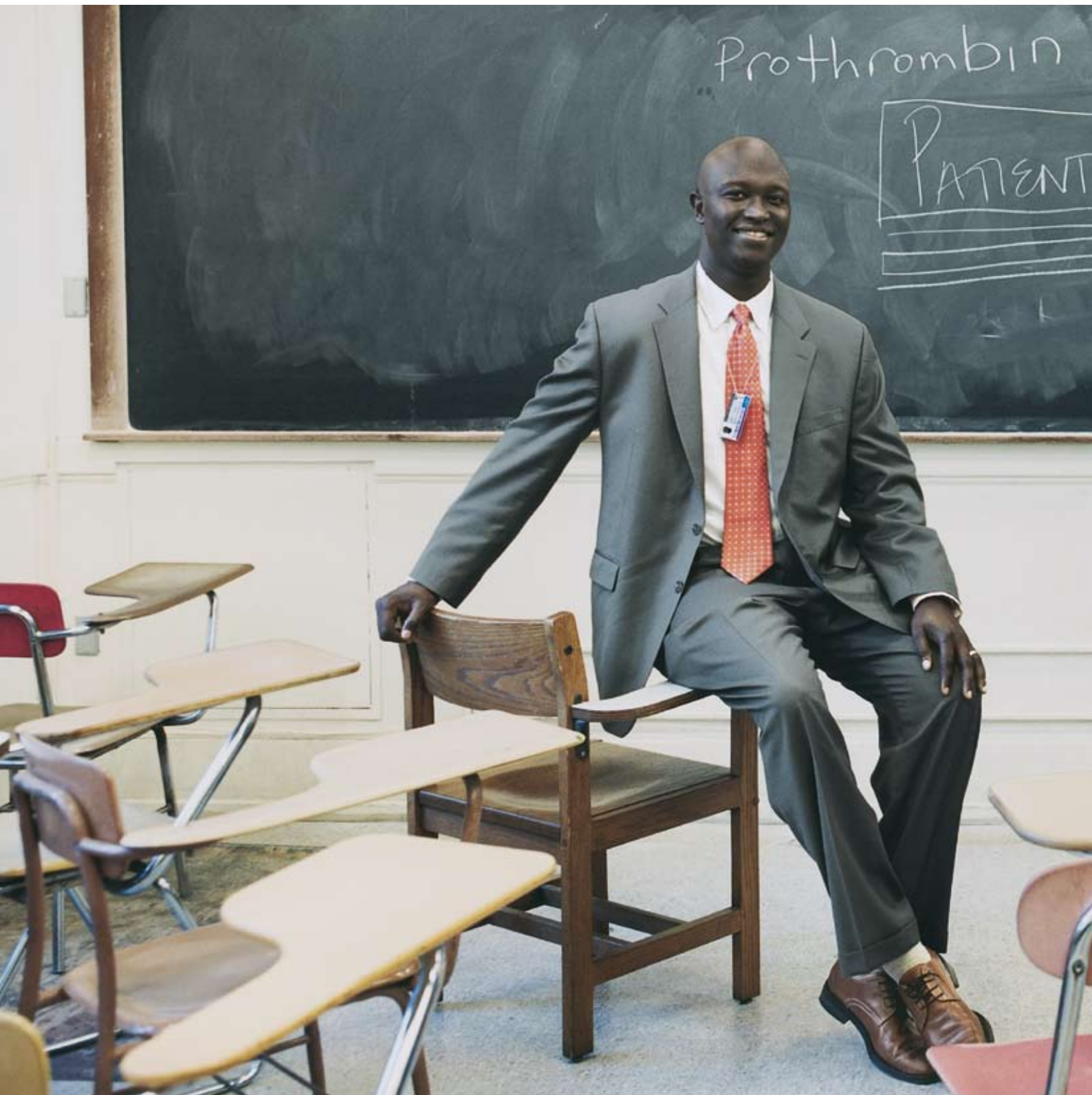
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Einlagen	344 220	395 553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45 495	87 117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5 564	3 216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	64 501	68 168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	576 973	1 181 617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	73 522	78 003
Investmentverträge	7 278	5 977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	722 274	1 333 765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42 897	39 115
Sonstige Passiva	154 281	160 598
Rückstellungen	1 307	1 418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	2 141	2 354
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2 157	3 784
Langfristige Verbindlichkeiten	131 782	133 856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10 577	9 729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	4
Summe der Verbindlichkeiten	1 462 695	2 170 509

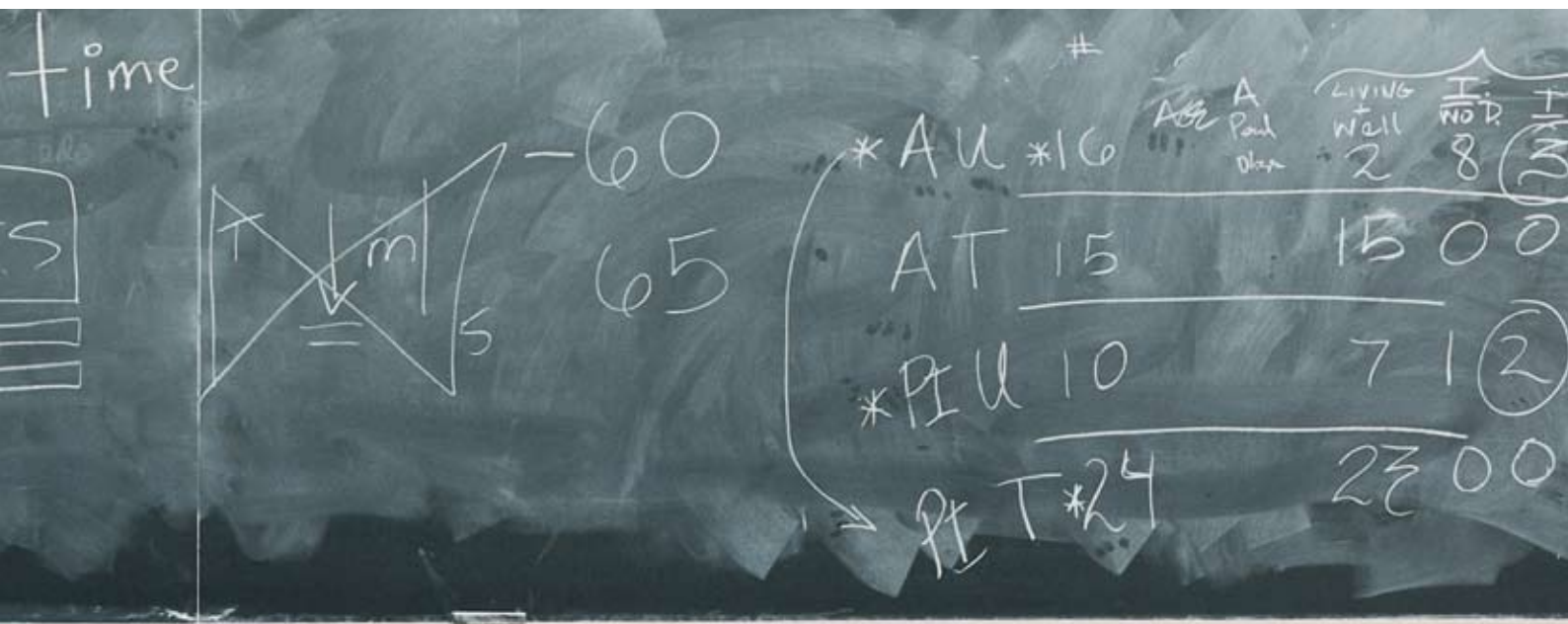
Eigenkapital

Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1 589	1 461
Kapitalrücklage	14 830	14 961
Gewinnrücklagen	24 056	20 074
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–48	–939
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–3
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern	–3 780	–4 851
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36 647	30 703
Minderheitsanteile	1 322	1 211
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	37 969	31 914
Summe der Passiva	1 500 664	2 202 423

Kapitalflussrechnung

in Mio €	2009	2008	2007
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4 958	-3 896	6 510
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 630	1 076	612
Restrukturierungsaufwand	-	-	-13
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-656	-1 732	-1 907
Latente Ertragsteuern, netto	-296	-1 525	-918
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1 782	3 047	1 731
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-189	-53	-358
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	8 229	-3 083	5 657
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	4 583	-3 964	7 588
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-4 203	24 363	5 146
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	726 237	-472 203	-270 948
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24 890	169 423	-75 775
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17 213	-37 981	-22 185
Sonstige Aktiva	21 960	38 573	-42 674
Einlagen	-57 330	-56 918	47 464
Handelspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-686 214	655 218	173 830
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	-7 061	-159 613	70 232
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	-40 644	-97 009	69 072
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2 592	-14 216	6 531
Sonstige Passiva	-15 645	-15 482	21 133
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	-7 150	12 769	22 935
Sonstige, per saldo	-1 243	-2 760	-1 216
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-13 786	37 117	16 790
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	9 023	19 433	12 470
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8 938	18 713	8 179
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	574	680	1 331
Verkauf von Sachanlagen	39	107	987
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-12 082	-37 819	-25 230
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-3 730	-881	-1 265
Sachanlagen	-592	-939	-675
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	-20	-24	-648
Sonstige, per saldo	-1 749	-39	463
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	401	-769	-4 388
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	457	523	429
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-1 448	-659	-2 809
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	1 303	3 404	1 874
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	-420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	19	389
Kapitalerhöhung	-	2 200	-
Kauf Eigener Aktien	-19 238	-21 736	-41 128
Verkauf Eigener Aktien	18 111	21 426	39 729
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	-5	-14	-13
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	109	331	585
Gezahlte Bardividende	-309	-2 274	-2 005
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1 020	3 220	-3 369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	690	-402	-289
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-13 715	39 166	8 744
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65 264	26 098	17 354
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51 549	65 264	26 098
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	-520	-2 495	2 806
Gezahlte Zinsen	15 878	43 724	55 066
Erhaltene Zinsen und Dividenden	28 211	54 549	64 675
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	9 346	9 826	8 632
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 5 030 Mio € per 31.12.2009 (31.12.2008: 9 301 Mio €, 31.12.2007: 4 149 Mio €))	42 203	55 438	17 466
Insgesamt	51 549	65 264	26 098





Die Entscheidung Lehrer zu werden, ist weit mehr als eine Berufswahl. Sie ist eine Investition in unsere Gesellschaft. Mit ihrem Programm „Teachers as Leaders“ hat die Deutsche Bank eine Investition in mich als Lehrer getätigt, die allen jungen Menschen zugutekommen wird, die ich durch meinen Erfolg inspirieren kann.

Anthony Heyward, New York

Weitere Informationen

04

Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Auch im Jahr 2009 bestimmte die Finanzkrise, die sich trotz aller Bemühungen der einzelnen Staaten und Zentralbanken zu einer Wirtschaftskrise ausweitete, das Geschehen an den Kapitalmärkten. Zunehmend zeichnen sich die Folgen der Krise und die notwendigen Maßnahmen zur Prävention zukünftiger Krisen für die Banken ab. Es werden strengere Regeln für die Banken kommen, höhere Eigenkapitalquoten und Anforderungen an das Risikomanagement sowie geänderte Vergütungssysteme, um nur einige Punkte zu nennen. Unsere Bank nahm und nimmt die Herausforderung an und wird sie auch in der Zukunft erfolgreich bewältigen.

Nach dem von der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten geprägten Vorjahr 2008 erzielte die Deutsche Bank 2009 wieder einen Gewinn nach Steuern und konnte die Tier-1-Kapitalquote auf 12,6% steigern. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote liegt bei 8,7%. Die Kapitalkraft der Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat weiterhin hohe Priorität. Dies haben wir auch bei dem diesjährigen Dividendenvorschlag berücksichtigt. Insbesondere wurden die Strategie und das Geschäftsmodell den veränderten Markt- und Regulierungsbedingungen angepasst. So konnten die risikogewichteten Aktiva zum Jahresende um über 40 Mrd € gegenüber dem ersten Quartal 2009 reduziert werden. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Im Jahr 2009 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst, aus denen vielfach erhöhte Governanceanforderungen und eine weitere Intensivierung der Arbeit im Aufsichtsrat resultierten. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, die Risikosituation, die Planung und das interne Kontrollsystem. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie und die weitere Umsetzung der Maßnahmen der Managementagenda. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2009 haben sieben Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden.

In der ersten Sitzung des Jahres am 4. Februar 2009 erörterten wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2008, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2008, den Plan-Ist-Vergleich 2008, den Dividendenvorschlag sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2009 bis 2011. Außerdem stimmten wir der Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente auf Empfehlung des Präsidialausschusses zu.

In der Bilanzsitzung am 17. März 2009 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Jahresabschluss 2008, der damit festgestellt war. Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht und der Compliance- und Antigeldwäschebericht besprochen und die Unternehmensplanung 2009 bis 2011 wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Außerdem haben wir den Vorstand auf Vorschlag des Präsidialausschusses erweitert und vier neue Vorstandsmitglieder mit Wirkung vom 1. April 2009 für drei Jahre bestellt. Über die wichtigsten Risikopositionen und das Risikomanagement im Konzern wurden wir eingehend unterrichtet. Veränderungen in den Beraterkreisen und Bezirksbeiräten in Deutschland wurden uns vorgestellt und die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2009 verabschiedet.

In einer außerordentlichen Sitzung am 27. April 2009 wurden wir über die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Quartal 2009 unterrichtet. Außerdem haben wir nach Spekulationen in der Öffentlichkeit unsere Absicht bekannt gegeben, die Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann in der Sitzung am 28. Juli 2009 um drei Jahre bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013 zu verlängern.

In einer weiteren außerordentlichen Sitzung am 15. Mai 2009 haben wir über Vorgänge im Bereich Corporate Security einen Zwischenbericht von der Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton, die mit der Durchführung einer unabhängigen Untersuchung beauftragt worden war, erhalten und ausführlich erörtert.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung wurden wir über den Stand der Untersuchungen im Bereich Corporate Security informiert. Außerdem erörterten wir den Ablauf der Hauptversammlung und die angekündigten Gegenanträge. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst.

Am 28. Juli 2009 wurden wir über die Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr unterrichtet. Wie beabsichtigt haben wir die Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann um drei Jahre bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013 verlängert. Darüber hinaus wurde uns der Abschlussbericht der Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton über Vorgänge im Bereich Corporate Security präsentiert, den wir ausführlich erörterten. Herr Jain gab einen Überblick über die Entwicklung und die Produkte des von ihm geleiteten Bereichs Global Markets. Aufgrund der von der Regierungskommission im Juni 2009 beschlossenen Ergänzungen im Deutschen Corporate Governance Kodex wurden Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Prüfungsausschusses sowie des Vorstands beschlossen, die sämtliche neuen Kodexempfehlungen umsetzten. Ausführlich wurden wir über die wesentlichen Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung sowie über das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht unterrichtet.

In der letzten Sitzung des Jahres am 28. Oktober 2009 haben wir dem beabsichtigten Erwerb von Sal. Oppenheim zugestimmt. Außerdem genehmigten wir die modifizierten Rahmenbedingungen zum Erwerb eines wesentlichen Teils des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden. Wir wurden über die geschäftliche

Entwicklung im dritten Quartal unterrichtet und haben die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen ausführlich mit dem Vorstand erörtert. Darüber hinaus behandelten wir Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen und Auswirkungen der Beschlüsse des G-20-Treffens auf die Deutsche Bank AG. Herr Lamberti stellte uns den Personalbericht der Deutschen Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung vor.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2009 mit nur wenigen Ausnahmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum siebenmal. Außerdem fanden zwei Telefonkonferenzen statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit dem Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, den neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen an die Vorstandsvergütung, der Erweiterung des Vorstands und der Vorbereitung von Vorstandsbestellungen einschließlich der Vertragsverlängerungen, mit Fragen zur Nachfolgeplanung und zu Anpassungen in der Geschäftsordnung und im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Zudem bereitete er Beschlüsse des Aufsichtsrats vor und erörterte die Berichte zu den Untersuchungen über Vorgänge im Bereich Corporate Security. Soweit erforderlich, stimmte er der Übernahme von Nebentätigkeiten sowie Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen zu. Außerdem hat er aufgrund einer entsprechenden Ermächtigung in einem Beschluss des Aufsichtsrats der Entscheidung des Vorstands zum weiteren Erwerb von bis zu 7% der Aktien der Deutschen Postbank AG über den Kapitalmarkt zugestimmt. Schließlich behandelte er die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und schlug dem Aufsichtsrat die Einführung eines Selbstbehalts in der D & O-Versicherung für den Aufsichtsrat vor.

Der Risikoausschuss befasste sich in sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden Kredit-, Liquiditäts-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken behandelt. Ausführlich erörterte er die Risikolage der Bank und die Entwicklungen der globalen Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Bank. Dazu gehörten insbesondere auch die Maßnahmen zum Abbau von Risiken in unseren Handelsbereichen, die Entwicklung der Risiken in den Bereichen Leveraged Finance, gewerbliche Immobilienfinanzierung und Monoline-Versicherer. Im Bereich Treasury standen die aktuellen und zukünftigen Treiber des regulatorischen Kapitalbedarfs (Risk-weighted Assets) sowie die Entwicklung der Liquiditätslage der Bank im Mittelpunkt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend besprochen.

Der Prüfungsausschuss tagte 2009 neunmal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen regelmäßig teil. Behandelt wurden die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2008, die Quartalsabschlüsse, die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) sowie die Zwischenberichte. Der

Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009, erteilte den Prüfungsauftrag, legte Prüfungsschwerpunkte fest, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Er hat ausführlich überprüft, inwiefern unsere internen Kontrollsysteme den Vorgaben des Sarbanes-Oxley Act entsprechen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung empfohlen. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Aufträgen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. In der letzten Sitzung des Jahres ließ er sich die Schwerpunktthemen des bevorstehenden Jahresabschlusses 2009 vom Vorstand und vom Abschlussprüfer erläutern. Hierzu gehörten insbesondere reklassifizierte Vermögenswerte nach IAS 39, die Bewertung spezifischer Vermögenswerte im Bereich Corporate Investments, die Risikopositionen und die vorgesehenen Prüfungsverfahren. Außerdem wurde ihm über die Abgrenzung der Kernkapitalqualifikationen sowie das Performance- und Bilanzmanagement berichtet.

Sitzungen des Nominierungsausschusses und des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2009 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Corporate Governance

Die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde in den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses im Juli 2009 erörtert. Der Aufsichtsrat beschloss, die neuen Empfehlungen des Kodex umzusetzen, und passte die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Prüfungsausschusses sowie des Vorstands, soweit erforderlich, entsprechend an.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit den neuen Regelungen zur Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss, entsprechend den Regelungen im Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung einen Selbstbehalt in der D&O-Versicherung für den Vorstand mit Wirkung vom 1. Januar 2010 einzuführen. Zeitgleich wurde auch ein entsprechender Selbstbehalt in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat eingeführt, sodass Vorstand und Auf-

sichtsrat seit dem 1. Januar 2010 sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechen. Außerdem beschloss der Aufsichtsrat, zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 einen unabhängigen Vergütungsberater zu mandatieren, der Vorschläge für notwendige Anpassungen erarbeitet und Vergleichsdaten und -unterlagen zur Verfügung stellt.

In seiner Sitzung im Oktober 2009 beschloss der Aufsichtsrat, sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen Effizienzprüfungen mit entsprechenden unternehmensspezifischen Fragebögen durchzuführen. Die Ergebnisse sollen in den jeweiligen Sitzungen im Zeitraum April bis Juli 2010 erörtert werden.

Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem hat er festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zum Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Abs. 4 und 100 Abs. 5 AktG Herr Dr. Clemens Börsig und Herr Dr. Karl-Gerhard Eick benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2008 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 28. Oktober 2009 erneuert und am 5. Januar 2010 nach Einführung des Selbstbehalts in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat aktualisiert.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 5. Januar 2010 ist im Finanzbericht 2009 auf den Seiten 320 ff. und auf unserer Homepage im Internet unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

Herr Dr. Börsig nahm an den Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats, des Prüfungsausschusses und des Präsidialausschusses hinsichtlich der Untersuchungen über Vorgänge im Bereich Corporate Security sowie damit zusammenhängender Mandatierungen von externen Beratern nicht teil, soweit diese Untersuchungen seine Person betrafen. Die jeweiligen Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses wurden von der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Ruck oder von Herrn Todenhöfer geleitet. An der Sitzung des Präsidialausschusses vom 27. April 2009 nahm Herr Dr. Börsig zeitweise während der Erörterungen zur Nachfolgeplanung von Herrn

Dr. Ackermann nicht teil. Die Sitzung wurde insoweit von Herrn Todenhöfer geleitet. An der Beschlussfassung des Präsidialausschusses zur Unterstützung von aktiven und ehemaligen Organmitgliedern durch Zentralabteilungen der Bank im Zusammenhang mit Mandaten und Aufgaben im Interesse der Bank hat Herr Dr. Börsig nicht teilgenommen. Außerdem nahm er an den Beratungen und Beschlussfassungen des Präsidialausschusses nicht teil, die die Abwicklung der Aktienzuteilung aus DB Equity Units und DB Restricted Equity Units an aktive und frühere Mitglieder des Vorstands betrafen. Die Beschlüsse wurden ohne seine Mitwirkung gefasst.

Herr Dr. Eick nahm an der Abstimmung und der Diskussion hinsichtlich des Erwerbs von Sal. Oppenheim wegen eines möglichen Interessenkonflikts nicht teil.

Gelegentlich bestanden bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern latente Interessenkonflikte. So waren zum Beispiel im Berichtszeitraum Frau Förster und Frau Ruck als Arbeitnehmervertreter auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Sie haben an Beratungen zu den entsprechenden Themen, die zum Teil auch in den Ausschüssen stattfanden, denen sie nicht angehörten, nicht teilgenommen. Besonderer weiterer Maßnahmen im Hinblick auf diese latenten und lediglich punktuellen Interessenkonflikte bedurfte es nicht.

Rechtsstreitigkeiten

Der Aufsichtsrat informierte sich wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten und beriet über die weitere Vorgehensweise. Hierzu zählen die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 sowie die Verfahren Dr. Kirch gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer. Die am 29. Mai 2008 durch die Hauptversammlung erfolgte Wahl der Anteilseignervertreter wurde von mehreren Aktionären angefochten. Das Verfahren befindet sich in zweiter Instanz. Eine rechtskräftige Entscheidung steht noch aus.

Die Wahl der Anteilseignervertreter durch die Hauptversammlung am 10. Juni 2003 wurde, wie in den Vorinstanzen, vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz am 16. Februar 2009 bestätigt.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie im Detail im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2009 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2009 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der

Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers sowie eingehender Diskussion und auf Empfehlung des Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 17. März 2009 wurde beschlossen, den Vorstand um vier neue Mitglieder zu erweitern. Mit Wirkung vom 1. April 2009 wurden Michael Cohrs, Jürgen Fitschen, Anshuman Jain und Rainer Neske für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und war seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Vorstand der Bank verantwortet er den Bereich Global Banking. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war von 2001 bis Anfang 2002 bereits Mitglied des Vorstands und seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Er ist für Regional Management verantwortlich. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Er verantwortet den Bereich Global Markets. Herr Neske begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank 1990 und wurde 2003 Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand der Deutschen Bank AG verantwortet er den Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Frankfurt am Main, 12. März 2010
Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*

– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der Deutsche
Telekom AG bis 28. Februar 2009;
Vorsitzender des Vorstands der
Arcandor AG ab 1. März 2009
bis 1. September 2009,
Köln

Heidrun Förster*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Alfred Herling*

Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft,
Hamburg

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG bis 31. Mai 2009,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

Toronto

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teyssen

Chief Operating Officer und
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*

Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Werner Wenning

Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG,
Leverkusen

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

*Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Sir Peter Job

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Marlehn Thieme*

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer

Werner Wenning

*Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Der Konzern im Vierjahresvergleich

Bilanz

in Mio €	31. 12. 2009	31. 12. 2008	31. 12. 2007	31. 12. 2006
Bilanzsumme	1 500 664	2 202 423	1 925 003	1 520 580
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258 105	269 281	198 892	178 524
Summe der Verbindlichkeiten	1 462 695	2 170 509	1 885 688	1 486 694
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36 647	30 703	37 893	33 169
Minderheitsanteile	1 322	1 211	1 422	717
Tier-1-Kapital	34 406	31 094	28 320	23 539
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37 929	37 396	38 049	34 309

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2009	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	12 459	12 453	8 849	7 008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 630	1 076	612	298
Provisionsüberschuss	8 911	9 741	12 282	11 192
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7 109	-9 992	7 175	8 892
Sonstige zinsunabhängige Erträge	-527	1 411	2 523	1 476
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15 493	1 160	21 980	21 560
Personalaufwand	11 310	9 606	13 122	12 498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8 402	8 339	8 038	7 143
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	-252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-134	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	-	-13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20 120	18 278	21 468	19 931
Ergebnis vor Steuern	5 202	-5 741	8 749	8 339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	244	-1 845	2 239	2 260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4 958	-3 896	6 510	6 079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	-15	-61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4 973	-3 835	6 474	6 070

Kennziffern

	2009	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92 €	-7,61 €	13,65 €	12,96 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59 €	-7,61 €	13,05 €	11,48 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,50 €	4,50 €	4,00 €	2,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,6%	-11,1%	17,9%	20,3%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,3%	-16,5%	24,1%	27,9%
Aufwand-Ertrag-Relation	72,0%	134,3%	69,6%	69,8%
Tier-1-Kapitalquote ¹	12,6%	10,1%	8,6%	8,5%
Eigenkapitalquote ¹	13,9%	12,2%	11,6%	12,5%
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	77 053	80 456	78 291	68 849

¹ Quoten für 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel III), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet.

Glossar

Alpha

Anlagerendite, die den Referenzmaßstab übersteigt.

Alternative Anlagen/Investments

Direkte Investitionen in → Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine-Kapital, Immobilienanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie → Hedgefonds.

American Depositary Receipts (ADRs)

Von US-Banken ausgestellte handelbare Hinterlegungsscheine, die nicht US-amerikanische Aktien repräsentieren. ADRs dienen zur Erleichterung, Verbilligung und Beschleunigung des Handels an amerikanischen Börsen.

Asset-backed Securities (ABS)

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden. → Securitization.

Asset Finance & Leasing

Kompetenzzentrum, das hauptsächlich maßgeschneiderte und innovative Finanzierungslösungen für langlebige und hochwertige Wirtschaftsgüter strukturiert.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Basel II

Die neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die insbesondere die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikoposition nach Basel I ersetzt haben.

BIZ

Bank für Internationalen Zahlungsvergleich mit Sitz in Basel.

Bookbuilding

Emissionsverfahren, das die Nachfrage einzelner Investoren mit den speziellen Finanzierungsinteressen eines Emittenten bezüglich des Emissionspreises abstimmt.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

Anlagevehikel, basierend auf einem → Portfolio, das Anleihen, Kredite oder → Derivate enthalten kann.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

Verbrieft Wertpapiere, die durch gewerbliche Hypothekendarlehen besichert sind.

Commitment

Die Identifikation mit dem Unternehmen, seinen Zielen und Werten sowie die Bereitschaft zur Leistung und die Neigung, bei diesem Unternehmen zu bleiben.

Compliance

Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle oder Reputationsschäden zu verhindern.

Corporate Finance

Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe innovative Finanzierungsleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.

Credit Default Swap

Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Coupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.

Credit Trading

Handel mit Kredit- oder kreditnahen Produkten.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

Debt Products

Handelbare Instrumente, die eine Verbindlichkeit oder einen Anspruch bezüglich eines Vermögenswerts eines oder mehrerer Unternehmen im privaten beziehungsweise öffentlichen Sektor darstellen. Der Begriff beschreibt auch ein umfassenderes Angebot an Finanzinstrumenten einschließlich Devisen- und Warengeschäften.

Derivate

Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preisermittlungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere → Swaps, → Optionen und → Futures.

DJSI

Dow-Jones-Sustainability-Indizes sind eine Indexfamilie, welche die ökologische und soziale Leistung von Unternehmen abbildet. Seit Bestehen der Indizes ist die Deutsche Bank im DJSI World und DJSI STOXX gelistet. www.sustainability-index.com

Durchschnittliches Active Equity

Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach → IFRS. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausbezahlt wird.

Eigenkapital gemäß Basel II

Bankenaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß Basel II setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte → hybride Kapitalinstrumente,
 - Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,
 - Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.
- Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Eigenkapitalrendite vor Steuern

(basierend auf dem → durchschnittlichen Active Equity) Prozentualer Anteil des den Deutschen Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich Minderheitsanteilen am → durchschnittlichen Active Equity.

Emerging Markets

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

Equity Capital Markets (ECM)

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben darunter.

Ergebnis je Aktie

Nach → IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Euro Commercial Paper Program

Instrument zur flexiblen Begebung unbesicherter Schuldtitel mit kurzen Laufzeiten. In einem Programm können mehrere Anleiheemissionen innerhalb einer gegebenen Zeit erfolgen.

Fair Value

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.

Family Office

Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahrnimmt.

Financial Supply Chain Management

Optimierung der Finanzströme entlang der Lieferkette eines Unternehmens.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei denen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf der Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Goodwill

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung von Ertragsersparungen über den → Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdvverschuldung und → Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Anderenfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

IFRS **International Financial Reporting Standards**

Rechnungslegungsregeln des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarkt-orientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren → Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, → Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und → Private Equity.

Investor Relations

Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.

Kapitalflussrechnung

Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.

Korrelation

Wechselbeziehung zwischen mindestens zwei Variablen (zum Beispiel Vermögenswerten), die positiv (gleichläufig) oder negativ (gegenläufig) sein kann, aber keine Aussage zum Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) macht. Wichtige Größe bei der Vermögensstrukturierung, um Risiken zu streuen beziehungsweise abzusichern.

Leveraged Buy-out

Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.

Management Buy-out

Übernahme aller umlaufenden Aktien durch das im Unternehmen tätige Management, welches die Börsennotierung beendet.

Merger & Acquisitions (M&A)

Fusionen und Übernahmen von Unternehmen.

Mezzanine

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Hier: langfristiges nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

Mortgage-backed Securities (MBS)

Wertpapiere, die durch Hypothekendarlehen besichert sind. Unterformen sind → Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und → Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

Namensaktien

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (→ Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.

Portfolio (Portefeuille)

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder → Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Portfolio Management

Steuerung und Verwaltung eines Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des → Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.

Prime Services/Brokerage

Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für → Hedgefonds, das in erster Linie aus → Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, → Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Quantitative Anlagen

→ Portfolios von Aktien- und Rentenwerten sowie von → Hedgefonds. Das Management erfolgt systematisch und regelgesteuert, wobei hauptsächlich fundamentale Anlagekriterien angewandt werden. Die Auswahl beruht auf der Verarbeitung großer Datenmengen, für die quantitative Methoden und Techniken zum Einsatz kommen.

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen.
Intern: detaillierte Risikoeinschätzung eines Schuldners.

REIT

Real Estate Investment Trust (REIT) ist ein Unternehmen, das in Immobilien investiert und dadurch seine Körperschaftsteuer senkt. REITs bieten damit einen ähnlichen Rahmen für Immobilieninvestitionen wie Investmentfonds für Aktienanlagen.

Repogeschäft (Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS)

Verbriefte Wertpapiere, die durch Wohnungsbaukredite besichert sind.

Sale and Leaseback

Transaktion, bei der eine Partei zum Beispiel eine Immobilie an eine andere Partei verkauft und anschließend zur weiteren Nutzung zurückmietet beziehungsweise least.

Sarbanes-Oxley Act (SOX)

US-Kapitalmarktgesetz von 2002, das als Reaktion auf Bilanzskandale die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse notierten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Scharia-konform

Im Einklang mit der islamischen Gesetzgebung.

Securitization (Verbriefung)

Grundsätzlich: Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen). Hier: Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedener Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

SPAC (Special Purpose Acquisition Company)

Börsennotierte Gesellschaft, die Kapital beschafft, um ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen.

Stakeholder

Anspruchs- beziehungsweise Interessengruppen eines Unternehmens, die häufig mit Eigentümern (Aktionären), Kunden, Mitarbeitern und der Gesellschaft gleichgesetzt werden.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden.

Sustainability (Nachhaltigkeit)

Bezeichnet das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlicher Verantwortung mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

Talent Pool

Gruppe von Mitarbeitern, die für höhere Führungspositionen identifiziert wurden.

Trade Finance

Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.

Trust & Securities Services

Breite Palette von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Dazu gehören zum Beispiel Wertpapierverwaltung und -verwahrung (→ Custody), Treuhandverwaltung von Wertpapieren, Emissions- und Zahlstellendienste, Depotbankfunktion für → American Depositary Receipts (ADRs).

US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsregeln der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den → IFRS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline
(08 00) 100 47 98

Investor Relations
(069) 91 03 80 80
db.ir@db.com

Jahresbericht 2009
und Finanzbericht 2009
im Internet:
www.deutsche-bank.de/09

Fotos

Martin Joppen, Frankfurt
Seite 02 und Seite 57
Andreas Pohlmann, München
Seiten 08/09
Matthias Ziegler, München
Seiten 10/11, 24/25, 48/49, 54/55
und Titel

Dieser Bericht wurde klimaneutral gestellt. Durch Herstellung und Verteilung verursachte Treibhausgasemissionen in Höhe von 110 t Kohlendioxid-Äquivalenten wurden durch zusätzliche Investitionen in ein hochwertiges Klimaschutzprojekt kompensiert.



Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutschen Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2009 und dem Finanzbericht 2009, besteht.

Jahresbericht 2009
(in Deutsch und Englisch)

Finanzbericht 2009
(in Deutsch und Englisch)

Annual Report 2009 on Form 20-F
(in Englisch)

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2009
(in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis der Mandate
(in Deutsch/Englisch)

Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2009
(in Deutsch/Englisch)

Verzeichnis der Beiratsmitglieder
(in Deutsch)

Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2009
(ab Mai 2010 in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail
service-center@bertelsmann.de

Internet
www.deutsche-bank.de/09

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen:

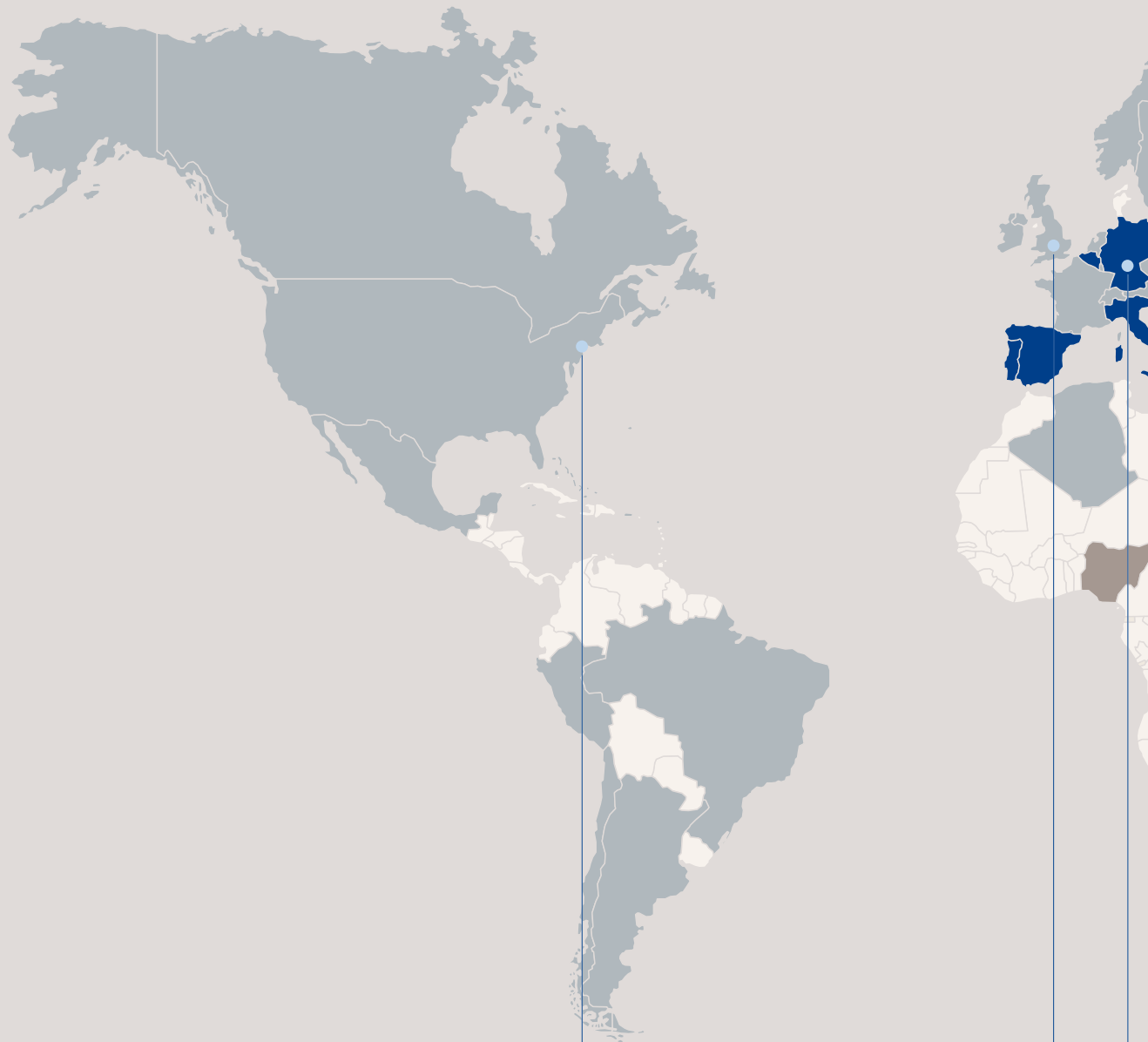
Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und anderenorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 16. März 2010 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Krisen sind Stresstests in der Lebenswirklichkeit. Stärken wie Schwächen von Unternehmen werden gleichermaßen offengelegt. Überlebensmerkmale sind Weitsicht und Nachhaltigkeit sowie entschlossenes Handeln und die Fähigkeit zur schnellen Anpassung an den weltweiten Wandel. Die Existenznotwendigkeit von leistungsfähigen Banken in einer modernen Wirtschaft steht außer Frage. Aber ebenso gilt: Die Finanzwirtschaft muss auf Dauer ihren Beitrag zu Fortschritt und Wandel leisten.

Die Deutsche Bank ist gestärkt aus der Finanzkrise hervorgegangen; sie steht heute global besser da als zuvor. Stärke erlaubt, Chancen zu ergreifen. Wir wollen Zukunftspotenziale zielstrebig erschließen und ambitioniert nutzen. Das Fundament unseres Erfolgs besteht in einem bewährten Geschäftsmodell und einer Belegschaft, die große Kompetenz, breite Vielfalt und eine starke Leistungskultur auszeichnet. Gestärkt in eine neue Zeit.

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

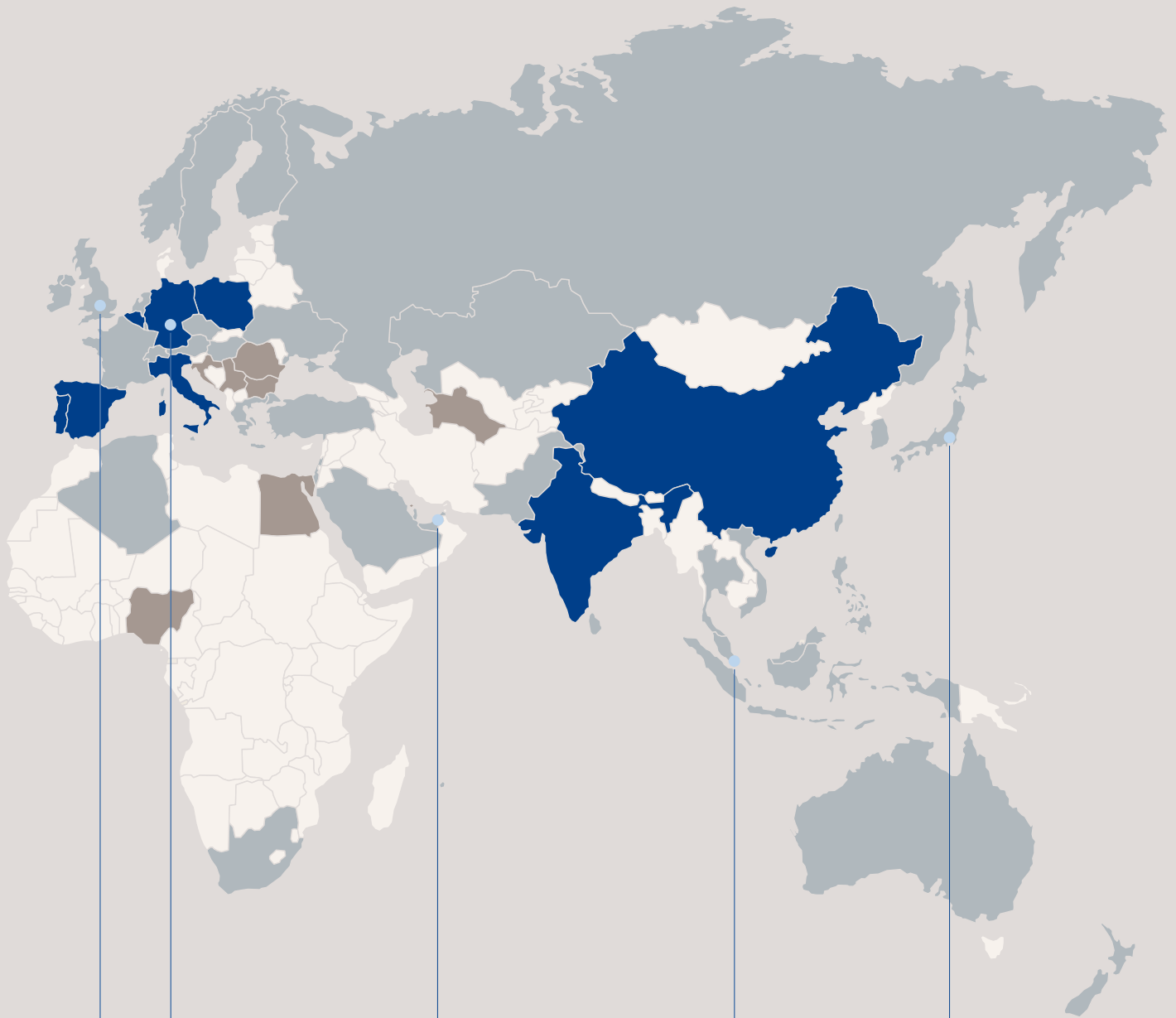


- Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden
- Filialen und/oder Tochtergesellschaften
- Repräsentanzen (ausschließlich)
- Regionale Hauptstandorte

New York

London

Fr



London

Frankfurt am Main

Dubai

Singapur

Tokio

Wichtige Termine

2010

27. April 2010 Zwischenbericht zum 31. März 2010

27. Mai 2010 **Hauptversammlung
in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)**

28. Mai 2010 Dividendenzahlung

28. Juli 2010 Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

28. Oktober 2010 Zwischenbericht zum 30. September 2010

2011

03. Februar 2011 Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2010

15. März 2011 Geschäftsbericht 2010 und Form 20-F

28. April 2011 Zwischenbericht zum 31. März 2011

26. Mai 2011 **Hauptversammlung
in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)**

27. Mai 2011 Dividendenzahlung

27. Juli 2011 Zwischenbericht zum 30. Juni 2011

26. Oktober 2011 Zwischenbericht zum 30. September 2011

Finanzbericht 2009

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2009	2008
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	49,42 €	27,83 €
Aktienkurs höchst	58,29 €	89,80 €
Aktienkurs tiefst	15,38 €	18,59 €
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92 €	- 7,61 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59 €	- 7,61 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	628	504
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	655	504
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,6 %	- 11,1 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,3 %	- 16,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ¹	15,1 %	- 17,7 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ²	57,81 €	52,59 €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	72,0 %	134,3 %
Personalaufwandsquote ⁴	40,5 %	70,6 %
Sachaufwandsquote ⁵	31,5 %	63,7 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	27.952	13.613
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278
Ergebnis vor Steuern	5.202	- 5.741
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	- 3.896
	31.12.2009	31.12.2008
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	1.501	2.202
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36,6	30,7
Tier-1-Kapitalquote ⁶	12,6 %	10,1 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1.964	1.950
davon in Deutschland	961	961
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	77.053	80.456
davon in Deutschland	27.321	27.942
Langfrustrating		
Moody's Investors Service	Aa1	Aa1
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	AA-	AA-

1 Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2009: 34.016 Mio €; 2008: 34.442 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair-Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2009: minus 884 Mio €; 2008: 619 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2009: 287 Mio €; 2008: 1.743 Mio €).

2 Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

3 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

4 Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

5 Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

6 Die Tier-1-Kapitalquote enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 Lagebericht

Überblick über die Geschäftsentwicklung	3
Risikobericht	43
Internes Kontrollsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung	106
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht	111
Vergütungsbericht	116
Gesellschaftliche und soziale Verantwortung	126
Ausblick	130

02 Konzernabschluss

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	139
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	140
Konzernbilanz	141
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	142
Konzern-Kapitalflussrechnung	144
Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis	145

03 Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	310
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	311
Bericht des Aufsichtsrats	312

04 Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat	320
Rechnungslegung und Transparenz	330
Wirtschaftsprüfung und Controlling	331
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	333

05 Ergänzende Informationen

Vorstand	336
Aufsichtsrat	337
Advisory Boards	339
Der Konzern im Vierjahresvergleich	344
Patronatserklärung	345
Glossar	346
Impressum/Publicationen	352

Lagebericht

01

Überblick über die Geschäftsentwicklung	
Der Deutsche Bank-Konzern	3
Überblick über den Geschäftsverlauf	4
Geschäftsergebnisse	7
Vermögenslage	32
Liquiditäts- und Kapitalmanagement	41
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	42
Risikobericht	
Marktentwicklung	43
Risiko- und Kapitalmanagement	43
Risiko- und Kapitalstrategie	45
Arten von Risiken	45
Risikosteuerungsinstrumente	48
Kreditrisiko	50
Marktrisiko	78
Operationelles Risiko	91
Liquiditätsrisiko	96
Kapitalmanagement	102
Bilanzmanagement	103
Gesamtrisikoposition	104
Internes Kontrollsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung	106
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht	111
Vergütungsbericht	116
Gesellschaftliche und soziale Verantwortung	
Mitarbeiter und soziale Verantwortung	126
Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)	127
Ausblick	130

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.501 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2009) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2009 beschäftigte die Bank 77.053 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 72 Ländern und 1.964 Niederlassungen (49 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate and Investment Bank

In CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie die Corporate-Finance-Geschäfte abdecken.

Zu GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). In AM haben wir für Privatkunden das weltweite Publikumsfondsgeschäft unserer Tochtergesellschaft DWS Investments konzentriert. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen reicht. PWM betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden, deren Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung, einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen, gehört.

PBC richtet sich an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellen. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI betreut unsere wesentlichen globalen Beteiligungen.

Überblick über den Geschäftsverlauf

Das Jahr 2009 war von einem Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums geprägt. Der Absturz des Welthandels traf insbesondere Deutschland. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen im In- und Ausland verhinderten einen noch stärkeren Einbruch. Die Bankenbranche erlitt im traditionellen Kreditgeschäft in Europa und den USA 2009 Rekordverluste, während die Erträge aus dem Investment-Banking-Geschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert werden konnten. In diesem Umfeld verzeichneten wir im Geschäftsjahr einen Gewinn nach Steuern von 5,0 Mrd €. Da die Kapitalkraft der Bank höchste Priorität hat, haben wir die Tier-1-Kapitalquote auf 12,6 % gesteigert. Zusätzlich reduzierten wir die risikogewichteten Aktiva auf 273 Mrd € und verbesserten die sogenannte Leverage Ratio. Außerdem haben wir unsere Plattformen in einigen Kerngeschäftsfeldern neu ausgerichtet und unseren designierten kreditbezogenen Eigenhandel eingestellt.

Im Geschäftsjahr 2009 erwirtschafteten wir einen Gewinn vor Steuern von 5,2 Mrd € nach einem Verlust vor Steuern von 5,7 Mrd € in 2008. Die Erträge lagen 2009 mit 28,0 Mrd € deutlich über dem Vorjahreswert von 13,6 Mrd €. Unsere Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) betrug im Berichtsjahr 15 % gegenüber minus 18 % in 2008. Unsere Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) belief sich auf 15 % nach minus 16 % in 2008. Für 2009 ergab sich ein Gewinn nach Steuern von 5,0 Mrd € im Vergleich zu einem Verlust nach Steuern von 3,9 Mrd € im Vorjahr. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) stieg von minus 7,61 € im Vorjahr auf plus 7,59 € im Berichtsjahr.

Die Erträge in CIB stiegen von 3,2 Mrd € in 2008 auf 18,8 Mrd € in 2009. Sales & Trading verzeichnete im Gesamtjahr 2009 Erträge von 12,5 Mrd € nach negativen Erträgen von 514 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf deutlich niedrigere negative Marktwertanpassungen bei kreditbezogenen Risikopositionen im Berichtsjahr sowie auf Vorjahresverluste im Handel mit Kreditprodukten (einschließlich des kreditbezogenen Eigenhandelsgeschäfts), im Aktienderivategeschäft und im Aktieneigenhandel zurückzuführen. Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,2 Mrd €, was einem Anstieg um 2,0 Mrd € gegenüber 2008 entspricht. Im Vorjahr wurden Marktwertverluste von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft ausgewiesen. Die Erträge in PCAM blieben mit 8,3 Mrd € um 777 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang war auf geringere volumenabhängige Provisionen infolge niedrigerer Marktwerte von Vermögenswerten in den ersten neun Monaten 2009 zurückzuführen. Außerdem waren höhere Abschreibungen im Immobilien-Asset-Management zu verkräften und im Brokeragegeschäft in PBC wurden aufgrund der anhaltenden Zurückhaltung von Privatanlegern niedrigere Erträge verzeichnet. Die Erträge in CI reflektierten Gewinne von 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit unserer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG. Das Ergebnis in Consolidation & Adjustments (C&A) enthielt Gewinne von rund 460 Mio € aus Derivaten, die die Auswirkungen auf das Konzerneigenkapital infolge der Erfüllung von Lieferverpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen absichern.

Im Gesamtjahr 2009 beliefen sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen auf 20,1 Mrd €, verglichen mit 18,3 Mrd € im Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus einer Zunahme der variablen Vergütung infolge des verbesserten operativen Ergebnisses und wurde zudem durch die Bonussteuer für Banken in Großbritannien beeinflusst. Diese Entwicklung wurde durch einen gegenläufigen Effekt aus der Anpassung der Vergütungssysteme der Bank teilweise kompensiert, der im Wesentlichen aus einer Erhöhung des Anteils der über mehrere Jahre verteilten Vergütungskomponenten im Vergleich zur bisherigen Praxis resultierte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 2,6 Mrd € gegenüber 1,1 Mrd € im Vorjahr. Dieser Anstieg spiegelt ein sich verschlechterndes Kreditumfeld wider, einschließlich des entsprechenden Effekts auf Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für 2009 und 2008.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	12.459	12.453	6	0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076	1.554	144
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	9.829	11.377	- 1.548	- 14
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	- 830	- 9
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	- 9.992	17.101	N/A
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 403	666	- 1.069	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	59	46	13	28
Sonstige Erträge	- 183	699	- 882	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.493	1.160	14.333	N/A
Summe Erträge insgesamt	25.322	12.537	12.785	102
Personalaufwand	11.310	9.606	1.704	18
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.402	8.339	63	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	- 252	794	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	- 134	585	- 719	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278	1.842	10
Ergebnis vor Steuern	5.202	- 5.741	10.943	N/A
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	244	- 1.845	2.089	N/A
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	- 3.896	8.854	N/A
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 15	- 61	46	- 75
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4.973	- 3.835	8.808	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	26.953	54.549	- 27.596	- 51
Summe der Zinsaufwendungen	14.494	42.096	- 27.602	- 66
Zinsüberschuss	12.459	12.453	6	0
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	879.601	1.216.666	- 337.065	- 28
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	853.383	1.179.631	- 326.248	- 28
Zinsertragssatz ²	3,06 %	4,48 %	- 1,42 Ppkt.	- 32
Zinsaufwandssatz ³	1,70 %	3,57 %	- 1,87 Ppkt.	- 52
Zinsspanne ⁴	1,37 %	0,91 %	0,46 Ppkt.	51
Zinsmarge ⁵	1,42 %	1,02 %	0,40 Ppkt.	39

Ppkt. – Prozentpunkte

1 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

2 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

3 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

4 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

5 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss war mit 12,5 Mrd € im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Zinserträge und -aufwendungen gingen deutlich um jeweils 27,6 Mrd € zurück. Ursache hierfür war zum einen das historisch niedrige Zinsniveau nach weiteren Zinssenkungen der Zentralbanken in 2009 als Reaktion auf die Kreditkrise. Zum anderen wurden Aktiva gezielt abgebaut. Eine stärkere Verringerung des durchschnittlichen Volumens der verzinslichen Aktiva (vorwiegend Handelsaktiva) im Vergleich zur Verringerung des durchschnittlichen Volumens der verzinslichen Passiva wirkte sich negativ auf den Zinsüberschuss aus. Dieser negative Effekt wurde durch deutlich niedrigere Refinanzierungszinssätze als im Jahr 2008 ausgeglichen. Insgesamt führten diese Entwicklungen zu einer Ausweitung unserer Zinsspanne um 46 Basispunkte und einem Anstieg unserer Nettozinsmarge um 40 Basispunkte.

Darüber hinaus wird die Entwicklung unseres Zinsüberschusses von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	1.125	– 1.513	2.638	N/A
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	4.375	– 6.647	11.022	N/A
Sonstige	1.609	– 1.832	3.441	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	– 9.992	17.101	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete im Jahr 2009 einen Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 4,4 Mrd € nach einem Verlust von 6,6 Mrd € im Jahr 2008. Im Vorjahr waren hier erhebliche Verluste im Handel mit Kreditprodukten sowie aus negativen Marktwertanpassungen im Zusammenhang mit Rückstellungen für Monolineversicherer, verbrieften Wohnungsbaukrediten und gewerblichen Immobilienkrediten enthalten. Die Ergebnisverbesserung in 2009 beinhaltete zudem ein gutes Ergebnis im kundenbezogenen Geschäft. Sales & Trading (Equity) verzeichnete 2009 einen Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 1,1 Mrd € nach einem Verlust von 1,5 Mrd € im Vorjahr, in dem Verluste aus dem Aktienderivategeschäft und aus dem Aktien-eigenhandel angefallen waren. Der Sonstige Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich auf 1,6 Mrd € in 2009. Darin waren insbesondere Gewinne in CI im Zusammenhang mit unserer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG und Gewinne aus Derivatekontrakten in Consolidation & Adjustments (C&A), mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, enthalten. Der Sonstige Verlust von 1,8 Mrd € in 2008 beinhaltete Marktwertverluste von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Coupon- und Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	12.459	12.453	6	0
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	- 9.992	17.101	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	17.107	N/A
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:¹				
Sales & Trading (Equity)	2.047	- 1.895	3.942	N/A
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.735	317	9.418	N/A
Sales & Trading insgesamt	11.782	- 1.578	13.360	N/A
Kreditgeschäft ²	767	1.014	- 247	- 24
Transaction Services	1.177	1.358	- 180	- 13
Übrige Produkte ³	239	- 1.821	2.060	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	13.966	- 1.027	14.993	N/A
Private Clients and Asset Management	4.160	3.871	290	7
Corporate Investments	793	- 172	965	N/A
Consolidation & Adjustments	649	- 211	859	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	17.107	N/A

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Segmentberichterstattung“.

2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2009 auf 11,8 Mrd € nach einem Verlust von 1,6 Mrd € im Vorjahr. Diese Verbesserung war vor allem auf die Vorjahresverluste im Aktienderivategeschäft, im Aktieneigenhandel und im Handel mit Kreditprodukten sowie Marktwertanpassungen auf kreditbezogene Risikopositionen im Vorjahr zurückzuführen. Die Ergebnisverbesserung in 2009 beinhaltete zudem ein gutes Ergebnis im kundenbezogenen Geschäft. Ursächlich für den Rückgang im Kreditgeschäft waren ein niedrigerer Zinsüberschuss und ein geringeres Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus gewerblichen Immobilienkrediten, teilweise ausgeglichen durch Marktwertgewinne im Jahr 2009 gegenüber Verlusten im Vorjahr, bei zum Fair Value bewerteten Investment-Grade-Krediten und im Hedgeportfolio. Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Transaction Services ging um 180 Mio € zurück, vor allem infolge des niedrigen Zinsniveaus und des gesunkenen Einlagenneugeschäfts. Die Verbesserung um 2,1 Mrd € bei den Übrigen Produkten resultierte vor allem aus deutlich niedrigeren Marktwertverlusten bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft im Vergleich zum Vorjahr.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Marktwertgewinne bei Investments erzielt, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken und denen entsprechende Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüberstehen. Hier wurden in 2008 Marktwertverluste verzeichnet.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2008 um 290 Mio € (7 %) auf 4,2 Mrd €. Diese Zunahme beinhaltet einen höheren Zinsüberschuss im Kreditgeschäft, insbesondere in PBC aufgrund verbesserter Kreditmargen. Die Verbesserung bei den Übrigen Produkten war hauptsächlich auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC zurückzuführen.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug im Berichtsjahr 793 Mio € nach negativen Erträgen von 172 Mio € im Vorjahr. Diese Entwicklung spiegelt vor allem die Gewinne im Zusammenhang mit unserer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2009 wider.

Consolidation & Adjustments (C&A). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 649 Mio € nach negativen 211 Mio € im Jahr 2008. Zum Ergebnis im Berichtsjahr trugen die Gewinne aus Derivaten, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, sowie ein gegenüber 2008 höherer Zinsüberschuss für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, einschließlich Steuerpositionen, bei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2009 auf 2,6 Mrd €, verglichen mit 1,1 Mrd € im Vorjahr. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB betrug 1,8 Mrd €, verglichen mit 408 Mio € im Jahr 2008. Darin spiegelt sich insbesondere ein deutlicher Anstieg der Risikovorsorge für Vermögenswerte wider, die gemäß den Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Dabei handelt es sich vor allem um Risikopositionen im Leveraged-Finance-Geschäft. Darüber hinaus spiegelt der Anstieg die Neubildung von Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Kontrahenten in Nord- und Südamerika und Europa infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds wider. Die Risikovorsorge in PCAM lag bei 806 Mio € gegenüber 668 Mio € im Vorjahr und reflektiert vornehmlich das sich verschlechternde Kreditumfeld in Spanien und Polen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war im Gesamtjahr 2009 durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € in CIB und um 146 Mio € in PCAM führte.

Weitere Informationen über die Risikovorsorge im Kreditgeschäft enthält der Risikobericht – „Kreditrisiko, Veränderungen im Wertberichtigungsbestand“.

Übrige zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	8.911	9.741	- 830	- 9
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 403	666	- 1.069	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	59	46	13	28
Sonstige Erträge	- 183	699	- 882	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	8.384	11.152	- 2.768	- 25
N/A – nicht aussagefähig				
1 Einschließlich:				
	2009	2008	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	392	384	8	2
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.319	2.815	- 496	- 18
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	214	215	- 1	- 0
Insgesamt	2.925	3.414	- 489	- 14
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.767	1.341	426	32
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.682	2.449	- 767	- 31
Insgesamt	3.449	3.790	- 341	- 9
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.537	0	0
Provisionsüberschuss insgesamt	8.911	9.741	- 830	- 9

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2009 mit 8,9 Mrd € um 830 Mio € (9 %) unter dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften ging gegenüber dem Vorjahr um 489 Mio € zurück. Hauptursache war ein Rückgang der verwalteten Vermögenswerte in AM aufgrund des schwachen Marktumfelds vor allem in den ersten neun Monaten 2009. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft verbesserte sich um 426 Mio € (32 %). Im Emissionsgeschäft stiegen die Erträge im Zuge wachsender Marktaktivität in allen Regionen, während die anhaltend geringe Marktaktivität im Beratungsgeschäft zu einem Ertragsrückgang führte. Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften sank im Berichtsjahr um 767 Mio € (31 %), vor allem infolge niedrigerer Kundennachfrage aufgrund der Marktturbulenzen im Vorjahr. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Die Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beliefen sich in 2009 auf 403 Mio € nach Gewinnen von 666 Mio € im Vorjahr. Die Verluste in 2009 waren vor allem auf Wertberichtigungen auf Positionen in CB&S und im Immobilieninvestmentgeschäft von AM zurückzuführen. Ursächlich für das Ergebnis in 2008 war ein Gewinn in Höhe von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in CI. Dieser wurde teilweise durch Wertminderungen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB, einschließlich einer Abschreibung in Höhe von 490 Mio € auf zur Veräußerung verfügbaren Positionen, ausgeglichen.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Berichtsjahr 59 Mio € gegenüber 46 Mio € im Jahr 2008. Das Ergebnis aus unserer Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in CI wurde teilweise durch Abschreibungen auf nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen im gewerblichen Immobiliengeschäft von CB&S ausgeglichen. In 2008 fielen keine signifikanten Einzeleffekte an.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2009 auf negative 183 Mio €. Der Rückgang um 882 Mio € gegenüber 2008 reflektierte in erster Linie eine Abschreibung in Höhe von 575 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ im Berichtsjahr sowie im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Erträge aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
Personalaufwand	11.310	9.606	1.704	18
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	8.402	8.339	63	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	- 252	794	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	- 134	585	- 719	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278	1.842	10

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2009	2008	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	1.759	1.818	- 59	- 3
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.457	1.434	23	2
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.088	1.164	- 76	- 7
Kommunikation und Datenadministration	672	698	- 26	- 4
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	408	504	- 96	- 19
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	406	415	- 9	- 2
Marketingaufwendungen	278	373	- 95	- 25
Sonstige Aufwendungen	2.334	1.933	401	21
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.402	8.339	63	1

Personalaufwand. Die Zunahme um 1,7 Mrd € (18 %) gegenüber 2008 war hauptsächlich auf einen Anstieg der variablen Vergütung infolge der verbesserten operativen Ergebnisse zurückzuführen und beinhaltete zudem einen Aufwand von 225 Mio € für die von der britischen Regierung angekündigte Bonussteuer für Banken. Diese Entwicklung wurde jedoch teilweise durch den positiven Effekt aus der Anpassung der Vergütungssysteme der Bank kompensiert, die im Einklang mit den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und den Empfehlungen des G-20-Gipfels im September 2009 in Pittsburgh, USA, steht. Bei der Anpassung der Vergütungssysteme wurde der Anteil der über mehrere Jahre verteilten Vergütungskomponenten im Vergleich zu früheren Perioden erhöht.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stiegen in 2009 um 63 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung dieser Aufwandposition wurde in beiden Jahren von bestimmten materiellen Einzelposten beeinflusst. Der diesbezüglich unter Sonstige Aufwendungen verbuchte Betrag lag 2009 über dem Wert von 2008. Im Geschäftsjahr 2009 zählten zu diesen Einzelposten Aufwendungen von 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. sowie Aufwendungen von 200 Mio € für ein Angebot zum Rückkauf bestimmter Produkte von Privatanlegern. Im Vorjahr war eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in den USA 2008 eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred („ARP“) Securities/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen, enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser bestimmten materiellen Einzelposten gingen Sachaufwand und sonstiger Aufwand in 2009 gegenüber 2008 zurück. Dies war hauptsächlich auf einen Rückgang der Aufwendungen für Marketingmaßnahmen, Geschäftsreisen, Beratungsdienstleistungen und EDV im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Das Berichtsjahr beinhaltete Aufwendungen von 542 Mio € gegenüber Erträgen von 252 Mio € in 2008, die im Wesentlichen aus den bereits genannten Geschäften von Abbey Life resultierten. Diese versicherungsbezogenen Aufwendungen werden durch die zuvor genannten gegenläufigen Erträge im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgeglichen.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Im Berichtsjahr 2009 erfolgte eine Wertaufholung von 291 Mio € auf eine Abschreibung, die im vierten Quartal des Vorjahres auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals DWS Scudder) in AM vorgenommen worden war. Darüber hinaus wurden in 2009 und 2008 Goodwillabschreibungen von 151 Mio € und 270 Mio € auf ein konsolidiertes RREEF-Infrastrukturinvestment vorgenommen.

Ertragsteueraufwand

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Steueraufwand von 244 Mio € ausgewiesen gegenüber einem Steuerertrag von 1,8 Mrd € für den Vorjahreszeitraum. Der Steueraufwand im laufenden Jahr wurde insbesondere durch folgende Faktoren begünstigt: eine Wertaufholung aktiver latenter Steuern bei US-amerikanischen Tochtergesellschaften aufgrund einer überplanmäßig guten Ertragslage im Berichtsjahr und verbesserter Ertragsaussichten, spezifische Steuereffekte, einschließlich des Abschlusses von Steuerprüfungen für Vorjahre und steuerfreie Erträge. Der Steuerertrag des Vorjahres wurde im Wesentlichen durch die geografische Verteilung des Konzernergebnisses und die Bewertung steuerlicher Verluste bestimmt. Die effektive Ertragsteuerquote betrug 4,7 % in 2009 gegenüber 32,1 % in 2008.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Bereichsergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss nach IFRS,
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten bereinigten Finanzzahlen und
- Erläuterung der einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2009 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2009	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	18.804	8.264	1.044	28.112	- 159	27.952
Risikovorrsorge im Kreditgeschäft	1.816	806	8	2.630	- 0	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.678	6.804	581	20.063	57	20.120
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	-	-	541	2	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	- 291	151	- 134	-	- 134
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 2	- 7	- 1	- 10	10	-
Ergebnis vor Steuern	4.312	660	456	5.428	- 226	5.202¹
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	82 %	56 %	71 %	N/A	72 %
Aktiva ²	1.343.824	174.738	28.456	1.491.108	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.041	8.408	4.323	31.772	2.840	34.613
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	23 %	8 %	11 %	17 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

2008	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	3.201	9.041	1.290	13.532	82	13.613
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	668	- 1	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.213	7.972	95	18.279	- 0	18.278
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	18	-	- 256	4	- 252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	580	-	585	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	- 20	2	- 66	66	-
Ergebnis vor Steuern	- 7.371	420	1.194	- 5.756	15	- 5.741¹
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	88 %	7 %	135 %	N/A	134 %
Aktiva ²	2.047.181	188.785	18.297	2.189.313	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ³	20.262	8.315	403	28.979	3.100	32.079
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	- 36 %	5 %	N/A	- 20 %	N/A	- 18 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) minus 17 %.

Konzernbereiche

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank (CIB) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	2.734	- 631
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.795	116
Emissionsgeschäft (Equity)	663	334
Emissionsgeschäft (Debt)	1.132	- 713
Beratung	402	589
Kreditgeschäft	1.623	1.393
Transaction Services	2.606	2.774
Sonstige Produkte	- 151	- 661
Summe Erträge insgesamt	18.804	3.201
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	13.966	- 1.027
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.816	408
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.678	10.213
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	- 273
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	- 2	- 48
Ergebnis vor Steuern	4.312	- 7.371
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	N/A
Aktiva	1.343.824	2.047.181
Durchschnittliches Active Equity ¹	19.041	20.262
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	23 %	- 36 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend stellen wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs CIB dar.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	2.734	- 631
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.795	116
Emissionsgeschäft (Equity)	663	334
Emissionsgeschäft (Debt)	1.132	- 713
Beratung	402	589
Kreditgeschäft	1.623	1.393
Sonstige Produkte	- 151	- 661
Summe Erträge insgesamt	16.197	428
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.789	402
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.874	8.550
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	- 273
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	- 2	- 48
Ergebnis vor Steuern	3.537	- 8.476
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	N/A
Aktiva	1.308.220	2.011.983
Durchschnittliches Active Equity ¹	17.881	19.181
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	- 44 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

Im Gesamtjahr 2009 beliefen sich die Erträge auf 16,2 Mrd € nach negativen Marktwertanpassungen von insgesamt 925 Mio €. Im Vorjahr waren in den Erträgen von 428 Mio € negative Marktwertanpassungen von 7,5 Mrd € enthalten. Der Anstieg der Erträge war hauptsächlich auf die Stärke des kundenbezogenen Handelsgeschäfts zurückzuführen. Zudem war das Vorjahr durch Handelsverluste im vierten Quartal belastet. Die Ergebnisverbesserung spiegelt die erfolgreiche Neuausrichtung unserer Sales & Trading-Plattform auf das Kundengeschäft und auf liquide kundenbezogene Produkte wider. Zusätzlich wurden die Erträge im Geschäftsjahr 2009 durch die insbesondere in der ersten Jahreshälfte guten Marktbedingungen, unter anderem im Hinblick auf Margen und Volumina, sowie durch Rekorderträge im Rohstoff- und im Anleihegeschäft in Schwellenländern begünstigt.

In 2009 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 9,8 Mrd € im Vergleich zu 116 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf die im Berichtsjahr wesentlich niedrigeren negativen Marktwertanpassungen von 1,0 Mrd € zurückzuführen (2008: 5,8 Mrd €). Außerdem beinhaltete das Vorjahr Verluste in Höhe von 3,2 Mrd € im Handel mit Kreditprodukten, die in erster Linie im vierten Quartal angefallen waren. Alle kundenbezogenen Geschäfte profitierten in 2009 von größeren Margen und gestiegenen Volumina. Im Devisen- und Geldmarktgeschäft wurden hohe Erträge erreicht, die jedoch unter den Rekordwerten von 2008 lagen. Im Handel mit Zinsprodukten und im Geschäft in Schwellenländern wurden infolge der günstigen Marktbedingungen Rekorderträge erzielt. Des Weiteren wurden in unserem Rohstoffgeschäft Höchstwerte erreicht. Der Handel mit Kreditprodukten erzielte nach der erfolgreichen Neuausrichtung der Geschäftsaktivitäten auf das liquidere kundenbezogene Geschäft und der damit einhergehenden Einstellung des designierten kreditbezogenen Eigenhandels ein starkes Ergebnis.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete für das Geschäftsjahr 2009 positive Erträge in Höhe von 2,7 Mrd € gegenüber negativen Erträgen von 631 Mio € im Jahr 2008. Das Vorjahr enthielt Verluste von 1,4 Mrd € im Aktienderivategeschäft und von 742 Mio € im Aktieneigenhandel, die hauptsächlich im vierten Quartal 2008 angefallen waren. Des Weiteren wurden in allen Produktbereichen, insbesondere im Aktienhandel, starke Ergebnisse verzeichnet. Im Aktienderivategeschäft verbesserte sich das Ergebnis nach dem ersten Quartal 2009 durch die Neuausrichtung der Geschäftsaktivitäten deutlich. Der Aktieneigenhandel verzeichnete im Berichtsjahr ein gutes Ergebnis bei gegenüber 2008 deutlich reduzierten Risiken.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,2 Mrd €, was einem Anstieg um 2,0 Mrd € gegenüber dem Jahr 2008 entspricht. Im Vorjahr wurden Marktwertverluste im Emissionsgeschäft (Debt) in Höhe von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft ausgewiesen, gegenüber positiven Marktwertanpassungen von 103 Mio € im Berichtsjahr. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) konnten infolge der wachsenden Marktaktivitäten in allen Regionen um 328 Mio € auf 663 Mio € gesteigert werden. Die Erträge im Beratungsgeschäft gingen um 187 Mio € (32 %) zurück, da die globalen Volumina auf den niedrigsten Stand seit 2004 sanken.

Im Kreditgeschäft wurden Erträge in Höhe von 1,6 Mrd € erzielt, was einem Anstieg um 230 Mio € (17 %) gegenüber 2008 entspricht. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus Marktwertgewinnen bei zum Fair Value bewerteten Investment-Grade-Krediten und im Hedgeportfolio im Jahr 2009 nach unrealisierten Marktwertverlusten im Vorjahr.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Gesamtjahr auf negative 151 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 511 Mio € gegenüber 2008. Diese Verbesserung war auf Marktwertgewinne bei Investments zurückzuführen, die Ansprüche von Versicherungsnehmern im Zusammenhang mit dem Geschäft von Abbey Life decken. Dem standen eine Abschreibung von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ und Verluste aus Private-Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 gegenüber.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 1,8 Mrd €, verglichen mit 402 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme reflektiert in erster Linie eine höhere Risikovorsorge für Kredite im Leveraged-Finance-Geschäft, die im Rahmen der Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Darüber hinaus spiegelt der Anstieg zusätzliche Rückstellungen infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds wider, vor allem in Europa sowie in Nord- und Südamerika.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mrd € (27 %) auf 10,9 Mrd €. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen infolge verbesserter Ergebnisse sowie aus Effekten im Zusammenhang mit Abbey Life. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten 200 Mio € aus dem Angebot der Bank im dritten Quartal 2009, bestimmte Produkte von Privatanlegern zurückzunehmen, sowie 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. im zweiten Quartal 2009. Diese Aufwendungen wurden teilweise durch Einsparungen kompensiert, die sich aus Maßnahmen zur Kostensenkung und einer niedrigeren Mitarbeiterzahl ergaben.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, die im Oktober 2008 veröffentlicht worden waren, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. In diesen Fällen entsprach nach Einschätzung der Bank der Fair Value der umgewidmeten Vermögenswerte zum Umwidmungsstichtag aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten nicht der erwarteten Rückzahlung der Vermögenswerte. Ferner war die Bank zum Umwidmungszeitpunkt der Auffassung, dass der innere Wert dieser umgegliederten Vermögenswerte bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Da zum Umwidmungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestand, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider. Im dritten Quartal 2008 erfolgte die Umklassifizierung der Vermögenswerte mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Darüber hinaus wurden Umwidmungen mit Wirkung zum 1. Oktober vorgenommen, wenn die Entscheidung für die Umklassifizierung bis zum 1. November 2008 getroffen wurde und zu diesem Zeitpunkt die Anforderungen des IAS 39 sowie die konzerninternen Vorgaben für die Umwidmung erfüllt waren. Wurde die Entscheidung für eine Umklassifizierung nach dem 1. November 2008 getroffen, erfolgte die Umbuchung zum Fair Value des Zeitpunkts der Genehmigung.

Die nachfolgenden Tabellen stellen den von uns ermittelten Nettoeffekt der Umklassifizierung für den Unternehmensbereich CB&S dar. Im Geschäftsjahr 2009 führte die Umwidmung zu einem Verlust von 273 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem entgangenen positiven Effekt von 1,2 Mrd € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Für das Geschäftsjahr 2008 führte die Umklassifizierung zu einem zusätzlichen Gewinn von 3,3 Mrd € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie zu einem positiven Effekt von 1,8 Mrd € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf Marktrisikopositionen sind im Abschnitt „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

Auswirkungen in 2009 aus der Umklassifizierung	31.12.2009		2009	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn-und- Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,2	15,9	407	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9,3	8,2	– 16	– 1.102
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6,1	5,7	– 664	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	–	–	– 114 ¹
Insgesamt	33,6	29,8	– 273²	– 1.216
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008	30,7	27,1	– 472	– 1.216
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009	2,9	2,7	199	–

1 Der negative Betrag in der Position Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste resultiert aus der Abschreibung eines finanziellen Vermögenswerts im Geschäftsjahr. Wäre der Vermögenswert nicht umklassifiziert worden, hätte die Wertminderung zu einer Umgliederung der Veränderung des Fair Value aus dem Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung geführt.

2 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 18 Mio € in PBC.

Auswirkungen in 2008 aus der Umklassifizierung	31.12.2008		2008	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn-und- Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16,2	14,3	2.073	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10,5	8,5	121	1.712
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7,4	6,4	1.101	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0,3	0,1	–	114
Insgesamt	34,4	29,3	3.295¹	1.826

1 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 32 Mio € in PBC.

Bei den in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifizierten Vermögenswerten handelt es sich zum einen um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen mit einem Fair Value von 7,5 Mrd € am Umklassifizierungstag, welche im Rahmen einer Originate-to-Distribute-Strategie begeben wurden. Zum anderen wurden Vermögenswerte in konsolidierten Asset-backed Commercial Paper Conduits in Höhe von 9,4 Mrd € und gewerbliche Immobilienkredite in Höhe von 9,1 Mrd € umgewidmet. Diese Forderungen sollten ursprünglich zum Zeitpunkt der Begebung oder des Erwerbs verbrieft werden. Die verbleibenden umklassifizierten Vermögenswerte, zu denen sonstige zum Zweck der Verbriefung erworbene oder begebene Vermögenswerte gehörten, hatten am Umklassifizierungstag einen Fair Value von 11,9 Mrd €.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen) in jenen CB&S-Geschäftsbereichen, für die wir bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben gemacht haben.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten: Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten in einigen unserer Geschäftsbereiche, einschließlich unseres CDO-Handels- und Emissionsgeschäfts sowie des US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkts, stellen sich unter Berücksichtigung von Hedges und sonstigen Absicherungsgeschäften wie folgt dar.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft, im US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkt

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Subprime- und Alt-A-Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft:		
CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand) ¹	317	485
CDO-Subprime-Risikopositionen (zur Veräußerung verfügbar bilanziert)	34	86
CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand)	22	54
Hypothekenmarkt (Handelspositionen):		
Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt ²	1.301	1.259
Risikopositionen im europäischen Hypothekenmarkt ³	179	257

1 Als Subprime klassifiziert, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheiten Wohnungsbaukredite sind.

2 Davon entfielen am 31. Dezember 2009 389 Mio € auf Alt-A, 71 Mio € auf Subprime, 244 Mio € auf Sonstige und 597 Mio € auf Handelspositionen (netto). Zum 31. Dezember 2008 entfielen 1,0 Mrd € auf Alt-A, minus 134 Mio € auf Subprime, minus 57 Mio € auf Sonstige und 403 Mio € auf Handelspositionen (netto).

3 Davon entfielen am 31. Dezember 2009 145 Mio € auf Großbritannien, 26 Mio € auf Italien und 8 Mio € auf Deutschland. Zum 31. Dezember 2008 entfielen 188 Mio € auf Großbritannien, 56 Mio € auf Italien und 13 Mio € auf Deutschland.

In der obigen Tabelle gibt die Risikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall an, dass die Wertpapiere und entsprechenden Hedges komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Sie liefern keinen Anhaltspunkt für unsere um das „Net Delta“ adjustierte Risikoposition im Handel. Diese „Net-Delta“-adjustierte Risikoposition im Handel ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für jede Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die oben angeführte Tabelle bezieht sich auf wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind nicht enthalten. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 370 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 432 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)). Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2008 betrug 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 336 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 373 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)).

Die Tabelle enthält weder verbrieft Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da wir diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachten. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Tilgungsdauer dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.

Die einzelnen Bruttobestandteile unserer oben genannten Nettorisikopositionen beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass abgesicherte Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisiko-bezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Zuordnung zu den unten genannten Ratingklassen basiert jeweils auf dem niedrigeren verfügbaren Rating von Standard & Poor's, Moody's oder unserem internen Rating zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite in Mio €	31.12.2009				31.12.2008			
	Nominal- wert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	Nominal- wert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Super Senior ABS CDO	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Subprime	142	70	– 6	64	76	40	–	39
Alt-A	4.337	1.873	– 172	1.701	5.063	1.573	– 37	1.536
AA Monolines insgesamt	4.479	1.943	– 178	1.765	5.139	1.613	– 37	1.576
Nicht Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	–	–	–	–	1.110	1.031	– 918	113
Sonstige Subprime	–	–	–	–	258	80	– 24	56
Alt-A	–	–	–	–	1.293	336	– 346	– 10
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	–	–	–	–	2.660	1.447	– 1.288	159
Insgesamt	4.479	1.943	– 178	1.765	7.799	3.060	– 1.325	1.735

Sonstige Risikoposition gegen- über Monolineversicherern	31.12.2009				31.12.2008			
	Nominal- wert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	Nominal- wert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen
in Mio €								
AA Monolines:								
TPS-CLO	2.717	925	- 85	840	3.019	1.241	- 29	1.213
CMBS	1.004	68	- 6	62	1.018	117	- 3	115
Corporate Single Name/Corporate CDO	2.033	- 3	-	- 3	6.273	222	- 2	219
Studentenkredite	232	39	- 4	35	277	105	- 2	103
Sonstige	902	249	- 23	226	587	288	- 5	283
AA Monolines insgesamt	6.888	1.277	- 117	1.160	11.174	1.974	- 41	1.933
Nicht AA Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	-	-	-	-	416	215	- 59	156
CMBS	-	-	-	-	5.537	882	- 111	771
Corporate Single Name/Corporate CDO	-	-	-	-	5.525	272	- 38	234
Studentenkredite	-	-	-	-	53	20	- 3	17
Sonstige	-	-	-	-	498	94	- 16	78
Nicht AA Investment Grade Monolines insgesamt	-	-	-	-	12.029	1.484	- 228	1.256
Nicht Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	876	274	- 100	174	831	244	- 74	169
CMBS	5.932	813	- 355	458	672	125	- 56	69
Corporate Single Name/Corporate CDO	4.366	26	- 12	14	787	9	- 2	6
Studentenkredite	1.221	560	- 319	241	1.185	906	- 227	680
Sonstige	1.645	278	- 102	176	1.244	504	- 229	275
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	14.040	1.950	- 887	1.063	4.719	1.787	- 588	1.199
Insgesamt	20.928	3.227	- 1.004	2.223	27.922	5.245	- 857	4.388

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 100 Mio € (31. Dezember 2008: 58 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betragen 54 Mio € (31. Dezember 2008: 136 Mio €). In beiden Fällen stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderung der Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern vom 31. Dezember 2008 bis zum 31. Dezember 2009.

Bewertungsanpassungen	
in Mio €	
Bestand am Jahresanfang	2.182
Abwicklungen	– 1.686
Neubildung	686
Bestand am Jahresende	1.182

Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate: Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus gewerblichen Immobilienkrediten, die entweder zum Zweck des Verkaufs, der Syndizierung, Verbriefung oder sonstiger Strategien begeben beziehungsweise gehalten oder als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden. Die folgende Tabelle beinhaltet eine Zusammenfassung unserer Risikoposition für gewerbliche Immobilienkredite zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008. Unser Handelsportfolio aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, ist nicht enthalten.

Commercial-Real-Estate-Kredite		
in Mio €		
	31.12.2009	31.12.2008
Zum Fair Value bewertete Kredite, nach Risikoabbaumaßnahmen ¹	1.806	2.605
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ²	6.453	6.669
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ³	2.083	2.103

¹ Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate und sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden. Der darauf bezogene Fair Value belief sich auf 1,0 Mrd € zum 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008: 1,4 Mrd €).

² Buchwert zum jeweiligen Stichtag.

³ Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich: Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung unserer Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-out-Vereinbarungen) ergeben. In der nachfolgenden Tabelle sind Kredite, die vor dem 1. Januar 2007 begeben und vor den Marktverwerfungen vereinbart wurden, sowie Kredite, die seit Entstehung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden, nicht enthalten.

Leveraged Finance		
in Mio €		
	31.12.2009	31.12.2008
Zum Fair Value bewertete Kredite	505	994
davon: seit 1. Januar 2008 begebene Kredite	385	469
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ¹	6.152	7.652
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ²	5.804	5.673

¹ Buchwert zum jeweiligen Stichtag.

² Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

Seit 1. Januar 2008 haben wir verschiedene Transaktionen mit Zweckgesellschaften abgeschlossen. Ziel dieser Transaktionen war es, bestimmte, vorwiegend US-amerikanische, Leveraged-Finance-Kredite und gewerbliche Immobilienkredite, die zum Fair Value bilanziert wurden und in den beiden zuvor dargestellten Tabellen unter „Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen“ ausgewiesen werden, auszubuchen. Für weitere Informationen siehe Abschnitt „Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs – Vom Konzern gesponserte Verbriefungen“.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Transaction Services	2.606	2.774
Sonstige Produkte	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.606	2.774
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	5
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.804	1.663
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	776	1.106
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	60 %
Aktiva	47.416	49.487
Durchschnittliches Active Equity ¹	1.160	1.081
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	67 %	102 %

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

Im Gesamtjahr erreichten die Erträge in GTB 2,6 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 167 Mio € (6 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung resultierte aus dem niedrigen Zinsniveau, niedrigeren Bewertungen von Vermögenswerten während der ersten neun Monate 2009, einem gesunkenen Einlagenneugeschäft und einer geringeren Aktivität in der Dividendenabwicklung. Diese Faktoren konnten durch das anhaltende Wachstum im Geschäft mit Trade-Finance-Produkten und einen positiven Effekt von 160 Mio € im Zusammenhang mit einer Anpassung unserer internen Zinsrechnungssysteme teilweise kompensiert werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 27 Mio €, verglichen mit 5 Mio € im Vorjahr.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2009 mit 1,8 Mrd € um 141 Mio € (8 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung resultierte aus zusätzlichen Aufwendungen für die Einlagen- und Pensionssicherung, gestiegenen transaktionsbezogenen Aufwendungen und höheren leistungsabhängigen Vergütungen infolge des verbesserten Konzernergebnisses. Darüber hinaus trug die Investition in die Deutsche Card Services GmbH im vierten Quartal 2008 zu den im Jahr 2009 höheren zinsunabhängigen Aufwendungen bei.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	2.033	2.457
Brokeragegeschäft	1.456	1.891
Kredit-/Einlagengeschäft	3.531	3.251
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.005	1.066
Sonstige Produkte	239	376
Summe Erträge insgesamt	8.264	9.041
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.160	3.871
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	806	668
Zinsunabhängige Aufwendungen	6.804	7.972
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	18
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	– 291	580
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	– 7	– 20
Ergebnis vor Steuern	660	420
Aufwand-Ertrag-Relation	82 %	88 %
Aktiva	174.738	188.785
Durchschnittliches Active Equity ¹	8.408	8.315
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	8 %	5 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	880	816

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs PCAM.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM)	1.466	1.840
Portfolio/Fund Management (PWM)	309	361
Portfolio/Fund Management insgesamt	1.775	2.201
Brokeragegeschäft	758	908
Kredit-/Einlagengeschäft	314	266
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	23	26
Sonstige Produkte	- 183	- 137
Summe Erträge insgesamt	2.688	3.264
Risikoversorge im Kreditgeschäft	17	15
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.476	3.794
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	18
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	- 291	580
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	- 7	- 20
Ergebnis vor Steuern	202	- 525
Aufwand-Ertrag-Relation	92 %	116 %
Aktiva	43.761	50.473
Durchschnittliches Active Equity ¹	4.791	4.870
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	4 %	- 11 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	686	628

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 2,7 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 576 Mio € (18 %) gegenüber dem Geschäftsjahr 2008. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management gingen im Geschäftsbereich Asset Management (AM) um 374 Mio € (20 %) und im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) um 52 Mio € (14 %) zurück. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus rückläufigen Verwaltungsprovisionen infolge niedrigerer Marktwerte in den ersten neun Monaten 2009, während im vierten Quartal 2009 positive Ertragseffekte aus einer Stabilisierung der Kapitalmärkte nach den Marktturbulenzen im Vorjahresquartal zu verzeichnen waren. Die Erträge im Brokeragegeschäft sanken gegenüber dem Vorjahr um 150 Mio € (16 %) infolge der anhaltend geringen Kundenaktivität aufgrund der Unsicherheiten an den Wertpapiermärkten sowie durch die Verlagerung der Nachfrage hin zu Produkten mit niedrigeren Margen. Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft stiegen um 48 Mio € (18 %) aufgrund höherer Kreditmargen und eines positiven Effekts aus der Anpassung der internen Zinsrechnungssysteme im zweiten Quartal 2009. Bei den Sonstigen Produkten wurden im Berichtsjahr negative Erträge von 183 Mio € gegenüber negativen Erträgen von 137 Mio € im Vorjahr berichtet. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus höheren Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Immobilieninvestmentgeschäft von AM und wurde durch niedrigere freiwillige Einschüsse in bestimmte Geldmarktfonds und niedrigere Abschreibungen bei Seed Capital sowie anderen Investments teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2009 mit 2,5 Mrd € um 1,3 Mrd € (35 %) unter dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung beinhaltet eine Wertaufholung für eine Abschreibung von 291 Mio €, die im Geschäftsjahr 2008 in AM auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals: DWS Scudder) vorgenommen worden war. Außerdem waren in 2008 die Zinsunabhängigen Aufwendungen durch eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € auf ein konsolidiertes RREEF-Infrastrukturinvestment belastet (das in 2009 auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen wurde). Die Abfindungszahlungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr, was die anhaltenden Anstrengungen zur Neuausrichtung unserer Plattform widerspiegelt. Dem stand eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in 2008 in den USA eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred („ARP“) Securities/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen, gegenüber.

Die Invested Assets in AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 686 Mrd € und lagen damit um 58 Mrd € über dem Wert zum 31. Dezember 2008. AM verzeichnete einen Anstieg der Invested Assets um 33 Mrd €, der im Wesentlichen auf positive Marktwertentwicklungen und Nettomittelzuflüsse von 9 Mrd € zurückzuführen war. In PWM nahmen die Invested Assets um 25 Mrd € zu, ebenfalls vorwiegend aufgrund positiver Marktwertentwicklungen und durch Nettomittelzuflüsse von 7 Mrd €.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	257	256
Brokeragegeschäft	698	983
Kredit-/Einlagengeschäft	3.216	2.985
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	982	1.040
Sonstige Produkte	422	513
Summe Erträge insgesamt	5.576	5.777
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	790	653
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.328	4.178
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	458	945
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	72 %
Aktiva	131.013	138.350
Durchschnittliches Active Equity ¹	3.617	3.445
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13 %	27 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	194	189
Kreditvolumen (in Mrd €)	96	91
Einlagenvolumen (in Mrd €)	109	118

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

In PBC gingen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 201 Mio € (3 %) auf 5,6 Mrd € zurück. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management blieben gegenüber 2008 nahezu unverändert. Die Erträge im Brokeragegeschäft gingen um 285 Mio € (29 %) zurück. Dieser Rückgang spiegelt vor allem die Zurückhaltung privater Investoren nach den im vierten Quartal 2008 eingetretenen Marktturbulenzen wider. Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft stiegen um 232 Mio € (8 %). Diese Entwicklung resultierte insbesondere aus höheren Kreditvolumina und -margen und wurde durch niedrigere Margen im Einlagengeschäft teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrigen Finanzdienstleistungen gingen um 58 Mio € (6 %) zurück, vor allem infolge rückläufiger Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten. Die Erträge aus den Sonstigen Produkten von 422 Mio € lagen um 91 Mio € (18 %) unter dem Vorjahreswert, was hauptsächlich auf zwei Sondereffekte im Geschäftsjahr 2008 zurückzuführen war: die Dividendenzahlungen eines Kooperationspartners nach seinem IPO und die Gewinne im Anschluss an einen Geschäftsverkauf.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Berichtsjahr auf 790 Mio €, was einem Anstieg von 136 Mio € (21 %) gegenüber 2008 entspricht. Diese Entwicklung reflektiert die anhaltende Verschlechterung der Kreditbedingungen in Spanien und Polen sowie allgemein höhere Kreditkosten in anderen Regionen. Dem standen im Geschäftsjahr 2009 Nettoauflösungen und niedrigere Nettozuführungen zur Risikovorsorge in Höhe von 146 Mio € im Zusammenhang mit der Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen gegenüber.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 4,3 Mrd € waren um 150 Mio € (4 %) höher als im Jahr 2008. Dieser Anstieg war vorwiegend auf höhere Abfindungszahlungen von 192 Mio € (2008: 84 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Effizienzverbesserung zurückzuführen.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 194 Mrd € und lagen damit um 5 Mrd € über dem Wert zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus positiven Marktwertentwicklungen von 10 Mrd €. Diesen standen Nettomittelabflüsse infolge der Fälligkeit von Termineinlagen gegenüber, die im vierten Quartal 2008 akquiriert wurden.

Zum Jahresende 2009 betreute PBC 14,6 Millionen Kunden. Die Anzahl war damit gegenüber dem Vorjahresende unverändert.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Erträge insgesamt	1.044	1.290
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	793	- 172
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	8	- 1
Zinsunabhängige Aufwendungen	581	95
davon/darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	151	-
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	- 1	2
Ergebnis vor Steuern	456	1.194
Aufwand-Ertrag-Relation	56 %	7 %
Aktiva	28.456	18.297
Durchschnittliches Active Equity ¹	4.323	403
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	11 %	N/A

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,0 Mrd € und lagen damit um 245 Mio € unter dem Vorjahreswert. Hierbei trugen insbesondere drei wesentliche Ergebniskomponenten in Verbindung mit unserer Beteiligung an der Deutschen Postbank AG zu den Erträgen im Gesamtjahr 2009 bei: Marktwertgewinne von 476 Mio € aus unseren Derivaten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Aktien, Marktwertgewinne von 352 Mio € aus den Put-/Call-Optionen zur Erhöhung unserer Beteiligung sowie anteilige Gewinne von 200 Mio € aus unserer Beteiligung. Zusätzlich enthielten die Erträge Marktwertgewinne aus unserer Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. von 83 Mio € und Gewinne von 302 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (hauptsächlich an der Daimler AG und der Linde AG). Abschreibungen in Höhe von 302 Mio € auf unsere Industriebeteiligungen sowie in Höhe von 75 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ glichen diese positiven Ergebnisse teilweise aus.

Die Erträge des Jahres 2008 enthielten Gewinne von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Daimler AG, Allianz SE und Linde AG), einen Gewinn von 96 Mio € aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG, Dividendenerträge von 114 Mio € sowie negative Marktwertanpassungen, einschließlich der Effekte aus unserer Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 581 Mio € lagen um 487 Mio € über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg stand hauptsächlich im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an Maher Terminals, einschließlich einer Goodwillabschreibung in Höhe von 151 Mio € (die Managementverantwortlichkeit für Maher Terminals wurde im ersten Quartal 2009 von AWM auf CI übertragen).

Am Ende des Geschäftsjahres 2009 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 2,1 Mrd € gegenüber 434 Mio € zum Jahresende 2008. Dieser Anstieg war vor allem auf die Übertragung der Managementverantwortlichkeit für bestimmte Vermögenswerte von AWM und CB&S auf CI zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in Note [4] des Konzernabschlusses enthalten.

Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Barreserve	9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	50.329	44.289
Handelsaktiva	234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	134.000	151.856
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	269.281
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	93.453	104.058
Übrige Aktiva	76.878	86.419
Summe der Aktiva	1.500.664	2.202.423
Einlagen	344.220	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	51.059	90.333
Handelspassiva	64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	73.522	78.003
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	39.115
Langfristige Verbindlichkeiten	131.360	133.856
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	110.797	111.467
Übrige Passiva	67.366	72.397
Summe der Verbindlichkeiten	1.462.695	2.170.509
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	37.969	31.914

Aktiva und Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Summe der Aktiva 1.501 Mrd €. Dies entsprach einem Rückgang von 702 Mrd € (32 %) gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2008 (2.202 Mrd €). Die Summe der Verbindlichkeiten von 1.463 Mrd € zum 31. Dezember 2009 lag um 708 Mrd € (33 %) unter dem Wert zum Jahresende 2008 (2.171 Mrd €).

Sowohl die Entwicklung der Aktiva als auch die der Passiva wurde 2009 durch Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und dem Euro nur leicht beeinflusst. Im ersten Quartal 2009 führte die Schwäche des Euro zu höheren Gegenwerten in Euro für unsere auf dem US-Dollar basierenden Aktiva und Passiva. Diese Entwicklung wurde durch die Aufwertung des Euro im zweiten und dritten Quartal 2009 mehr als kompensiert. Die Schwäche des Euro im vierten Quartal 2009 führte zu einer deutlichen Reduzierung des Gesamteffekts aus den Veränderungen des Wechselkurses zwischen dem US-Dollar und dem Euro.

Die Reduzierung der Aktiva und Passiva im Vergleich zum 31. Dezember 2008 war im Wesentlichen auf einen Rückgang der positiven und negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente zurückzuführen. Diese gingen zum 31. Dezember 2009 um 628 Mrd € beziehungsweise 605 Mrd € gegenüber den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2008 zurück. Diese Reduktion war hauptsächlich in unserem Geschäft mit Zins-, Kredit-, Handels- und Fremdwährungsprodukten zu verzeichnen und dabei hauptsächlich auf steigende Zinsstrukturkurven, Aktivitäten zur Risikoreduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen. Der Rückgang im Einlagengeschäft um 51 Mrd €, welcher annähernd zu gleichen Teilen auf das Geschäft mit Banken und Nichtbanken entfiel, trug ebenfalls zur Reduktion unserer Verbindlichkeiten bei.

Diese Entwicklung ist auch bei den meisten anderen Bilanzkategorien zu verzeichnen und reflektiert vor allem unsere Aktivitäten zur Reduzierung unseres Bilanzvolumens.

Eigenkapital

Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 38,0 Mrd € und lag damit um 6,1 Mrd € (19 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2008 von 31,9 Mrd €. Dieser Anstieg folgte in erster Linie aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 5,0 Mrd €, einem Rückgang der nicht in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfassten Verluste um 1,1 Mrd €, einer Kapitalerhöhung von 958 Mio € aus der Emission von 50 Millionen neuen Aktien im März 2009 in Verbindung mit der Akquisition der Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG und einem Rückgang des Bestands an Eigenen Aktien um 892 Mio €, der vom Eigenkapital abgezogen wird. Diese positiven Faktoren wurden durch eine Nettoabnahme der aktienbasierten Vergütung in Höhe von 688 Mio €, versicherungsmathematische Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 679 Mio € nach Steuern und gezahlte Bardividenden von 309 Mio € teilweise ausgeglichen.

Der vorgenannte materielle Rückgang der nicht in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfassten Verluste war hauptsächlich auf eine Abnahme der unrealisierten Verluste aus der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 761 Mio € zurückzuführen. Im negativen Bilanzwert von 121 Mio € zum 31. Dezember 2009 war ein Verlust nach Steuern von 831 Mio € aus Schuldtiteln in Conduits aus vom Konzern gesponserter Asset-backed-Commercial-Paper-Programmen („ABCP“) enthalten, die nach der Änderung von IAS 39 zum 1. Juli 2008 von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Diese unrealisierten Verluste aus der Zeit vor der Umklassifizierung werden bis zur Fälligkeit der Aktiva auf Basis der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung vereinnahmt. Sollte ein umklassifizierter Vermögenswert zukünftig einer Wertminderung unterliegen, wird der diesem Vermögenswert zuzurechnende und im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 37,9 Mrd € zum Jahresende 2009 gegenüber 37,4 Mrd € zum Jahresende 2008. Während das Kernkapital (Tier-1) um 3,3 Mrd € stieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) um 2,8 Mrd € zurück. Sowohl das Tier-1- als auch das Tier-2-Kapital beinhaltet um 2,6 Mrd € gestiegene Basel II-relevante Abzugsposten. Diese reflektierten unter anderem den Abzug der Minderheitsanteile an der Deutschen Postbank AG. Das Tier-1-Kapital erhöhte sich im Gegenzug um 5,0 Mrd € durch das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis. Der verbleibende Rückgang des Tier-2-Kapitals resultierte hauptsächlich aus der Tilgung von langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 873 Mio €.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften („SPEs“), die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. SPEs ermöglichen in erster Linie den Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken und stellen ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereit. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

SPEs, die wir gegründet oder gesponsert haben beziehungsweise mit denen wir eine Vertragsbeziehung unterhalten, sind unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Wir konsolidieren eine SPE, wenn wir ihre Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen können. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn wir direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügen. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden SPE bestimmt, berücksichtigen wir eine Reihe weiterer Faktoren, um festzulegen, ob uns die Mehrheit der verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Wir überprüfen unsere Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich die Vereinbarungen mit der SPE ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen uns und einer SPE substantiell verändert. Für weitere Informationen zu unseren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von SPEs sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Note [1] unseres Konzernabschlusses.

In einigen wenigen Fällen konsolidieren wir bestimmte SPEs für Zwecke sowohl des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterlegen wir sämtliche SPE-bezogenen Transaktionen wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien und die mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bisher hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bedingungen unserer Finanzierungsvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden.

Die folgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten SPEs sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs. Diese sollten zusammen mit dem Abschnitt „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“, der Teil der „Segmentergebnisse – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities“ ist, gelesen werden.

Vermögenswerte von konsolidierten SPEs

31.12.2009	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ²	Barreserve und verzinliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ²	30	279	15.222	–	33	15.564
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen ²	3.409	–	1.175	4	57	4.645
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	200	–	516	3	73	792
Repackaging und Investmentprodukte	5.789	1.973	36	661	557	9.016
Investmentfonds	5.163	–	–	1.313	35	6.511
Strukturierte Transaktionen	2.531	108	5.207	26	423	8.295
Operative Einheiten ²	1.603	3.319	1.898	501	2.416	9.737
Sonstige	610	240	786	59	453	2.148
Insgesamt	19.335	5.919	24.840	2.567	4.047	56.708

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 250 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in Note [12] und im Abschnitt „Segmentergebnisse – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities“, Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, erläutert.

31.12.2008	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ²	Barreserve und verzinliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ²	–	30	24.523	6	132	24.691
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen ²	8.447	–	1.324	41	307	10.119
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	546	–	533	1	148	1.228
Repackaging und Investmentprodukte	9.012	1.847	101	935	2.224	14.119
Investmentfonds	7.005	–	–	3.328	45	10.378
Strukturierte Transaktionen	3.327	202	5.066	22	416	9.033
Operative Einheiten ²	1.810	3.497	1.986	600	1.472	9.365
Sonstige	415	307	926	485	839	2.972
Insgesamt	30.562	5.883	34.459	5.418	5.583	81.905

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 391 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in Note [12] und im Abschnitt „Segmentergebnisse – Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities“, Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, erläutert.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir arrangieren, sponsern und verwalten unsere eigenen Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“). Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für unsere Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), das anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft. Diese sind durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert. Um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Wir stellen diesen Conduits Liquidität bereit und sind deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt. Wir konsolidieren die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme, da wir über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Liquiditätszusagen gegenüber den Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2009 begebenen Commercial Paper von 16,2 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2009 8,2 Mrd € hielten. Das Gesamtvolumen der in 2008 begebenen Commercial Paper betrug 25,2 Mrd €, von dem wir zum 31. Dezember 2008 5,1 Mrd € hielten.

Zu den als Sicherheiten dienenden in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbriefte Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, Trust Preferred Securities sowie verbriefte private und gewerbliche Immobilienkredite. Die Sicherheiten der Conduits gingen zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2009 um 9,1 Mrd € zurück. Diese Veränderung wurde überwiegend durch die Fälligkeit von Liquiditätsfazilitäten verursacht.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Wir sponsern SPEs, für die wir Vermögenswerte generieren oder kaufen. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die SPEs finanzieren solche Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behalten, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist das der Fall, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns bei diesen Verbriefungen zurückbehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2009 auf 3,0 Mrd € (2008: 4,4 Mrd €). Während des Geschäftsjahres 2009 veräußerten wir aktiv die von uns an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen Vermögenswerte. Das führte zu einer Entkonsolidierung der SPEs und damit zu einem Rückgang unserer konsolidierten Vermögenswerte.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit unseren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwerben wir von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gebunden ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten haben, ist zu prüfen, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2009 auf 0,7 Mrd € (2008: 0,8 Mrd €).

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Wir konsolidieren diese SPEs, wenn uns die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Investmentprodukte ermöglichen Kunden den Zugang zu bestimmten Portfolios von Vermögenswerten und Risiken durch den Kauf unserer strukturierten Anleihen. Wir sichern unser Engagement durch den Kauf von Anteilen an den SPEs ab, deren Rendite der für die Anleihen festgelegten Rendite entspricht. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. In 2009 gingen die konsolidierten Vermögenswerte infolge der Entkonsolidierung bestimmter SPEs um 4,0 Mrd € zurück. Die Umgliederung von Maher Terminal LLC und Maher Terminal of Canada Corp. in Operative Einheiten führte zu einem weiteren Rückgang der konsolidierten Vermögenswerte in Höhe von 1,1 Mrd €.

Investmentfonds

Wir bieten Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Wir geben Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantieren. Unser Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und teilweise erfolgsabhängige Gebühren. Obgleich wir zur Unterstützung solcher Fonds nicht vertraglich verpflichtet sind, haben wir uns in bestimmten Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 16 Mio € in 2009 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen.

Während des Geschäftsjahres 2009 gingen die Vermögenswerte in den konsolidierten Investmentfonds um 3,9 Mrd € zurück. Der Rückgang war auf den Abfluss von Barmitteln sowie auf die Entkonsolidierung von zwei Fonds, hervorgerufen durch das Auslaufen von Garantien, zurückzuführen.

Strukturierte Transaktionen

Wir beteiligen uns an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die strukturierten Transaktionen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen. Die Bilanzstruktur der von uns konsolidierten SPEs wird zum einen durch das Eingehen neuer Transaktionen beeinflusst. Zum anderen wirken sich Endfälligkeiten, Restrukturierungen und die vorzeitige Abwicklung infolge der Ausübung von Optionen auf die bestehenden Transaktionen aus.

Operative Einheiten

In einigen für uns vorteilhaften Fällen gründen wir SPEs, um über sie einen Teil unseres operativen Geschäfts durchzuführen. Zu den damit verbundenen Aktivitäten, bei denen sich unser Engagement auf unsere Investition in die SPE beschränkt, gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps. Wir konsolidieren diese Einheiten, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der SPE halten. Die in der Tabelle ausgewiesenen Vermögenswerte umfassen auch einen Immobilienrettungserwerb in den USA mit einem Buchwert von 1,1 Mrd € sowie 1,1 Mrd € aus der Umgliederung von Maher Terminal LLC und Maher Terminal of Canada Corp. aus Repackaging und Investmentprodukten.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition in Mrd €	31.12.2009	31.12.2008
Kategorie:		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	2,7	3,3
ABCP-Conduits Dritter	2,5 ¹	2,1
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	3,9	5,3
Nicht US-amerikanische	2,5	4,0
Garantierte Investmentfonds	12,4	10,9
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8

¹ Dies beinhaltet eine als Sicherheitsleistung zu erbringende Kreditlinie in Höhe von 1,6 Mrd € infolge der Restrukturierung des kanadischen Asset-Backed-Commercial-Paper-Programms im Januar 2009.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir sponsern und verwalten fünf in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Solche Conduits ermöglichen unseren Kunden den Zugang zu Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 2,3 Mrd € (2008: 2,8 Mrd €) beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über ein Rating von mindestens AA-. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der Commercial Paper, die durch außerbilanziell erfasste Conduits emittiert werden, beträgt einen Monat bis drei Monate.

Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die zugesagten Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 2,7 Mrd € (2008: 3,3 Mrd €) beliefen. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir die den Gesellschaften gewährten Kreditlinien reduziert, was zu einem Rückgang der durch die Conduits begebenen Commercial Paper und der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte führte. Keine dieser Liquiditätsfazilitäten ist bisher in Anspruch genommen worden. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten nicht mehr genügend Mittel zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder zur Verfügung stehen. Zum 31. Dezember 2009 hatten wir keine materiellen Bestände an Commercial Paper oder an Wertpapieren, die durch solche Conduits begeben wurden.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring unserer Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Wir konsolidieren keine ABCP-Conduits Dritter, da wir bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Leistungen für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Zum 31. Dezember 2009 belief sich der Nominalwert der von uns zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten auf 2,5 Mrd € (2008: 2,1 Mrd €). Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert. Die Veränderung des Fair Value der entsprechenden Vermögenswerte beeinflusst die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags.

Einige kanadische ABCP-Conduits, die in 2008 Liquiditätsprobleme hatten, wurden im Rahmen eines Kompromisses entsprechend dem Companies' Creditors Arrangement Act (Canada) restrukturiert. Die Verhandlung wurde am 21. Januar 2009 abgeschlossen. Gemäß den Restrukturierungsbestimmungen haben wir Marginfazilitäten in Höhe von 1,6 Mrd € zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2009 wurden keine Fazilitäten in Anspruch genommen.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir und in einigen Fällen auch Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften geknüpft ist.

Der Nominalbetrag der von uns bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten, einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils, belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 11,1 Mrd € (2008: 20,1 Mrd €). Davon wurden 4,7 Mrd € (2008: 10,8 Mrd €) in Anspruch genommen. Damit standen 6,4 Mrd € (2008: 9,3 Mrd €), wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Der Rückgang des Nominalwerts war hauptsächlich auf endfällige Fazilitäten zurückzuführen. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, sodass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

[Investmentfonds](#)

Wir übernehmen Fondsgarantien, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht zu einer Konsolidierung der Fonds. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst, und Fair-Value-Änderungen erfolgswirksam ausgewiesen. Der Fair Value der Garantien betrug zum 31. Dezember 2009 2,5 Mio € (2008: 13,2 Mio €). Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 13,7 Mrd € (2008: 11,8 Mrd €) und die von ihnen begebenen Garantien auf 12,4 Mrd € (2008: 10,9 Mrd €).

[Immobilienleasingfonds](#)

Wir begeben Garantien für SPEs, die in Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturinvestitionen in Deutschland) investieren, das von Dritten finanziert und an unsere Kunden vermietet wird. Derartige Garantien werden nur in Anspruch genommen, falls das Immobilienvermögen zerstört wurde und das Versicherungsunternehmen nicht für den daraus resultierenden Verlust aufkommt. Wird die Garantie in Anspruch genommen, haben wir eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus schreiben wir Verkaufsoptionen für von uns aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturinvestitionen in Deutschland erwerben, die dann von Dritten geleast werden. Die Verkaufsoption gibt dem Anteilseigner das Recht, die Immobilie am Ende der Leasingfrist zu einem festen Preis an uns zu verkaufen. Der Nominalbetrag der von uns begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2009 525 Mio € (2008: 535 Mio €), und der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 246 Mio € (2008: 222 Mio €). Der Fair Value der begebenen Garantien und der geschriebenen Verkaufsoptionen ist nicht materiell. Wir konsolidieren diese SPEs nicht, da wir bei ihnen nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen.

[Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs](#)

[Vom Konzern gesponserte Verbriefungen](#)

Im Geschäftsjahr 2008 schlossen wir Geschäfte mit SPEs ab, die die Ausbuchung von Krediten in Höhe von 10,4 Mrd € ermöglichten. Dabei handelte es sich um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen, vor allem in den USA, sowie um gewerbliche Immobilienkredite, die zum Fair Value bewertet werden. Bei zwei SPEs wurden im vierten Quartal 2008 Ausfallereignisse ausgelöst, nachdem der Wert der Vermögenswerte der SPEs unter den festgelegten Grenzbetrag gefallen war. Dies führte dazu, dass die externen Anteilseigner einwilligten, einen zusätzlichen Kapitalbetrag von 0,7 Mrd € zwecks Ausgleich einzuschließen. Zum 31. Dezember 2008 wurde einer der SPEs zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 0,5 Mrd € bereitgestellt. Der von anderen Anteilseignern ausstehende Betrag von 0,2 Mrd € wurde im ersten Quartal 2009 überwiesen. In 2009 kam es zu keinen weiteren Ausfallereignissen.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht und in Note [36] des Konzernabschlusses enthalten.

Langfristratings

Die Beibehaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären anbieten. Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Langfristratings, die im Jahr 2009 unverändert geblieben sind. Am 16. Januar 2009 stellte Fitch Ratings das Langfristrating der Deutschen Bank AG auf Beobachtung für eine mögliche Herabstufung (sogenanntes Rating Watch Negative). Ursächlich waren Sorgen über die Profitabilität der Deutschen Bank in einem schwachen Marktumfeld. Am 29. Juli 2009 wurde das Langfristrating wieder von der Beobachtungsliste heruntergenommen; es ist seitdem aber mit einem negativen Ausblick versehen, da Fitch Ratings ein weiterhin schwieriges weltweites Geschäftsumfeld für Banken bis in das Jahr 2010 hinein prognostizierte. Am 19. November 2009 hat Moody's Investors Service das Langfristrating der Deutschen Bank AG unter Beobachtung für eine mögliche Herabstufung gestellt. Moody's nennt als Gründe die erhebliche Abhängigkeit der Bank vom Kapitalmarktgeschäft, die erwarteten Ertrags- und Kapitalbelastungen aufgrund verschärfter aufsichtsrechtlicher Bestimmungen und die bei allen Banken zu erwartende Verschlechterung des Kreditbuchs.

	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Moody's Investors Service, New York ¹	Aa1	Aa1	Aa1
Standard & Poor's, New York ²	A+	A+	AA
Fitch Ratings, New York ³	AA-	AA-	AA-

- Das „Aa1“-Rating von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 1 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am oberen Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.
- Standard & Poor's beschreibt Anleihen der A-Ratingkategorie als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Ratingkategorien. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.
- Ein „AA“-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das „AA“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „AA“-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die „AA“-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der „AA“-Kategorie an.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns das Rating mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jedes Rating getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Ratings die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätsratings dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2009 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	131.782	18.895	37.599	29.299	45.989
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.577	746	2.905	1.087	5.839
Langfristige zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen ¹	16.666	4.348	3.851	2.774	5.693
Finanzleasingverpflichtungen	275	25	46	60	144
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.126	728	1.160	886	2.352
Kaufverpflichtungen	2.364	560	1.300	341	163
Langfristige Einlagen	33.415	–	14.902	6.573	11.940
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	7.256	481	327	993	5.455
Insgesamt	207.461	25.783	62.090	42.013	77.575

1 Beinhaltet im Wesentlichen zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 255 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Notes) des Konzernabschlusses: Note [11] zu finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value bewertet sind, Note [22] zu Leasingverpflichtungen, Note [26] zu Einlagen und Note [29] zu langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Erwerb von der Sal. Oppenheim Gruppe erfolgt im ersten Quartal 2010 und wird auf Basis verschiedener Ausführungsvereinbarungen umgesetzt, auf deren Grundlage der Konzern nach der in IAS 28 gegebenen Definition bereits zum Jahresende 2009 über maßgeblichen Einfluss auf die Sal. Oppenheim Gruppe verfügte. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist die Erstkonsolidierung auf dieses Datum festgelegt worden. Die Sal. Oppenheim Gruppe wird daher im ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Bank einbezogen.

Für weitere Informationen verweisen wir auf Note [34].

Risikobericht

Der folgende Abschnitt über quantitative und qualitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken enthält Informationen, die Bestandteil des Konzernabschlusses der Deutschen Bank und daher in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert sind.

Marktentwicklung

Fast im gesamten Jahresverlauf 2009 stiegen das Vertrauen und die Liquidität an den Finanzmärkten, gestärkt durch anhaltende Unterstützungsmaßnahmen von Regierungen und Zentralbanken. Die Aktienmärkte erholten sich deutlich, die Volatilität ließ nach, und die Credit Spreads für Unternehmens- und Interbankenkredite näherten sich ihrem jeweiligen Vorkrisenniveau beziehungsweise konnten es zum Teil wieder erreichen. Mit steigender Risikoneigung der Anleger waren sehr hohe Emissionsvolumina an den Märkten für Unternehmensanleihen zu verzeichnen. Trotz umfangreicher Liquiditätshilfen und Direktkäufe von Aktiva durch staatliche Institutionen setzte auf den Verbriefungsmärkten nur eine moderate Erholung ein. Die weiterhin niedrigen Emissionsvolumina und die anhaltend niedrigen Preise zeigen, dass das Vertrauen in Verbriefungen noch nicht wiederhergestellt ist.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld ist nach wie vor angespannt. Zwar konnten die meisten Industrieländer in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder ein positives Wachstum verzeichnen, aber die Erholungsdynamik blieb relativ gedämpft und von staatlichen Anreizprogrammen abhängig. Bei nicht nachlassendem wirtschaftlichem Gegenwind und steigender Arbeitslosigkeit kam es zu Bonitätsbelastungen für die privaten Haushalte sowie zu einem weiteren Anstieg der Firmenausfälle. Während die Preise für Wohnimmobilien in vielen Industrieländern weiter sanken, blieb die Lage am deutschen Markt stabil. Aufgrund der großen Haushaltsdefizite und der starken Ausweitung der öffentlichen Verschuldung, die vor allem auf die tief greifende Wirtschaftsrezession und die Ausgaben für die Finanzmarktstabilisierung zurückzuführen waren, erhöhte sich gegen Ende des Jahres an den Finanzmärkten die Besorgnis über staatliche Ausfallrisiken.

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und den kontinuierlichen Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise deutlich. Obwohl unser Risiko- und Kapitalmanagement kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Unser Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig unser Risiko- und Kapitalprofil.
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die wir üblicherweise innerhalb unseres Rahmenwerks für Handelsengagements steuern.
- Die Struktur unserer integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation des Risiko- und Kapitalmanagements

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagement in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten. Ferner leitet er unsere integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees, deren Vorsitz bei unserem Chief Risk Officer liegt, sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion.

- Unser Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für bestimmte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören unter anderem Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.
- Die Verantwortlichkeiten des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung.

Es sind spezifische Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung, die sich im Rahmen der Vorstandsvorgaben befindet;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementsysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Die Leiter der Legal, Risk & Capital-Einheiten, die auch dem Risk Executive Committee angehören, sind für die Performance dieser Einheiten verantwortlich und berichten unmittelbar an den Chief Risk Officer.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität unserer internen Kontrollen.

Risiko- und Kapitalstrategie

Die Legal, Risk & Capital-Funktion entwickelt jedes Jahr in einem integrierten Prozess zusammen mit den Konzernbereichen und Finance eine Risiko- und Kapitalstrategie. Dadurch wird eine konzernweite Koordination der Risiko- und Performanceziele gewährleistet. Die Strategie wird in letzter Instanz dem Vorstand vorgelegt und von ihm genehmigt. Anschließend wird der Plan ebenfalls dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgestellt und mit ihm diskutiert.

Ziele und Prognosen werden für verschiedene Parameter und unterschiedliche Ebenen des Konzerns erstellt. Die Zielerreichung wird regelmäßig überprüft, und dem Chief Risk Officer und/oder dem Vorstand wird ein Bericht über ausgewählte Ziele von vorrangiger Bedeutung direkt zur Kenntnis gebracht. Im Fall einer signifikanten Abweichung von den Zielen obliegt es den divisionalen Legal, Risk & Capital-Einheiten, diese ihren Vorgesetzten und in letzter Instanz dem Chief Risk Officer zu melden, wenn auf untergeordneter Ebene keine Risikominderung erreicht beziehungsweise keine Strategie zur Risikominderung gefunden werden kann.

Änderungen der Risiko- und Kapitalstrategie sind je nach Bedeutung vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand zu genehmigen.

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

Bankbetriebliche Risiken

Unsere Risikomanagementprozesse unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, operationelles und Liquiditätsrisiko. Eine ausführliche Erläuterung dieser Risiken folgt im Verlauf des Risikoberichts.

- Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:
 - **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
 - **Länderrisiko** ist das Risiko, dass uns in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
 - **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.
- Das **Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst wird.

Eine Reihe von Konzernrichtlinien und Vorschriften bildet das Rahmenwerk für unser Reputationsrisikomanagement. Die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Eskalation und Klärung von Fragen, die das Reputationsrisiko betreffen, liegt bei den Geschäftsbereichen. Die Risikomanagementeinheiten unterstützen und beraten die Geschäftsbereiche bei der Identifizierung, Eskalation und Lösung von Problemen, die das Reputationsrisiko betreffen.

Das höchste Gremium für Fragen zu Reputationsrisiken ist das Group Reputational Risk Committee (GRRC). Es ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund von Veränderungen der generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellen, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und unsere in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche aus Todesfällen höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Wir sind bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Wir überprüfen die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Wir beobachten dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkenntzahlen und aufkommender Trends.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwachen wir durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Wir untersuchen die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreifen Abhilfemaßnahmen. Wir reduzieren das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Wir bewerten unsere Bestandsraten jährlich unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten vergleichen wir die tatsächlichen Ansprüche sowie den Versicherungsbestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifizieren unsere Annahmen. Tatsächliche Erfahrungswerte können von Schätzungen abweichen. Dies gilt umso mehr, je weiter in die Zukunft prognostiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sofern die tatsächlichen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße vom Wert der künftig zu erfüllenden Ansprüche im Verhältnis zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen in Bezug auf die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren bemisst sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Unsere Strategie besteht darin, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig überprüfen. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

- **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Marktrisiko, einschließlich des gehandelten Ausfallrisikos, sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko. Wir überprüfen und erweitern unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals kontinuierlich, wie es angemessen ist. Im Jahresverlauf 2009 haben wir die Stresstests für das Ökonomische Kapital angepasst, um die extremen Marktbewegungen gegen Ende des Jahres 2008 zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassten die Ausweitung der angenommenen Haltedauer bei Kreditpositionen und die deutlich stärkeren Schocks, die auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere auf verbriefte Produkte, angewendet wurden. Zusätzlich zur Neukalibrierung wurden auch Verbesserungen am Modell

zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals vorgenommen. Dazu zählte die Aufnahme von Stresstests für Leveraged Exchange Traded Funds und für Gap-Risiken bei der Non-Recourse-Finanzierung in den Emerging Markets. Innerhalb des Rahmenwerks für unser Ökonomisches Kapital erfassen wir die Auswirkungen von Rating-Migrationen sowie Gewinne und Verluste aus der Anwendung der Fair-Value-Bewertung. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzen wir das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht amortisierende immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch können wir die risikobereinigte Profitabilität der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung unserer Finanzressourcen darstellt. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein. Eine quantitative Darstellung unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.

- **Erwarteter Verlust.** Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf bis zu siebenjährigen statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein, und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmen wir den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten unserer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.
- **Value-at-Risk.** Wir verwenden ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.
- **Stresstests.** Unsere Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken ergänzen wir um Stresstests. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder spezifischer Parameter auf unser Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch der Einfluss auf die Bonitätsbeurteilung unseres Portfolios wird berücksichtigt. Für das Marktrisikomanagement führen wir Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf Daten der jüngeren Vergangenheit basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die

Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl unsere hochliquiden als auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investments. Die Schätzung der Korrelationen zwischen den in unseren aktuellen Stresstests genutzten Marktrisikofaktoren ist von volatilen Marktverhältnissen abgeleitet. Hierzu wird ein Algorithmus genutzt und die angenommenen Korrelationen entsprechen im Wesentlichen denen, die während der jüngsten Stresssituationen an den Märkten beobachtet wurden. Mithilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die wir für unsere Simulationen auswählen, erforderlich ist. Für das operationelle Risikomanagement führen wir Stresstests in Bezug auf unser Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Im Jahr 2009 haben wir unsere Anstrengungen verstärkt, unser Rahmenwerk für Stresstests über die verschiedenen Risikoarten hinweg anzugleichen.

- **Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über unterschiedliche Kenngrößen, die in Note [36] des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen unseren Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien entsprechen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unsere gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fassen sie auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Unsere 26-stufige Ratingskala ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf statistischen Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios basiert. Diese Skala ermöglicht uns eine Vergleichbarkeit sowohl unserer internen Ratings mit der Marktpraxis als auch eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Teilportfolios untereinander. Mehrere Ausfallratingstufen ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Kreditlimite werden von der Kreditrisikomanagement-Funktion in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine Kreditgenehmigungskompetenz stellt die Vollmacht dar, neue Kreditlimite zu genehmigen sowie existierende Kreditlimite auszuweiten oder zu prolongieren. Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit einzurichten, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz weitergeleitet oder, falls notwendig, an ein angemessenes Kreditkomitee wie das CRM Underwriting Committee. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreicht, um angemessene Limite einzurichten, wird der Fall dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt.

Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf Angemessenheit. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert und dem Risk Executive Committee berichtet.

Einteilung von Kreditengagements

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten zählen. Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern sind auch das Ergebnis unserer direkten Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten wie OTC-Derivaten, FX Forwards und Forward Rate Agreements.

Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in gehandelten Kreditprodukten wie beispielsweise Anleihen. Dieses Risiko wird sowohl anhand von Kredit- als auch Markttrisikoparametern gesteuert.

Überwachung des Ausfallrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Verwaltung der Kreditrisikopositionen sind integrale Bestandteile des Kreditrisikomanagements. Die Überwachung erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit der Portfolio-Management-Funktion. Unsere Kreditengagements werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht.

Die Geschäftspartner im Kreditgeschäft werden den Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements innerhalb bestimmter divisionaler Risikoeinheiten zugewiesen, die den entsprechenden Geschäftsbereichen wie beispielsweise Global Banking, Global Markets oder Global Transaction Banking zugeordnet sind. Die einzelnen Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements in den divisionalen Risikoeinheiten verfügen über die höchste Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung von Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Geschäftspartnern und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. Gemäß branchenüblicher Best Practice erfolgt die Überwachung der Kreditrisiken aus unseren Handelsaktivitäten mit Kunden unter Zugrundelegung von verschiedenen spezifischen Messgrößen, die erwartete aktuelle und zukünftige Engagementhöhen quantifizieren, was Engagementhöhen unter nachteiligen Marktentwicklungen beinhaltet. Im Kreditprozess für Handelsinstrumente sind Limite für Engagements in Handelsinstrumenten festzulegen, deren Einhaltung von den jeweiligen Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements im Rahmen der ständigen Kontrahentenüberwachung kontrolliert wird.

Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements generell auf eine Watchlist gesetzt. Wir sind bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Überwachung des gehandelten Ausfallrisikos

Gehandelte Kreditprodukte wie beispielsweise Anleihen in unserem Developed-Markets-Handelsbuch werden von einer speziellen Risikomanagementeinheit überwacht, die Expertenwissen zu Kredit- und Marktrisiken bündelt. Für das Risikomanagement dieser Positionen verwenden wir angemessene Portfoliolimite und Schwellenwerte auf Einzelkreditnehmerbasis in Abhängigkeit von der Kreditrisikoeinstufung, die mit unseren Instrumenten für das Marktrisikomanagement kombiniert werden. Für das Risikomanagement gehandelter Kreditprodukte der Emerging Markets greifen wir auf die Fachkompetenz der für die Emerging Markets zuständigen Kreditrisikoeinheiten sowie des Marktrisikomanagements zurück.

Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit dem Rahmenwerk des Konzerns für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme, aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken.

Das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken richtet sich nach der Verlustverteilung des Konzernportfolios, die mithilfe einer Monte Carlo-Simulation von korrelierten Ratingmigrationen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Ratingmigrationen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Loan Exposure Management Group

Im Rahmen unseres gesamten Risikomanagements ist die Loan Exposure Management Group („LEMG“) vor allem zuständig für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 7 % von 56,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 auf 52,9 Mrd € am 31. Dezember 2009 gefallen.

Zum Jahresende 2009 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 32,7 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2008 betrug diese Position 36,5 Mrd €.

Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2009 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 20,2 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen das „First Loss Piece“ verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2008 betrug diese Position 20,1 Mrd €.

Die LEMG hat sich entschlossen, die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum Fair Value ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der LEMG ermäßigte sich im Jahresverlauf auf 48,9 Mrd € am 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008: 50,5 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz (Accounting Mismatch) erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Hedges bereits zum Fair Value, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt unser maximales Kreditrisiko ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.820	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	900.800	1.569.203
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	14.852	19.194
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	261.448	271.219
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	52.457	78.957
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	52.183	48.815
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	104.125	104.077
Maximales Kreditrisiko	1.492.773	2.210.319

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe. Vorjahreszahlen wurden für die Herausrechnung der Rohstoffe angepasst.

3 Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

4 Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-Counter(OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting und erhaltenen Barsicherheiten.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz. Die Rückgänge in den nachstehenden Kreditrisikoengagements waren primär in OTC-Derivaten (vor allem in Westeuropa und Nordamerika) und Krediten. Der Kreditrückgang resultierte aus einer Verringerung der Kredite im Nordamerika-Portfolio um 10,4 Mrd €. Der Rückgang bei Derivaten in nahezu allen Regionen hingegen war weitgehend auf steigende Zinskurven und Aktivitäten zur Reduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Osteuropa	6.986	7.672	1.306	1.654	1.428	2.086	690	2.033	10.410	13.445
Westeuropa	187.251	185.577	41.118	38.698	25.254	25.289	24.536	48.677	278.159	298.241
Afrika	947	1.076	233	333	620	566	458	297	2.258	2.272
Asien/Pazifik	16.921	16.887	5.793	6.156	7.086	6.223	7.060	13.225	36.860	42.491
Nordamerika	45.717	56.129	55.337	56.812	17.018	13.943	30.805	57.177	148.877	184.061
Mittel- und Südamerika	3.325	3.530	214	196	777	660	831	1.552	5.147	5.938
Sonstige ⁴	301	348	124	228	–	48	160	629	585	1.253
Insgesamt	261.448	271.219	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	482.296	547.701

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

4 Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchen-zugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Banken und Versicherungen	22.002	26.998	25.289	24.970	11.315	11.568	27.948	68.641	86.554	132.177
Verarbeitendes Gewerbe	17.314	19.043	24.814	24.889	16.809	13.669	2.169	4.550	61.106	62.151
Private Haushalte	85.675	83.376	4.278	3.862	1.820	1.768	801	791	92.574	89.797
Öffentliche Haushalte	9.572	9.972	520	819	19	628	5.527	7.125	15.638	18.544
Handel	10.938	11.761	6.027	6.377	3.443	3.423	604	1.264	21.012	22.825
Gewerbliche Immobilien	28.959	27.083	1.876	2.239	2.194	2.403	1.286	3.213	34.315	34.938
Fund Management	26.462	31.158	11.135	12.998	540	678	12.922	23.114	51.059	67.948
Sonstige ⁴	60.526	61.828	30.186	27.923	16.043	14.678	13.283	14.892	120.038	119.321
Insgesamt	261.448	271.219	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	482.296	547.701

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

4 Kredite in der Kategorie „Sonstige“ beinhalten Leasingfinanzierungen.

Unsere auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements gegenüber unseren zehn größten Kreditnehmern umfassten 7 % unseres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien am 31. Dezember 2009. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern bestehen mehrheitlich gegenüber gut gerateten Kreditnehmern oder beziehen sich auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung aufweisen, mit Ausnahme eines Kreditengagements in Leveraged Finance.

Kredite mit höherem Risiko

Einige Kreditarten tragen ein höheres Rückzahlungsrisiko als andere. In unserem Portfolio aus Krediten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ordnen wir unsere Corporate Finance-Kredite in den Bereichen Leveraged Finance und gewerbliche Immobilienkredite sowie bestimmte andere Kredite, die den niedrigen und mittleren Risikokategorien angehören, dieser Kategorie zu.

Am 31. Dezember 2009 betrug unser Portfolio aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Krediten mit höherem Rückzahlungsrisiko 31,2 Mrd € beziehungsweise 12 % des gesamten Kreditportfolios. Die folgende Übersicht zeigt die Kredite mit höherem Rückzahlungsrisiko nach Risikoart sowie die jeweiligen wertgeminderten Kredite und entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Kredite mit höherem Risiko nach Kategorien	31.12.2009		
	Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten	darunter: wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle
in Mio €			
Leveraged Finance	11.768	2.122	815
Gewerbliche Immobilien ¹	12.990	460	274
Sonstige	6.442	934	377
Insgesamt	31.200	3.516	1.466

¹ Berücksichtigt gewerbliche Immobilienfinanzierungen unseres Geschäftsbereichs Corporate Finance in unserem Konzernbereich Corporate Banking & Securities.

Wir schließen in der Regel keine Subprime- oder nachrangigen Hypothekenkredite beziehungsweise Kredite mit tilgungsfreien Anlaufjahren ab. Wir sind jedoch im margenstärkeren Konsumentencreditgeschäft innerhalb des Bereichs Private & Business Clients aktiv tätig und stufen diese Engagements in der mittleren Risikokategorie ein. Unser Konsumentengeschäft besteht überwiegend gegenüber Kunden in Deutschland und Italien.

Weiter gehende Informationen zu unserem gesamten Kreditportfolio entnehmen Sie bitte den folgenden Abschnitten zum Firmen- und Konsumentencreditengagement.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentencreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentencreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentencreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Diese Übersicht zeigt einen leichten Rückgang unseres Firmenkreditbuchs in Verbindung mit einem größeren Rückgang unseres Engagements im OTC-Derivategeschäft. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an unserem Firmenkreditbuch ging von 66 % am 31. Dezember 2008 auf 61 % am 31. Dezember 2009 zurück. Dies spiegelt die anhaltende Verschlechterung der Kreditqualität im Jahresverlauf 2009 angesichts der Kreditkrise wider. Das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt jedoch weder Kreditsicherheiten, Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos. Wir sind der Meinung, dass wir nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen keine unangemessene Risikokonzentration haben und unser Kreditportfolio gut diversifiziert ist. Der Rückgang des Engagements in OTC-Derivaten, insbesondere in der Kategorie AAA–AA, war weitgehend auf steigende Zinskurven und Aktivitäten zur Risikoreduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Netting-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant und ist nach unserer Beurteilung gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³			Insgesamt
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
in Mio €	28.134	40.749	22.211	20.373	6.573	5.926	23.966	65.598	80.884	132.646
AAA–AA	28.134	40.749	22.211	20.373	6.573	5.926	23.966	65.598	80.884	132.646
A	29.634	29.752	22.758	30.338	13.231	11.976	13.793	22.231	79.416	94.297
BBB	46.889	53.360	28.814	26.510	15.753	15.375	7.600	15.762	99.056	111.007
BB	43.401	44.132	23.031	19.657	9.860	10.239	12.785	13.009	89.077	87.037
B	9.090	10.458	5.935	5.276	4.290	4.412	1.952	3.898	21.267	24.044
CCC und schlechter	14.633	8.268	1.376	1.923	2.476	887	4.444	3.092	22.929	14.170
Insgesamt	171.781	186.719	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	392.629	463.201

1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Konsumentencreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentencreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befindlichen Konsumentencredite sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Konsumentencreditengagement Deutschland	59.804	57.139	1,73 %	1,54 %	0,55 %	0,65 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.556	15.047	2,72 %	1,98 %	1,69 %	1,98 %
Immobilienfinanzierungen	46.248	42.092	1,44 %	1,39 %	0,22 %	0,18 %
Konsumentencreditengagement außerhalb Deutschlands	29.864	27.361	3,37 %	1,92 %	1,27 %	0,94 %
Konsumentencreditengagement insgesamt¹	89.668	84.500	2,28 %	1,67 %	0,79 %	0,74 %

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

Das Volumen unseres Konsumentencreditengagements erhöhte sich im Jahr 2009 um 5,2 Mrd € (6 %) gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung unseres Portfolios in Deutschland (2,7 Mrd €) als auch außerhalb Deutschlands (2,5 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (1,1 Mrd €), Polen (1,0 Mrd €) und Spanien (0,2 Mrd €).

Die Entwicklung der gesamten Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements wurden durch Anpassungen bestimmter Parameter und Modellannahmen, die zu einer Reduzierung der Risikokosten um 146 Mio € in 2009 führten, positiv beeinflusst. Der Anstieg der gesamten Nettokreditkosten im Berichtsjahr gegenüber 2008 war auf unsere Strategie der Ausweitung des margenstärkeren Konsumentencreditgeschäfts sowie die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien zurückzuführen. Der Anstieg der Nettokreditkosten erfolgte vornehmlich bei unseren Portfolios außerhalb Deutschlands und wurde im Wesentlichen verursacht von der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in Spanien, die unsere dortigen Immobilien- und Kleinbetriebs-Kreditportfolios negativ beeinflusste sowie von unserem Geschäft mit Konsumentenfinanzierungen in Polen und Indien. Der gestiegene Anteil von überfälligen Krediten außerhalb Deutschlands resultierte vor allem aus unseren Immobilienfinanzierungen in Spanien.

Gehaltene Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. In Verträgen mit Kreditnehmern wird regelmäßig das Stellen von Sicherheiten vereinbart. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Darüber hinaus steuern wir aktiv unsere Risiken aus Krediten und ausleihebezogenen Zusagen durch unsere spezialisierte Einheit LEMG. Um eine bessere Steuerung unserer derivativebezogenen Kreditrisiken zu erreichen, gehen wir die weiter unten beschriebenen Sicherheitenvereinbarungen ein.

Konzentration des Kreditrisikos

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten, wobei diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Mit auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie auf sonstige Faktoren bezogenen Kreditlimiten legen wir die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei ein bedeutender Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestehen die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa und Nordamerika mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen, überwiegend im Investment-Grade-Rating-Bereich.

In unseren Krediten mit höherem Risiko haben wir eine Konzentration in den gewerblichen Immobilienkrediten und Leveraged Finance, wobei in den Letzteren die Konzentration einer Kreditnehmergruppe mit ungefähr 40 % zum Kreditrisiko in dieser Kategorie beiträgt.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über einen zentralen Kontrahenten (zum Beispiel LCH Clearnet Ltd. oder Eurex Clearing AG) abgewickelt, dessen Richtlinien und Vorschriften einen täglichen Sicherheitennachschuss für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen bei Transaktionen mit OTC-Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen eines zentralen Kontrahenten („OTC Clearing“) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem des zentralen Kontrahenten erzielten Kreditrisikominderung.

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit OTC-Derivaten zu reduzieren, wenn kein OTC Clearing erfolgen kann, sind wir grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatetransaktionen zu netten, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Close-out Netting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie etwa Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, im Rahmen derer wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge für Transaktionen verrechnen, die unter solchen Verträgen geschlossen wurden („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt.

Im Rahmen unserer Risikomess- und Risikobeurteilungsprozesse wenden wir das Netting nur in dem Maße an, in dem wir uns von der rechtlichen Validität und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Ländern überzeugt haben.

Darüber hinaus vereinbaren wir Collateral Support Annexes („CSA“) zu Rahmenverträgen, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Anhänge mit den entsprechenden Sicherheitenvereinbarungen bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die CSA verbieten darüber hinaus das Recht auf Kündigung der zugrunde liegenden Derivatetransaktionen, falls der Kontrahent einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass die CSA durchsetzbar sind, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

Da die Wiederbeschaffungswerte von Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Eventrisiken im Emerging-Markets-Portfolio).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als Potential Future Exposure („PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten Average Expected Exposure („AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das Expected Positive Exposure („EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE über die Gesamtlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Bestimmte Collateral Support Annexes zu Rahmenverträgen legen ratingabhängige Grenzen fest, die die Stellung von zusätzlicher Besicherung auslösen, wenn ein Partner herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die als weiteren Kündigungsgrund die Herabstufung eines Partners festlegen. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend mögliche Eventual-Zahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren.

Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko

Für OTC-Derivatetransaktionen nehmen wir eine Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird an jedem Bilanzstichtag bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Nettingeffekte, des erwarteten Verlustes bei Ausfall und des Kreditrisikos jedes Geschäftspartners (basierend auf den historischen Ausfällen).

Die Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko sind für einige Monolineversicherer signifikant. Diese Bewertungsanpassungen werden auf Basis eines internen Modellansatzes ermittelt, der verschiedene Inputfaktoren für jeden Kontrahenten berücksichtigt. Diese umfassen die Wahrscheinlichkeit eines Ereigniseintritts (entweder Restrukturierung oder Insolvenz), die Beurteilung einer möglichen Glattstellung im Fall einer Restrukturierung und auch mögliche Rückflüsse im Fall der Restrukturierung oder Insolvenz. In 2009 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 1,2 Mrd € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern vorgenommen, verglichen mit 2,2 Mrd € in 2008.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, sodass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Führt unsere Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Work-out-Prozesses abgewickelt. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2009.

31.12.2009 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
FRA	4.004.491	615.931	2.303	4.622.725	4.397	- 4.527	- 130
Zinsswaps (gleiche Währung)	10.572.347	11.700.210	9.269.299	31.541.856	299.453	- 279.432	20.021
Zinsoptionenkäufe	450.445	581.527	280.712	1.312.684	48.463	-	48.463
Zinsoptionenverkäufe	442.358	614.986	311.080	1.368.424	-	- 51.171	- 51.171
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	205.162	303.061	531	508.754	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	336.826	13.209	-	350.035	188	-	188
Zinsoptionenverkäufe	331.852	17.997	-	349.849	-	- 182	- 182
Zwischensumme	16.343.481	13.846.921	9.863.925	40.054.327	352.501	- 335.312	17.189
Währungsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	549.758	44.789	5.362	599.909	9.894	- 9.486	408
Cross Currency Swaps	1.851.617	882.409	561.200	3.295.226	65.502	- 71.424	- 5.922
Devisenoptionenkäufe	242.068	83.743	27.320	353.131	11.947	-	11.947
Devisenoptionenverkäufe	236.324	100.351	27.239	363.914	-	- 11.699	- 11.699
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	10.169	522	-	10.691	-	- 8	- 8
Devisenoptionenkäufe	2.695	85	-	2.780	45	-	45
Devisenoptionenverkäufe	1.716	4	-	1.720	-	- 58	- 58
Zwischensumme	2.894.347	1.111.903	621.121	4.627.371	87.388	- 92.675	- 5.287
Aktien-/indexbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	1.546	7	489	2.042	183	- 151	32
Aktien-/Indexswaps	68.333	27.602	18.970	114.905	6.525	- 7.802	- 1.277
Aktien-/Indexoptionenkäufe	79.512	89.839	29.879	199.230	28.469	-	28.469
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	104.732	117.965	37.347	260.044	-	- 34.248	- 34.248
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	17.201	258	63	17.522	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	126.918	56.747	6.887	190.552	2.985	-	2.985
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	119.173	56.478	7.172	182.823	-	- 2.327	- 2.327
Zwischensumme	517.415	348.896	100.807	967.118	38.162	- 44.528	- 6.366
Kreditderivate	398.530	2.236.492	794.414	3.429.436	104.384	- 88.337	16.047
Sonstige Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	55.705	40.469	5.202	101.376	4.446	- 3.959	487
Sonstige Geschäfte	59.483	115.358	4.631	179.472	13.238	- 13.111	127
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	20.073	15.092	1.067	36.232	20	- 27	- 7
Optionenkäufe	17.235	12.390	262	29.887	3.093	-	3.093
Optionenverkäufe	17.511	10.226	723	28.460	-	- 2.827	- 2.827
Zwischensumme	170.007	193.535	11.885	375.427	20.797	- 19.924	873
OTC-Geschäft insgesamt	19.117.249	17.251.678	11.375.447	47.744.374	596.901	- 575.347	21.554
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	1.206.531	486.069	16.705	1.709.305	6.331	- 5.429	902
Insgesamt	20.323.780	17.737.747	11.392.152	49.453.679	603.232	- 580.776	22.456
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					69.368		

Weiterverkaufsrisiko

Wir gehen häufig hohe Zusagen mit der Absicht ein, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen.

Zu Risikomanagementzwecken behandeln wir den Gesamtbetrag dieser Zusagen als Kreditengagement, das einer formellen Kreditgenehmigung bedarf. Diese Genehmigung umfasst auch unseren geplanten Haltebestand. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Die Kursschwankungen werden mithilfe unseres Prozesses zur Steuerung von Marktrisiken überwacht. Um uns gegen eine Wertminderung solcher Beträge zu schützen, können wir zu marktüblichen Konditionen Geschäfte zur Absicherung von Marktrisiken abschließen (in der Regel auf Basis der entsprechenden Indizes), die ebenfalls in unserem Prozess zur Steuerung von Marktrisiken erfasst werden.

Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.** Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **Transferrisikoengagement.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige übertragen kann („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor.** Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

Länderrisikoratings

Unsere Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt und beinhalten:

- **Sovereign Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Transferrisikoring.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.
- **Event Risk Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft unser Länderisiko-Research-Team mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event Risk Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimit

Unser Länderrisikoengagement steuern wir mithilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Die Bank begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders intensiv. Wir definieren Emerging Markets als Lateinamerika (einschließlich der Karibik), Asien (ohne Japan), Osteuropa, den Nahen Osten und Afrika. Die Limite überprüfen wir mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderrisikolimit werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

Überwachung des Länderrisikos

Unsere Konzernbereiche sind für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite verantwortlich. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Länderrisikoengagement

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Nettotransferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	28.075	26.214
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate)	22.591	17.697

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Emerging Markets Inanspruchnahme des Nettotransferrisikoengagements

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Afrika	1.101	914
Asien (ohne Japan)	5.321	5.472
Osteuropa	2.129	3.364
Lateinamerika	2.234	1.647
Mittlerer Osten	4.041	3.402
Nettotransferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets, insgesamt	14.826	14.799

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2009 betrug unser Nettotransferrisikoengagement gegenüber Emerging-Markets-Ländern (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 14,8 Mrd € und blieb damit nahezu unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2008. Diese Entwicklung war in erster Linie auf höhere kreditbezogene Ausreichungen gegenüber dem Mittleren Osten, Lateinamerika und Asien (ohne Japan) zurückzuführen, die jedoch durch Reduzierungen gegenüber Osteuropa sowie durch Rückgänge in den Forderungen aus OTC-Derivaten gegenüber nahezu allen Regionen kompensiert wurden.

Problemkredite

Unsere Problemkredite bestehen in erster Linie aus wertgeminderten Krediten. Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Der Wertminderungsverlust wird in der Regel auf Basis der erwarteten künftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Bei notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung (zur Definition siehe nächste Seite) wird der ursprüngliche Effektivzinssatz vor einer Anpassung der Konditionen angewendet.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir in unserem Konsumentenkreditengagement eine kollektive Beurteilung der Wertminderung der Kredite vor.

Die zweite Komponente unserer Problemkredite umfasst nicht wertgeminderte Problemkredite, für die kein Wertminderungsverlust festgestellt wurde, bei denen jedoch entweder das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass diese ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können, oder Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Im Einklang mit der Industry Guidance der Securities and Exchange Commission setzen wir darüber hinaus die Überwachung und die Berichterstattung der nachstehenden Kategorien in unseren Problemkrediten fort.

- **Kredite ohne Zinsabgrenzung.** Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist, noch sich im Inkassoprozess befindet oder es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam ist, die Zinsabgrenzung einzustellen. Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird jedoch der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen buchen wir als Ermäßigung der Kapitalforderung.
- **Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung.** Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen, da sie nicht wertgemindert sind.
- **Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung.** Hierbei handelt es sich um Kredite, die wir aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten. Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Die nachfolgenden beiden Tabellen zeigen unsere Problemkredite zum angegebenen Stichtag.

31.12.2009	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
in Mio €							
Einzel ermittelt	758	4.145	4.903	304	1.037	1.341	6.244
Kredite ohne Zinsabgrenzung	707	4.027	4.734	200	1.003	1.203	5.937
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	50	5	55	55
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ¹	51	118	169	54	29	83	252
Kollektiv ermittelt	907	1.391	2.298	274	97	371	2.669
Kredite ohne Zinsabgrenzung	905	1.281	2.186	–	–	–	2.186
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	260	6	266	266
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ¹	2	110	112	14	91	105	217
Problemkredite insgesamt	1.665	5.536	7.201	578	1.134	1.712	8.913
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	28	2.750	2.778	–	159	159	2.937

¹ In der obigen Tabelle sind notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung aus Konsumentenkreditengagements in der Position „Kollektiv ermittelte Problemkredite“ ausgewiesen, da im letzten Quartal des Berichtsjahrs Richtlinien und Verfahren im Kreditgeschäft modifiziert wurden, die eine adäquate kollektive Beurteilung dieser Kredite sicherstellen.

31.12.2008	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
in Mio €							
Einzel ermittelt	750	1.532	2.282	294	391	685	2.967
Kredite ohne Zinsabgrenzung	699	1.519	2.218	215	377	592	2.810
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	8	5	13	13
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	51	13	64	71	9	80	144
Kollektiv ermittelt	824	576	1.400	175	13	188	1.588
Kredite ohne Zinsabgrenzung	824	576	1.400	–	–	–	1.400
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	175	13	188	188
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	–	–	–	–	–	–	–
Problemkredite insgesamt	1.574	2.108	3.682	469	404	873	4.555
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	9	745	754	–	86	86	840

Der Anstieg der Problemkredite im Berichtsjahr um insgesamt 4,4 Mrd € (96 %) war auf einen Bruttoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 5,6 Mrd € zurückzuführen, der teilweise durch Abschreibungen von 1,2 Mrd € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 60 Mio € ausgeglichen werden konnte. Dieser Anstieg in unseren Problemkrediten ist vorwiegend auf unsere einzeln ermittelten Kredite zurückzuführen, bei denen ein Bruttoanstieg von 4,0 Mrd € verzeichnet wurde, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 670 Mio € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 57 Mio € kompensiert wurde. Bei kollektiv ermittelten Problemkrediten wurde ein Bruttoanstieg von 1,6 Mrd € durch Abschreibungen von 552 Mio € teilweise kompensiert. In den kollektiv ermittelten Problemkrediten in Höhe von 2,7 Mrd € waren zum 31. Dezember 2009 Kredite von 2,1 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, sowie Kredite von 564 Mio €, die weniger als 90 Tage überfällig waren.

Unsere Problemkredite beinhalteten 2,9 Mrd € an Problemkrediten unter den gemäß IAS 39 in das Anlagebuch umklassifizierten Krediten. Für diese Kredite verzeichneten wir einen Bruttoanstieg von 2,5 Mrd €, der teilweise durch Abschreibungen von 414 Mio € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 34 Mio € ausgeglichen wurde.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 191 Mio €, was einer Zunahme von 120 Mio € (169 %) gegenüber dem 31. Dezember 2008 entspricht. Von diesen Zusagen entfielen 51 Mio € auf Kreditnehmer mit notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung. Dies entspricht einer Zunahme von 45 Mio € gegenüber dem 31. Dezember 2008.

Zusätzlich beliefen sich zum 31. Dezember 2009 unsere leistungsgestörten Leasingfinanzierungen auf 7 Mio €. Das entspricht einem Anstieg um 3 Mio € (71 %) gegenüber dem 31. Dezember 2008. Diese Beträge sind nicht in unseren Problemkrediten enthalten.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über unsere nicht wertgeminderten notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung, deren Bedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	188	80

Die folgende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite weniger als 30 Tage überfällig	6.192	8.345
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	941	1.308
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	558	939
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	925	407
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	8.616	10.999

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.965	3.222
Erhaltene Garantien	330	987
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.295	4.209

Wertgeminderte Kredite

Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich unsere wertgeminderten Kredite auf insgesamt 7,2 Mrd €, was einem Anstieg um 96 % gegenüber dem 31. Dezember 2008 entspricht. Der gesamte Bruttoanstieg von wertgeminderten Krediten in Höhe von 4,8 Mrd € wurde nur teilweise durch Abschreibungen von 1,2 Mrd € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 31 Mio € ausgeglichen. Die Zunahme der wertgeminderten Problemkredite ist vorwiegend auf unsere einzeln ermittelten wertgeminderten Kredite zurückzuführen, bei denen es einen Bruttoanstieg von 3,3 Mrd € gab, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 670 Mio € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 27 Mio € kompensiert wurde. Die kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite erhöhten sich um 897 Mio €, wobei ein Bruttoanstieg von 1,5 Mrd € durch Abschreibungen von 552 Mio € kompensiert wurde.

Die wertgeminderten Kredite beinhalteten 2,8 Mrd € an Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden. Bei diesen verzeichneten wir einen Bruttoanstieg von 2,5 Mrd €, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 414 Mio € und einen wechselkursbedingten Rückgang von 28 Mio € kompensiert wurde.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite zum jeweiligen Berichtszeitpunkt, aufgeteilt nach den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Osteuropa	30	121	151	16	38	54
Westeuropa	3.215	2.152	5.367	1.439	1.338	2.777
Afrika	27	–	27	–	–	–
Asien/Pazifik	136	21	157	50	22	72
Nordamerika	1.392	3	1.395	543	1	544
Mittel- und Südamerika	84	1	85	233	1	234
Sonstige	19	–	19	1	–	1
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite nach Branchen zum jeweiligen Berichtszeitpunkt.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	101	–	101	146	10	156
Verarbeitendes Gewerbe	582	116	698	347	80	427
Private Haushalte	103	1.556	1.659	228	981	1.209
Öffentliche Haushalte	45	–	45	118	–	118
Handel	255	91	346	145	55	200
Gewerbliche Immobilien	710	250	960	137	35	172
Fund Management	848	–	848	644	1	645
Sonstige ¹	2.259	285	2.544	517	238	755
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

¹ Zum 31. Dezember 2009 beinhaltet die Kategorie „Sonstige“ in erster Linie eine wertgeminderte nachrangige Forderung im Leveraged-Finance-Geschäft, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden war.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der von uns zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Finanzielle und andere Sicherheiten	1.757	1.175
Erhaltene Garantien	57	18
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.814	1.193

Übernommene Sicherheiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die wir während der Berichtsperioden in die Bilanz aufgenommen haben, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen in Anspruch genommen haben.

in Mio €	2009	2008
Gewerbliche Immobilien	78	799
Private Immobilien	10	170
Sonstige	–	1.837
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	88	2.806

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In 2009 haben wir in Bezug auf zwei Kreditengagements in unserem Portfolio in den USA Gewerbeimmobilien übernommen, während die Übernahme von privaten Immobilien sich auf Engagements in Spanien erstreckte, wo wir die Sicherheit in Ausübung der Zwangsvollstreckung übernommen haben.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 33 Mio € nach 127 Mio € zum 31. Dezember 2008.

Wertberichtigung für Kreditausfälle

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer ebenfalls nach der Branche des Kreditnehmers, sowie die prozentualen Anteile unseres gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2009		31.12.2008	
Inländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand:				
Banken und Versicherungen	2	4 %	1	5 %
Verarbeitendes Gewerbe	199	3 %	165	3 %
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	18	5 %	21	5 %
Private Haushalte – Hypothekenkredite	3	15 %	5	13 %
Öffentliche Haushalte	–	2 %	–	2 %
Handel	95	1 %	81	1 %
Gewerbliche Immobilien	55	5 %	60	5 %
Fund Management	3	1 %	2	1 %
Sonstige	123	4 %	144	5 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand inländische Kunden insgesamt	498		479	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	454		464	
Inländische Kunden insgesamt	952	40 %	943	39 %
Ausländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand	1.532		499	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	859		496	
Ausländische Kunden insgesamt	2.391	60 %	995	61 %
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	3.343	100 %	1.938	100 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	2.029		977	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	1.314		961	
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	3.343		1.938	

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen in unserem Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen.

in Mio €	2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	977	961	1.938	930	775	1.705
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.789	808	2.597	382	702	1.084
Nettoabschreibungen	- 637	- 419	- 1.056	- 301	- 477	- 778
Abschreibungen	- 670	- 552	- 1.222	- 364	- 626	- 990
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	33	133	166	63	149	212
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 101	- 36	- 137	- 34	- 39	- 74
Bestand am Jahresende	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer nach Branchen, in den angegebenen Zeiträumen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	1.938	1.705
Abschreibungen:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	– 2	– 2
Verarbeitendes Gewerbe	– 43	– 53
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	– 340	– 330
Private Haushalte – Hypothekenkredite	– 23	– 32
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	– 23	– 41
Gewerbliche Immobilien	– 6	– 19
Fund Management	–	–
Sonstige	– 72	– 127
Inländische Kunden insgesamt	– 509	– 604
Ausländische Kunden insgesamt	– 713	– 386
Abschreibungen insgesamt	– 1.222	– 990
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	11	14
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	83	81
Private Haushalte – Hypothekenkredite	1	3
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	7	8
Gewerbliche Immobilien	7	9
Fund Management	–	–
Sonstige	25	41
Inländische Kunden insgesamt	135	157
Ausländische Kunden insgesamt	31	55
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	166	212
Nettoabschreibungen	– 1.056	– 778
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2.597	1.084
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	– 137	– 74
Bestand am Jahresende	3.343	1.938
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,39 %	0,33 %

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle betrug am 31. Dezember 2009 3,3 Mrd € und lag somit um 72 % über dem zum Ende 2008 ausgewiesenen Bestand von 1,9 Mrd €. Dieser Anstieg resultiert in erster Linie aus Wertberichtigungen, die unsere Abschreibungen deutlich übertrafen.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2009 betragen 1,2 Mrd €. Davon entfielen 637 Mio € auf unser Firmenkreditgeschäft, von denen 414 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren Portfolios in den USA und Großbritannien betrafen, sowie 419 Mio € auf unser Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus unseren deutschen Portfolios.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Berichtsjahr 2,6 Mrd €. Davon entfielen 1,8 Mrd € auf unsere Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 1,3 Mrd € für Vermögenswerte gebildet wurden, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren. Dabei handelte es sich in erster Linie um Risikopositionen im Bereich Leveraged Finance. Der übrige Anstieg entstand durch die Neubildung von Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika und Europa infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds. Die Wertberichtigungen in PCAM beliefen sich auf 805 Mio € und spiegelten im Wesentlichen das schwierigere Kreditumfeld in Spanien und Polen wider. Die Risikovorsorge war im Gesamtjahr 2009 durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € im Bereich CIB und 146 Mio € im Bereich PCAM führte.

Am 31. Dezember 2009 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 2,0 Mrd €. Der Anstieg um 1,1 Mrd € in 2009 ergab sich aus Nettozuführungen von 1,8 Mrd € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 637 Mio € und einem Rückgang von 101 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2009 bei 1,3 Mrd € und damit um 353 Mio € über dem Stand zum Ende des Vorjahres (961 Mio €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 808 Mio €, einschließlich eines positiven Effekts durch Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen, die zu einer Reduzierung der Risikovorsorge von 87 Mio € führte. Den Wertberichtigungen standen Nettoabschreibungen von 419 Mio € und ein Rückgang von 36 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber.

Unser Wertberichtigungsbestand belief sich am 31. Dezember 2008 auf 1,9 Mrd € und lag damit um 14 % über dem zum Ende 2007 ausgewiesenen Bestand von 1,7 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus Wertberichtigungen, die unsere Abschreibungen übertrafen.

Im Jahr 2008 betragen unsere Bruttoabschreibungen 990 Mio €. Davon entfielen 626 Mio € auf unser Konsumentenkreditengagement und 364 Mio € auf unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus unseren deutschen und US-amerikanischen Portfolios.

Im Jahr 2008 betragen unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle 1,1 Mrd €, was einem Anstieg von 433 Mio € (67 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ursache hierfür war in erster Linie unser Konsumentenkreditengagement als Folge des sich verschlechternden Kreditumfelds in Spanien, höherer Kreditausfallquoten in Deutschland und Italien sowie des organischen Wachstums in Polen. Für unsere Firmenkreditengagements wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 Wertberichtigungen von 257 Mio € für Vermögenswerte gebildet, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren. Innerhalb dieses Portfolios waren zusätzliche Wertberichtigungen vorwiegend für Kredite in Europa notwendig, was durch eine Verschlechterung des Kreditumfelds bedingt war.

Am 31. Dezember 2008 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 977 Mio €. Der Anstieg um 47 Mio € im Jahr 2008 umfasste Nettozuführungen von 382 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 301 Mio € und einen Rückgang um 34 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Am 31. Dezember 2008 lag unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen bei 961 Mio € und damit um 186 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2007 (775 Mio €). Die Veränderung reflektierte Zuführungen zu Wertberichtigungen von 702 Mio €, denen Nettoabschreibungen von 477 Mio € gegenüberstanden, sowie einen Nettorückgang von 39 Mio € aufgrund von Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten. Mit dieser Erhöhung lag unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle nahezu auf dem gleichen Niveau wie unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle enthält eine Analyse der Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2009 entfielen 72 % unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden.

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	995	615
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2.182	752
Nettoabschreibungen	- 682	- 330
Abschreibungen	- 713	- 385
Eingänge aus abgeschrieben Krediten	31	55
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	- 104	- 42
Bestand am Jahresende	2.391	995

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, in denen Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen enthalten sind.

in Mio €	2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	98	112	210	101	118	219
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	21	12	33	- 2	- 6	- 8
Zweckbestimmter Verbrauch	- 45	-	- 45	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen	10	-	10	- 1	-	- 1
Bestand am Jahresende	83	124	207	98	112	210

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlung und Lieferung im Rahmen der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free-Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, das heißt dem Risiko, dass sich der Marktwert unserer Handels- und Anlagepositionen verändert. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Credit Spreads, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern wie der Marktvolatilität entstehen.

Oberstes Ziel von Market Risk Management ist es, sicherzustellen, dass die Geschäftseinheiten der Bank das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und die Bank nicht unannehmbaren Verlusten ausgesetzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (den Geschäftseinheiten) sowie den Kontroll- und Supportfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marketmaking im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in Form des Aktienkursänderungsrisikos entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments, Alternative Asset Investments und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko der Nichthandelsaktivitäten entsteht aus unseren Aktiva und Passiva. Andere Elemente des nicht handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit unseren Asset Management- und Fondsaktivitäten sowie durch Modellrisiken in PBC, GTB und PWM, die sich aus Szenarioannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung unseres Marktrisikos aus Handelspositionen besteht in der Festlegung von Limiten. Der Vorstand legt, unterstützt von Market Risk Management (MRM) als Teil unserer unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit sowie ein Risikolimit für das Ökonomische Kapital für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche (zum Beispiel Global Markets und Corporate Finance) und einzelne Geschäftssparten (zum Beispiel Global Rates, Global Markets Equity, etc.) auf. Grundlage hierfür sind voraussichtliche Geschäftspläne und Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten können die Geschäftsleiter oder Chief Operating Officers geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festlegen, indem sie das von MRM festgelegte Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk-Limite und das Risikolimit für das Ökonomische Kapital reichen nicht aus, um alle Arten von Marktrisiken zu steuern. Deshalb wendet Market Risk Management zusätzlich Sensitivitäts- und Konzentrations-/Liquiditätslimite an. Unterschieden wird zwischen den von Market Risk Management festgelegten Limiten und den Business Limits für Sensitivitäten und Konzentration/Liquidität. In der Praxis handelt es sich dabei um eine relativ kleine Zahl wesentlicher Limite, die für die Erfassung bestimmter Risikofaktoren erforderlich sind und eher global als nur für eine bestimmte geografische Region gelten.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Risikonehmer unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Diversifikationseffekte.** Diversifikation ist eine Portfoliostrategie, die durch das Kombinieren verschiedener Positionen auf die Reduzierung des Risikos abzielt. Da einige Positionen an Wert zunehmen, während andere an Wert abnehmen, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisiko für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte („Hedging“).** Hedging bedeutet das Eingehen von Positionen in verwandten Wertpapieren, einschließlich derivativer Produkte, wie Terminkontrakten, Swaps und Optionen. Hedgingaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos: Überarbeitetes Rahmenwerk und De-Risking-Disziplin in 2009

In 2009 hat Market Risk Management neue Prozesse zur verbesserten Überwachung und Berichterstattung wesentlicher Risiken eingeführt. Diese Prozesse umfassten die Erstellung einer Liste mit Risikopositionen, bei denen eine konsequente Risikominderung angestrebt wird. Die Identifizierung solcher Positionen erfolgt nach einem vierstufigen Plan zum Abbau von Risiken (De-Risking).

Reduzierung von Risikokonzentrationen:

- Anpassung der Positionsgröße an das Liquiditätsumfeld
- Investitionen, um die illiquidesten Risikopositionen aufzulösen

Fortsetzung des aktiven Hedging:

- Umsetzung eines aktiven Makro-Hedging-Programms
- Verbesserung der Hedgingeffizienz einzelner Strategien

Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades:

- Reduzierung von Brutto- und Nettorisikopositionen
- Anpassung der Marktrisikoneigung an die neuen Bilanz- und Leverageziele

Reduzierung der Unsicherheitsfaktoren:

- Vermeidung von Engagements in Produkten, die schwierig zu bewerten sind
- Verringerung der Abhängigkeit von komplexen, stark strukturierten Produkten

Dank der anhaltenden Fokussierung konnte die Mehrheit dieser wesentlichen Risikopositionen auf ein angemessenes Niveau reduziert werden. Für eine Minderheit an Risikopositionen war der Risikoabbau durch das Marktumfeld erschwert, weshalb ein restliches Verlustpotenzial verbleibt. Ergänzende Maßnahmen zur Verminderung dieses Verlustpotenzials wurden eingeleitet. So haben wir diese Positionen vom normalen Handelsbestand abgetrennt und steuern sie in separaten Altbestandsbüchern (Legacy Books). Mithilfe von Sicherungsinstrumenten wird das Risiko nach unten begrenzt. Wir suchen und nutzen weiterhin Marktchancen, um diese Risiken zu reduzieren.

Dieses Vorgehen war Teil einer breiteren Neuausrichtung unseres Geschäftsmodells. Ziel ist es, den Anteil der Erträge aus den Märkten mit höchster Liquidität zu steigern und die Abhängigkeit von exotischen und strukturierten Produkten, die weniger Liquidität aufweisen, zu verringern.

Quantitative Risikosteuerungsinstrumente

Value-at-Risk

Value-at-Risk ist ein quantitatives Maß für den potenziellen Wertverlust einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig überarbeitet und die Genehmigung aufrechterhalten.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Das bedeutet, wir gehen von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Mark-to-Market-Verlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Wir verwenden historische Marktdaten, um den Value-at-Risk zu bestimmen. Als Basis dient eine historische Beobachtung über 261 gleich gewichtete Handelstage. Bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt, wobei wir davon ausgehen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung. Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir über denselben 261-Tages-Zeitraum beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist auf die Erfassung der folgenden Risikofaktoren ausgerichtet: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten und das allgemeine Basisrisiko. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio, um Korrelationen und Ausgleichwirkungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch gegenüber unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von Value-at-Risk-Schätzungen ist eine Reihe von Faktoren in Betracht zu ziehen. Das Modell weist allgemein bekannte Einschränkungen auf, wovon sich viele im Jahr 2008 zeigten und zu einer großen Zahl von Ausreißern geführt haben. Zu diesen Einschränkungen zählen unter anderem:

- Die Verwendung historischer Daten ist unter Umständen kein guter Indikator für zukünftige Ereignisse, vor allem wenn diese extrem sind. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie 2008). Sie kann aber auch zu einer Überbewertung führen. In 2009 haben wir weniger Ausreißer beobachtet, als vom Modell erwartet wurden. Rein statistisch gesehen, war der Value-at-Risk 2009 zu konservativ und hatte das Risiko in unseren Handelsbüchern zu hoch eingeschätzt. Wie bereits erläutert, basieren in unserem Value-at-Risk-Modell die Schätzungen der künftigen Volatilität auf Marktdatenbeobachtungen des vorangegangenen Jahres. Die Schätzungen für 2009 beinhalteten also weitgehend die extreme Marktvolatilität, die im vierten Quartal 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zu beobachten war. Da sich die Märkte 2009 wieder normalisierten, lag die geschätzte Volatilität über der tatsächlichen Volatilität, und es gab weniger Ausreißer als erwartet.
- Annahmen in Bezug auf die Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren können sich als falsch erweisen, insbesondere bei extremen Marktereignissen. Wir sind der Meinung, dass unsere Annahmen angemessen sind, allerdings gibt es für den Value-at-Risk keine Standardmethode. Die Zugrundelegung anderer Annahmen würde zu anderen Ergebnissen führen.
- Die Haltedauer von einem Tag führt in Zeiten erhöhter Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.
- Obwohl wir der Meinung sind, dass die wesentlichen Risiken in unserem Value-at-Risk-Modell berücksichtigt sind, und wir das Modell fortlaufend weiterentwickeln, kann es dennoch Risiken in unseren Handelsbüchern geben, die unser Value-at-Risk-Modell noch nicht einbezieht.

Wir analysieren fortlaufend potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung statistischer Verfahren wie Backtesting, berücksichtigen aber auch Erfahrungen aus dem Risikomanagement und Einschätzungen von Risikoexperten. Beim Backtesting wird die Prognosegüte unserer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, das von Market Risk Management geleitet wird und in dem Market Risk Operations, Risk Analytics and Instruments, Finance und andere Bereiche vertreten sind, erörtert vierteljährlich die Backtestingergebnisse für den Konzern und die verschiedenen Geschäftsbereiche. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern.

Wir entwickeln unsere eigenen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zur Überprüfung und Verbesserung dieser Modelle bereit. Ein besonderer Fokus wird auf die Verbesserung jener Bestandteile des Value-at-Risk-Modells gelegt, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in der jüngeren Vergangenheit Verluste aufgetreten sind. In den Jahren 2008 und 2009 wurden die Methoden zur Berechnung des Value-at-Risk deutlich verbessert, unter anderem folgende:

- Einführung einer Option-adjusted-Spread-Sensitivität für Mortgage-backed Securities. Mit dieser Credit-Spread-Berechnung kann das Risiko vorzeitiger Rückzahlungen, das heißt die Option zur Rückzahlung einer Hypothek im Fall sinkender Zinsen, genauer erfasst werden.
- Einführung einer Volatilitätssensitivität auf Basis von Credit Spreads
- Berücksichtigung des Basisrisikos zwischen verschiedenen Geldmarktinstrumenten und den auf ihnen basierenden Swaps
- Berücksichtigung des Basisrisikos zwischen Credit Default Swaps und Anleihespreads

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für Marktrisiko misst, wie für andere Risikokategorien, die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Einige Unternehmen berechnen das Ökonomische Kapital für Marktrisiken auf Basis ihres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung eines höheren Konfidenzniveaus und einer längeren Haltedauer. Dieser Ansatz enthält eine wesentliche Einschränkung, die darin besteht, dass das Value-at-Risk-Modell auf relativ jungen historischen Daten basiert und deshalb in der Regel nur Verluste widerspiegelt, die unter normalen Marktbedingungen entstanden sind. Daher berechnen wir das Ökonomische Kapital mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen. Die Stresstests werden aus in der Vergangenheit beobachteten gravierenden Marktereignissen abgeleitet. Die aus diesen Stressszenarien resultierenden Verluste werden unter Berücksichtigung von Korrelationen aggregiert, die in Krisenzeiten beobachtet wurden, um den Anstieg der Korrelationen widerzuspiegeln, die bei einem gravierenden Abschwung auftreten.

Diese Stresstests werden mit subjektiven Einschätzungen angereichert, wenn nur begrenzte historische Daten zur Verfügung stehen oder wenn die Beurteilung der Marktentwicklungen zu der Erkenntnis führt, dass historische Daten ein mangelhafter Indikator für potenzielle künftige Marktszenarien sind.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen wird wöchentlich durchgeführt. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohstoffpreise. Volatilität, Kreditkorrelation und allgemeine Basisrisiken sind ebenfalls einbezogen.

Im Jahresverlauf 2009 wurden die Stresstests für das Ökonomische Kapital angepasst, um die extremen Marktbewegungen gegen Ende des Jahres 2008 zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassten die Ausweitung der angenommenen Haltedauer bei Kreditpositionen und die deutlich stärkeren Schocks, die auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere auf verbrieftete Produkte, angewendet wurden.

Zusätzlich zur Neukalibrierung wurden auch Verbesserungen am Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals vorgenommen. Dazu zählte die Aufnahme von Stresstests für Leveraged Exchange Traded Funds und für Gaprisiken bei der Non-Recourse-Finanzierung in den Emerging Markets.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und Berechnungen des Ökonomischen Kapitals sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Zahl der durchgeführten Stresstests und die Tatsache begrenzt, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigt. Darüber hinaus arbeiten wir fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist unwesentlich. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

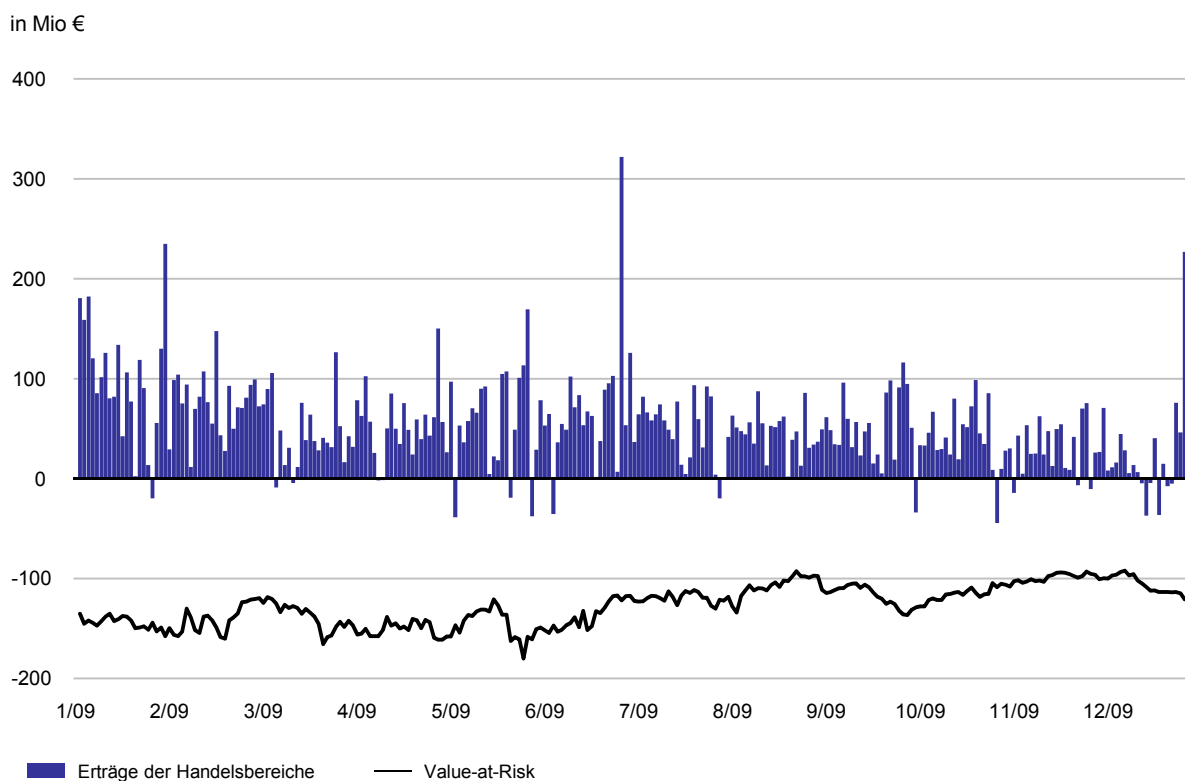
Value-at-Risk der Handelsbereiche		
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Zinsrisiko	111,0	129,9
Aktienkursrisiko	37,0	34,5
Währungsrisiko	23,9	38,0
Rohwarenpreisrisiko	14,8	13,5
Diversifikationseffekt	- 65,7	- 84,5
Insgesamt	121,0	131,4

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank nach Risikokategorie für die angegebenen Zeiträume.

Value-at-Risk der Handelsbereiche	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
in Mio €												
Durchschnitt	126,8	122,0	- 61,6	- 74,7	117,6	105,4	26,9	60,7	28,7	18,4	15,1	12,2
Maximum	180,1	172,9	- 112,3	- 104,1	169,2	143,3	47,3	93,8	64,4	42,4	34,7	21,1
Minimum	91,9	97,5	- 35,9	- 48,4	83,2	83,1	14,5	31,0	11,9	8,5	8,5	7,6

Das folgende Schaubild zeigt den täglichen aggregierten Value-at-Risk der Handelsbereiche im Jahr 2009 unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf.

Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2009



Unser Value-at-Risk für die Handelsbereiche bewegte sich in einer Bandbreite von 91,9 Mio € bis 180,1 Mio €. Der durchschnittliche Value-at-Risk im Jahr 2009 lag mit 126,8 Mio € um 4 % über dem Vorjahresdurchschnitt von 122 Mio €.

Der 2009 verzeichnete Anstieg des durchschnittlichen Value-at-Risk war in erster Linie auf die erhöhte Marktvolatilität im Jahr 2008 und in geringerem Maße auf die Weiterentwicklung des Value-at-Risk-Modells zurückzuführen. Fast im gesamten Jahresverlauf 2009 hoben diese Faktoren den deutlichen Abbau von Risikopositionen in unserem Handelsbuch auf.

Im zweiten Quartal 2009 erreichte der Value-at-Risk seinen Höchststand mit 180,1 Mio € und ging dann wieder zurück, nachdem die im 2. Quartal 2008 beobachtete hohe Volatilität nicht länger in den Daten berücksichtigt wurde. Auch im 4. Quartal 2009 wurde fast durchgängig ein Rückgang des Value-at-Risk verzeichnet, da die extremen Beobachtungen aus dem 4. Quartal 2008 (infolge des Konkurses von Lehman Brothers) aus der Berechnung herausfielen. Anfang Dezember erreichte der Value-at-Risk seinen Tiefpunkt von 91,9 Mio €, was die erhebliche Risikoreduzierung im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 122 Mio € in 2008 belegt. Eine Kombination aus neu eingegangenen Positionen im Zins- und Aktienkursrisiko sowie eine Rekalibrierung von Parametern in unserem Credit-Correlation-Geschäft erhöhten den Value-at-Risk zum Jahresende 2009 erneut auf 121 Mio €.

Im Jahr 2009 erzielten unsere Handelsbereiche an über 91 % der Handelstage (über 57 % in 2008) einen positiven Ertrag.

Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Verlust, der unsere Value-at-Risk-Schätzungen übersteigt. Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Backtesting 2009 wurde nur ein Ausreißer gegenüber 35 Ausreißern in 2008 beobachtet. Bei einem Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % sind pro Jahr zwei bis drei Ausreißer zu erwarten. Diese deutliche Verbesserung der Modellgüte spiegelt die 2008 und 2009 durchgeführten Weiterentwicklungen sowie die Rückkehr der Märkte zu normaleren Volatilitäts- und Korrelationsniveaus wider.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche in 2009. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Erträge der Handelsbereiche in 2009

in Mio €

Tage

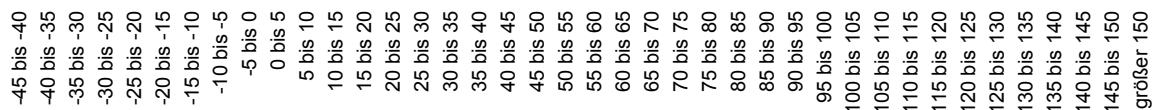
20

15

10

5

0



Der aus unseren Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2009 gegenüber 5,5 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Der Rückgang spiegelt das im Handelsbuch durchgeführte De-Risking wider, das teilweise durch Erhöhungen infolge der Neukalibrierung von Schockszenarien und Entwicklungen des Ökonomischen Kapitalmodells kompensiert wurde.

Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Unsere Nontrading Market Risk Management-Teams sind verantwortlich für eine Anzahl von Marktrisiken, die aus verschiedenen Geschäftsaktivitäten und Initiativen hervorgehen.

Das wesentlichste Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten ist das Aktienkursrisiko, welches aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments hervorgeht, insbesondere aus unserem Anteil an der Deutschen Postbank AG. Unser Alternative-Asset-Portfolio trägt ebenfalls zu unserem nicht handelsbezogenen Aktienkursrisiko bei, da es hauptsächlich aus geschäftsbezogenen Principal Investments sowie Private Equity und Alternative Asset Investments besteht.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und wird in unseren handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen wiedergegeben. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Verbindlichkeiten und Investments ergeben.

Ein signifikanter Anteil der Währungsrisiken in unserem Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten ergibt sich aus nicht abgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften, vorwiegend in den USA und Großbritannien. Dies wird als strukturelles Währungsrisiko bezeichnet.

Abgesehen von diesen gängigen Risikoarten hat unsere Nontrading Market Risk Management-Funktion auch die Aufgabe, andere Risikopositionen zu überwachen und zu steuern, die sich aus der Aktienvergütung und den Asset Management- und Fondsaktivitäten ergeben, vor allem aus Garantiefonds. Zudem unterliegen unsere Geschäfte in PBC, GTB und PWM hinsichtlich der Kundeneinlagen einem Modellrisiko. Dieses Risiko tritt zutage, wenn Annahmen über das Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen einem Schocktest unterzogen werden.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorschläge. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen muss dieses vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder sogar vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Risiken, die im Bereich Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten abzudecken sind, teilen sich drei Teams die Verantwortung für das Management dieser Risiken:

- Das Nontrading Market Risk Management-Team innerhalb unserer Market Risk Management-Funktion deckt Marktrisiken in PBC, GTB, PWM, Corporate Investments sowie Risiken aus strukturellen Währungsgeschäften, Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen ab.
- Das Principal Investments-Team innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Die Asset Management Risk-Einheit innerhalb unserer Kreditrisikomanagement-Funktion konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts. Beachtenswerte Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften dieser Positionen und des teilweise statischen Preisniveaus benutzen wir den Value-at-Risk nicht als Risikomaß für unsere Nichthandelsportfolios. Stattdessen verwenden wir zur Bewertung des Risikos Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Ferner wenden wir unser makroökonomisches Kreditportfoliomodell an, um den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere strategischen Beteiligungen zu bewerten. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern. Zum Jahresende 2009 wurden mehrere Verbesserungen bezüglich der Abdeckung unseres nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios durch das Ökonomische Kapitalmodell eingeführt. Die bedeutendsten Erweiterungen unseres Ökonomischen Kapitalmodells erfolgten bezüglich der Aktienvergütung, des strukturellen Währungsrisikos und der Modellrisiken in Bezug auf die Kundeneinlagen in unseren Geschäftsbereichen PBC, GTB und PWM. Obwohl diese Positionen für sich betrachtet eine große Auswirkung auf das Ökonomische Kapital haben, ist ihre Auswirkung, auf einer diversifizierten Basis gesehen, gering.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios		
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
CIB	890	941
PCAM	2.246	1.730
Corporate Investments	5.043	577
Anderes nicht handelsbezogenes Marktrisiko	- 277	14
Konzern insgesamt	7.902	3.262

Die deutlichsten Änderungen ergaben sich 2009 aus dem Erwerb von Anteilen an der Deutschen Postbank AG, der auch in erster Linie für den Anstieg des Ökonomischen Kapitals im Bereich Corporate Investments verantwortlich war. Der in PCAM verzeichnete Anstieg resultiert hauptsächlich aus weiteren Verbesserungen unseres Kapitalmodells in den Bereichen Private & Business Clients und Asset & Wealth Management. Der Ökonomische Kapitalbedarf in Bezug auf Kundeneinlagen in Höhe von 15 Mio € wurde vom Ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko in das Ökonomische Kapital für das Nichthandelsportfolio für den 31. Dezember 2008 neu allokiert.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios.

Nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Strategische Beteiligungen	7,6	1,2	4,9	0,8
Wichtigste Unternehmensbeteiligungen ¹	0,2	1,1	–	0,4
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	0,9	0,9	0,2	0,2
Alternative Assets	3,8	3,2	1,3	1,3
Principal Investments	2,0	1,6	0,7	0,7
Immobilien	1,7	1,3	0,6	0,6
Hedgefonds ²	0,1	0,2	–	–
Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken ³	N/A	N/A	1,5	0,6
Insgesamt	12,5	6,3	7,9	3,3

1 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 28 Mio € am 31. Dezember 2009.

2 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 17 Mio € am 31. Dezember 2009 und von 42 Mio € am 31. Dezember 2008.

3 N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios belief sich zum Jahresende 2009 auf insgesamt 7,9 Mrd € und fiel somit um 4,6 Mrd € (142 %) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2008.

- **Strategische Beteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 4,9 Mrd € resultierte hauptsächlich aus unseren Beteiligungen an der Deutschen Postbank AG und der Hua Xia Bank Company Ltd.
- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 28 Mio €. Die meisten dieser wichtigsten Industriebeteiligungen wurden in 2009 veräußert, insbesondere ein Großteil unserer Beteiligung an der Daimler AG. Die verbleibenden Positionen sind für uns nicht länger materiell.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2009 belief sich auf 203 Mio €.
- **Alternative Assets.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out-Fonds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out-Fonds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Das Alternative-Asset-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf, die jüngsten Marktentwicklungen haben jedoch die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch unsere Absicht – vorausgesetzt, günstige Marktkonditionen ermöglichen es.

— **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**

- **Deposit Bucketing.** Das Ökonomische Kapital wird einem Stresstest bezüglich Modellannahmen für die effektive Laufzeit von Tagesgeldeinlagen unterzogen. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 247 Mio € und resultierte hauptsächlich aus einem Beitrag von 228 Mio € des Unternehmensbereichs PBC.
- **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug minus 597 Mio € auf diversifizierter Basis. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Downsideszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
- **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 307 Mio € zum 31. Dezember 2009.
- **Asset Management.** Garantierte Fonds: Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,3 Mrd € und lag somit um 139 % höher als der Vergleichswert zum Jahresende 2008. Dieser Anstieg resultierte aus einer Neukalibrierung von Parametern zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals (Schocks, Korrelationen) im Juli 2009 und spiegelt veränderte Marktbedingungen wider.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt, mit Ausnahme von Aktienvergütungsprogrammen und strukturellen Währungsrisiken.

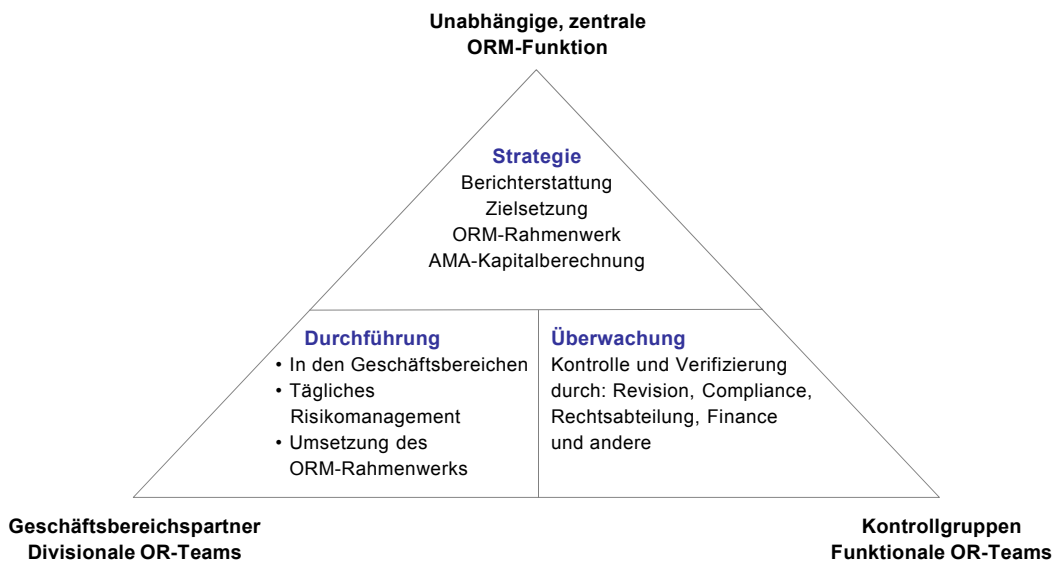
Operationelles Risiko

Organisationsstruktur

Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied des Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Er führt den Vorsitz im Operational Risk Management Committee, das ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee ist und sich aus den Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen zusammensetzt. Es ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements.

Während die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen für das tagtägliche Management operationeller Risiken verantwortlich sind, ist die Operational Risk Management-Funktion für die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken sowie die einheitliche Anwendung der Strategie für das operationelle Risikomanagement in allen Bereichen der Bank zuständig. Auf der Grundlage des nachfolgend dargestellten Business-Partnership-Modells können eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken gewährleistet werden.

Business-Partnership-Modell des Operationellen Risikomanagements



Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikoneigung bestimmen und operationelle Risiken systematisch identifizieren, um Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definieren zu können.

Wir wenden verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Wir führen systematische Risikoanalysen, Ursachenanalysen und Lessons-Learned-Aktivitäten bei Ereignissen von über 2 Mio € durch, um risikobehaftete Bereiche festzustellen und angemessene lösungsorientierte Maßnahmen zu definieren, deren Umsetzung anschließend überwacht wird. Voraussetzung für diese eingehenden Analysen und die zeitnahe Weitergabe von Informationen über die Entwicklung operationeller Risikoereignisse und über größere Einzelereignisse an den Konzernvorstand ist die kontinuierliche Erfassung sämtlicher Verluste über 10.000 €, die aus operationellen Risikoereignissen entstanden sind, in unserem „db-Incident Reporting System“.
- Wir nutzen systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um sicherzustellen, dass vergleichbare Vorfälle nicht bei uns vorkommen.
- Key Risk Indicators („KRI“) nutzen wir, um unsere Organisation zeitnah auf mögliche Probleme aufmerksam zu machen. Sie ermöglichen uns die Überwachung der Kontrollkultur und des operationellen Risikoprofils und initiieren risikomindernde Maßnahmen. Im KRI-System erfassen wir Daten auf Detailebene. Dies ermöglicht die Überwachung des geschäftlichen Umfelds und die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken auf Basis von Frühwarnsignalen, die durch die KRIs angezeigt werden. Wir erfassen und überwachen wichtige operationelle Risikoindikatoren mit unserem System „db-Score“.

- In unserem Risk-and-Control-Self-Assessment-(„RCSA“-)Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. In der Regel werden RCSAs in unserer „db-SAT“ durchgeführt. Wir führen regelmäßig Country Risk Workshops durch, um Risiken zu bewerten, die für Länder, in denen der Konzern operiert, und für lokale rechtliche Einheiten spezifisch sind, sowie um entsprechende Maßnahmen zur Risikominderung einzuleiten.
- Die für die Geschäftsbereiche, die Länder, in denen der Konzern operiert, und ausgewählte Infrastrukturgruppen regelmäßig erstellten Berichte über unser operationelles Risikoprofil werden mit dem Senior Management der Abteilung besprochen und diskutiert. Die regelmäßige Überprüfung des Risikoprofils ermöglicht es uns, Änderungen des Risikoprofils der Geschäftseinheiten frühzeitig zu erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einzuleiten.
- Mit unserem Instrument „db-Track“ überwachen wir die Abarbeitung der identifizierten Maßnahmen zur Risikominderung, die über dieses System identifiziert wurden.
- Aufgrund des heterogenen Charakters von operationellen Risiken können diese in bestimmten Fällen nicht vollständig reduziert werden. In diesen Fällen werden operationelle Risiken dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip folgend reduziert und die Restrisiken formell akzeptiert.
- Wir führen sogenannte „Top-Risk“-Analysen durch, in denen die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten berücksichtigt werden. Die „Top-Risk“-Analysen tragen vor allem zum jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das operationelle Risikomanagement bei. Neben der strategischen und taktischen Planung des operationellen Risikomanagements legen wir Zielgrößen für unser Kapital und unseren erwarteten Verlust fest, die im Rahmen unseres vierteljährlichen Prognoseprozesses regelmäßig überwacht werden.

Messung unseres operationellen Risikos

Ökonomischer Kapitalbedarf (für operationelle Risiken) in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
CIB	2.822	3.324
PCAM	654	803
CI	17	20
Insgesamt	3.493	4.147

Das Ökonomische Kapital des Konzerns für operationelle Risiken reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2008 von 4,1 Mrd € um 16 % und belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 3,5 Mrd €. Der Rückgang ist hauptsächlich zurückzuführen auf

- 200 Mio € für den Abschluss zusätzlicher Berufshaftpflichtversicherungen zur Deckung von in Extrem-szenarien auftretenden Risiken im Investmentbanking,
- die Einführung neuer Überwachungs- und Kontrollmechanismen, die uns eine frühere Erkennung von Fällen ermöglichen, in denen Mitarbeiter sich nicht an die direkten und indirekten Maßnahmen zur Betrugsprävention halten, und
- eine positive Entwicklung der für die qualitative Anpassung eingesetzten Key Risk Indicators, kombiniert mit einer erhöhten Sensitivität unseres Advanced-Measurement-Approach-(„AMA“)-Kapitalmodells für jüngste Entwicklungen im geschäftlichen Umfeld.

Wir berechnen und messen das Ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital mittels des AMA-Modells. Das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken wird dabei aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Das operationelle Risiko des aufsichtsrechtlichen Kapitals errechnet sich weltweit in allen Geschäftsbereichen aus dem 99,9 %-Quantil.

Unsere interne Berechnung des AMA-Kapitals basiert auf dem Verlustverteilungsansatz. Nettoverluste (Bruttoverluste bereinigt um direkte Rückerstattungen) aus historischen internen und externen Verlustdaten (Daten von der Operational Riskdata eXchange Association „ORX“ und einer öffentlichen Datenbank) sowie Szenariodaten werden für die Bewertung des Risikoprofils (das heißt Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) genutzt. Anschließend wird die Verteilung von Verlusthäufigkeit und Verlusthöhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um über einen Zeitraum von einem Jahr Verluste zu prognostizieren. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Die positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation werden gemäß aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf den Nettoverlust angewandt, um eine Verteilung von Nettoverlusten auf Konzernebene zu ermitteln, die erwartete und unerwartete Verluste abdeckt. Das Kapital wird anschließend den Geschäftsbereichen zugeordnet und es wird sowohl die qualitative Anpassung (QA) als auch der Abzug erwarteter Verluste vorgenommen.

Die QA spiegelt die Effektivität und den Erfolg der tagtäglichen Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und RCSAs wider, die auf das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren fokussieren. Die QA wird als prozentuale Anpassung an den finalen Kapitalwert angewandt. Dieser Ansatz macht die QA für das Management der Geschäftsbereiche erkennbar und gibt Feedback zu deren Risikoprofil und Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Er schafft damit einen Anreiz für die Geschäftsbereiche, das Management der operationellen Risiken in ihren Bereichen kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf der historischen Verlusterfahrung und Expertenmeinung, wobei geschäftliche Veränderungen berücksichtigt werden, welche die erwarteten Kosten von operationellen Verlusten für Geschäfte kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in den Geschäftsbereichsplänen berücksichtigt wurde, wird dieser vom AMA-Kapitalwert abgezogen.

Die unerwarteten Verluste für die Geschäftsbereiche (nach QA und erwartetem Verlust) werden zusammengefasst, um den AMA-Kapitalwert des Konzerns zu ermitteln.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 haben wir die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach („AMA“) aufrechterhalten.

Unser Stresstestkonzept für das Operationelle Risikomanagement

Im Rahmen unseres Stresstestkonzepts sorgen wir dafür, dass operationelle Risiken hinreichenden und angemessenen Tests unterzogen werden. Unsere AMA-Methodik beinhaltet bereits Stresstestelemente wie externe Daten, die extreme Datenpunkte sowie historische Verlusterfahrung aus mindestens 25 Jahren enthalten. Beide Faktoren werden herangezogen, um die Verteilung der Verlusthöhe darzustellen. Ergänzend führen wir Sensitivitätsanalysen und konzernweite Stresstests durch. Wir nehmen außerdem an Stresstests teil, die von Bankaufsichtsbehörden initiiert werden, wie dem EU-weiten Bankenstresstest des Committee of European Banking Supervisors, der nur eine minimale Kapitalauswirkung hatte.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Für die Definition der Versicherungsstrategie des Konzerns und die Erstellung der dazugehörigen Konzernrichtlinien und Vorschriften zeichnet unser Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“) verantwortlich. CI/D ist für die Erstellung der Konzernrichtlinie Corporate Insurance verantwortlich, die vom Konzernvorstand genehmigt wird.

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien auf die Geschäftsbereiche. Die Experten von CI/D unterstützen bei der Entwicklung der Methode zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und bei der Ermittlung von Parametern, welche die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. CI/D beteiligt sich aktiv an den Initiativen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die eingesetzten Verfahren zur Feststellung sowie Definition und Schätzung des Versicherungsumfangs basieren auf den anerkannten sinnvollsten, aktuellsten und/oder Vergleichsmaßstäbe setzenden Versicherungsbedingungen. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis, insbesondere in Fällen, in denen der Versicherungsmarkt versucht, den Versicherungsschutz mithilfe von einschränkenden/eingrenzenden Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln einzuschränken.

Wir betreiben eine Reihe von eigenen Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Die Versicherungsverträge werden jedoch erst dann zur Modellierung/Berechnung der versicherungsbezogenen Verringerung von Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko herangezogen, wenn das Risiko am externen Versicherungsmarkt rückversichert ist. Sonstige Versicherungsverträge konzern eigener Unternehmen werden erst dann berücksichtigt, falls und sofern sie durch die BaFin gemäß den relevanten Anforderungen der Solvabilitätsverordnung ausdrücklich genehmigt wurden.

CI/D wählt die Versicherungspartner unter strenger Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung und der „Empfehlung des Fachgremiums Operationelle Risiken zur Berücksichtigung von Versicherungen im fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit regelmäßig geprüft.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass wir stets in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2009 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und zum Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Unsere Treasury-Funktion ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, unsere Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegende Richtlinie, einschließlich der Risikotoleranz der Bank, wird vom Vorstand regelmäßig geprüft und genehmigt. In der Richtlinie werden die auf den Konzern anzuwendenden Liquiditätsrisikolimits festgelegt.

Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt regelmäßig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu besicherten und unbesicherten Marktfinanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich findet im Rahmen der strategischen Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie statt.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt der Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten, unter verschiedenen Stressszenarien.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesalemarkt

Unser Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Damit können wir unsere kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows unserer bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Wir modellieren das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden, um ihr tatsächliches Verhalten widerzuspiegeln. Liquiditätsabflusslimits (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettomittelabflüsse werden täglich überwacht und stellen unseren Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Per Jahresende 2009 haben wir ein neues Reportingsystem implementiert, welches über eine Zeitspanne von zwölf Monaten täglich vertragliche Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesalemarkt ermittelt. Das System erfasst sämtliche Cashflows sowohl aus unseren unbesicherten als auch aus unseren besicherten Finanzierungstransaktionen. Die Limits für eine Refinanzierung über den Wholesalemarkt, die von den Ergebnissen unserer Stresstests abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere Maximaltoleranz für Liquiditätsrisiken dar. Diese Limits werden auf die globalen Nettoabflüsse angewandt und täglich überwacht.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig von Instrument, Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Der Vorstand genehmigt Limite für die einzelnen Geschäftsbereiche, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

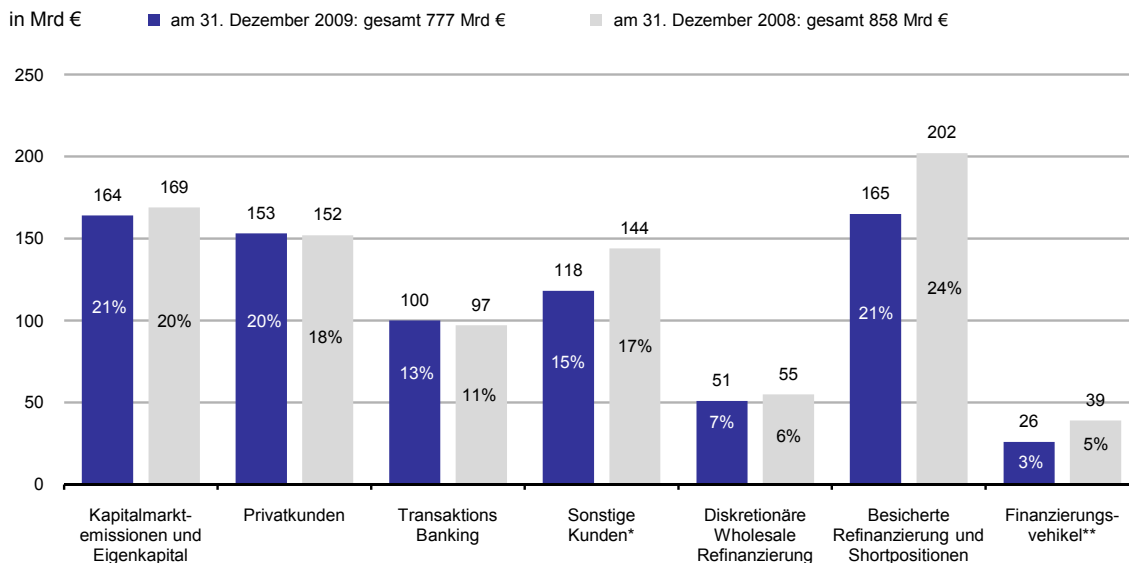
Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsmittel stammen von Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Andere Kundeneinlagen sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Im Geschäftsjahr 2009 haben wir unseren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau unserer Kernfinanzierungsquellen und eine Reduzierung der kurzfristigen diskretionären Wholesalerefinanzierung gesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen, die zur Liquiditätsrisikoposition zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 beitragen. Sie sind jeweils in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt. Im Vergleich zu 2008 haben wir der unten stehenden Grafik Finanzierungsquellen wie besicherte Refinanzierung und Finanzierungsvehikel hinzugefügt, um die Transparenz unseres Finanzierungsprofils weiter zu erhöhen.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen



* Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime Brokerage-Geschäft (netto).

** Enthält ABCP-Conduits.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retaileinlagen), ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt. Per Jahresende 2009 haben wir in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (Jahr 2–10) Überschüsse ausgewiesen.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2009 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 19,9 Mrd € begeben, 3,9 Mrd € mehr, als im ursprünglichen Emissionsplan vorgesehen.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils unserer langfristigen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Note [29] des Konzernabschlusses.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien berücksichtigen auch neue Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: länger anhaltende Disfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, systemische Nebenwirkungseffekte und sonstige Treiber des Liquiditätsrisikos, zum Beispiel das Intraday-Liquiditätsrisiko. Darüber hinaus haben wir per Jahresende 2009 ein Szenario eingeführt, das ein systemisches Marktschockszenario mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung kombiniert.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, wobei die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Bei Gegenmaßnahmen würde auf den Bestand an langfristigen liquiden Mitteln sowie unbesicherte Vermögenswerte und die strategische Liquiditätsreserve zurückgegriffen.

Die Analyse der Liquidität der Aktiva ist daher ein integraler Bestandteil von Stresstests, mithilfe derer wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an ohne Sicherheiten refinanzierten liquiden Aktiva bestimmen, die wir zur Generierung von Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen einsetzen können. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet. Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen.

Zusätzlich unterhalten wir eine spezielle strategische Liquiditätsreserve in Form hochliquider und zentralbankfähiger Wertpapiere in den führenden Weltwährungen zur Unterstützung unseres Liquiditätsprofils für den Fall potenziell sich verschlechternder Marktbedingungen. Diese strategische Liquiditätsreserve belief sich am 31. Dezember 2009 auf 54,9 Mrd €. Dieser Betrag wird zusätzlich zu den liquiden Mitteln und den Sicherheiten gehalten, die die Bank als erforderliche Reserven für ihre Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen in separaten Portfolios weltweit unterhält.

Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Wir verfolgen unsere vertraglich vereinbarten Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus bis zu zwölf Monaten analysieren wir quartalsweise die Auswirkungen einer Veränderung des Geschäftsmodells. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unsere vom Vorstand genehmigten Notfallpläne.

Unsere Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und liefern wichtige Informationen für die Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht diese angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2009. Für jedes Szenario zeigt sie unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses sowie die Liquidität, die wir zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können.

Szenario	Finanzierungslücke ¹ in Mrd €	Positionsschließung ² in Mrd €	Auswirkung auf Liquidität ³
Systemisches Marktrisiko	45	112	Verbesserung im Zeitverlauf
Emerging Markets	14	116	Verbesserung im Zeitverlauf
Ereignisschock	17	95	Temporäre Störung
Operationelles Risiko (DB-spezifisch)	15	120	Temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB-spezifisch)	34	119	Dauerhaft
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB-spezifisch)	106	118	Dauerhaft
Kombiniert ⁴	108	116	Dauerhaft

1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.

3 Wir untersuchen, ob unser Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.

4 Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verpflichtungen

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen, undiskontierten, vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

31.12.2009	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	51.731	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	117.960	126.598	14.649	21.362	11.987
Handelspassiva ¹	64.501	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	576.973	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	64.920	33.785	4.806	5.797	4.826
Investmentverträge ²	–	514	806	1.247	4.710
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ³	946	–	10	392	2.455
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	3.824	1.884	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.349	38.292	104	37	5
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.028	54	16	–	466
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.830	17.370	632	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.856	2.044	20.373	67.837	41.011
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	746	3.991	5.840
Sonstige Finanzpassiva	120.731	6.705	375	233	60
Unwiderrufliche Kreditzusagen	63.662	–	–	–	–
Finanzgarantien	21.719	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.120.030	227.246	42.517	100.896	71.360

1 Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Für das Hedge Accounting designierte Derivate sind mit ihrem Fair Value verzeichnet und werden in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung in unserer Erwartung auslaufen wird.

4 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2008	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	34.211	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.417	143.309	39.367	20.917	14.332
Handelsspassiva ¹	68.168	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.323	33.751	8.494	7.909	9.180
Investmentverträge ²	–	438	668	985	3.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	4.362	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	9.669	17.440	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	871	36.899	19.602	–	2.636
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.155	1.047	3	7	3
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.732	13.372	815	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9.799	4.455	15.096	68.337	35.685
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	983	4.088	4.658
Sonstige Finanzpassiva	124.534	6.751	234	108	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	69.516	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.505	–	–	–	–
Insgesamt^{3,4}	1.747.879	257.462	85.262	102.351	70.429

1 Handelspassiva und Derivatebestande werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstunden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestande werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsstrome sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

4 Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Die Änderungen zu IFRS 7 im Jahr 2009 wurden nicht auf die Vergleichsinformation angewendet. Der Fair Value für eingebettete Derivate und Derivate, die für das Hedge Accounting designed sind, werden unter täglich fällig gezeigt.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir halten alle anwendbaren Liquiditatsbestimmungen ein.

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Funktion managt das Kapital konzernweit sowie lokal in jeder Region. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund ordnet unsere Treasury-Funktion den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist unser Ziel, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Seit Oktober 2008 liegt die Zielgröße des Konzerns für die Tier-1-Kapitalquote weiterhin bei oder über 10 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung unseres Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury-Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende Oktober 2009 bis zu 53,1 Millionen Aktien zurückzukaufen. Es erfolgten keine Aktienrückkäufe im Rahmen dieser Ermächtigung vor der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009, auf der eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. Während des Zeitraums ab der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 bis zum Jahresende wurden 11,7 Millionen Aktien (1,9 % der emittierten Aktien) zu Aktienvergütungszwecken zurückgekauft. Diese Käufe erfolgten im Juli und August 2009.

Im März 2009 hat der Konzern 50 Millionen neue Namensaktien an die Deutsche Post AG ausgegeben. Als Gegenleistung hat die Deutsche Post AG uns im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung eine Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG gewährt.

Wir haben für das Geschäftsjahr 2009 hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 1,3 Mrd € begeben. Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile („Non-Cumulative Trust Preferred Securities“)) belief sich am 31. Dezember 2009 auf 10,6 Mrd €, verglichen mit 9,6 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf konsolidierter und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen, im Vordergrund. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir mit der Einführung einer neuen Funktion im Bereich Finance das Bilanzmanagement verstärkt. Aufgaben dieser Funktion sind die Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie das Verfolgen bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiieren wir Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Wir beobachten die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf pro forma nach US GAAP ermittelte Werte, auf deren Basis auch die Relation unserer Bilanzsumme zum Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird. In 2009 haben wir unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition von 28 zum 31. Dezember 2008 auf 23 zum 31. Dezember 2009 deutlich unter die Zielgröße von 25 zurückgeführt. Diese Verbesserung unserer Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition reflektiert vor allem niedrigere pro forma nach US GAAP bilanzierte Aktiva sowie ein höheres bereinigtes Eigenkapital. Die Leverage Ratio gemäß unserer Zielgrößendefinition berechnen wir auf Basis von adjustierten gesamten Aktiva und unserem Eigenkapital. Unsere Leverage Ratio, berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital, betrug 40 zum 31. Dezember 2009 gegenüber 69 zum 31. Dezember 2008.

Gesamtrisikoposition

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Ökonomischer Kapitalbedarf		
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kreditrisiko	7.453	8.986
Marktrisiko ¹	12.515	8.809
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.613	5.547
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen ¹	7.902	3.262
Operationelles Risiko	3.493	4.147
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	- 3.166	- 3.134
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ¹	20.295	18.808
Geschäftsrisiko ¹	501	498
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	20.796	19.306

¹ Seit Dezember 2009 weisen wir das Risiko beim Deposit Bucketing unter dem Marktrisiko aus Nichthandelspositionen aus. Zuvor wurde es unter Geschäftsrisiko ausgewiesen. Zu Vergleichszwecken haben wir unsere Zahlen für Dezember 2008 entsprechend angepasst.

Zum 31. Dezember 2009 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 20,8 Mrd €, was einem Anstieg um 1,5 Mrd € (8 %) gegenüber den 19,3 Mrd € an Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2008 entspricht. Diese Erhöhung des Ökonomischen Kapitals reflektiert insbesondere den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutschen Postbank AG, der teilweise durch unsere De-Risking-Aktivitäten während des Jahres kompensiert wurde.

Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko um 1,5 Mrd € (minus 17 %) ist vor allem durch ein reduziertes Engagement in Derivaten begründet, das mit 1,3 Mrd € zum Rückgang beitrug und im Wesentlichen auf Marktbewegungen, aber auch auf Reduzierungsbemühungen zurückzuführen war. Die übrigen Änderungen waren überwiegend auf höhere Diversifikationseffekte in unserem Kreditportfolio, durch den Einfluss der regelmäßigen Neukalibrierung der Kreditrisikoparameter sowie weitere Verfeinerungen des Kreditrisikomodells zurückzuführen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das gesamte Marktrisiko stieg um 3,7 Mrd € (42 %) auf 12,5 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Dieser Anstieg reflektierte vor allem unser Marktrisiko aus Nichthandelspositionen, das sich um 4,6 Mrd € (142 %) erhöhte, und spiegelte im Wesentlichen den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG wider, die mit 4,3 Mrd € zum Anstieg beitrug. Weitere Erhöhungen des Ökonomischen Kapitals reflektierten Anpassungen in den Marktrisikoschockparametern und weitere Methodenänderungen, die teilweise durch Reduzierung von Risiken kompensiert wurden. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen um 934 Mio € (minus 17 %) reflektierte niedrigere Positionen aufgrund von De-Risking-Aktivitäten, die teilweise durch verfeinerte Stresstests und -schocks, mit denen die ungünstigen Marktentwicklungen in 2008 und 2009 reflektiert wurden, wie auch von weiteren methodischen Verfeinerungen kompensiert wurden.

Das Ökonomische Kapital für das operationelle Risiko sank zum 31. Dezember 2009 um 654 Mio € (minus 16 %) auf 3,5 Mrd €. Die verringerte Inanspruchnahme des Ökonomischen Kapitals war in erster Linie zurückzuführen auf eine verbesserte Versicherungsabdeckung, neue Überwachungs- und Kontrollmechanismen sowie eine erhöhte Sensitivität unseres AMA-Modells, um die jüngsten Entwicklungen unseres Kontrollrahmenwerks besser abbilden zu können.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das allgemeine Geschäftsrisiko, bestehend aus dem strategischen Risiko und einer Steuerrisikokomponente, betrug 501 Mio € zum 31. Dezember 2009 und war nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahresendstand.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2009 um 32 Mio € (1 %).

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Active Book Equity 118 % unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs zuzüglich Goodwill und immaterieller Vermögenswerte.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf unserer Geschäftssegmente zum 31. Dezember 2009.

31.12.2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Konzern insgesamt ¹
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio €								
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	11.242	732	11.974	1.878	2.556	4.434	4.641	20.796

¹ Enthält minus 253 Mio € aus Consolidation & Adjustments.

Die zukünftige Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch eine Verfeinerung unserer Methoden zur Risikomessung verändern.

Internes Kontrollsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank einschließlich ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem ist ein unter Aufsicht unseres Vorstandsvorsitzenden und unseres Chief Financial Officer ausgestaltetes System, das hinreichende Sicherheit gewährt, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist. Unser IKSRL umfasst alle durchzuführenden Kontrollen und Prozesse, um Fehler im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht zu verhindern.

Risiken im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigen und gesetzliche Sanktionen wie Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt dann kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von einem korrekten Ausweis abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet, um diesen Risiken zu begegnen. Ein solches System kann eine angemessene, nicht aber absolute Sicherheit bieten, dass Fehler in Abschlüssen vermieden werden. Die Ausgestaltung des Kontrollsystems basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“). COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Kontrollziele für die Rechnungslegung festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und erfasste Transaktionen wurden durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Verbuchung** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine angemessene, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, aufgesetzte Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher grundsätzlich nicht allen Fehlern oder Betrugsfällen vorbeugen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen von Kontrollen ist im Verhältnis zu den anfallenden Kosten zu beurteilen. Aufgrund der inhärent eingeschränkten Wirksamkeit eines Systems von internen Kontrollen kann eine Beurteilung der Wirksamkeit von Kontrollen keine absolute Sicherheit geben, dass sämtliche Fehler im Kontrollsystem oder eventuelle Betrugsfälle in der Bank aufgedeckt wurden.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem eingebundene Funktionen

Da die Führung der Handelsbücher die Grundlage für die Abschlüsse bildet, werden im Rahmen des IKSRL Kontrollen von allen Geschäftsbereichen sowie den Infrastrukturfunktionen durchgeführt, die die Verlässlichkeit der Handelsbücher sicherstellen. Aus diesem Grund sind an der Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems zahlreiche Mitarbeiter beteiligt, die überwiegend in den nachstehenden Funktionen tätig sind: Finance, Group Technology and Operations, Legal, Risk and Capital sowie Tax.

Finance ist für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich und operiert unabhängig von den Geschäftsbereichen. Im Bereich Finance sind verschiedene Abteilungen für Kontrollen verantwortlich, die den übergreifenden Prozess der Konzernabschlusserstellung unterstützen:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften verantwortliche Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Sie stehen in engem Kontakt mit dem Management des betreffenden Geschäftsbereichs, der Infrastrukturfunktionen oder der Konzerngesellschaften und adressieren auf Basis ihres Fachwissens bei Produkten und Transaktionen eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Anpassungen. Sie überprüfen ferner die Durchführung von Kontrollen über einzelne Transaktionen und Kontensalden. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance Group verantwortet die Konzernberichterstattung, einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Prognosen und Planung sowie der Risikoberichterstattung. Finance Group legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung und Genehmigung von Korrekturprozessen. Kommentare der Geschäftsleitung, von Mitgliedern des SOx and Disclosure Steering Committee und von externen Beratern zu Inhalt und Darstellung werden von Finance Group bei der Erstellung der Konzernberichte berücksichtigt und verarbeitet.

- Die Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Die Global Valuation Oversight Group („GVO“) sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards für die Bewertung sowie von entsprechenden Leitlinien zur Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsfragen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfern).

Der operative Betrieb des IKSRL wird auch durch Group Technology and Operations, Legal, Risk and Capital und Group Tax unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle der Finanzinformationen:

- Group Technology and Operations („GTO“) stimmt Transaktionen mit Kontrahenten ab und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depot- und Börsengeschäften zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und stimmt Salden auf Nostrokonten ab.
- Legal, Risk and Capital („LRC“) ist für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards in Bezug auf das Management von Kredit- und operationellen Risiken zuständig. Darauf basierend, ermittelt LRC die Rückstellungen für Kreditrisiken und operationelle Risiken und überprüft ihre Angemessenheit.
- Group Tax ist verantwortlich für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Daten mit Unterstützung durch Finance. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
- der präventiven oder nachträglichen Feststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;

- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in der Regel in einen Kontrollprozess eingebunden wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung, automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen, oder ein automatisierter Datenabgleich zwischen verschiedenen Systemen, der Unstimmigkeiten hervorhebt. Manuelle interne Kontrollen wie die Genehmigung von Transaktionen werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die sich daraus ergebende Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen der für das Hauptbuch, die bilanziellen und außerbilanziellen Positionen sowie für die Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depot- und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung, einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden durch die vom Front Office unabhängige Global Valuation Oversight Group geprüft und einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern angemessen und genehmigt sind und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst werden.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzern-internen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Bearbeitung und Zertifizierung von Checklisten zu den Offenlegungspflichten. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand überprüft jedes Jahr die Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems. Diese Überwachung umfasst eine Bewertung der Wirksamkeit des Kontrollumfelds sowie einzelner Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Fehleranfälligkeit der Kontrolle unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL aufgesetzt wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Managementbewertung, da sie dem Management Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte von Konzernrevision;
- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung, die Informationen aus anderen Quellen einbezieht, führt zu der Feststellung, dass das IKSRL angemessen aufgebaut und wirksam ist.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführten risikoorientierten Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.589.399.078,40 €, eingeteilt in 620.859.015 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2009 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2009 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 485.480.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2014 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
30.600.000 €	30. April 2012
140.000.000 € ¹	30. April 2013
314.880.000 €	30. April 2014

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen um bis zu 128.000.000 € und gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 176.640.000 € zu erhöhen. Diese genehmigten Kapitalien wurden im Februar 2010 in einem Verfahren nach § 246a AktG freigegeben und können bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden.

Von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 9. September 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde auch ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder indirekter Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2009 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Absatz 1 Nr. 6 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Das Aufsichtsratsplenum beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, und überprüft es regelmäßig. Es legt auch die Gesamtvergütung und ihre Zusammensetzung für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats fest.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten für das Geschäftsjahr 2009 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 38.978.972 € (2008: 4.476.684 €). Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden (für das Geschäftsjahr 2009 überwiegend erfolgsabhängigen) Komponenten zusammen.

in € ¹	2009	2008
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	5.950.000	3.950.000
Sonstige Leistungen	849.346	526.684
Erfolgsabhängige (variable) Komponenten:		
ohne langfristige Anreizwirkung (nicht aufgeschoben) ²	9.587.269	–
mit langfristiger Anreizwirkung (aufgeschoben)	22.592.357	–
Gesamtvergütung	38.978.972	4.476.684

1 Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren, und auf ihre Vorstandstätigkeit.

2 Unmittelbar ausgezahlt.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Anstellungsverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten ein Grundgehalt, das in regelmäßigen Abständen überprüft wird. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt. Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestanden für das Jahr 2009 aus einer Bonuszahlung, einem Mid-Term Incentive („MTI“) und für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, einer unternehmensbereichsbezogenen Vergütungskomponente („Division Incentive“). Maßgeblich für die jährliche Bonuszahlung, die auf einer Zielgröße basiert, war das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Der MTI (ebenfalls auf einer Zielgröße basierend) wurde aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen, bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum, abgeleitet. Der Division Incentive berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die variablen Vergütungselemente, die die Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2009 erhielten (Bonus, MTI und gegebenenfalls Division Incentive), wurden in wesentlich größerem Ausmaß als in früheren Jahren aufgeschoben gewährt (für jedes einzelne Vorstandsmitglied mehr als 60 % seiner variablen Vergütung). Die Gewährung der aufgeschobenen Vergütung erfolgte als Restricted Incentive Awards und als Restricted Equity Awards. Beide aufgeschobenen Vergütungskomponenten erzielen eine langfristige Anreizwirkung und können verfallen. Der Verfall der Zusagen tritt unter bestimmten Umständen ein, zum Beispiel bei Nichterreichen definierter Parameter, beim Verstoß gegen Regularien oder bei Verschlechterung der Finanzlage.

Die Restricted Incentive Awards wurden im Rahmen des DB Restricted Incentive Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite innerhalb der nächsten drei Jahre (2010–2012) abhängen. Die Awards werden in drei gleichen Tranchen jeweils Anfang 2011, 2012 und 2013 unverfallbar.

Die Restricted Equity Awards wurden im Rahmen des DB Equity Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung bestimmt. Unter Einhaltung oben genannter Bedingungen wird ein Teil dieser Aktienanwartschaften in neun gleichen Tranchen zugeteilt, wobei die letzte Tranche im November 2013 ausgeliefert wird. Der überwiegende Teil der Aktienanwartschaften wird grundsätzlich als Einmaltranche im November 2013 ausgeliefert, das heißt erst nach fast vier Jahren. Im Februar 2010 wurden den Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 405.349 Aktien in Form von Restricted Equity Awards nach dem DB Equity Plan gewährt (2008: 0).

Weitere Informationen zu dem DB Restricted Incentive Plan und dem DB Equity Plan sind in Note [31] und Note [32] des Konzernabschlusses enthalten.

Der Aufsichtsrat überprüft das System der Vorstandsvergütung regelmäßig und entwickelt es entsprechend weiter. Die bis Ende des letzten Jahres neu implementierten verschiedenen gesetzlichen und regulatorischen Regelungen hat der Aufsichtsrat zum Anlass genommen, sich erneut mit der Vergütungsstruktur zu befassen und diese – ohne die Gesamtzielvergütung zu ändern – unter Berücksichtigung und Einbeziehung der nachfolgenden Aspekte für die Zukunft wie folgt zu gestalten.

Im Vordergrund des fortentwickelten Systems steht, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen und auf Langfristigkeit ausgerichteten Unternehmensführung und -entwicklung zu orientieren, eine angemessene Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen darzustellen, noch umfangreicher mehrjährige Bemessungsgrundlagen für die variable Vergütung zu etablieren, große Teile der variablen Vergütung aufgeschoben zu gewähren, in Aussicht gestellte variable Vergütungselemente beim Eintreten definierter Ereignisse auch wieder entfallen lassen zu können sowie weiterhin die Interessen der Mitglieder des Vorstands durch dauerhafte Beteiligung am Unternehmen mit denen des Unternehmens zu verbinden.

Um die geforderte Angemessenheit der Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen zu unterstreichen, wird das Grundgehalt bei einem einfachen Mitglied des Vorstands auf 1.150.000 € pro Jahr und bei Herrn Dr. Ackermann auf 1.650.000 € pro Jahr erhöht. Die Zielgröße des Bonus wird entsprechend reduziert.

Um eine mehrjährige Bemessungsgrundlage zu erreichen, wird der Bonus zukünftig anhand der zwei wie folgt ausgestalteten gleichgewichtigen Faktoren berechnet. Der erste Faktor wird von dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite im Vergleich zu der geplanten Eigenkapitalrendite bestimmt. Der zweite Faktor errechnet sich nach dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite (mit Ausnahme für das Geschäftsjahr 2010, für das nur die Eigenkapitalrendite für das Jahr 2010 berücksichtigt wird). Zusätzlich kann der danach ermittelte Betrag durch den Aufsichtsrat entsprechend der persönlichen Leistung und anderer Aspekte nach Ermessen um bis zu 50 % erhöht oder gekürzt werden. Der auf den jeweiligen Faktor bezogene Teil des Bonus entfällt, wenn vorab definierte Parameter unterschritten werden. Generell wird jeder Bonus in Teilen aufgeschoben vergütet.

Als weiterer Bestandteil der variablen Vergütung wird der MTI durch den Long-Term Performance Award („LTPA“), eine Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung, ersetzt. Der LTPA wird (auf Basis einer Zielgröße) – bezogen auf einen rollierenden Dreijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet. Unterschreitet der so für die Deutsche Bank errechnete Durchschnitt im Verhältnis zur Vergleichsgruppe einen bestimmten Schwellenwert, entfällt die Zahlung eines LTPA. Alle Zahlungen, die sich aus dem LTPA ergeben, werden grundsätzlich überwiegend aufgeschoben vergütet.

Weiterhin ist für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, unverändert eine unternehmensbereichsbezogene Vergütungskomponente („Division Incentive“) vorgesehen. Diese berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und zu den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.

Generell werden mehr als 60 % der Summe aller variablen Vergütungskomponenten (Bonus, LTPA und gegebenenfalls Division Incentive) aufgeschoben vergütet. Die aufgeschobenen Komponenten können als Barvergütung und/oder in Aktien beziehungsweise in aktienbasierten Vergütungselementen gewährt werden. Als weitere generelle Regel werden mehr als 50 % der aufgeschobenen Vergütung in Aktien beziehungsweise in aktienbasierten Vergütungsinstrumenten gewährt. Der aufgeschobene Teil des Bonus wird grundsätzlich als Restricted Incentive Award gewährt, wogegen die aufgeschobenen Teile des LTPA und des Division Incentive in der Regel in Form von Restricted Equity Awards oder aktienbasierter Vergütung gewährt werden. Restricted Incentive Awards werden in drei gleichen Tranchen, beginnend nach einem Jahr und insgesamt über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt, unverfallbar. Restricted Equity Awards werden in mehreren Tranchen unverfallbar. Die erste Tranche wird nach einem Jahr unverfallbar, die letzte Tranche erst nach fast vier Jahren. Der Wert dieser Aktienanwartschaften oder aktienbasierten Vergütungsinstrumente unterliegt der Aktienkursentwicklung.

Alle aufgeschobenen Vergütungsbestandteile unterliegen Verfallbestimmungen, die auf dem Erfolg des Konzerns und dem individuellen Verhalten beziehungsweise dem individuellen Erfolgsbeitrag beruhen, um die Risikoorientierung der Vergütung abzubilden und sicherzustellen. Den Mitgliedern des Vorstands wird es nicht gestattet sein, diese Risikoorientierung mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben. Auch für den Fall außergewöhnlicher Entwicklungen kann die Gesamtvergütung, einschließlich aller variablen Komponenten, auf einen Maximalbetrag begrenzt werden.

Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Die Vorstandsmitglieder erhalten auch in Zukunft die eingangs beschriebenen sonstigen Leistungen sowie – bis auf die Mitglieder des Vorstands, die einen Division Incentive erhalten – die nachfolgend beschriebenen Beiträge zur Altersversorgung.

Es besteht – auch zukünftig – eine Vorgabe für unsere Vorstandsmitglieder bezüglich des Besitzes von Aktien. Sie sind verpflichtet, während ihrer Mitgliedschaft im Vorstand 45 % der Deutsche Bank-Aktien, die ihnen seit dem Jahr 2008 während ihrer Zugehörigkeit zum Vorstand ausgeliefert wurden oder werden, zu behalten. Wenn in einem Jahr der Anteil der aktienbasierten Vergütung mehr als 50 % der variablen Vergütung ausmacht, wird diese Verpflichtung für den Teil, der 50 % übersteigt, entfallen.

Um die Vergütungsstruktur weiterzuentwickeln, wurde – ebenso wie für die Festlegung der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 – durch den Aufsichtsrat ein externer unabhängiger Vergütungsberater eingebunden.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Die Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre 2009 und – soweit zutreffend – 2008 die nachstehenden Vergütungskomponenten für ihre Tätigkeit im Vorstand. Alle im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche auf Zahlung einer variablen Vergütung verzichtet.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsunabhängige Komponenten			Erfolgsabhängige Komponenten		Gesamtvergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen	ohne langfristige Anreizwirkung (nicht aufgeschoben) ¹	mit langfristiger Anreizwirkung (aufgeschoben) ²		
					Restricted Incentive Award	Restricted Equity Award	
in €							
Dr. Josef Ackermann	2009	1.150.000	154.030	1.575.000	1.925.000	4.747.500	9.551.530
	2008	1.150.000	239.586	–	–	–	1.389.586
Dr. Hugo Bänziger	2009	800.000	51.388	1.231.425	268.575	1.657.500	4.008.888
	2008	800.000	62.160	–	–	–	862.160
Michael Cohrs ³	2009	600.000	39.661	905.428	130.210	1.546.575	3.221.874
	2008	–	–	–	–	–	–
Jürgen Fitschen ³	2009	600.000	131.111	923.569	201.431	1.243.125	3.099.236
	2008	–	–	–	–	–	–
Anshuman Jain ³	2009	600.000	52.697	1.565.428	691.210	4.884.525	7.793.860
	2008	–	–	–	–	–	–
Stefan Krause ⁴	2009	800.000	58.267	1.231.425	268.575	1.657.500	4.015.767
	2008	600.000	107.306	–	–	–	707.306
Hermann-Josef Lamberti	2009	800.000	102.123	1.231.425	268.575	1.657.500	4.059.623
	2008	800.000	92.893	–	–	–	892.893
Rainer Neske ³	2009	600.000	260.069	923.569	201.431	1.243.125	3.228.194
	2008	–	–	–	–	–	–

1 Unmittelbar ausgezahlt.

2 Erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung beinhalten Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards, die für das entsprechende Jahr gewährt wurden. Die Anzahl der im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 den Mitgliedern des Vorstands in Form von Restricted Equity Awards gewährten Aktien wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Betrag von 45,978 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den letzten zehn Handelstagen vor dem 1. Februar 2010 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewählter Aktienrechte: Herr Dr. Ackermann 103.255, Herr Dr. Bänziger 36.049, Herr Cohrs 33.637, Herr Fitschen 27.037, Herr Jain 106.236, Herr Krause 36.049, Herr Lamberti 36.049 und Herr Neske 27.037.

3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

4 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die Mitglieder des Vorstands (mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder, die einen Division Incentive erhalten) haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur einem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die folgende Tabelle zeigt den Dienstzeitaufwand für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 sowie den Stand der Versorgungskonten zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

Mitglieder des Vorstands¹ in €		Dienstzeitaufwand	Stand des Versorgungskontos
Dr. Josef Ackermann	2009	318.006	4.459.769
	2008	317.893	4.098.838
Dr. Hugo Bänziger	2009	405.530	1.583.668
	2008	429.167	1.379.668
Jürgen Fitschen ²	2009	62.984	60.000
	2008	-	-
Stefan Krause ³	2009	407.171	492.000
	2008	100.691	216.000
Hermann-Josef Lamberti	2009	260.217	4.302.174
	2008	273.192	4.166.174
Rainer Neske ²	2009	114.385	225.000
	2008	-	-

1 Andere Mitglieder des Vorstands erhielten keine Pensionszusage nach ihrer Bestellung in den Vorstand.

2 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2009 oder 31. Dezember 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand (Herr Dr. Ackermann und Herr Lamberti), nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Anstellungsverträgen haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 19. Februar 2010 beziehungsweise 27. Februar 2009 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften.

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl Aktienanwartschaften ¹
Dr. Josef Ackermann	2010	355.474	197.260
	2009	334.577	133.789
Dr. Hugo Bänziger	2010	36.116	89.402
	2009	24.101	77.441
Michael Cohrs ²	2010	144.537	268.708
	2009	–	–
Jürgen Fitschen ²	2010	98.339	86.747
	2009	–	–
Anshuman Jain ²	2010	338.717	433.046
	2009	–	–
Stefan Krause	2010	–	36.049
	2009	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2010	97.740	78.190
	2009	88.373	59.973
Rainer Neske ²	2010	42.547	75.395
	2009	–	–
Insgesamt	2010	1.113.470	1.264.797³
Insgesamt	2009	447.051	271.203

1 Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Dr. Bänziger, Herrn Cohrs, Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im November 2013 fällig und zugeteilt.

2 Kein Mitglied des Vorstands am 27. Februar 2009.

3 Davon 138.405 unverfallbar.

Die Mitglieder des Vorstands hielten zum 19. Februar 2010 insgesamt 1.113.470 Aktien, was rund 0,18 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 27. Februar 2009 hielten sie insgesamt 447.051 Aktien, was rund 0,08 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Die Anzahl der den Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2009 aus in früheren Jahren gewährten aufgeschobenen Vergütungszusagen zugeteilten Aktien betrug 633.531.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2009 für ihre Tätigkeit als Vorstand in Vorjahren gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 2.013.402 €, für Herrn Dr. Bänziger 810.967 € und für Herrn Lamberti 902.559 €. Herr Cohrs, Herr Fitschen, Herr Jain und Herr Neske wurden erst im April 2009 Mitglieder des Vorstands, sodass im Geschäftsjahr 2009 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung aus Vorstandstätigkeit entstand. Im Geschäftsjahr 2008 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.368.011 €, für Herrn Dr. Bänziger 1.103.939 € und für Herrn Lamberti 1.509.798 €. Herr Krause wurde erst im April 2008 Mitglied des Vorstands, sodass in den Geschäftsjahren 2009 und 2008 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung aus Vorstandstätigkeit entstand.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Plänen der in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Aktienanwartschaften sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben wie schon in den Vorjahren auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre, einschließlich des Sitzungsgelds, verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2010 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2010 für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2010 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.561.316 € (2008: 2.478.500 €).

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2009				Vergütung für das Geschäftsjahr 2008			
	Fest	Variabel ³	Sitzungs- geld	Insgesamt	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt
Dr. Clemens Börsig	240.000	13.733	28.000	281.733	240.000	–	24.000	264.000
Karin Ruck	210.000	12.017	23.000	245.017	160.000	–	12.000	172.000
Wolfgang Böhr ²	60.000	3.433	7.000	70.433	40.000	–	4.000	44.000
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	10.300	16.000	206.300	180.000	–	10.000	190.000
Heidrun Förster	120.000	6.867	14.000	140.867	157.500	–	15.000	172.500
Ulrich Hartmann ¹	–	–	–	–	50.000	–	6.000	56.000
Alfred Herling ²	60.000	3.433	7.000	70.433	40.000	–	4.000	44.000
Gerd Herzberg	60.000	3.433	7.000	70.433	60.000	–	6.000	66.000
Sabine Horn ¹	–	–	–	–	50.000	–	6.000	56.000
Rolf Hunck ¹	–	–	–	–	50.000	–	6.000	56.000
Sir Peter Job	180.000	10.300	22.000	212.300	180.000	–	15.000	195.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	6.867	12.000	138.867	120.000	–	13.000	133.000
Ulrich Kaufmann ¹	–	–	–	–	50.000	–	6.000	56.000
Peter Kazmierczak ¹	–	–	–	–	25.000	–	3.000	28.000
Martina Klee ²	60.000	3.433	7.000	70.433	40.000	–	4.000	44.000
Suzanne Labarge ²	120.000	6.867	12.000	138.867	80.000	–	8.000	88.000
Maurice Lévy	60.000	3.433	6.000	69.433	60.000	–	6.000	66.000
Henriette Mark	120.000	6.867	16.000	142.867	100.000	–	10.000	110.000
Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Heinrich von Pierer ¹	–	–	–	–	50.000	–	5.000	55.000
Gabriele Platscher	60.000	3.433	7.000	70.433	60.000	–	7.000	67.000
Dr. Theo Siegert	120.000	6.867	12.000	138.867	100.000	–	11.000	111.000
Dr. Johannes Teyssen ²	60.000	3.433	7.000	70.433	40.000	–	4.000	44.000
Marlehn Thieme ²	120.000	6.867	15.000	141.867	80.000	–	7.000	87.000
Tilman Todenhöfer	120.000	6.867	14.000	140.867	125.000	–	11.000	136.000
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Jürgen Weber ¹	–	–	–	–	25.000	–	3.000	28.000
Werner Wenning ²	60.000	3.433	7.000	70.433	40.000	–	3.000	43.000
Leo Wunderlich	60.000	3.433	7.000	70.433	60.000	–	7.000	67.000
Insgesamt	2.190.000	125.316	246.000	2.561.316	2.262.500	–	216.000	2.478.500

¹ Mitglied bis 29. Mai 2008.

² Mitglied seit 29. Mai 2008.

³ Die variable Vergütung für ein einfaches Mitglied von 3.433 € setzt sich zusammen aus einem dividendenabhängigen Betrag von 0 € und einem am langfristigen Unternehmenserfolg geknüpften Betrag von 3.433 €.

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung

Mitarbeiter und soziale Verantwortung

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2009 beschäftigte die Bank insgesamt 77.053 Mitarbeiter, verglichen mit 80.456 zum 31. Dezember 2008. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007.

Mitarbeiter ¹	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007
Deutschland	27.321	27.942	27.779
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	22.025	23.067	21.989
Asien/Pazifik	16.524	17.126	15.080
Nordamerika ²	10.815	11.947	13.088
Mittel- und Südamerika	368	374	355
Mitarbeiter insgesamt	77.053	80.456	78.291

1 Vollzeitkräfte.

2 Vorwiegend USA.

Die Zahl unserer Mitarbeiter sank 2009 um 3.403 oder 4,2 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Corporate and Investment Bank wurde um 641 Mitarbeiter aufgrund der Marktentwicklung im ersten Halbjahr vor allem in den globalen Finanzzentren in Großbritannien, den USA und in Hongkong verringert.
- Im zweiten Halbjahr 2009 wurde im Bereich Private Clients and Asset Management vor dem Hintergrund der sich abschwächenden Weltwirtschaft die Anzahl der Mitarbeiter um 1.997 reduziert. Betroffen waren insbesondere der Bereich Asset & Wealth Management in den USA sowie der Bereich Private & Business Clients in verschiedenen Ländern.
- Im Bereich Infrastruktur trugen unsere Service Center, die wir in Indien, auf den Philippinen und zwischenzeitlich auch in Birmingham (UK) und in Jacksonville (US) aufgebaut haben, zu einem Anstieg von rund 1.000 Mitarbeitern bei. Dieser Zuwachs wurde durch eine Reduzierung von circa 1.800 Mitarbeitern an anderen Standorten überkompensiert.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Wir bieten eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

Grundsätzlich umfasst der global koordinierte Rechnungslegungsprozess alle leistungsdefinierten Pläne mit einer Verpflichtungshöhe im Sinne der Defined Benefit Obligation (DBO) von mehr als 1 Mio €. Die Bewertungen durch lokale Aktuarien in den einzelnen Ländern werden von unserem globalen Aktuar nachgeprüft.

Durch die Anwendung einer globalen Richtlinie zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsparameter stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weiter gehende Erörterung unserer Pläne für Leistungen an Mitarbeiter ist in den Erläuterungen des Finanzberichts unter Note [32] zu finden.

Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)

Soziales Kapital schaffen

Die Deutsche Bank versteht Corporate Social Responsibility (CSR) als eine Investition in die Gesellschaft und in die eigene Zukunft. Ziel ist es, soziales Kapital zu schaffen. Unsere wichtigste soziale Verantwortung sehen wir darin, ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen zu sein, Gewinne zu erwirtschaften und zu wachsen.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stehen wir zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Deshalb haben wir im Jahr 2009 erneut mehr als 80 Mio € in Programme und Projekte aus unseren fünf CSR-Handlungsfeldern Nachhaltigkeit, Ehrenamtliches Engagement, Soziales, Kunst & Musik und Bildung investiert.

Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit sichern

Zur Sicherung stabiler Umweltbedingungen verbessern wir kontinuierlich unsere Ökobilanz. Im Rahmen des Projekts „Klimaneutral bis 2012“ haben wir im Berichtsjahr vermehrt erneuerbare Energien in Deutschland, Italien und der Schweiz eingekauft. Unser Nachhaltigkeits-Managementsystem nach ISO 14001 wurde in weiteren Regionen übernommen. Als einer von 13 Partnern haben wir uns an der DII GmbH beteiligt, die an der Umsetzung des Solarstromprojekts Desertec arbeitet.

Seit 2009 steht unseren Mitarbeitern im Intranet der Bank eine Lerneinheit zur Verfügung, welche die Kernpunkte nachhaltigen Wirtschaftens auf Basis der seit Jahren in unseren Richtlinien verankerten Prinzipien des UN Global Compact erklärt. Außerdem werden dort praktische Beispiele für ökologisches Handeln im Geschäftsalltag gezeigt.

Ehrenamtliche Tätigkeit: Engagement beweisen

Die Zahl unserer Mitarbeiter, die mit ihrem Wissen und ihrem Einsatz einen persönlichen Beitrag in gemeinnützigen Projekten und Initiativen überall auf der Welt leisten, steigt kontinuierlich an. Mit ihrem freiwilligen Engagement beweisen sie, dass die Deutsche Bank sich nicht nur mit Geld für die Gesellschaft einsetzt. Im Berichtsjahr waren 14 % unserer Mitarbeiter rund um den Globus an insgesamt 33.422 Tagen ehrenamtlich bei CSR-Programmen aktiv.

Soziales: Chancen eröffnen

Unsere sozialen Initiativen eröffnen Chancen, Arbeitslosigkeit und Armut zu überwinden. Sie sollen Menschen in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. So ist die Deutsche Bank zum Beispiel seit mehr als einem Jahrzehnt ein führendes Institut bei der Entwicklung innovativer Mikrofinanzprodukte. Außerdem engagieren wir uns für eine bessere Infrastruktur in wirtschaftlich schwachen Gemeinden. Für unser Stadtteilentwicklungsprojekt „Shoreditch“ – benannt nach einem der ärmsten Stadtteile Londons – wurden wir 2009 mit dem „Business in the Community Award“ ausgezeichnet.

Die Alfred Herrhausen Gesellschaft der Deutschen Bank vergab 2009 in Istanbul den „Deutsche Bank Urban Age Award“ an die kommunale Initiative „Barış İçin Müzik“ („Musik für Frieden“); ein Musikprojekt für Kinder im Alter zwischen sieben und zehn Jahren.

Kunst und Musik: Kreativität entwickeln

Aus künstlerischer Kreativität erwachsen neue Sichtweisen und die Fähigkeit zu besonderen Leistungen. Darum fördert die Deutsche Bank begabte Nachwuchskünstler und will möglichst vielen Menschen Kunst und Musik zugänglich machen. Die Sammlung Deutsche Bank ist eine der größten und bedeutendsten Unternehmenssammlungen der Welt. Die zeitgenössischen Kunstwerke zeigen wir in unseren eigenen Gebäuden oder als Leihgaben in Museen und anderen Kulturinstitutionen einer breiten Öffentlichkeit. Einer der Höhepunkte des vergangenen Jahres war die Joseph-Beuys-Ausstellung in Istanbul, die 2010 und 2011 auf Tournee durch sieben Museen Lateinamerikas gehen wird. Stellvertretend für alle Künstler, die wir international unterstützen, begleitet uns die Kenianerin Wangechi Mutu 2010 als unsere „Künstlerin des Jahres“.

Unsere exklusive Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern, einem der besten klassischen Orchester der Welt, ermöglichte im Berichtsjahr ein völlig neues Konzerterlebnis – die Digital Concert Hall. Tausende Musikliebhaber aus aller Welt konnten seit Januar 2009 die Konzerte der Berliner Philharmoniker in herausragender Bild- und Tonqualität live im Internet miterleben.

Bildung: Talente fördern

Wir verstehen Bildung als den entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und den Schlüssel zu Wohlstand und Wachstum.

Unsere weltweiten Initiativen für Kinder und Jugendliche geben vielen Talenten eine faire Chance – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder dem Bildungsstand der Eltern. So geht es zum Beispiel bei dem Projekt „Teachers as Leaders“ in den USA darum, Schülern aus sozialen Brennpunkten Vorbilder an die Seite zu stellen, an denen sie sich orientieren können. Mit vielen unserer Programme ermöglichen wir Menschen eine Ausbildung, die ihrer Begabung gerecht wird.

Im Rahmen unserer Hochschul- und Wissenschaftsförderung haben wir 2009 gemeinsam mit dem Center for Financial Studies in Frankfurt am Main zum dritten Mal den „Deutsche Bank Prize in Financial Economics“ verliehen. Ausgezeichnet wurde der US-amerikanische Ökonom Robert J. Shiller für seine grundlegenden Forschungsarbeiten in der Finanzökonomie.

Weitere Informationen zu unserem globalen gesellschaftlichen Engagement enthält der Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2009“.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich in den letzten Monaten beträchtlich verbessert. In den USA, Lateinamerika und den asiatischen Schwellenländern lassen die kurzfristigen Konjunkturindikatoren eine deutlich positivere Entwicklung erwarten. In Japan und Europa verläuft die Erholung jedoch weniger dynamisch. Nach dem schweren Einbruch in 2009 sollte die Weltwirtschaft in diesem Jahr bei anhaltend starker Unterstützung durch die Geld- und Fiskalpolitik um knapp 4 % wachsen. Das Wachstum wird sich 2011 auch bei einem Nachlassen staatlicher Konjunkturmaßnahmen voraussichtlich nur unwesentlich verlangsamen. Die Wachstumsraten der einzelnen Regionen dürften allerdings deutlich unterschiedlich ausfallen, wie nachfolgend dargelegt.

Die US-amerikanische Wirtschaft hat im dritten Quartal des letzten Jahres die Talsohle der Rezession durchschritten. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresverlauf sinken und somit den privaten Konsum stützen. Die wieder steigenden Preise für Wohnimmobilien lassen erwarten, dass Wohnungsbauinvestitionen in 2010 erstmals seit vier Jahren wieder zunehmen. Die expansive Fiskalpolitik dürfte die Konjunktur insbesondere im ersten Halbjahr 2010 weiterhin stützen. Insgesamt ist zu erwarten, dass sich die US-Wirtschaft vergleichsweise dynamisch erholt und nach einem Rückgang um 2,4 % in 2009 in diesem Jahr ein Wachstum von durchschnittlich rund 3,75 % erreicht. Ohne Begünstigung durch sinkende Energiepreise könnte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt voraussichtlich auf 2 % steigen. Der Anstieg der Kerninflationsrate dürfte aber aufgrund der Unterauslastung der Kapazitäten auf 1,5 % begrenzt bleiben. Dies bedeutet, dass die US-Notenbank bei der Verringerung monetärer Impulse wohl ohne Druck agieren kann.

In den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern konnten die Regierungen dank ihrer vergleichsweise günstigen fiskalischen Ausgangslage entschlossen auf die Finanzkrise reagieren. Das trifft insbesondere auf China zu, von dessen Wachstumsdynamik die asiatischen Nachbarländer stark profitieren. China wird im laufenden Jahr voraussichtlich ein Wirtschaftswachstum von rund 9 % erzielen. In Asien dürfte sich das Wachstum von 5,5 % in 2009 auf 7,75 % in 2010 beschleunigen. Es ist damit zu rechnen, dass Lateinamerika nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder um rund 3,75 % wachsen wird. In Osteuropa verläuft die Erholung langsamer. Nach einem Einbruch von rund 5,5 % dürfte die Region in diesem Jahr ein Wachstum von 2,5 % erzielen.

Die Wirtschaft des Euroraums hat im dritten Quartal des letzten Jahres die Rezession überwunden. Allerdings lassen die aktuellen Frühindikatoren darauf schließen, dass die Erholung in diesem Jahr schwächer verlaufen wird als in den USA. Trotz weiterer fiskalischer Entlastungen dürfte ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10,5 % in Verbindung mit nur geringen Lohnzuwächsen den privaten Konsum dämpfen. Der deutliche Anstieg der Lohnstückkosten in 2009 könnte zusammen mit einer Aufwertung des Euro den Export belasten. Die Investitionstätigkeit wird durch die deutliche Unterauslastung der Kapazitäten gedrückt. Insgesamt dürfte das BIP des Euroraums in 2010 nach einem Rückgang von rund 4 % im vergangenen Jahr um 1,5 % steigen. In Ländern wie Spanien, Irland und Griechenland, die vor besonderen strukturellen Anpassungen stehen, wird die Wirtschaftsleistung 2010 vermutlich erneut sinken. Die Defizite der öffentlichen Haushalte dürften infolge staatlicher Konjunkturprogramme und rückläufiger Einnahmen 2010 zunehmen. Aufgrund höherer Energiepreise könnte die Gesamtinflation im Jahresdurchschnitt auf 1,25 % steigen. Da die Kerninflationsrate voraussichtlich unter 1 % sinken wird, würde seitens der EZB kein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehen, sodass die Geldpolitik in der Eurozone weiterhin expansiv bleiben dürfte.

Nach dem überdurchschnittlich starken Konjunkturrückgang im vergangenen Jahr ist in Deutschland für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 2 % zu rechnen. Die Arbeitslosenquote wird sich dank der verlängerten Förderung der Kurzarbeit auch im laufenden Jahr voraussichtlich nur leicht auf 8,5 % erhöhen. Zusammen mit steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte dürfte dies den privaten Konsum stützen. Die Exporte werden 2010 nach einem Einbruch um 20 % im vergangenen Jahr voraussichtlich um 7,5 % steigen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich nicht zuletzt aufgrund öffentlicher Bauinvestitionen stabilisieren. Allerdings könnte die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf an Schwung verlieren und damit zu einer leichten Verlangsamung des Wachstums in 2011 führen.

Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich aus der bedenklichen Situation der Geld- und Fiskalpolitik infolge der Krise ergeben. Ein reibungsloser Ausstieg aus der stark expansiven Politik wäre zwar wünschenswert, um Inflationsrisiken zu begegnen, stellt allerdings eine große Herausforderung dar, solange große Unsicherheiten über die zugrunde liegende wirtschaftliche Situation und die Reaktionen der Märkte auf konkrete Ausstiegsmaßnahmen bestehen. Die Kreditwürdigkeit einzelner Staaten könnte 2010 zu einem wichtigen Thema werden, sollte es den Regierungen nicht gelingen, die Finanzmärkte zu überzeugen, dass sie ihre Staatshaushalte langfristig stabilisieren und die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung weiterhin finanzieren können. In China und einigen anderen Schwellenländern besteht die Gefahr, dass die staatlichen Konjunkturprogramme über das Ziel hinausschießen und zu Preisblasen im Immobiliensektor, aber auch zu einer generellen Beschleunigung der Inflation führen. Diese Faktoren könnten Verwerfungen an den Finanzmärkten zur Folge haben, die wiederum das Tempo der weltweiten Konjunkturerholung in den nächsten beiden Jahren schwächen würden.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche dürfte 2010 und 2011 allmählich zu einer gewissen Normalität zurückkehren, allerdings in einem grundlegend veränderten aufsichtsrechtlichen Umfeld, mit neuen Marktstrukturen und geänderten Anlegerpräferenzen.

Die Banken haben die Verluste aus den Marktverwerfungen und Wertberichtigungen während der Finanzkrise größtenteils verkraftet. Die Verluste aus dem traditionellen Kreditgeschäft, die 2009 in Europa wie auch in den USA Rekordstände erreicht hatten, dürften zunächst hoch bleiben und erst im Laufe der nächsten beiden Jahre deutlich zurückgehen. Die Erträge im Investment Banking könnten unter Druck geraten, wenn Regierungen und Notenbanken ihre beispiellosen Stützungsmaßnahmen schrittweise zurücknehmen. Bei der Emission von Unternehmens- und Staatsanleihen kann das hohe Niveau des Jahres 2009 wohl nicht auf Dauer gehalten werden. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2009 dürften die Margen an den Finanzmärkten zurückgehen. Bei einer hinreichenden Stabilisierung der Wirtschaft sollte die Nachfrage der Unternehmen nach M&A-Beratungsleistungen und dem zugehörigen Emissionsgeschäft zunehmen, die in 2009 einen zyklischen Tiefpunkt erreicht hatte. Die Vorschläge für eine stärkere Regulierung dürften in den kommenden Jahren die Erträge im Investment Banking negativ beeinflussen.

Auch im Kreditgeschäft scheinen die Wachstumsaussichten begrenzt. Nachdem in den Jahren vor der Finanzkrise das Verschuldungsniveau der privaten Haushalte stark gestiegen war, wird nun der in einigen Ländern begonnene Entschuldungsprozess – der vor dem Hintergrund gestiegener Arbeitslosigkeit sogar noch dringlicher wird – voraussichtlich auf Jahre hinaus für eine relativ schwache Nachfrage der Privatkunden nach Bankkrediten sorgen. Aufgrund immer noch erheblicher unausgelasteter Kapazitäten in vielen Industrie-sektoren dürfte die Kreditnachfrage von Unternehmen dies nicht kompensieren können.

Bei der Vermögensverwaltung wird eine Fortsetzung der jüngsten positiven Entwicklung davon abhängen, ob das relativ freundliche Kapitalmarktumfeld anhält. Angesichts der zuletzt wieder gewachsenen Unsicherheit hat sich die im Frühjahr 2009 begonnene Erholung allerdings verlangsamt. Darüber hinaus dürfte das Anlagemanagement weiter vom langfristigen Trend hin zu privaten Altersvorsorgeprodukten, einer besseren Gesundheitsvorsorge und höheren Bildungsaufwendungen profitieren, wobei der Wettbewerb mit Anbietern innerhalb und außerhalb der Branche intensiv bleiben dürfte.

Die Bankenbranche dürfte auch weiterhin im Mittelpunkt aufsichtsrechtlicher Diskussionen stehen, da Regierungen und Aufsichtsbehörden eine Wiederholung der Finanzkrise zu verhindern suchen. Entsprechende Diskussionen laufen und in einigen Fällen wurden bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. Der Fokus dieser Überlegungen dürfte dabei auf den folgenden Themen liegen: Angemessenheit und Qualität der Kapitalausstattung, insgesamt und in Bezug auf spezifische Aktivitäten im Handelsbuch; Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme; Liquidität und Refinanzierung, einschließlich der Quantität und Qualität der Refinanzierungsbasis von Banken; Aktivitäten in spezifischen Geschäftsfeldern, darunter Eigenhandel und internes Private-Equity-Geschäft sowie Hedgefondsaktivitäten; Handel mit und Abwicklung von derivativen Finanzinstrumenten; spezifische Steuern oder Abgaben auf Gewinne oder Vermögenswerte sowie erhöhte Governanceanforderungen an die Managementvergütung bei Banken. Ein Großteil der Maßnahmen wird derzeit noch diskutiert. Eine endgültige Version der meisten unterbreiteten Vorschläge ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts noch nicht bekannt und darüber hinaus auch schwer vorhersehbar. Obwohl viele der Änderungen voraussichtlich in nächster Zeit noch nicht offiziell umgesetzt werden, dürften Banken frühzeitig Maßnahmen einleiten, um mögliche neue Vorschriften einzuhalten.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Jahresverlauf 2009 hat die Deutsche Bank die Eckpunkte der vierten Phase ihrer 2002 eingeleiteten Management Agenda definiert. Die Phase 4 legt die strategischen Ziele der Deutschen Bank für die Ära nach der Krise fest und berücksichtigt dabei die sich verändernden Prioritäten im Wettbewerbs-, Markt- und aufsichtsrechtlichen Umfeld ebenso wie die Stärken, die wir während der Finanzkrise gezeigt haben und die uns Ansatzpunkte und Chancen für unseren weiteren Erfolg eröffnen. Die Phase 4 unserer Management Agenda enthält die folgenden vier strategischen Elemente:

- Steigerung der Profitabilität im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) bei anhaltender Risiko- und Bilanzdisziplin,
- Fokussierung auf unsere Kerngeschäftsfelder in Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Ausbau unserer führenden Stellung im Heimatmarkt,
- Fokussierung auf Asien als wichtigen Treiber für Ertragswachstum,
- Neubelebung unserer Leistungsorientierung.

Vor dem Hintergrund eines verbesserten, doch nach wie vor unsicheren Umfelds hat der Vorstand der Deutschen Bank eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um eine gute Aufstellung der Bank sicherzustellen, wenn die Wirtschaft die Rezession hinter sich gelassen hat und sich daraus Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Insbesondere in den Geschäftsbereichen von CIB haben wir nicht nur die Bilanzsumme reduziert, sondern auch Risiken in wichtigen Geschäftsfeldern abgebaut und gleichzeitig die Profitabilität und Ergebnisqualität gesteigert. Im Konzernbereich PCAM haben wir unsere Marktposition gefestigt, um uns als unangefochtener Marktführer in unserem Heimatmarkt positionieren zu können, und unsere Plattform dem veränderten Umfeld angepasst. Wir haben unser Engagement in Asien erhöht, wo wir in all unseren Kerngeschäftsfeldern bereits gut positioniert waren. Ebenso wollen wir unsere Kultur der Leistungsorientierung und Verantwortung neu beleben, die die Bedeutung von Kostendisziplin, effizienter Infrastruktur und klarer Verantwortung widerspiegelt.

Das sich verändernde Wettbewerbsumfeld und neue aufsichtsrechtliche Entwicklungen werden die Deutsche Bank weiterhin beeinflussen. Die nach der Krise zu beobachtende „Flucht in Qualität“ bietet der Deutschen Bank die Möglichkeit, Marktanteile zu gewinnen. Gleichzeitig sind wir uns des unsicheren aufsichtsrechtlichen Umfelds bewusst. Wie oben erwähnt, dürften insbesondere die Kapitalanforderungen steigen und die aufsichtsrechtlichen Kontrollen von Risiko- und Liquiditätsmanagementfähigkeiten verschärft werden. Das Kapital- und Risikomanagement sowie die Bilanzeffizienz dürften eine zunehmend wichtigere Rolle als Differenzierungsfaktor im Wettbewerb für die Deutsche Bank spielen. Die Deutsche Bank hat darüber hinaus ihr Vergütungsmodell überarbeitet und dabei die Richtlinien sowohl der Regierungen der G-20-Staaten wie auch von Regulierungsbehörden, einschließlich der Federal Reserve, der FSA und der BaFin, berücksichtigt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Ziele dieser Phase unserer Management Agenda hängt von bestimmten Faktoren hinsichtlich des Wettbewerbsumfelds ab. Darunter sind ein Ausbleiben weiterer größerer Marktverwerfungen, eine Normalisierung der Bewertung von Vermögenswerten, ein hohes einstelliges Wachstum des globalen Provisionsaufkommens, eine Stabilisierung der Margen auf höherem Niveau als vor der Krise und ein leichtes, aber positives Wachstum des globalen BIP von mindestens 2 % innerhalb der kommenden zwei Jahre zu nennen. Auf der Grundlage dieser Annahmen kann die Deutsche Bank in ihren Kerngeschäftsfeldern (ohne Berücksichtigung von Corporate Investments und Consolidations & Adjustments) ein Ergebnis vor Steuern von 10 Mrd € erreichen. Dies würde einer Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 25 % über diesen Zeitraum entsprechen. Nachfolgend werden die Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche im Einzelnen erläutert.

Corporate Banking & Securities

Das Umfeld für das Investment-Banking-Geschäft dürfte sich in 2010 uneinheitlich präsentieren. Die Kapitalmärkte sollten weiterhin eine höhere Liquidität und geringere Volatilität aufweisen als während der Krise. Trotz Unsicherheit über das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung wird für 2010 mit einer weiteren Steigerung des Provisionsaufkommens in Corporate Finance gerechnet. Die Handelsvolumina werden voraussichtlich stabil bleiben. Die Margen dürften sich auf einem höheren Niveau als vor der Finanzkrise konsolidieren, die zu Jahresbeginn 2009 beobachteten Höchstwerte allerdings nicht mehr erreichen. Die kundenbezogenen Geschäftsfelder sollten bei fortgesetzter wirtschaftlicher Erholung und zurückkehrendem Vertrauen der Anleger wachsen können. Der vorher beschriebene Ausblick auf mögliche aufsichtsrechtliche Veränderungen, insbesondere in Bezug auf die Handelsaktivitäten, könnte sich negativ auf Risikoneigung und Erträge auswirken.

Im Bereich Sales & Trading sollten sich die Erträge im kundenbezogenen Geschäft, unter anderem mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten, auf einem niedrigeren Niveau einpendeln als auf dem Höhepunkt der Krise. Ursächlich hierfür sind geringere Geld-Brief-Spannen, eine verringerte Volatilität und gesunkene Volumina. Dieser Effekt dürfte allerdings durch den Wegfall von negativen Marktwertanpassungen und Verlusten auf Altbestände in 2009 sowie durch Geschäftswachstum kompensiert werden. Wir erwarten hohe Erträge dank unserer führenden Marktposition im kundenbezogenen Geschäft bei diesen Produkten, einer erfolgreichen Neuorientierung unserer Handelsaktivitäten mit Kreditprodukten und Aktienderivaten hin zu liquiderem kundenbezogenem Geschäft sowie dank unserer früheren Investitionen in das Anleihegeschäft in Schwellenländern, den Rohstoffhandel und das Aktienkassageschäft. Als Folge der Finanzkrise haben wir den designierten Eigenhandel mit Kreditprodukten eingestellt und den mit Aktien erheblich reduziert. Daher sollten, auch wenn die Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen an den Eigenhandel noch nicht bekannt sind, eventuelle Beschränkungen des Eigenhandels keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Erträge im Bereich Sales & Trading in 2010 haben.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung dürfte sich auch das Umfeld für Unternehmensfinanzierungen stabilisieren. Der Anstieg des Provisionsaufkommens wird von höheren Volumina bei den Aktienemissionen angeführt, da Unternehmen weiter ihre Bilanzen umbauen und über Börsengänge neues Kapital aufnehmen beziehungsweise, im Fall von Finanzinstituten, auf aufsichtsrechtliche Veränderungen reagieren. Generell dürfte die Nachfrage nach Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung hoch bleiben. Auf den Anleihenmärkten sollten die Volumina sowohl bei Investment-Grade- als auch bei High-Yield-Anleihen voraussichtlich zumindest in der ersten Jahreshälfte stabil bleiben, da die Emittenten ein weiterhin niedriges Zinsniveau und verbesserte Margen nutzen. M&A-Aktivitäten befinden sich angesichts der Neuausrichtung von Unternehmen nach der Krise noch im frühen Stadium einer zyklischen Erholung; die Volumina werden sich voraussichtlich aber gegenüber 2009 erhöhen. Die Aktivitäten im Geschäft mit gewerblichen Immobilien dürften hinter dem übrigen Markt zurückbleiben, sollten mit einer zunehmenden Stabilisierung und Verbesserung der Bewertungen jedoch wieder anziehen.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen könnte CB&S in 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 6,3 Mrd € erzielen.

Global Transaction Banking

Der Ausblick für das Transaction Banking wird 2010 voraussichtlich durch negative wie positive Faktoren beeinflusst. Das extrem niedrige Zinsniveau, das die Märkte in 2009 geprägt hatte, dürfte die Zinserträge auch mittelfristig weiter belasten, während eine vergleichsweise langsame wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum und auf anderen wichtigen Märkten die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance möglicherweise einschränken könnte. Eine Abschwächung des Euro könnte dem Transaction Banking zugutekommen, da Exporte aus der Eurozone angekurbelt würden. Die Wachstumsdynamik in Asien, die Stabilisierung der US-amerikanischen Wirtschaft und eine mögliche Erhöhung der Zinsen in den USA würden den Ausblick für die Erträge positiv beeinflussen.

Das beschriebene schwierige Marktumfeld dürfte sich ebenfalls auf unseren Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) auswirken. Dank des anhaltenden profitablen Wachstums und der Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie der führenden Position des Bereichs in wichtigen Märkten ist GTB gut aufgestellt, um auch unter schwierigen Marktbedingungen neue Kunden zu gewinnen. Darüber hinaus ist der Bereich gut positioniert, um von einer Expansion in neue Märkte und einer stärkeren Durchdringung des Kundenstamms in bestehenden Kernmärkten zu profitieren. Die Übernahme von Teilen des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden würde die Position von GTB in Europa weiter stärken, da der Bereich seine Kundenbetreuung intensivieren und komplementäre Produkte anbieten könnte. Zusätzlich kann GTB zu kleineren mittelständischen Unternehmen vordringen und auf bestehende Technologien zurückgreifen, um seine Angebotspalette auszuweiten. Auch die Entwicklungen im Produktangebot von GTB wie beispielsweise Supply Chain Finance und „FX4Cash“ (eine Plattform für den währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr) wirken sich positiv auf den Ausblick aus.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen könnte GTB in 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 1,3 Mrd € erzielen.

Asset and Wealth Management

Der Ausblick für das Vermögensverwaltungsgeschäft wird 2010 durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die einsetzende Erholung der Aktienmärkte im Jahresverlauf 2009 und das 2010 wiederkehrende weltweite Wirtschaftswachstum dürften zu einer Zunahme der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen beitragen. Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wieder wettzumachen, dürfte das Anlegerinteresse an Multi-Asset-Produkten, alternativen Anlagen und Aktienprodukten stimulieren. Ferner sollten die ersten Anzeichen einer umfassenden Erholung des Immobilienmarkts die Aussichten für alternative Anlagen verbessern. Langfristige Trends, einschließlich der Verschiebung von der Abhängigkeit von staatlichen Rentenversicherungssystemen hin zu privat finanzierter Altersvorsorge, der demografische Wandel in den entwickelten Volkswirtschaften und der steigende Wohlstand in Schwellenländern werden sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirken und neue Möglichkeiten für Vermögensanlagen schaffen. Allerdings könnten die Erträge kurzfristig unter Druck geraten, falls die Märkte wieder volatil werden oder die Flucht der Kunden in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigen Provisionserträgen anhält.

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) der Deutschen Bank ist auch weiterhin ein führender und gut diversifizierter Dienstleister mit globaler Präsenz, der dank seiner starken Position von den genannten Marktindikatoren profitieren sollte. Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) hat mit seiner 2008 begonnenen und 2009 fortgesetzten Restrukturierung der Geschäftsplattform sowie seinen Bemühungen um Kosteneffizienz und Umsatzrentabilität seine Fähigkeit gestärkt, die verbesserte Kapitalmarktlage und das Wirtschaftswachstum zu nutzen und das Risiko von Schwankungen an den Märkten beziehungsweise eines verstärkten Anlegerinteresses an Rentenfonds und anderen Produkten mit niedrigen Provisionserträgen aufzufangen. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich AM gut aufgestellt, um von den vorgenannten langfristigen Branchentrends profitieren zu können.

Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) könnten die Invested Assets mit einer Markterholung, einer Zunahme der Nettomittelzuflüsse in Asien und einem weiteren Anstieg des Marktanteils in den USA wachsen. Auch im Fall einer Schwankungen unterworfenen Markterholung und bei zeitweise rückläufigen Entwicklungen könnten die Erträge von einer kurzfristigen Zunahme der Kundentransaktionen profitieren.

Der jüngste Trend im Kundenverhalten hin zu einfacheren Produkten mit niedrigeren Provisionserträgen und zu Produkten mit Kapitalgarantien wird sich im Zeitverlauf voraussichtlich umkehren. Gleichzeitig dürfte die Einführung des dynamischen Vermögensallokationsmodells von PWM zu einer Verlagerung hin zu Vermögensverwaltungsmandaten führen. Anlagethemen wie Rohstoffe und die wachsende Nachfrage der Anleger nach alternativen Investments dürften die Bewertung globaler Vermögenswerte stützen. Obwohl diese Entwicklungen PWM gute Chancen bieten, seine Bruttomargen im Verlauf dieses Jahres und darüber hinaus zu verbessern, dürfte auf den Onshore-Märkten und in den etablierten Marktregionen der Druck auf die Bruttomargen weiter anhalten. Die 2009 eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung sollten zu einer Verbesserung der Aufwand-Ertrag-Relation führen. Der Abschluss des Erwerbs von Sal. Oppenheim im ersten Quartal 2010 und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration dieses Geschäfts könnten die Bank kurzfristig beeinflussen.

PWM sollte eine Diversifizierung seiner Ertragsquellen durch anhaltende Fokussierung auf das Segment der sehr vermögenden Kunden sowie die Bereitstellung erstklassiger Dienstleistungen über integrierte Produktplattformen und -angebote mit dem Unternehmensbereich CIB für bestehende und neue Kundenbeziehungen erreichen. Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds für Banken und die Unsicherheiten in Bezug auf Offshore-Banking-Modelle könnten in Anbetracht der jüngsten politischen Diskussionen die Geschäftsaussichten von PWM beeinträchtigen.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen könnte AWM in 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 1 Mrd € erzielen.

Private & Business Clients

Das Produkt- und Leistungsangebot im Privat- und Firmenkundengeschäft basiert auf einem soliden Geschäftsmodell mit einer führenden Stellung auf unserem Heimatmarkt Deutschland, einer guten Positionierung auf anderen wichtigen europäischen Märkten und Wachstumsoptionen in den asiatischen Kernmärkten. Dank unserer hervorragenden Angebotspalette im Beratungsgeschäft sollten wir in Deutschland durch Kundenakquisition, eine Stärkung unseres Vertriebs durch Einstellung hoch qualifizierter Mitarbeiter und eine gezielte Erweiterung unseres Geschäftsstellennetzes Marktanteile gewinnen können. Unsere Zusammenarbeit mit der Deutschen Postbank eröffnet uns weitere Möglichkeiten, uns als führender Anbieter in Deutschland zu positionieren und zu führenden europäischen Geschäftsbanken aufzuschließen.

Das profitable europäische Geschäft von PBC wollen wir mittels unserer Stärke im Beratungsgeschäft auf vermögende Kunden in wohlhabenden Regionen ausrichten. Die Erweiterung unseres Filialnetzes in Indien und die Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in China werden die Chancen auf starkes Wachstum in Asien noch verbessern.

PBC wird weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung bei Anlageprodukten. So blieben die Kundenaktivitäten in 2009 trotz steigender Aktienindizes niedrig. Unter makroökonomischen Gesichtspunkten könnten sich eine Zunahme der Insolvenzen und steigende Arbeitslosenquoten trotz der 2009 eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Risiken auf unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft negativ auswirken. Anhaltend niedrige Zinsen könnten die Erträge in PBC ebenfalls weiterhin beeinträchtigen.

Die Kostenbasis von PBC dürfte von den Effizienzmaßnahmen im Rahmen des von PBC bekannt gegebenen Wachstums- und Effizienzprogramms, das 2010 abgeschlossen wird, sowie von den Abfindungszahlungen, die merklich geringer als in 2009 ausfallen dürften, profitieren. Darüber hinaus erwarten wir positive Auswirkungen aus unserer Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Postbank, die unter anderem eine Zusammenarbeit im IT-Bereich sowie den Einkauf und die Vermarktung von komplementären Produkten vorsieht.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen und unter Einbeziehung von Effizienzgewinnen in den Infrastrukturbereichen des Konzerns könnte PBC in 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 1,5 Mrd € erzielen.

Konzernabschluss

02

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	139
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	140
Konzernbilanz	141
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	142
Konzern-Kapitalflussrechnung	144
Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis	145

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2009	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge	[5]	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen	[5]	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	[5]	12.459	12.453	8.849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[18]	2.630	1.076	612
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		9.829	11.377	8.237
Provisionsüberschuss	[6]	8.911	9.741	12.282
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[5]	7.109	- 9.992	7.175
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[7]	- 403	666	793
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	[16]	59	46	353
Sonstige Erträge	[8]	- 183	699	1.377
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		15.493	1.160	21.980
Personalaufwand	[31], [32]	11.310	9.606	13.122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[9]	8.402	8.339	8.038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[39]	542	- 252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[23]	- 134	585	128
Restrukturierungsaufwand	[27]	-	-	- 13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		20.120	18.278	21.468
Ergebnis vor Steuern		5.202	- 5.741	8.749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	[33]	244	- 1.845	2.239
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		4.958	- 3.896	6.510
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		- 15	- 61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		4.973	- 3.835	6.474

Ergebnis je Aktie

in €	[Notes]	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie:	[10]			
Basic		7,92 €	- 7,61 €	13,65 €
Verwässert ¹		7,59 €	- 7,61 €	13,05 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		628,1	504,1	474,2
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		655,4	504,2	496,1

¹ Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2009	2008	2007
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	- 3.896	6.510
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern¹	- 679	- 1	486
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	523	- 4.516	1.031
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	556	- 666	- 793
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	118	- 263	- 19
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	6	2	13
Anpassungen aus der Währungsumrechnung: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	40	- 1.144	- 1.772
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	11	- 3	- 5
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ²	85	- 15	- 20
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	- 254	731	215
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	1.085³	- 5.874⁴	- 1.350⁵
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	5.364	- 9.771	5.646
Zurechenbar:			
den Minderheitsanteilen	- 1	- 37	4
den Deutsche Bank-Aktionären	5.365	- 9.734	5.642

1 Bedingt durch die Änderung der Bilanzierungsmethode, wurden versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) aus leistungsdefinierten Plänen direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Wie in Note [1] dargestellt, wurden die Angaben zu Vorperioden entsprechend angepasst. Diese Beträge enthalten latente Steuern von 113 Mio €, 1 Mio € und minus 192 Mio € für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

2 Unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen werden ab dem 31. Dezember 2009 separat ausgewiesen. In Vorperioden wurden die entsprechenden Beträge innerhalb der anderen Kategorien der Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste mit ausgewiesen.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) und dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 14 Mio €.

4 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) und dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 24 Mio €.

5 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) und dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 32 Mio €.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva:			
Barreserve		9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[19], [20]	6.820	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	[19], [20]	43.509	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		134.000	151.856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2009 79 Mrd € (2008: 69 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [13], [20], [35]	965.320	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2009 492 Mio € (2008: 464 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[15], [19], [20]	18.819	24.835
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	[16]	7.788	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[17], [18]	258.105	269.281
Sachanlagen	[21]	2.777	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	[23]	10.169	9.877
Sonstige Aktiva	[24], [25]	121.538	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	2.090	3.512
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	7.150	8.470
Summe der Aktiva		1.500.664	2.202.423
Passiva:			
Einlagen	[26]	344.220	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[19], [20]	45.495	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[19], [20]	5.564	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [13], [35]		
Handelspassiva		64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		73.522	78.003
Investmentverträge		7.278	5.977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		722.274	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[28]	42.897	39.115
Sonstige Passiva	[24], [25]	154.281	160.598
Rückstellungen	[18], [27]	1.307	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	2.141	2.354
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	2.157	3.784
Langfristige Verbindlichkeiten	[29]	131.782	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[29]	10.577	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		–	4
Summe der Verbindlichkeiten		1.462.695	2.170.509
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[30]	1.589	1.461
Kapitalrücklage		14.830	14.961
Gewinnrücklagen		24.056	20.074
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[30]	– 48	– 939
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		–	– 3
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern		– 3.780	– 4.851
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		36.647	30.703
Minderheitsanteile		1.322	1.211
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile		37.969	31.914
Summe der Passiva		1.500.664	2.202.423

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
in Mio €					
Bestand zum 31. Dezember 2006	1.343	15.246	20.900	- 2.378	- 4.307
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	6.474	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 2.005	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	277	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	486	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	122	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.010	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 44	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	-	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	15	377	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 1.292
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	2.047
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	76	3	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 41.128	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	39.677	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	28	-	-	-
Sonstige	-	3	- 84	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.358	15.808	26.051	- 2.819	- 3.552
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	- 3.835	-	-
Begebene Stammaktien	102	2.098	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 2.274	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	226	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	- 1	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	225	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.072	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	- 136	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 1.815	-	-	2.690
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	1	17	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 366
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	1.225
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	3	- 4	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 21.736	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	22.544	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 1.191	-	-	-
Sonstige	-	- 48	- 89	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	- 939	- 3
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	4.973	-	-
Begebene Stammaktien	128	830	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 309	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	- 679	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 688	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.313	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	35	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	-	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 5
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	8
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	- 149	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 19.238	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	18.816	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 177	-	-	-
Sonstige	-	18	- 3	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	- 48	-

1 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden die Bestände zum 31. Dezember 2006 um 449 Mio € und zum 31. Dezember 2007 um 935 Mio € erhöht.

2 Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

3 Unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen werden ab dem 31. Dezember 2009 separat ausgewiesen. In Vorperioden wurden die entsprechenden Beträge innerhalb der anderen Kategorien der Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste mit ausgewiesen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-flows absichern, nach Steuern ³	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ^{3,4}	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ³	Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern ⁴	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Minderheits-anteile	Eigenkapital einschließlich Minderheits-anteile
3.194	- 45	- 800	16	2.365	33.169	717	33.886
435	- 7	- 1.724	- 22	- 1.318	5.156	4	5.160
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	- 2.005	-	- 2.005
-	-	-	-	-	277	-	277
-	-	-	-	-	486	-	486
-	-	-	-	-	122	-	122
-	-	-	-	-	1.010	-	1.010
-	-	-	-	-	- 44	-	- 44
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	392	-	392
-	-	-	-	-	- 1.292	-	- 1.292
-	-	-	-	-	2.047	-	2.047
-	-	-	-	-	79	-	79
-	-	-	-	-	- 41.128	-	- 41.128
-	-	-	-	-	39.677	-	39.677
-	-	-	-	-	28	-	28
-	-	-	-	-	- 81	701	620
3.629	- 52	- 2.524	- 6	1.047	37.893	1.422	39.315
- 4.484	- 294	- 1.104	- 16	- 5.898	- 9.733	- 37	- 9.770
-	-	-	-	-	2.200	-	2.200
-	-	-	-	-	- 2.274	-	- 2.274
-	-	-	-	-	226	-	226
-	-	-	-	-	- 1	-	- 1
-	-	-	-	-	225	-	225
-	-	-	-	-	1.072	-	1.072
-	-	-	-	-	- 136	-	- 136
-	-	-	-	-	875	-	875
-	-	-	-	-	18	-	18
-	-	-	-	-	- 366	-	- 366
-	-	-	-	-	1.225	-	1.225
-	-	-	-	-	- 1	-	- 1
-	-	-	-	-	- 21.736	-	- 21.736
-	-	-	-	-	22.544	-	22.544
-	-	-	-	-	- 1.191	-	- 1.191
-	-	-	-	-	- 137	- 174	- 311
- 855	- 346	- 3.628	- 22	- 4.851	30.703	1.211	31.914
669	212	107	83	1.071	6.044	- 1	6.043
-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	- 309	-	- 309
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	- 679	-	- 679
-	-	-	-	-	- 688	-	- 688
-	-	-	-	-	1.313	-	1.313
-	-	-	-	-	35	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	- 5	-	- 5
-	-	-	-	-	8	-	8
-	-	-	-	-	- 149	-	- 149
-	-	-	-	-	- 19.238	-	- 19.238
-	-	-	-	-	18.816	-	18.816
-	-	-	-	-	- 177	-	- 177
-	-	-	-	-	15	112	127
- 186	- 134	- 3.521	61	- 3.780	36.647	1.322	37.969

4 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden die Bestände zum 31. Dezember 2006 um 38 Mio € und zum 31. Dezember 2007 um 86 Mio € vermindert.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2009	2008	2007
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	- 3.896	6.510
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076	612
Restrukturierungsaufwand	-	-	- 13
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 656	- 1.732	- 1.907
Latente Ertragsteuern, netto	- 296	- 1.525	- 918
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.782	3.047	1.731
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 189	- 53	- 358
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	8.229	- 3.083	5.657
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	4.583	- 3.964	7.588
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	- 4.203	24.363	5.146
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	726.237	- 472.203	- 270.948
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.890	169.423	- 75.775
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17.213	- 37.981	- 22.185
Sonstige Aktiva	21.960	38.573	- 42.674
Einlagen	- 57.330	- 56.918	47.464
Handelsspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 686.214	655.218	173.830
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	- 7.061	- 159.613	70.232
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	- 40.644	- 97.009	69.072
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.592	- 14.216	6.531
Sonstige Passiva	- 15.645	- 15.482	21.133
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	- 7.150	12.769	22.935
Sonstige, per saldo	- 1.243	- 2.760	- 1.216
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 13.786	37.117	16.790
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	9.023	19.433	12.470
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8.938	18.713	8.179
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	574	680	1.331
Verkauf von Sachanlagen	39	107	987
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 12.082	- 37.819	- 25.230
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 3.730	- 881	- 1.265
Sachanlagen	- 592	- 939	- 675
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 20	- 24	- 648
Sonstige, per saldo	- 1.749	- 39	463
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	401	- 769	- 4.388
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	457	523	429
Rückzahlung/Rückkauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 1.448	- 659	- 2.809
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	1.303	3.404	1.874
Rückzahlung/Rückkauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	- 420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	19	389
Kapitalerhöhung	-	2.200	-
Kauf Eigener Aktien	- 19.238	- 21.736	- 41.128
Verkauf Eigener Aktien	18.111	21.426	39.729
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 5	- 14	- 13
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	109	331	585
Gezahlte Bardividende	- 309	- 2.274	- 2.005
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 1.020	3.220	- 3.369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	690	- 402	- 289
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 13.715	39.166	8.744
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098	17.354
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264	26.098
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	- 520	- 2.495	2.806
Gezahlte Zinsen	15.878	43.724	55.066
Erhaltene Zinsen und Dividenden	28.211	54.549	64.675
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	9.346	9.826	8.632
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 5.030 Mio € per 31.12.2009 (31.12.2008: 9.301 Mio €, 31.12.2007: 4.149 Mio €))	42.203	55.438	17.466
Insgesamt	51.549	65.264	26.098

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Der Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG in 2009, einschließlich des nicht zahlungswirksamen Teils, ist in Note [16] beschrieben.

Konzernanhang

Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	146
[2] Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen	181
[3] Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften	190
[4] Segmentberichterstattung	193

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[5] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	206
[6] Provisionsüberschuss	208
[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	209
[8] Sonstige Erträge	209
[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	210
[10] Ergebnis je Aktie	210

Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	212
[12] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“	215
[13] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	217
[14] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden	231
[15] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	234
[16] Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	234
[17] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	236
[18] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	237
[19] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	238
[20] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	239
[21] Sachanlagen	240
[22] Leasingverhältnisse	241
[23] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	243
[24] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	251
[25] Sonstige Aktiva und Passiva	253
[26] Einlagen	253
[27] Rückstellungen	254
[28] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	260
[29] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	260

Zusätzliche Anhangangaben

[30] Stammaktien	261
[31] Aktienbasierte Vergütungen	263
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	269
[33] Ertragsteuern	275
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	279
[35] Derivative Finanzinstrumente	288
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	291
[37] Geschäfte mit nahestehenden Dritten	297
[38] Informationen zu Tochtergesellschaften	300
[39] Versicherungs- und Investmentverträge	302
[40] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	305
[41] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	307

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttersgesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [4] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS. Im Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bewertung von Versicherungsverträgen angewandt.

Risikoangaben gemäß IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, für das Geschäftsjahr 2009 zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind durch Verweis auf durch seitliche Klammern entsprechend gekennzeichnete Teile des Risikoberichts weiterhin Bestandteil des Konzernanhangs.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Eine Beschreibung der bei der Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen ist in Note [2] enthalten.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen, welche zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 145,8 Mio € im Berichtsjahr 2009 führten.

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 hat der Konzern einige geringfügige Anpassungen vorgenommen, die keine wesentliche Auswirkung auf die Anhangangaben der Vorjahre hatten. Der Konzern hat die Auswirkungen von Fehlern auf die Berichtsperiode und frühere Perioden untersucht und festgestellt, dass die nachfolgend beschriebenen Anpassungen der Vergleichszahlen für die früher dargestellten Perioden oder die Eröffnungsbilanzsalden erforderlich sind. Außerdem hat der Konzern eine freiwillige Änderung seines Rechnungslegungsgrundsatzes für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne vorgenommen.

	Bestand (veröffent- licht)	Änderung der Bilanzierungs- methoden	Anpassungen				Bestand (angepasst)
		Bilanzierung leistungs- definierter Pläne	LCH- Aufrech- nung	Zinsen	Ertrag- steuer- verbindlich- keiten	Finanz- garan- tien	
in Mio €							
31.12.2007							
Gewinn-und-Verlust-Rechnung							
Zinsen und ähnliche Erträge	67.706			- 3.031			64.675
Zinsaufwendungen	58.857			- 3.031			55.826
Provisionsüberschuss	12.289					- 7	12.282
Sonstige Erträge	1.286					91	1.377
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	7.954					91	8.037
Bilanz							
Aktiva:							
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.474.103		- 96.092				1.378.011
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.772	5					4.777
Sonstige Aktiva	182.897	741					183.638
Passiva:							
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	966.177		- 96.092				870.085
Sonstige Passiva	171.509	- 65					171.444
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.515			- 294			4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.124	256					2.380
Eigenkapital:							
Gewinnrücklagen	25.116	570			365		26.051
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-):							
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 2.450	- 15			- 71		- 2.536
2008							
Provisionsüberschuss	9.749					- 8	9.741
Sonstige Erträge	568					131	699
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216					131	8.339

Leistungen an Arbeitnehmer: Bilanzierung leistungsdefinierter Pläne

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne geändert. Der Konzern hat sich für eine freiwillige Änderung dieses Rechnungslegungsgrundsatzes in der Weise entschieden, dass nunmehr im Gegensatz zu der „Korridor“-Methode die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste unmittelbar in der Periode ihrer Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt werden. In Übereinstimmung mit den IFRS wurde die Änderung rückwirkend vorgenommen. Die Änderung der Bilanzierungsmethode vermittelt relevantere Informationen über die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns, da sie Sachverhalte in der Periode ausweist, in der sie wirtschaftlich entstehen. Die rückwirkende Anpassung hatte Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, nicht aber auf die Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung.

Aufrechnung

Im zweiten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er die Kriterien zur Aufrechnung von positiven und negativen Marktwerten für OTC-Zinsswaps, die mit dem London Clearing House („LCH“) abgewickelt werden, erfüllt. Gemäß den IFRS werden Posten nach Währung und Fälligkeiten aufgerechnet. Die Anwendung dieser Aufrechnung hatte keinen Nettoeffekt auf die Konzernbilanz oder das Eigenkapital.

Die Darstellung der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen wurde angepasst, ohne sich auf den Zinsüberschuss oder das Eigenkapital auszuwirken.

Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er Steuerverbindlichkeiten für Geschäftsjahre vor 2006 ausgewiesen hatte, die nicht erforderlich waren. Die Steuerverbindlichkeiten wurden rückwirkend um diese Beträge korrigiert und die Eröffnungssalden der Gewinnrücklagen und der Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung entsprechend angepasst.

Finanzgarantien

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkung auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen in gleicher Höhe zur Folge.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2007, 2008 und 2009 mit Ausnahme der zuvor und an anderer Stelle beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von SPEs und interagiert mit nicht von ihm gesponserten SPEs aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht oder (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE vorlag. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der SPE, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der SPE;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Minderheitsanteile behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Goodwill auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben. Diese Erhöhung stellt eine Wertaufholung des zuvor erfassten Wertminderungsverlusts dar.

Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst. Bei einer Veräußerung des Vermögenswerts werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des Fair Value bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf

Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umgliederung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erstfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen. Wenn ein Kredit zu Marktkonditionen begeben wird, entspricht der Fair Value dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umgliederungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen seitens des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbrieften, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wurde auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umgliederung vorgenommen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, sind vom Management zu bestätigen.

Zusätzlich zu den obigen Kriterien muss außerdem ein überzeugender Nachweis vorliegen, der bestätigt, dass die erwartete Rückzahlung des Vermögenswerts den geschätzten Fair Value übersteigt und dass die Renditen aus dem Vermögenswert optimiert werden, indem er auf absehbare Zeit gehalten wird.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem Fair Value am Umgliederungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der Fair Value des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ in dieser Note erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der im Eigenkapital erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag im Eigenkapital ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust verbucht.

Ermittlung des Fair Value

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter wenn möglich auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Weitere Informationen zu den bei der Bestimmung des Fair Value verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen sind in Note [2], Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Bestimmung des Fair Value beziehungsweise Methoden zur Bestimmung des Fair Value, enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Weitere Informationen zu den bei der Prüfung der Beobachtbarkeit von Inputparametern und bei den Maßnahmen für die Minderung von Risiken angewandten Schätzungen und Beurteilungen sind in Note [2] enthalten.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den Sonstigen Aktiva oder Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des Fair Value des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value durch Anwendung von Hedge Accounting werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des Fair Value über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch einen Fair Value Hedge gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Gewinne oder Verluste aus dem Sicherungsinstrument, bezogen auf den effektiven Teil des Hedge, werden bei Verkauf der ausländischen Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Fall einer Umklassifizierung des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so sind sämtliche Beträge, die zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst wurden, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Die Folgebewertung eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels erfolgt auf Basis des Fair Value, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein Fair Value sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines anhaltenden Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der Fair Value der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Bilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten, einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten, den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die primären Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Darüber hinaus wird Goodwill, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde, einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und dieser wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum Fair Value klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Leasinggeber

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Finanzierungsleasings anfallen, werden als Bestandteil der Forderung durch den Diskontierungszinssatz, der dem Leasingvertrag zugrunde gelegt wird, erfasst. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Sale-und-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögensgegenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cash Flow Hedges und anderen Positionen, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Gewinn oder Verlust, auf den sich die latente Steuer bezieht, realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte, zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb derer man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

[2] Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Anwendung einiger der in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des Fair Value

Bestimmte Finanzinstrumente werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Hierzu gehören Handelsaktiva und -passiva sowie zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Des Weiteren werden zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value bilanziert, wobei die Änderungen des Fair Value im Eigenkapital ausgewiesen werden. Nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate werden erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert, es sei denn, sie sind Bestandteil von Cashflow-Hedge-Beziehungen, wobei Wertänderungen in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen. Private-Equity-Beteiligungen, bei denen der Konzern nicht über beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss verfügt, werden ebenfalls zum Fair Value bilanziert und entweder als Handelsinstrumente, zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des Fair Value

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf beobachtbaren Preisen oder Parametern beziehungsweise wird aus ihnen abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des Fair Value genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der Fair Value mittels branchenüblicher Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente stehen keine beobachtbaren Preise oder Parameter zur Verfügung, weswegen der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden; neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate; Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten; notleidende Schultitel und Kredite; Private-Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair-Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Der Fair Value der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften und zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und sein eigenes Kreditrisiko auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden. Der ermittelte Fair Value ist eine Schätzung des Preises, zu dem die spezifische Verpflichtung zum Bewertungsstichtag mit anderen Marktteilnehmern ausgetauscht werden würde.

Soweit für die am Handelstag angewandten Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt gemäß IFRS die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände getroffen, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse mittels geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle unter Zuhilfenahme von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung durch das Management.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Backtesting.

Anhangangaben zur Fair-Value-Bestimmung

Nach den IFRS müssen die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des Fair Value verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Note [13]. Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2009 58,2 Mrd € (2008: 87,7 Mrd €). Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verpflichtungen der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2009 18,2 Mrd € (2008: 34,4 Mrd €). Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Zusätzlich zu den Angaben zur Fair-Value-Hierarchie in Note [13] stellt der Konzern eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den Fair Value. Diese Angaben finden sich in Note [14]. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des Fair Value signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu den vom Konzern umgegliederten Vermögenswerten sind in Note [12] enthalten.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen die erwartete Rückzahlung deren geschätzten Fair Value übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den Fair Value der identifizierten Vermögenswerte am Umwidmungstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des Fair Value“ beschrieben). Dieser Fair Value repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen können die Anforderungen an das Management in einem hoch volatilen und unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Marktumfeld besonders anspruchsvoll sein, wie es im dritten und vierten Quartal des Geschäftsjahres 2008 der Fall war. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management. Für die Änderung der Zweckbestimmung reicht es nicht aus, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen. Die vom Konzern festgelegten Mindestanforderungen zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, sind in Note [1] zu den wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätzen enthalten.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzern maßgeblich beeinflussen können.

Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen ökonomischer und finanzieller Unsicherheit wie zum Beispiel während der gegenwärtigen Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 2.630 Mio € (2008: 1.076 Mio €, 2007: 612 Mio €).

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen, etwa bei bestimmten Leveraged Loans, wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management in Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird auf kollektiver Basis ermittelt. Die kollektiv ermittelte Wertberichtigung wird auf Portfolioebene mithilfe von statistischen Modellen ermittelt, in die zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen einfließen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen. Eine weiter gehende Erläuterung der zur Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft angewandten Methoden ist in Note [1] enthalten. Wir verweisen außerdem auf Note [18].

Wertminderungen (Impairment) sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie zum Beispiel eine Ratingherabstufung gehören. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung des Konzerns verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Die Werthaltigkeitsprüfungen für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte führten im Geschäftsjahr 2009 zu Wertminderungen von 1.125 Mio € (2008: 970 Mio €, 2007: 286 Mio €). Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Note [15] und über nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Note [16] enthalten.

Wertminderungen (Impairment) nicht finanzieller Vermögenswerte

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte wie Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Konzern der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sind. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen (außer auf Goodwill) werden umgehend erfolgswirksam erfasst.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Zum 31. Dezember 2009 betrug der Goodwill 7,4 Mrd € (2008: 7,5 Mrd €) und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte wurden zum Jahresende 2009 mit 2,7 Mrd € ausgewiesen (2008: 2,3 Mrd €). Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Vermögenswerte erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 157 Mio € erfasst. Diese enthielten Wertminderungen in Höhe von 151 Mio €, die im Zusammenhang mit Investments im Konzernbereich Corporate Investments standen. Weiterhin wurden Wertaufholungen in Höhe von 291 Mio € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erfasst, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 586 Mio € erfasst, von denen 580 Mio € im Zusammenhang mit Investments im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management standen. Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 133 Mio € erfasst, von denen 77 Mio € im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management und 54 Mio € im Konzernbereich Corporate Investments zu verzeichnen waren. Weitere Informationen zum Goodwill und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Note [23] enthalten.

Latente Steuerforderungen

Latente Steuerforderungen werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen der nicht angesetzten latenten Steuerforderungen, einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft, einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2009 betrug der Wert nicht angesetzter latenter Steuerforderungen 1,3 Mrd € (2008: 1,7 Mrd €) und der Wert angesetzter Steuerforderungen 7,2 Mrd € (2008: 8,5 Mrd €).

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Note [33].

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerrisiken

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren und Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, sowie IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Note [27].

[3] Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2009 zur Anwendung kamen.

IFRIC 9 und IAS 39

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRIC 9, „Reassessment of Embedded Derivatives“, und IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, mit dem Titel „Embedded Derivatives“. Nach den geänderten Vorschriften hat ein Unternehmen zu prüfen, ob ein in einen Basisvertrag eingebettetes Derivat von diesem zu trennen ist, wenn das gesamte hybride Finanzinstrument aus der Kategorie zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert wird. Eine Umgliederung des hybriden Finanzinstruments ist nicht möglich, wenn der Fair Value eines trennungspflichtigen eingebetteten Derivats nicht verlässlich bestimmbar ist. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 30. Juni 2009 enden. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 7

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, mit dem Titel „Improving Disclosures about Financial Instruments“. Die geänderten Vorschriften sehen erweiterte Angaben zu den zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten gemäß einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie vor, die die Bedeutung der in diesen Bewertungsmethoden verwendeten Inputparameter abbildet. Die Änderungen sehen außerdem erweiterte qualitative und quantitative Angaben zu Liquiditätsrisiken vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2008 („Improvements to IFRS 2008“)

Im Mai 2008 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IAS 1

Im September 2007 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1 R“). Der geänderte Standard regelt die Grundlagen für die Darstellung und Struktur des Abschlusses. Er enthält zudem Mindestanforderungen an den Inhalt eines Abschlusses. IAS 1 R tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte lediglich Auswirkungen auf die Darstellung des Konzernabschlusses.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. Dezember 2009 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbs-

zeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“) und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten

Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromereigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral im Eigenkapital auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. Darüber hinaus können Unternehmen, die den Standard vor dem 1. Januar 2011 anwenden, als Erstanwendungszeitpunkt, an dem die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte festgelegt wird, jedes Datum ab der Veröffentlichung von IFRS 9 bis zum 1. Januar 2011 wählen. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

[4] Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die sich weiter in Unternehmensbereiche untergliedern. Zum 31. Dezember 2009 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate and Investment Bank (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden: von mittelständischen Firmen bis hin zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in den beiden globalen Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte für Privatkunden anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets des Konzerns sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Segmentstruktur können aus veränderten Managementverantwortungen sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Im Geschäftsjahr 2009 gab es folgende Veränderungen der Managementverantwortungen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung.

- Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortung für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich CI übertragen.
- Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortung bestimmter Vermögenswerte vom Unternehmensbereich Asset and Wealth Management auf den Unternehmensbereich CI übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im November 2009 hat der Konzern den Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank von der Commerzbank AG abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Am 25. Februar 2009 schloss der Konzern den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutschen Postbank AG, einem führenden Anbieter von Finanzdienstleistungen in Deutschland, ab. Ebenfalls zu diesem Datum hat der Konzern eine Pflichtumtauschanleihe sowie Optionen erworben, um den Anteil an der Deutschen Postbank AG in Zukunft zu erhöhen. Alle Teile der Transaktion sind dem Unternehmensbereich CI zugeordnet.
- Im Dezember 2008 wurde von RREEF Alternative Investments eine wesentliche Minderheitsbeteiligung an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem Berater für Immobilienanlagen, erworben. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im November 2008 wurde ein Anteil von 40 % an UFG Invest erworben, verbunden mit der Option, den Anteil in der Zukunft auf 100 % zu erhöhen. UFG Invest ist das russische Wertpapierverwaltungsunternehmen von UFG Asset Management. Das Geschäft firmiert unter Deutsche UFG Capital Management. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2008 wurde der Kauf der operativen Plattform der Pago eTransaction GmbH durch die Deutsche Card Services GmbH abgeschlossen. Die Transaktion fand in Deutschland statt und ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals war. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich CI zugeordnet.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die DWS Investments Schweiz AG, die das schweizerische Fondsverwaltungsgeschäft des Unternehmensbereichs AWM umfasst, an die State Street Bank.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita S.p.A. an die Zurich Financial Services Group. Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.

- Mit Wirkung ab März 2008 schloss der Konzern den Erwerb einer Beteiligung von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited ab. Das erworbene Unternehmen ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Februar 2008 verkaufte RREEF Alternative Investments seinen Anteil von 50 % an der australischen DEXUS Property Group an andere Anteilseigner von DEXUS. Die Beteiligung wurde im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2008 erwarb der Konzern HedgeWorks LLC einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Januar 2008 erhöhte AM seinen Anteil an Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, auf 30 %. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und -Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi, A.Ş. bekannt. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals ab. Im Oktober 2007 wurde Maher Terminals entkonsolidiert, nachdem Teile in den dafür vorgesehenen Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ dieser Note berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments (C&A) in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgegliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge \times Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit denjenigen Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird daher der Nettoszinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten zugehörigen Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften) im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im Geschäftsjahr 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im Geschäftsjahr 2009 beschrieben:

- GTB (160 Mio €), AWM (32 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (167 Mio €) und CI (30 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **Durchschnittliches Active Equity:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Wettbewerbern vergleichbar zu sein. Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal auf Basis eines Vorschlags eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Berechnung des durchschnittlichen Active Equity basiert auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und C&A erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. In Geschäftsjahr 2008 wurde Letzterer aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 8,5 % abgeleitet. Für 2009 hat der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital anhand einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % abgeleitet. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet.

- **Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity** ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007. Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden von Prämien für Finanzgarantien und bestimmten Abwicklungsgebühren wurde der Ausweis der Erträge und der zinsunabhängigen Aufwendungen für die Vorjahre angepasst.

2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.197	2.606	18.804	2.688	5.576	8.264	1.044	28.112
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.789	27	1.816	17	790	806	8	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.874	1.804	12.678	2.476	4.328	6.804	581	20.063
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	71	5	76	18	69	87	8	171
Abfindungszahlungen	138	7	145	106	192	297	0	442
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	–	541	0	–	0	–	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	–291	–	–291	151	–134
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Minderheitsanteile	–2	–	–2	–7	0	–7	–1	–10
Ergebnis vor Steuern	3.537	776	4.312	202	458	660	456	5.428
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	69 %	67 %	92 %	78 %	82 %	56 %	71 %
Aktiva ^{2, 3}	1.308.220	47.416	1.343.824	43.761	131.013	174.738	28.456	1.491.108
Investitionen in langlebige Aktiva	73	17	89	56	42	98	395	583
Risikogewichtete Aktiva	188.116	15.846	203.962	12.201	36.872	49.073	16.935	269.969
Durchschnittliches Active Equity ⁴	17.881	1.160	19.041	4.791	3.617	8.408	4.323	31.772
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	67 %	23 %	4 %	13 %	8 %	11 %	17 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.480	1.037	8.516	381	3.493	3.874	–108	12.283
Erträge mit externen Kunden	17.000	2.127	19.127	2.528	5.372	7.900	1.053	28.079
Intersegmenterträge	–802	479	–323	160	204	364	–9	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	–77	1	–76	–14	1	–12	155	67
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.543	40	1.584	202	42	244	5.911	7.739

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

5 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	428	2.774	3.201	3.264	5.777	9.041	1.290	13.532
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	5	408	15	653	668	- 1	1.075
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.550	1.663	10.213	3.794	4.178	7.972	95	18.279
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	53	6	57	17	77	93	8	158
Abfindungszahlungen	334	3	337	29	84	113	0	450
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	-	- 273	18	-	18	-	- 256
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	580	-	580	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	-	- 48	- 20	0	- 20	2	- 66
Ergebnis vor Steuern	- 8.476	1.106	- 7.371	- 525	945	420	1.194	- 5.756
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	60 %	N/A	116 %	72 %	88 %	7 %	135 %
Aktiva ^{2, 3}	2.011.983	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	2.189.313
Investitionen in langlebige Aktiva	1.167	38	1.205	13	56	70	0	1.275
Risikogewichtete Aktiva	234.344	15.400	249.744	16.051	37.482	53.533	2.677	305.953
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.181	1.081	20.262	4.870	3.445	8.315	403	28.979
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 44 %	102 %	- 36 %	- 11 %	27 %	5 %	N/A	- 20 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.683	1.157	8.840	496	3.249	3.746	7	12.592
Erträge mit externen Kunden	546	2.814	3.359	3.418	5.463	8.881	1.259	13.499
Intersegmenterträge	- 118	- 40	- 158	- 154	314	160	31	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 110	2	- 108	87	2	88	62	42
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.687	40	1.727	321	44	365	71	2.163

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Trans-action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.591	2.585	19.176	4.374	5.755	10.129	1.517	30.822
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	7	109	1	501	501	3	613
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.253	1.633	13.886	3.453	4.108	7.560	220	21.667
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	52	8	57	20	82	102	17	176
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	0	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	– 4	– 1	– 4	– 8	– 1	– 9	– 0	– 13
Minderheitsanteile	34	–	34	7	0	8	– 5	37
Ergebnis vor Steuern	4.202	945	5.147	913	1.146	2.059	1.299	8.505
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	63 %	72 %	79 %	71 %	75 %	15 %	70 %
Aktiva ^{2, 3}	1.785.876	32.117	1.800.027	39.180	117.809	156.767	13.005	1.916.304
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	0	503
Risikogewichtete Aktiva	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	86 %	25 %	18 %	33 %	24 %	N/A	29 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	– 5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.775	2.498	19.273	4.615	5.408	10.023	1.492	30.788
Intersegmenterträge	– 184	87	– 97	– 241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio € sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 74 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 übergeleitet.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	28.112	- 159	27.952	13.532	82	13.613	30.822	7	30.829
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	- 0	2.630	1.075	1	1.076	613	- 1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen	20.063	57	20.120	18.279	- 0	18.278	21.667	- 199	21.468
Minderheitsanteile	- 10	10	-	- 66	66	-	37	- 37	-
Ergebnis vor Steuern	5.428	- 226	5.202	- 5.756	15	- 5.741	8.505	243	8.749
Aktiva	1.491.108	9.556	1.500.664	2.189.313	13.110	2.202.423	1.916.304	8.699	1.925.003
Risikogewichtete Aktiva	269.969	3.507	273.476	305.953	1.779	307.732	327.503	1.315	328.818
Durchschnittliches Active Equity	31.772	2.840	34.613	28.979	3.100	32.079	29.725	368	30.093

1 Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Verlust vor Steuern in C&A auf 226 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Diese wurden zum Teil durch Umsatzsteuererstattungen ausgeglichen. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2009 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 535 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultieren aus der Veränderung kurzfristiger Euro- und US-Dollar-Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 225 Mio €.
- Derivate, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, führten zu einer Erhöhung um rund 460 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2008 belief sich das Ergebnis vor Steuern in C&A auf 15 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die durch positive Effekte im Zusammenhang mit Umsatzsteuererstattungen kompensiert wurden. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2008 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 450 Mio € erhöhten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen und resultierten aus hohen Volatilitäten und allgemein gesunkenen kurzfristigen Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um rund 160 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns sowie bestimmten Derivaten auf Eigene Aktien werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse gemäß IFRS führte zu einem Anstieg von etwa 80 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 37 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in C&A auf 243 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich aus der Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre aufgrund einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2007 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse gemäß IFRS führte zu einem Anstieg von etwa 30 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen erhöhte sich auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften.

Aktiva und risikogewichtete Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	Corporate and Investment Bank		
	2009	2008	2007
Sales & Trading (Equity)	2.734	– 631	4.612
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.795	116	8.401
Sales & Trading insgesamt	12.529	– 514	13.013
Emissionsgeschäft (Equity)	663	334	860
Emissionsgeschäft (Debt)	1.132	– 713	714
Emissionsgeschäft insgesamt	1.795	– 379	1.573
Beratung	402	589	1.089
Kreditgeschäft	1.623	1.393	1.067
Transaction Services	2.606	2.774	2.585
Sonstige Produkte	– 151	– 661	– 151
Insgesamt	18.804	3.201	19.176

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2009	2008	2007
Portfolio/Fund Management	2.033	2.457	3.017
Brokeragegeschäft	1.456	1.891	2.172
Kredit-/Einlagengeschäft	3.531	3.251	3.154
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.005	1.066	1.030
Sonstige Produkte	239	376	756
Insgesamt	8.264	9.041	10.129

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2009	2008	2007
Deutschland:			
CIB	2.353	2.997	3.012
PCAM	4.769	5.208	5.514
Deutschland insgesamt	7.122	8.205	8.525
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	8.483	- 629	7.713
PCAM	2.482	2.391	2.816
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	10.964	1.762	10.530
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	5.295	- 838	4.628
PCAM	724	971	1.331
Amerika insgesamt	6.020	133	5.959
Asien/Pazifik:			
CIB	2.672	1.671	3.823
PCAM	289	471	468
Asien/Pazifik insgesamt	2.961	2.142	4.291
CI	1.044	1.290	1.517
Consolidation & Adjustments	- 159	82	7
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	27.952	13.613	30.829

1 In den Geschäftsjahren 2009 und 2007 trug Großbritannien rund 60 % zu diesen Erträgen bei. Im Geschäftsjahr 2008 wies Großbritannien negative Erträge aus.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[5] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2009	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	633	1.313	1.384
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	320	964	1.090
Forderungen aus Wertpapierleihen	67	1.011	3.784
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	13.634	34.938	42.920
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	496	1.260	1.596
Dividenderträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	91	312	200
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.555	12.269	10.901
Sonstige	1.157	2.482	2.800
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	5.119	13.015	17.371
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	280	4.425	6.869
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	269	304	996
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.503	14.811	20.989
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	798	1.905	2.665
Langfristige Verbindlichkeiten	2.612	5.273	4.912
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	680	571	339
Sonstige	233	1.792	1.685
Zinsaufwendungen insgesamt	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2009 auf 133 Mio € (2008: 65 Mio €, 2007: 57 Mio €).

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2009	2008	2007
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	2.148	– 9.615	3.797
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5.668	– 25.369	– 427
Sales & Trading insgesamt	7.816	– 34.984	3.370
Sonstige	– 2.182	1.155	548
Handelsergebnis insgesamt	5.634	– 33.829	3.918
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Auflgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	– 73	–	– 41
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	– 2	– 4	33
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	3.929	– 4.016	– 570
Einlagen	– 162	139	10
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	– 2.550	28.630	3.782
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	333	– 912	43
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	1.475	23.837	3.257
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	– 9.992	7.175

¹ Beinhaltet 176 Mio € in 2009 (2008: 17,9 Mrd €; 2007: 3,5 Mrd €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 49 Mio € in 2009 (2008: minus 20,1 Mrd €; 2007: minus 4,4 Mrd €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten in 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	2009	2008	2007
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	- 9.992	7.175
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	16.024
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, aufgegliedert nach Konzernbereich/ CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.047	- 1.895	3.117
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.735	317	7.483
Sales & Trading insgesamt	11.782	- 1.578	10.600
Kreditgeschäft ¹	767	1.014	499
Transaction Services	1.177	1.358	1.297
Übrige Produkte ²	239	- 1.821	- 118
Corporate and Investment Bank insgesamt	13.966	- 1.027	12.278
Private Clients and Asset Management	4.160	3.871	3.529
Corporate Investments	793	- 172	157
Consolidation & Adjustments	649	- 211	61
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	16.024

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

[6] Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2009	2008	2007
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	11.377	12.449	15.199
Provisionsaufwand	2.466	2.708	2.917
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282

in Mio €	2009	2008	2007
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	2.925	3.414	3.965
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.449	3.790	5.490
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.537	2.827
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282

[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2009	2008	2007
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	37	- 534	- 192
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	119	17	8
Wertminderungen	- 82	- 551	- 200
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	- 295	1.156	944
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	443	1.428	1.004
Wertminderungen	- 738	- 272	- 60
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	- 56	- 63	- 12
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	9	- 12	- 8
Wertminderungen	- 81	- 52	- 4
Wertaufholungen	16	1	-
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	- 89	107	53
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	-	108	60
Wertminderungen	- 89	- 1	- 7
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 403	666	793

[8] Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2009	2008	2007
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	- 117	8	29
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	- 2	-	8
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	61	85	321
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2	50	44
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	129	308	134
Übrige sonstige Erträge ²	- 256	248	841
Sonstige Erträge insgesamt	- 183	699	1.377

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung war im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

2 Der Rückgang von 2008 auf 2009 in den Übrigen sonstigen Erträgen war im Wesentlichen auf eine Abschreibung in Höhe von 575 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort und Casino“ in 2009 zurückzuführen. Der Rückgang von 2007 auf 2008 war hauptsächlich auf das Ausbleiben eines Gewinns in Höhe von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments zurückzuführen, die in 2007 verzeichnet wurden.

[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2009	2008	2007
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	1.759	1.818	1.863
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.457	1.434	1.347
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.088	1.164	1.257
Kommunikation und Datenadministration	672	698	678
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	408	504	554
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	406	415	436
Marketingaufwendungen	278	373	411
Sonstige Aufwendungen	2.334	1.933	1.492
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.402	8.339	8.038

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, andere Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen. Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Rückstellungen von 316 Mio € zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten mit der Huntsman Corp. und 200 Mio € bezüglich einer Rückkaufverpflichtung für bestimmte Wertpapiere.

[10] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Millionen Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen. Diese Terminkaufkontrakte sind damit nicht weiter in der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert) berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	2009	2008	2007
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	4.973	– 3.835	6.474
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	–	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	2	– 1	–
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	4.975	– 3.836	6.474
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	628,1	504,1	474,2
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,3
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,1	0,0	1,8
wandelbaren Schuldtiteln	0,7	0,1	0,7
gewährten Aktienrechten	26,4	0,0	18,6
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,1	0,0	0,5
Potenziell verwässernde Stammaktien	27,3	0,1	21,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	655,4	504,2	496,1

in €	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92	– 7,61	13,65
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59	– 7,61	13,05

Aufgrund der Verlustsituation wurden potenziell verwässernde Finanzinstrumente bei der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) für das Geschäftsjahr 2008 grundsätzlich nicht berücksichtigt, da dies ansonsten eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätte. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Geschäftsjahr 2008 um 31,2 Millionen Aktien höher gewesen.

Zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007 waren die folgenden Instrumente ausstehend. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2009	2008	2007
Terminkäufe	0,0	0,0	39,4
geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,1	0,2
geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,3	0,7
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,3	1,8	0,1
gewährte Aktienrechte	0,0	26,9	0,6

Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	206.710	204.994
Sonstige Handelsaktiva ¹	28.200	42.468
Handelsaktiva insgesamt	234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	89.977	94.726
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.987	29.079
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.964	18.739
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.072	9.312
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	134.000	151.856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	965.320	1.623.811

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 21.847 Mio € zum 31.12.2009 (2008: 31.421 Mio €).

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Handelspassiva:		
Wertpapiere	62.402	56.967
Sonstige Handelspassiva	2.099	11.201
Handelspassiva insgesamt	64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	52.795	52.633
Kreditzusagen	447	2.352
Langfristige Verbindlichkeiten	15.395	18.439
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.885	4.579
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	73.522	78.003
Investmentverträge ¹	7.278	5.977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	722.274	1.333.765

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Zum Fair Value klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 123 Mrd € (2008: 143 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das Kreditrisiko aus den zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 110,0 Mrd € (2008: 123,8 Mrd €). Dieses Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ. Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 13,0 Mrd € (2008: 18,7 Mrd €) und wird auf vielerlei Weise verringert. Der größte Teil des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten wird durch den Erwerb von Credit Default Swaps gemindert, während das verbleibende Kreditrisiko durch das Halten von Sicherheiten reduziert wird.

Die Bewertung der besicherten Kredite berücksichtigt die durch die Sicherheiten erhaltene Kreditverbesserung. Wenn die Sicherheiten den Kreditbetrag übersteigen, ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während eines Jahres noch kumulativ. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente ergeben sich vielmehr aus den Wertveränderungen der Sicherheiten, hervorgerufen durch Veränderungen des Marktrisikos und der Zinssätze.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 48,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 (2008: 50,5 Mrd €). Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug zum 31. Dezember 2009 32,7 Mrd € (2008: 36,5 Mrd €).

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare Veränderung im Fair Value.

	31.12.2009		31.12.2008	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
in Mio €				
Veränderung im Fair Value von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung im Fair Value	28	- 24	- 870	- 2.731
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	938	1.565	- 815	- 2.558
Veränderung im Fair Value der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung im Fair Value	- 47	- 51	844	2.674
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	- 1.250	- 1.355	784	2.482

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite, einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen, dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Die Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte SPEs begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen SPE gehaltenen Sicherheit.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kumulative Veränderung im Fair Value	30	364
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	- 264	349

Der Fair Value der begebenen Verpflichtungen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen auf einem aktiven Markt notierten Preis hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value jener Teil der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Hat ein solches Instrument keinen auf einem aktiven Markt notierten Preis, wird der Fair Value mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt. Eine solche Bewertungsmethode berücksichtigt das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau abbildet, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben könnte.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko der nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen zurechenbar ist, wurde mit dem Kontrahentenrisiko der in Anspruch genommenen Kredite offengelegt.

Für sämtliche zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag um 36,8 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2009 (2008: 33,7 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen muss. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Der größte Teil der Differenz zwischen dem Fair Value von zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen und den vertraglich vereinbarten Cashflows bei Fälligkeit entfällt auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, für die dem vertraglich vereinbarten Cashflow bei Fälligkeit eine vollständige Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum Fair Value klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2009 0,6 Mrd € (2008: 1,4 Mrd €).

[12] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. In diesen Fällen entsprach nach Einschätzung der Bank der Fair Value der umgegliederten Vermögenswerte zum Umgliederungsstichtag aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten nicht der erwarteten Rückzahlung des Vermögenswerts. Ferner war die Bank zum Umgliederungszeitpunkt der Auffassung, dass der innere Wert dieser Positionen bei einer längeren Haltdauer realisiert werden kann. Da zum Umgliederungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung des Vermögenswerts vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestanden, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider. Im dritten Quartal 2008 erfolgte die Umgliederung der Vermögenswerte mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Darüber hinaus wurden Umwidmungen mit Wirkung zum 1. Oktober vorgenommen, wenn die Entscheidung für die Umklassifizierung bis zum 1. November 2008 getroffen wurde und zu diesem Zeitpunkt die Anforderungen des IAS 39 sowie die konzerninternen Vorgaben für die Umgliederung erfüllt waren. Wurde die Entscheidung für eine Umklassifizierung nach dem 1. November 2008 getroffen, erfolgte die Umbuchung zum Fair Value des Zeitpunkts der Genehmigung. Die folgende Darstellung zeigt die Auswirkungen der Umklassifizierungen auf den Konzernabschluss im Detail.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2009			Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2008		
	Buchwert am Umbuchungsstichtag	Buchwert	Fair Value	Buchwert am Umbuchungsstichtag	Buchwert	Fair Value
In 2008 umklassifizierte Vermögenswerte:						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	23.633	21.397	18.837	23.633	23.637	20.717
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.267	8.290	11.354	10.787	8.628
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	34.987	30.664¹	27.127	34.987	34.424	29.345
In 2009 umklassifizierte Vermögenswerte:						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.961	2.890	2.715			
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	2.961	2.890	2.715			

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Umklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungstichtag wie folgt.

	Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2009		Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2008	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)				
Effektivzinssätze am Umbuchungstichtag:				
obere Grenze	13,1 %	9,9 %	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungstichtag	39,6	17,6	35,9	17,6

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht umgegliedert worden, hätten sich die folgenden zusätzlichen Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und im Eigenkapital des Konzerns ergeben.

in Mio €	2009	2008 ¹
Unrealisierte Fair-Value-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 884	- 3.230
Wertaufholungsverluste (-) aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 9	- 209
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) im Eigenkapital aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.147	- 1.826

¹ Umklassifizierungen wurden zum 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2009	2008 ¹
Zinserträge	1.368	659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1.047	- 166
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	321	493
Zinserträge	227	258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 205	- 91
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	22	167

¹ Umklassifizierungen wurden zum 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

Aus im Geschäftsjahr 2009 umklassifizierten Vermögenswerten waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 252 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2008 enthalten. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2009 sind vor der Umgliederung unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € berücksichtigt.

Handelsaktiva, die im Geschäftsjahr 2008 umklassifiziert wurden, trugen vor ihrer Umgliederung mit einem Fair-Value-Verlust in Höhe von 1,8 Mrd € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 bei. Im Geschäftsjahr 2007 betrug dieser Fair-Value-Verlust 613 Mio €. Vor der Umgliederung entstandene Wertminderungsverluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, die im Geschäftsjahr 2008 umklassifiziert wurden, beliefen sich auf 174 Mio € und wurden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 berücksichtigt. Aus diesen Vermögenswerten waren vor der Umgliederung im Geschäftsjahr 2008 zusätzliche unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 736 Mio € entstanden, die im Eigenkapital berücksichtigt wurden. Im Geschäftsjahr 2007 wurden unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 275 Mio € im Eigenkapital berücksichtigt.

Zu den jeweiligen Umbuchungsstichtagen beliefen sich die direkt im Eigenkapital ausgewiesenen unrealisierten Fair-Value-Verluste, die auf im Geschäftsjahr 2008 umklassifizierte Vermögenswerte entfielen, auf 1,1 Mrd €. Dieser Betrag wird aus der Eigenkapitalposition unter Anwendung der Effektivzinsmethode aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Liegt eine Wertminderung eines umklassifizierten Vermögenswerts vor, wird der auf diesen Vermögenswert entfallende im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

[13] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt über ein etabliertes Kontrollsystem im Rahmen des Bewertungsprozesses, welches interne Kontrollstandards, -methoden und -verfahren enthält.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Anwendung indikativer Preisangaben für ähnliche Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und regelmäßigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des Fair Value der Marktkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie die Discounted-Cashflow-Analyse und gängige Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Cashflows, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken, Annahmen und Parameter, einschließlich Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten und die Höhe der Verluste, benötigt.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen, die aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten sowie wirtschaftlichen Eckdaten, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den Fair Value für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen Fair Value. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der Fair Value eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfoliobasis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substanzieller Positionen sind angemessen, wenn die Position in Relation zur Marktgröße so groß ist, dass eine Liquidierung zum Geld-/Briefkurs innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens nicht möglich ist. Diese Anpassungen reflektieren die breitere Geld-/Briefspanne, die für die Ableitung des Fair Value großer Positionen angemessen ist. Sie entsprechen nicht den Werten, die zu einer Bewertung für einen Zwangsverkauf führen würden. Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substanzieller Positionen erfolgen nicht für Finanzinstrumente, die in aktiven Märkten gehandelt werden.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für OTC-Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage von Marktzeichen wie historischen Ausfällen, Fundamentalanalysen von Wirtschaftsinformationen und CDS Spreads bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des Fair Value von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Infolge dieser Wertanpassung wurde im Geschäftsjahr 2009 ein unwesentlicher Gewinn ausgewiesen.

Bestehen Unsicherheiten bei den im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen, einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlicher Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität der Fair-Value-Informationen zu beurteilen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, werden Verfahren angewendet, um die Angemessenheit des Fair-Value-Schätzwerts zu überprüfen. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen seitens des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen vonseiten des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Fair-Value-Hierarchie

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Notierte Preise in aktiven Märkten (Level 1): Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen notierte Eigenkapitaltitel, Unternehmensschuldtitel, G-7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate. Der Fair Value von in aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten wird auf der Grundlage notierter Preise ermittelt, sofern diese die im Rahmen von regelmäßig stattfindenden und aktuellen Transaktionen verwendeten Preise darstellen.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level 2): Diese Kategorie beinhaltet die Mehrzahl der OTC-Derivatekontrakte, gehaltenen Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, handelbaren Kredite sowie emittierten strukturierten zum Fair Value klassifizierten Schuldtitel des Konzerns.

Bewertungsverfahren mittels wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter (Level 3): Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen Eingangparameter auf, die nicht beobachtbar sind und einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Diese Kategorie enthält komplexere OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, illiquide Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen, einschließlich illiquider Asset-backed Securities und strukturierter Verbriefungen, die nicht beobachtbare Komponenten enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	84.833	106.268	15.609	72.240	115.486	17.268
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	19.684	551.514	25.211	36.062	1.139.639	48.792
Sonstige Handelsaktiva	456	16.963	10.782	348	28.560	13.560
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.698	124.892	3.410	8.630	137.421	5.805
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	10.789	4.863	3.167	11.911	11.474	1.450
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	–	7.014	41	–	9.691	788
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	121.460	811.514	58.220	129.191	1.442.271	87.663
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	43.182	18.787	431	38.921	17.380	666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	18.699	542.683	15.591	38.380	1.114.499	28.738
Sonstige Handelspassiva	1	1.817	283	–	11.027	174
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	177	70.724	2.621	708	71.265	6.030
Investmentverträge ²	–	7.278	–	–	5.977	–
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	–	2.698	– 757	–	5.513	– 1.249
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	62.059	643.987	18.169	78.009	1.225.661	34.359

1 Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber in obiger Tabelle in der Fair-Value-Kategorie des Basisvertrags ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie.

Bewertungsverfahren

Nachstehend folgt eine Erläuterung der Bewertungsmethoden, die zur Ermittlung des Fair Value der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der Fair Value auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der Fair Value durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der Fair Value anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen Discounted-Cashflow-Modelle, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden. Bei einigen illiquiden Wertpapieren werden mehrere Bewertungsmethoden angewandt und es wird eine Entscheidung darüber getroffen, welcher Wert innerhalb der daraus resultierenden Bandbreite von Schätzwerten den Fair Value am besten abbildet.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDOs“). Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt weiter, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielen CDO-Instrumenten der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer Relative-Value-Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Bei externen, zum Branchenstandard gehörenden Modellen werden Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen berechnet, die unabhängigen Preistests unterzogen wurden. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlustgröße) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der Fair Value anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der Fair Value anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von Discounted-Cashflow-Modellen bestimmt. In den Discounted-Cashflow-Modellen werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite zeichnen sich durch transaktionsspezifische Merkmale aus. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird eine Discounted-Cashflow-Bewertungsmethode angewandt, bei der die Credit Spreads aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Over-The-Counter(OTC)-derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen und notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter werden, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand der Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand des Marktpreises nicht möglich, wird der ermittelte Wert berichtigt, um ihn dem Marktwert anzupassen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extra- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den Fair Value mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der Fair Value der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren, einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter dem Abschnitt „OTC-derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Bewertungsmethode bewertet.

Sind die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des Fair Value der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem Fair Value, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem wird durch die diesbezügliche IFRS-Ausweisvorschrift gefordert, diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto darzustellen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	335	602
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	7.068	5.870
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	7.444	10.669
Eigenkapitaltitel	762	127
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	15.609	17.268
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	25.211	48.792
Sonstige Handelsaktiva	10.782	13.560
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.905	5.531
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	505	274
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.410	5.805
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.167	1.450
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	41	788
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	58.220	87.663
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	431	666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.591	28.738
Sonstige Handelspassiva	283	174
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	447	2.195
Langfristige Verbindlichkeiten	1.723	1.488
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	451	2.347
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	2.621	6.030
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 757	- 1.249
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	18.169	34.359

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Vertriebsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Debt Obligations („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“) und andere transaktionspezifische Faktoren.

In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind die folgenden Derivate enthalten: kundenspezifische CDO-Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2009 ging der Marktwert der derivativen Instrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie signifikant zurück. Dies wurde hauptsächlich durch die Änderung der Parameter, insbesondere der geringeren Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“) verursacht. Die im Jahresverlauf beobachtbare zunehmende Liquidität der Märkte für einige Instrumente führte dazu, dass einige dieser Instrumente von der Level-3-Kategorie in die Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie umgegliedert wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Bestand ist im Jahresverlauf durch den Rückgang des Fair Value der Kredite sowie durch die Endfälligkeit von Positionen deutlich zurückgegangen.

Zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum Fair Value klassifiziert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist. Der Bestand verringerte sich in 2009 durch eine geringere Inanspruchnahme revolvierender Kreditfazilitäten und die Endfälligkeit von Kreditfazilitäten.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Überleitung der Finanzinstrumente der Kategorie Level 3

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt eine Überleitung der Finanzinstrumente der Fair-Value-Hierarchie Level 3, gefolgt von einer Analyse und Diskussion der Kategorien der Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem verlangen die diesbezüglichen Vorschriften für diese Anhangangabe, die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto aufzuführen. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des Fair Value eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

Wechsel in die und Wechsel aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 im Jahresverlauf werden zu ihrem Fair Value zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Cashflows der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Auf gleiche Weise wird mit den Gewinnen und Verlusten sowie den Cashflows der Instrumente bei einem Wechsel aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 im Jahresverlauf verfahren. Diese Konvention wird erforderlich, da die Tabelle in der Form dargestellt wird, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁵	Abwicklungen ⁶	Umklassifizierungen in Level 3	Umklassifizierungen aus Level 3	Bestand am Jahresende
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:									
Wertpapiere des Handelsbestands	17.268	- 2.304	2.883	- 5.084	-	- 1.570	8.410	- 3.994	15.609
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	48.792	- 15.563 ⁷	-	-	-	- 6.397	7.510	- 9.131	25.211
Sonstige Handelsaktiva	13.560	1.832	1.919	- 3.057	246	- 3.184	2.309	- 2.843	10.782
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.805	1.507	222	- 60	952	- 5.267	695	- 444	3.410
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.450	- 221 ²	136	- 143	-	- 97	2.135	- 93	3.167
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	788	70	9	-	-	-	-	- 826	41
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.663	- 14.679^{3,4}	5.169	- 8.344	1.198	- 16.515	21.059	- 17.331	58.220
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:									
Wertpapiere des Handelsbestands	666	26	-	-	-	113	186	- 560	431
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.738	- 4.374 ⁷	-	-	-	- 5.546	5.034	- 8.261	15.591
Sonstige Handelspassiva	174	68	-	-	-	205	-	- 164	283
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.030	- 1.753	-	-	208	- 269	1.443	- 3.038	2.621
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 1.249	649	-	-	-	93	- 253	3	- 757
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	34.359	- 5.384^{3,4}	-	-	208	- 5.404	6.410	- 12.020	18.169

1 Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste, die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen sind, sowie Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten (-), nach Steuern, erfasst werden.

2 Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 177 Mio €, der in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(-), nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 398 Mio €, der im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

3 Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 6,6 Mrd € und für Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 2,3 Mrd €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Eigenkapitalposition Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern, ausgewiesen.

4 Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

5 Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

6 Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden alle Zahlungen berücksichtigt.

7 Gewinne und Verluste aus Derivaten resultieren aus der Veränderung der Bewertungsparameter, insbesondere aus geringeren Kreditrisikoaufschlägen („Credit Spreads“).

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2009 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene Fair Value um bis zu 4,3 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2008 wäre der Fair Value um bis zu 4,9 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 4,7 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden oder nutzt einen Ansatz, der auf der zur Ermittlung von Geld/Briefspanne verwendeten Methode beruht. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der Fair Values von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des Fair Value zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Fair-Value-Änderungen.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten Fair Value relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der Fair Value auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des Fair Value eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen Fair Values bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Fair-Value-Berechnung im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2009		31.12.2008	
	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate:				
Kreditderivate	2.585	2.689	3.606	3.731
Aktienderivate	213	106	226	105
Zinsderivate	103	117	40	31
Hybride Derivate	342	168	140	76
Sonstige	264	314	178	124
Wertpapiere:				
Schuldtitle	311	277	162	152
Eigenkapitaltitle	36	28	8	2
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	206	50	243	243
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Leveraged Loans	5	5	32	17
Gewerbliche Kredite	88	88	70	70
Handelbare Kredite	136	83	197	126
Insgesamt	4.289	3.925	4.902	4.677

Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Diese Ergebnisse lassen sich nicht ausschließlich auf nicht beobachtbare Parameter zurückführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse auf Veränderungen solcher beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 7 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten kommen.

Nachstehend die Ergebnisse, die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berichtet werden.

Im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen berichtetes Ergebnis insgesamt	31.12.2009	
in Mio €		
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands		– 433
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		– 10.325
Sonstige Handelsaktiva		– 404
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		554
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹		– 200
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		– 8
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt		– 10.816
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands		– 15
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		2.226
Sonstige Handelspassiva		– 35
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		1.121
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen		– 197
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		3.100
Insgesamt		– 7.716

¹ Der Betrag resultiert aus Wertberichtigungen von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten.

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	697	521
Neue Geschäfte während der Periode	467	587
Abschreibung	– 182	– 152
Ausgelaufene Geschäfte	– 138	– 141
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	– 41	– 94
Wechselkursveränderungen	19	– 24
Bestand am Jahresende	822	697

[14] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden, entsprechen jenen, die in Note [13] aufgeführt sind.

Wie in Note [12] erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Der Konzern wendet weiterhin die in Note [13] erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgegliederten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, sind nicht in einem Handelsportfolio enthalten und werden nicht auf Fair-Value-Basis gesteuert. Dies beinhaltet zum Beispiel Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der Fair Value nur zu Ausweiszwecken kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Zusätzlich sind zur Fair-Value-Ermittlung in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Der Konzern wendet die folgenden Bewertungstechniken an:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des Fair Value für kurzfristige Finanzinstrumente dar. Die folgenden Instrumente sind überwiegend kurzfristig und ihr Fair Value wird auf Basis ihres Buchwerts geschätzt.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der Fair Value wird unter Anwendung von Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der Fair Value auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Cashflows unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite zu Zinssätzen abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der Fair Value von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Lending-Obligation(CLO)-Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der Fair Value wird mit Bewertungstechniken durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der Fair Value sich nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Sofern verfügbar, wird der Fair Value auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des Fair Value eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Cashflows mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2009		31.12.2008 ¹	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiva:				
Barreserve	9.346	9.346	9.826	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	47.236	64.739	64.727
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.820	6.820	9.267	9.218
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	43.509	35.022	34.764
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	249.661	269.281	254.536
Sonstige Aktiva ¹	105.004	104.995	115.871	115.698
Finanzpassiva:				
Einlagen	344.220	344.700	395.553	396.148
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.495	45.511	87.117	87.128
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.564	5.564	3.216	3.216
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	42.833	39.115	38.954
Sonstige Passiva ²	127.777	127.789	131.156	130.989
Langfristige Verbindlichkeiten	131.782	132.577	133.856	126.432
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.577	9.518	9.729	6.148

1 Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

2 Die Vorjahreswerte wurden um 84,7 Mrd € angepasst, um bestimmte kurzfristige Verpflichtungen einzubeziehen, die die Definition eines Finanzinstrumentes erfüllen.

Die Beträge in der vorstehenden Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert zum 31. Dezember 2009 entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergab sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Wertminderungen werden teilweise durch einen Anstieg des Fair Value aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in 2009 zurückgegangen. Dies wurde hauptsächlich durch die Rückführung des Kreditvolumens und einen Rückgang der vom Markt erwarteten Ausfallraten für 2009 induziert.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert resultierte aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können. Die Verringerung der Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in erster Linie auf die Ausweitung der Kreditrisikoaufschläge des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

[15] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.585	2.672
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	901	302
US-Kommunalbehörden	1	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.832	3.700
Unternehmen	4.280	6.035
Sonstige Asset-backed Securities	999	372
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	815	87
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	438	4.797
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	13.851	17.966
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	3.192	4.539
Investmentanteile	76	208
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	3.268	4.747
Sonstiger Anteilsbesitz	699	893
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.001	1.229
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	18.819	24.835

[16] Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equitymethode bilanziert, sofern sie nicht als Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Drei assoziierte Unternehmen wurden zum 31. Dezember 2009 unter den Zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen. Siehe auch Note [24].

Am 31. Dezember 2009 war die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG, Bonn, die wesentlichste nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung – sie repräsentierte ungefähr 75 % des Buchwerts aller nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Am 25. Februar 2009 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 22,9 % an der Deutschen Postbank AG als Sachkapitalerhöhung gegen 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien, die mit der Eintragung der Aktien im Handelsregister am 6. März 2009 wirksam wurde. Zusammen mit einem Anteil von etwa 2,1 %, den der Konzern zu diesem Zeitpunkt bereits hielt, sowie zusammen mit weiteren Aktien, die der Konzern nach dieser Transaktion erwarb, belief sich die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG am 31. Dezember 2009 auf 29,88 %. Zusätzlich zum Erwerb von Aktien umfasste die Transaktion zwei weitere Komponenten: eine Pflichtumtauschleihe über 3,0 Mrd € über einen weiteren Anteil von 27,4 % sowie Kauf- und Verkaufsoptionen über einen weiteren Anteil von 12,1 % an der Deutschen Postbank AG. Bedingt durch ihre spezifischen Konditionen, birgt die Pflichtumtauschleihe vorwiegend ein Eigenkapitalrisiko und wird als Teil der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung verbucht. Des Weiteren wurde der bei Abschluss der Transaktion resultierende Netto-Fair-Value des Derivats (Verpflichtung) den Anschaffungskosten der Beteiligung zugeordnet.

Die folgende Tabelle zeigt aggregierte Finanzinformationen der Deutschen Postbank AG für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007. Die Informationen für das Geschäftsjahr 2009 beruhen auf vorläufigen Daten, welche die Deutsche Postbank AG am 25. Februar 2010 veröffentlicht hat. Für das Geschäftsjahr 2009 ist noch kein vollständiger Jahresabschluss öffentlich verfügbar.

in Mio €	31.12.2009 vorläufig	31.12.2008 ¹	31.12.2007
Summe der Aktiva	226.609	231.219	202.913
Summe der Verbindlichkeiten	221.358	226.267	197.688
Erträge	3.088	2.288	4.244
Gewinn/Verlust (-)	76	- 886	856

¹ Am 25. Februar 2010 hat die Deutsche Postbank AG vorläufige Informationen über das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Nach diesen Informationen wurde der Verlust für das Geschäftsjahr 2008 nachträglich auf 886 Mio € von zuvor 821 Mio € geändert. Der Einfluss dieser Änderung auf andere Finanzinformationen in der obigen Tabelle wurde ebenfalls angepasst.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2009	2008
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	189	53
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	21	87
Wertminderungen	- 151	- 94
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	59	46

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2009 noch kumuliert.

Die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, hatten zum 31. Dezember 2009 einen Buchwert von 6,1 Mrd € (2008: 154 Mio €) und einen Fair Value von 3,8 Mrd € auf (2008: 147 Mio €).

Der Unterschied zwischen dem Fair Value und dem Buchwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ist im Wesentlichen auf die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG zurückzuführen. Für diese Beteiligung wurde ein Werthaltigkeitstest auf Basis des erzielbaren Betrags durchgeführt, welcher als der höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert definiert ist. Der Nutzungswert wird dabei abgeleitet aus den in der Zukunft von der Deutschen Postbank AG erwarteten und auf ihren Barwert diskontierten Cashflows. Diese Cashflows wurden auf Basis der geschätzten zukünftigen Kapitalanforderung und des erwarteten jährlichen Ertrags aus dieser Kapitalbasis ermittelt. Die Ermittlung der Kapitalentwicklung und der entsprechenden Profitabilität basiert auf von der Deutschen Postbank AG veröffentlichten Informationen, wie Jahres- und Quartalsberichten, Ankündigungen des Managements und der Investor-Relations-Abteilung sowie Analystenreports zur Deutschen Postbank AG. Diese Informationen werden zusätzlich durch interne Analysen validiert. Darüber hinaus wird der erwartete Ertrag aus den zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Postbank AG vereinbarten Kooperationen bei der Ermittlung des Nutzungswerts berücksichtigt. Der auf dem Discounted-Cashflow-Modell basierende Werthaltigkeitstest hat per 31. Dezember 2009 keine Wertminderung der Beteiligung angezeigt, da der abgeleitete Nutzungswert sowohl den Fair Value abzüglich Verkaufskosten als auch den Buchwert überstieg.

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2009 als auch im Geschäftsjahr 2008 unterlag keines der Beteiligungsunternehmen Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

[17] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Banken und Versicherungen	22.002	26.998
Verarbeitendes Gewerbe	17.314	19.043
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	27.002	30.923
Private Haushalte – Hypothekenkredite	58.673	52.453
Öffentliche Haushalte	9.572	9.972
Handel	10.938	11.761
Gewerbliche Immobilien	28.959	27.083
Leasingfinanzierungen	2.078	2.700
Fund Management	26.462	31.158
Sonstige	59.698	60.276
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	262.698	272.367
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	1.250	1.148
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge	261.448	271.219
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	3.343	1.938
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	269.281

Staatliche Unterstützung

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies (ECAs)). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Das ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Nahezu 50 % der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurden von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist.

Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

[18] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	977	961	1.938	930	775	1.705	985	684	1.670
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.789	808	2.597	382	702	1.084	146	505	651
Nettoabschreibungen:	-637	-419	-1.056	-301	-477	-778	-149	-378	-527
Abschreibungen	-670	-552	-1.222	-364	-626	-990	-244	-508	-752
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	33	133	166	63	149	212	95	130	225
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-101	-36	-137	-34	-39	-74	-52	-36	-88
Bestand am Jahresende	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938	930	775	1.705

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	98	112	210	101	118	219	127	129	256
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	21	12	33	-2	-6	-8	-32	-6	-38
Zweckbestimmter Verbrauch	-45	-	-45	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	7	3	10
Wechselkursveränderungen/Sonstige	10	-	10	-1	-	-1	-1	-8	-8
Bestand am Jahresende	83	124	207	98	112	210	101	118	219

[19] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei derartigen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte und die zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, sowie die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
in Mio €	31.12.2009	31.12.2008 ¹
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	58.584	47.882
Wertpapierleihen	18.943	10.518
Total Return Swaps	10.028	10.971
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	87.555	69.371
Sonstige Handelsaktiva	2.915	2.560
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	492	472
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.049	2.250
Insgesamt	93.011	74.653
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	84.381	66.597

1 Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	4.688	7.250
Sonstige Handelsaktiva	4.594	4.190
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	2.899	4.490
Sonstige Handelsaktiva	1.429	1.262
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	4.253	6.383

[20] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008 ¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	59	69
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	88.663	81.555
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	558	517
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19.537	22.534
Sonstiges ²	56	24
Insgesamt	108.873	104.699

1 Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

2 Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Sachanlagen.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2009 belief sich ihr Wert auf 80 Mrd € (2008: 69 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2009 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 225 Mrd € (2008: 255 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2009 200 Mrd € (2008: 232 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

[21] Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2008	1.528	2.297	1.444	124	5.394
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 29	-	- 3	-	- 32
Zugänge	20	253	182	484	939
Umklassifizierung	11	217	36	717	981
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	48	153	44	-	245
Wechselkursveränderungen	- 15	- 114	- 62	- 8	- 199
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.467	2.500	1.513	1.317	6.797
Veränderung des Konsolidierungskreises	5	- 2	- 2	-	1
Zugänge	4	242	70	277	592
Umklassifizierung	2	23	19	- 1.121	- 1.076
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 2	-	-	-	- 2
Abgänge	11	75	34	-	120
Wechselkursveränderungen	4	53	25	- 6	76
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.469	2.741	1.592	466	6.268
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2008	547	1.658	779	-	2.985
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 6	-	- 1	-	- 7
Abschreibungen	36	227	144	-	407
Wertminderungen	-	1	15	-	16
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	- 5	18	6	-	19
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	9	108	39	-	156
Wechselkursveränderungen	- 7	- 91	- 40	-	- 138
Bestand zum 31. Dezember 2008	556	1.705	824	-	3.085
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	- 3	- 2	-	- 7
Abschreibungen	36	232	150	-	417
Wertminderungen	5	-	11	5	21
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	- 1	10	3	-	12
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	-	-	-
Abgänge	5	55	24	-	85
Wechselkursveränderungen	-	37	9	-	47
Bestand zum 31. Dezember 2009	589	1.926	970	5	3.491
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2008	911	795	689	1.317	3.712
Bestand zum 31. Dezember 2009	880	815	621	461	2.777

Im Geschäftsjahr 2008 übernahm die Deutsche Bank ein im Bau befindliches Gebäude als Rettungserwerb (mit einem derzeitigen Buchwert von 1,1 Mrd €). Der zugrunde liegende Kredit wurde zuvor in den Handelsaktiva gehalten. Der Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2008 zu Anlagen im Bau umgegliedert. Aufgrund geänderter Bilanzierungsregeln für die im Bau befindlichen Gebäude wurde das Objekt im Geschäftsjahr 2009 von Sachanlagen zu als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien umgewidmet, welche unter den Sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen werden.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 72 Mio €.

Zum Jahresende 2009 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 145 Mio €.

[22] Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungsleasingverhältnisse

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Grundstücke und Gebäude	91	95
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Sonstige	–	–
Buchwert am Jahresende	93	97

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 67 Mio € zum 31. Dezember 2009 (2008: 60 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	25	32
1 bis 5 Jahre	106	118
länger als 5 Jahre	144	202
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	275	352
abzüglich Zinsanteil	108	160
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	167	192

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 111 Mio €. Zum Jahresende 2008 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 193 Mio €. Zum 31. Dezember 2009 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen minus 0,7 Mio € (2008: 1 Mio €). Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasing-Verhältnisse

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	728	765
1 bis 5 Jahre	2.046	2.187
länger als 5 Jahre	2.352	2.797
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.126	5.749
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	255	245
Nettomindestleasingzahlungen	4.871	5.504

Im Geschäftsjahr 2009 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 804 Mio € gezahlt, davon wurden 819 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 22 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 37 Mio € geleistet.

[23] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte**Goodwill**

Veränderungen des Goodwill

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2009 und 2008 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2008	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–
Zugänge	1	28	33	2	–	64
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	564	–	–	564
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–21	–	–	–21
Wertminderungen ¹	–5	–	–270	–	–	–275
Wechselkursveränderungen/Sonstige	56	12	–100 ²	1	–	–31
Bestand zum 31. Dezember 2008	3.128	456	2.975	974	–	7.533
Bruttobetrag des Goodwill	3.133	456	3.245	974	261	8.069
Kumulierte Wertminderungen	–5	–	–270	–	–261	–536
Bestand zum 1. Januar 2009	3.128	456	2.975	974	–	7.533
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–
Zugänge	2	1	–	–	–	3
Umklassifizierung	–	–	–306	–	306	–
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–14	–	–	–	–	–14
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–151	–151
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–11	–4	46	–	18	49
Bestand zum 31. Dezember 2009	3.105	453	2.715	974	173	7.420
Bruttobetrag des Goodwill	3.109	453	2.715	974	849	8.100
Kumulierte Wertminderungen	–4	–	–	–	–676	–680

¹ Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen.

² Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 10 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf in einem früheren Geschäftsjahr.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Zugang beim Goodwill auf 3 Mio € und beinhaltete 2 Mio € in Corporate Banking & Securities (CB&S), welche aus dem Erwerb des noch ausstehenden Minderheitenanteils an einer algerischen Finanzberatungsfirma resultierte, und 1 Mio € in Global Transaction Banking (GTB) im Zusammenhang mit dem Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank. Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 und infolge eines Übertrags in der Managementverantwortung wurde Goodwill in Höhe von 306 Mio €, welcher im Zusammenhang mit Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“) steht, von Asset and Wealth Management (AWM) zu Corporate Investments (CI) transferiert. Im dritten Quartal 2009 wurde Goodwill in Höhe von 14 Mio € in CB&S in die Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte umgegliedert. Dieser Goodwill bezog sich auf ein nicht integriertes Investment in ein Entwicklungsprojekt für erneuerbare Energien und wurde als Teil der Veräußerungsgruppe in die Kategorie Sonstige Aktiva transferiert (siehe auch Note [24]).

Im Geschäftsjahr 2008 war der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich AWM von 597 Mio € auf Maher Terminals zurückzuführen. Der Gesamtbetrag von 597 Mio € setzte sich aus einem Zugang von 33 Mio €, der aus dem Rückerwerb eines Minderheitsanteils an Maher Terminals resultierte, sowie aus einem Transfer von 564 Mio € aus der Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte aufgrund der Beendigung der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zusammen. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich GTB von 28 Mio € resultierte aus dem Erwerb der HedgeWorks LLC.

Im zweiten Quartal 2009 verzeichnete CI eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 151 Mio €. Diese entfiel auf das nicht integrierte Investment in Maher Terminals und wurde infolge anhaltend negativer Aussichten für den Containerumschlag beziehungsweise das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten dieses Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde insgesamt eine Wertminderung des Goodwill von 275 Mio € erfasst. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 270 Mio € auf ein Investment im Bereich AWM und weitere 5 Mio € auf ein börsennotiertes Investment im Bereich CB&S. Beide Wertminderungen entfielen auf Investments, die nicht in die jeweiligen primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von AWM und CB&S integriert sind. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments Maher Terminals in AWM wurde aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Geschäftsvolumens infolge der damaligen Wirtschaftslage ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments in CB&S wurde aufgrund von Wertminderungen bestimmter anderer Aktiva sowie der negativen Geschäftsaussichten des Investments vorgenommen. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des börsennotierten Investments wurde auf Grundlage von dessen Marktpreis bestimmt.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich CI durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio € im Zusammenhang mit seiner nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio €.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge primär Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Darüber hinaus weisen die Segmente CB&S und CI Goodwill aus, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Goodwill wird einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht und in der folgenden Tabelle als Sonstige zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment innerhalb von CI besteht aus Maher Terminals, welches mit Wirkung zum 1. Januar 2009 von AWM zu CI transferiert wurde.

Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Global Markets	Corporate Finance	Global Trans- action Banking	Asset Manage- ment	Private Wealth Manage- ment	Private & Business Clients	Corporate Invest- ments	Sonstige	Goodwill insgesamt
in Mio €									
Zum 31. Dezember 2008	2.113	1.000	456	1.765	904	974	–	321	7.533
Zum 31. Dezember 2009	2.106	998	453	1.788	927	974	–	174	7.420

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Goodwill sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill der Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als deren entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow-Basis (DCF). Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert und auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die zur Ermittlung des Nutzungswerts der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten	Diskontierungszinssatz (vor Steuern)	
	2009	2008
Corporate and Investment Bank		
Global Markets	14,7 %	13,1 %
Corporate Finance	14,5 %	13,4 %
Global Transaction Banking	12,5 %	12,9 %
Private Clients and Asset Management		
Asset Management	13,5 %	14,1 %
Private Wealth Management	13,2 %	14,1 %
Private & Business Clients	13,1 %	13,2 %

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und die geschätzten zukünftigen Ergebnisse einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für Corporate Finance, wo der erzielbare Betrag 126 % des entsprechenden Bilanzwerts betrug, eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung geführt hätte. Hier hätte eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um ungefähr 20 % oder ein Rückgang der zukünftig geschätzten Ergebnisse in jedem Jahr des ursprünglichen Fünfjahreszeitraums um ungefähr 20 %, bei unveränderten Werten für die sonstigen Annahmen, dazu geführt, dass der erzielbare Betrag und der Bilanzwert einander entsprechen.

Der erzielbare Betrag von Corporate Finance basiert unter anderem auf einem Finanzplan, welcher Annahmen des Managements zum Beispiel bezüglich der erwarteten Entwicklung des globalen Provisionsaufkommens und der Marktanteile, beides wesentliche Treiber der Erträge, darstellen. Wenngleich diese Schätzungen die Einschätzung und Erwartungen des Managements hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen abbilden, sind diese naturgemäß dahin gehend unsicher, ob die realisierten Werte mit den geplanten übereinstimmen. Sollte sich beispielsweise das geplante Provisionsaufkommen nicht wie angenommen entwickeln oder die erwarteten Marktanteile nicht erreicht werden, könnten die Erträge wesentlich von den Planannahmen abweichen, was sich negativ auf den erzielbaren Betrag von Corporate Finance auswirken würde.

Der Hintergrund einer fragilen Erholung der Weltwirtschaft und mögliche signifikante Änderungen der Regulierung der Bankenbranche als Folge der Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf das Geschäftsumfeld des Konzerns könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten negativ beeinflussen. Dies könnte zu einer künftigen Wertminderung des Goodwill führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich selbst erstellte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2009 und 2008.

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte					Erworbene immaterielle Vermögenswerte				Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Software	Kunden-bezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungs-geschäfts	Vertrags-basierte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige	Abzuschreibende		Nicht abzuschreibende		
						Abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögens-werte insgesamt	Rechte aus Vermögens-verwaltungs-verträgen im Publiikums-fonds-geschäft	Sonstige	Nicht abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögens-werte insgesamt	
in Mio €										
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2008	374	534	863	109	323	1.829	786	11	797	3.000
Zugänge	46	19	–	38	19	76	–	4	4	126
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	5	5	–	–	10	–	4	4	14
Abgänge	–	–	–	1	6	7	–	–	–	7
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	42	–	562	166	770	–	–	–	770
Wechselkursveränderungen	–9	–37	–214	–	–7	–258	31	–2	29	–238
Bestand zum 31. Dezember 2008	411	563	654	708	495	2.420	817	17	834	3.665
Zugänge	128	37	12	15	35	99	–	–	–	227
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–1	–1	–	–	–	–1
Abgänge	14	–	–	28	3	31	–	–	–	45
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–11	–11	–11
Umklassifizierung	–22	–	14	–	21	35	–	–	–	13
Wechselkursveränderungen	4	9	63	–5	4	71	–9	3	–6	69
Bestand zum 31. Dezember 2009	507	609	743	690	551	2.593	808	9	817	3.917
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2008	328	149	8	52	238	447	74	–	74	849
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	68	42	47	22	179	–	–	–	192 ¹
Abgänge	–	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen	–	6	–	1	–	7	304	–	304	312 ²
Wechselkursveränderungen	–12	–2	–10	–	–5	–17	2	–	2	–27
Bestand zum 31. Dezember 2008	329	221	40	100	251	612	380	–	380	1.321
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	61	29	40	31	161	–	–	–	174 ³
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–1	–1	–	–	–	–1
Abgänge	14	–	–	27	2	29	–	–	–	43
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–	–	–	–	–2	–2	–2
Wertminderungen	–	–	–	4	–	4	–	1	1	5 ⁴
Wertaufholungen	–	4	–	–	–	4	287	–	287	291 ⁵
Umklassifizierung	–	–	–	–	–1	–1	–	–	–	–1
Wechselkursveränderungen	3	1	4	–3	4	6	–4	–	–3	6
Bestand zum 31. Dezember 2009	331	279	73	114	282	748	89	–	89	1.168
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2008	82	342	614	608	244	1.808	437	17	454	2.344
Zum 31. Dezember 2009	176	330	670	576	269	1.845	719	9	728	2.749

- 1 Davon waren 181 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 11 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 2 Davon wurden 310 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 1 Mio € in Sachaufwand und sonstigem Aufwand erfasst. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 3 Davon waren 162 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 12 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 4 Davon wurden 5 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.
- 5 291 Mio € wurden als Wertaufholung auf zuvor abgeschriebene immaterielle Vermögenswerte unter Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Effekte aus Zugängen von und Umklassifizierung zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten auf insgesamt 134 Mio €. Diese beinhalteten hauptsächlich erworbene Software in Höhe von 35 Mio €, aktivierte Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft im Zusammenhang mit inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen, welche an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen darstellen (siehe auch Note [39]), in Höhe von 26 Mio € sowie die Erfassung von Kundenbeziehungen in Höhe von 21 Mio €, welche aus dem Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank resultierten (siehe auch Note [34]).

Im Geschäftsjahr 2008 war der wesentliche Zugang zu den abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten auf Maher Terminals, einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika, zurückzuführen. Als am 30. September 2008 die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt beendet wurde, sind 770 Mio € von Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte in die abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte umgebucht worden. Dieser Gesamtbetrag beinhaltete vertragsbasierte (Rechte aus Leasingverträgen zum Betreiben der Containerterminals), sonstige (Namensrechte) sowie kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die Buchwerte auf 520 Mio € (2008: 551 Mio €) für die Rechte aus Leasingverträgen, 153 Mio € (2008: 161 Mio €) für die Namensrechte sowie 35 Mio € (2008: 35 Mio €) für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Abschreibung dieser immateriellen Vermögenswerte endet voraussichtlich im Jahr 2030 für die Rechte aus Leasingverträgen, im Jahr 2027 für die Namensrechte und zwischen den Jahren 2012 und 2022 für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2009 enthielten die Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung Wertminderungen in Höhe von 4 Mio € auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte sowie Wertaufholungen von 4 Mio € auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Die Wertminderungen wurden im Bereich CB&S, die Wertaufholungen im Bereich AWM erfasst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte sowie vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen) von 6 Mio € beziehungsweise 1 Mio € verzeichnet. Die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte im Bereich AWM erfasst. Die Wertminderung auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich CB&S im Provisionsüberschuss erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio € beziehungsweise 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich AWM und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich GTB erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [39] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen).

Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte pro Anlageklasse.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 3
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 35
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Fast 99 % beziehungsweise 719 Mio € der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Investments das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, wird nicht von einer vorhersehbaren Begrenzung der Vertragsdauer ausgegangen. Somit dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern im Geschäftsjahr 2002 von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 287 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Eine entsprechende Wertminderung war im vierten Quartal 2008 erfasst worden. Die Wertaufholung stand im Zusammenhang mit Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft für gewisse Offene Fonds und wurde in AWM erfasst. Diese resultierte aus einem höheren Fair Value infolge des Anstiegs sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus diesen Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts wurde auf Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für solche Vermögenswerte nicht verfügbar sind, wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

In den Geschäftsjahren 2008 und 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 304 Mio € beziehungsweise 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betrafen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Bereich AWM. Die Wertminderungen resultierten aus niedrigeren Fair Values infolge von Rückgängen sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die im Geschäftsjahr 2008 erfassten Wertminderungen bezogen sich auf bestimmte Offene und Geschlossene Fonds, während die im Geschäftsjahr 2007 erfassten Wertminderungen auf Geschlossene Fonds und Lebensversicherungsfonds entfielen. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt.

[24] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 31. Dezember 2009 hatte der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen (bestehend aus 19 Tochtergesellschaften), drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu einem Aufwand von 10 Mio € aus der Bewertung der Veräußerungsgruppen, der unter Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen wurde. Die Veräußerungsgruppen, die Anteile an assoziierten Unternehmen sowie der Kredit waren Bestandteil einer Reihe von Projekten zur Entwicklung erneuerbarer Energien. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Nordamerika. Der Verkauf dieser Vermögenswerte wird für das Geschäftsjahr 2010 erwartet.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern Immobilienvermögen zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hatte die betreffenden Aktiva unter Sonstige Aktiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu keinem Aufwand in 2008. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Deutschland und Nordamerika in CB&S. Die Immobilien in Deutschland sowie der größte Teil der Immobilien in Nordamerika wurden in 2009 verkauft.

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hatte die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio €, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelte es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet und die im ersten Halbjahr 2008 verkauft wurde. Die zweite Veräußerungsgruppe bezog sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der zum 31. Dezember 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war. Die Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Umklassifizierung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies führte zu einem Anstieg des Sonstigen Aufwands von 13 Mio € in AWM in 2008. Der Betrag beinhaltete einen Aufwand von 3 Mio €, der auf das Geschäftsjahr 2007 entfiel. Durch die Marktgegebenheiten war der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet worden waren, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. In 2008 hatte der Konzern seinen Veräußerungsplan geändert, da der beabsichtigte Verkauf aufgrund einer veränderten Interessenlage des potenziellen Käufers ausblieb. Aufgrund des schwachen Marktumfelds bestanden keine Verkaufsaktivitäten bezüglich dieser Tochtergesellschaft. Die Umklassifizierung hatte keinen Einfluss auf die Erträge und Aufwendungen des Konzerns.

Die zum 31. Dezember 2007 zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika in CB&S. Während die Bürogebäude in CI und PBC sowie der größte Teil des Grundbesitzes in CB&S in 2008 verkauft wurden, wurde die Anteilseignerstruktur der beiden Alternativen Investments Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. geändert. Dies führte zur Erstkonsolidierung der Investments durch den Konzern zum 30. Juni 2008. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten war der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Aus diesem Grund wurden die Aktiva und Passiva zum Ende des dritten Quartals 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Erträge und Aufwendungen, die während der Klassifizierung als Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Umklassifizierung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies resultierte in einem Rückgang der Erträge um 62 Mio € und einem Anstieg der Aufwendungen um 38 Mio € in AWM in 2008. Die Beträge beinhalten eine Belastung der Erträge von 20 Mio € sowie Aufwendungen von 21 Mio €, die das Geschäftsjahr 2007 betrafen.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern Zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2009 sowie zum 31. Dezember 2008 dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Anteile an assoziierten Unternehmen	18	–
Sachanlagen	21	1
Sonstige Aktiva	53	131
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	92	132
Langfristige Verbindlichkeiten	21	–
Sonstige Passiva	2	–
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	23	–

[25] Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	43.890	56.492
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6.837	17.844
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	9.229	8.383
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	33.496	21.339
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	93.452	104.058
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.426	4.657
Sonstige	24.660	29.114
Sonstige Aktiva insgesamt	121.538	137.829

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.448	40.955
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	31.427	46.602
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.708	4.530
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	33.214	19.380
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	110.797	111.467
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.713	5.112
Sonstige	39.771	44.019
Sonstige Passiva insgesamt	154.281	160.598

[26] Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Unverzinsliche Sichteinlagen	51.731	34.211
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	117.955	143.702
Termineinlagen	108.730	152.481
Spareinlagen	65.804	65.159
Verzinsliche Einlagen insgesamt	292.489	361.342
Summe der Einlagen	344.220	395.553

[27] Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechtsstreitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2008	617	459	1.076
Veränderung des Konsolidierungskreises	1	21	22
Zuführungen zu Rückstellungen	275	217	492
Verwendungen von Rückstellungen	– 75	– 135	– 210
Auflösungen von Rückstellungen	– 61	– 111	– 172
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	5	– 5	–
Bestand zum 31. Dezember 2008	762	446	1.208
Veränderung des Konsolidierungskreises	2	4	6
Zuführungen zu Rückstellungen	338	152	490
Verwendungen von Rückstellungen	– 164	– 155	– 319
Auflösungen von Rückstellungen	– 183	– 115	– 298
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	3	9	12
Bestand zum 31. Dezember 2009	758	341	1.099

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [18] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungen für operationelle Risiken und Rechtsrisiken

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechungen, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der

Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns gemäß den Anforderungen des IAS 37 beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 90 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa zehn weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank werden außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch sieben ungeregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach

das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage

um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI als Platzeur verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen

Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten, Beklagte. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die

DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB war der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptete, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen. ÖBB hat am 21. September 2009 außerordentliche Revision zum Obersten Gerichtshof eingelegt. Am 15. Januar 2010 haben sich ÖBB und die Deutsche Bank AG geeinigt, den Streit zu vergleichen. Der Vergleich hat keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Das Verfahren befindet sich in einem frühen Stadium.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten gebildet. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

[28] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	20.906	26.095
Sonstige	21.991	13.020
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	42.897	39.115

[29] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)**Langfristige Verbindlichkeiten**

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig in 2014	Fällig nach 2014	Insgesamt 31.12.2009	Insgesamt 31.12.2008
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	6.738	11.544	11.703	8.615	9.462	28.474	76.536	76.527
mit variabler Verzinsung	9.607	7.437	5.378	4.289	4.705	16.230	47.646	49.127
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	27	314	197	1.166	729	1.115	3.548	3.780
mit variabler Verzinsung	2.523	513	513	45	288	170	4.052	4.422
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	18.895	19.808	17.791	14.115	15.184	45.989	131.782	133.856

In den Geschäftsjahren 2009 und 2008 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
mit fester Verzinsung	9.971	9.147
mit variabler Verzinsung	606	582
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.577	9.729

Zusätzliche Anhangangaben

[30] Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehend
Stammaktien, 1. Januar 2008	530.400.100	- 29.334.819	501.065.281
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	458.915	-	458.915
Kapitalerhöhung	40.000.000	-	40.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	- 369.614.111	- 369.614.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	390.756.870	390.756.870
Stammaktien, 31. Dezember 2008	570.859.015	- 8.192.060	562.666.955
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	50.000.000	-	50.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	- 476.284.991	- 476.284.991
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	483.793.356	483.793.356
Stammaktien, 31. Dezember 2009	620.859.015	- 683.695	620.175.320

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das sechste Rückkaufprogramm wurde im Mai 2008 abgeschlossen. Im vierten Quartal 2008 wurde der Großteil der verbleibenden Aktien am Markt verkauft. Das siebte Aktienrückkaufprogramm wurde im Juli 2009 begonnen. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

Am 6. März 2009 hat die Deutsche Bank AG 50 Millionen neue Stammaktien im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung zum Erwerb von 50 Millionen Stammaktien der Deutschen Postbank AG emittiert. Dies führte zu einer Erhöhung des Gezeichneten Kapitals um 128 Mio €. Die neuen Aktien wurden aus genehmigtem Kapital mit vollem Dividendenrecht für das Geschäftsjahr 2008 und ohne Bezugsrecht emittiert.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2009 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 485.480.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2014 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
30.600.000 €	30. April 2012
140.000.000 € ¹	30. April 2013
314.880.000 €	30. April 2014

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen um bis zu 128.000.000 € zu erhöhen. Es kann bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden. Dieses zusätzliche genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das OLG endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 176.640.000 € zu erhöhen. Es kann bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden. Dieses zusätzliche genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das OLG endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 406.000.000 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht.

Dividendenzahlungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

	2009 (vorgeschlagen)	2008	2007
Bardividende ¹ (in Mio €)	466	309	2.274
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,50	4,50

¹ Die Bardividende für 2009 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2009.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

[31] Aktienbasierte Vergütungen

Für Neuebegebungen in 2009 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Jahr 2009 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen unter dem DB Equity Plan gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale des DB Equity Plans zusammen.

Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate 25 % : 36 Monate 25 % : 48 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibepremie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung ¹	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten

¹ Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 20 Monate.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Ein Nachfolgeplan des früher gewährten Global Share Plans wurde in 2009 entwickelt und wird Anfang 2010 in Gesellschaften bestimmter Länder eingeführt.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Behebungen vor 2009 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Aktienprogramme und Stock Appreciation Rights Plan

Vor dem Jahr 2009 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹ 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate 1/3 : 18 Monate 1/3 : 30 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan	–	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan	–	Ausübbar nach 36 Monaten Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002
Global Share Plan	–	100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter	2007
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ² 20 % : 42 Monate	Nein	Vorstand	2008
	–	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu 10 Aktienrechten je Mitarbeiter ³	2008
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate 25 % : 36 Monate 25 % : 48 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter	2008

1 Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

2 Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

3 Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Sämtliche Pläne bis auf den SAR Plan gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die Planregeln des REU Plans oder des DB Equity Plans für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechtigte Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

Performanceoptionen

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Share Plan (vor 2004) und dem Global Partnership Plan gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter ¹
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

¹ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Deutsche Bank-Stammaktie. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie zuvor für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2009	2008	2007
DB Global Partnership Plan	4	10	7
DB Global Share Plan	6	39	49
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	637	1.249	1.088
Stock Appreciation Rights Plan ¹	–	–	1
Insgesamt	647	1.298	1.145

¹ Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2009 enthält ungefähr 22 Mio € (2008: 4 Mio €) aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 26 Mio € (2008: 10 Mio €). Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2009 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 0,4 Mrd € (2008: 0,6 Mrd €).

Entwicklung ausstehender Rechte

Aktienprogramme

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2007	324	49.309	599	50.232	71,05 €
Gewährt	150	18.007	258	18.415	61,17 €
Ausgegeben	- 139	- 16.541	- 561	- 17.241	62,52 €
Verfallen	-	- 2.508	- 38	- 2.546	73,44 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	335	48.267	258	48.860	70,22 €
Gewährt	-	23.809	-	23.809	22,02 €
Ausgegeben	- 93	- 18.903	- 253	- 19.249	68,76 €
Verfallen	-	- 3.059	- 5	- 3.064	43,51 €
Bestand zum 31. Dezember 2009	242	50.114	-	50.356	49,61 €

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2010 im Rahmen des DB Equity Plan für 2010 unter modifizierten Planbedingungen ungefähr 35,2 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 44,01 € je Aktienrecht. Ungefähr 0,8 Millionen der im Rahmen dieses DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Im Februar 2010 wurden ungefähr 10,6 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan und des DB Share Scheme ausgegeben.

Performanceoptionen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.637	53,32 €	812	68,14 €
Ausgeübt	- 434	47,53 €	- 26	57,67 €
Verfallen	-	-	- 16	65,75 €
Abgelaufen	- 223	89,96 €	- 260	55,39 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	980	47,53 €	510	75,24 €
Ausgeübt	-	-	-	-
Verfallen	-	-	- 9	75,24 €
Abgelaufen	- 980	47,53 €	- 501	75,24 €
Bestand zum 31. Dezember 2009	-	-	-	-

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden zwei Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2008 und 2007 nach Ausübungspreisbandbreiten.

Zum 31. Dezember 2009 stehen keine Performanceoptionen mehr aus, da solche, welche im Jahr 2004 begeben wurden, bereits ausgeübt wurden, und alle übrigen, welche nicht bereits ausgeübt wurden, im Jahr 2009 verfallen sind.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2008		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	980	47,53 €	1 Monat
60,00 – 79,99 €	510	75,24 €	12 Monate
80,00 – 99,99 €	-	-	-

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 64,31 € im Geschäftsjahr 2008 (2007: 99,70 €).

[32] Leistungen an Arbeitnehmer

Aufgeschobene Vergütung

Im Februar 2009 wurden Zusagen in Höhe von ungefähr 1,0 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Cash Plan begeben. Die Zusagen kommen im Regelfall nur dann zur Auszahlung an den Mitarbeiter, wenn dieser sich zum entsprechenden Unverfallbarkeitstermin in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Deutschen Bank befindet. Der Plan besteht aus drei Tranchen, deren Höhe jeweils ein Drittel des Ausgabevolumens beträgt. Die erste Tranche wurde zu Beginn des Jahres 2010 unverfallbar und abzüglich der nach den Planregeln im Verlauf des Jahres 2009 verfallenen Zusagen ausgezahlt. Die beiden verbleibenden Tranchen werden jeweils zu Beginn der Jahre 2011 und 2012 unverfallbar. Der Aufwand für jede Tranche wird über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt.

Im Februar 2010 wurden neue Zusagen in Höhe von ungefähr 0,5 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan begeben. Der Plan besteht aus drei Tranchen, deren Höhe jeweils ein Drittel des Ausgabevolumens beträgt. Die Tranchen werden jeweils zu Beginn der Jahre 2011, 2012 und 2013 unverfallbar. Der Aufwand für jede Tranche wird über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt. Den regulatorischen Anforderungen entsprechend enthält dieser Plan performanceindizierte Malusregelungen für den oberen Führungszirkel. Hierdurch besteht künftig die Möglichkeit, dass Teile der Zusagen bei Nichterreichen definierter Kennziffern, beim Verstoß gegen Regularien oder bei Verschlechterung der Finanzlage verfallen können.

Wie in Note [31] ersichtlich, gewährte der Konzern Aktienrechte in Höhe von circa 1,5 Mrd €. Damit wurden im Februar 2010 rund 2,0 Mrd € an aufgeschobener Vergütung gewährt.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110 % der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert die Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2009 und 2008, den Finanzierungsstatus sowie dessen Überleitung zu den in der Bilanz erfassten Beträgen zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2009	2008	2009	2008
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung am Jahresanfang	8.189	8.518	119	116
Laufender Dienstzeitaufwand	186	264	3	2
Zinsaufwand	457	453	7	7
Zuführungen der Planteilnehmer	6	8	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	846	– 160	14	1
Wechselkursveränderungen	181	– 572	–	1
Gezahlte Leistungen	– 467	– 393	– 7	– 8
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	18	14	–	–
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	–	– 1	–	–
Sonstiges ¹	–	58	–	–
Verpflichtung am Jahresende	9.416	8.189	136	119
davon: intern finanziert	201	245	136	119
davon: extern finanziert	9.215	7.944	–	–
Entwicklung des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens am Jahresanfang	8.755	9.331	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	403	446	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	92	– 221	–	–
Wechselkursveränderungen	231	– 689	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	264	239	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	6	8	–	–
Gezahlte Leistungen ²	– 398	– 358	–	–
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	– 1	– 1	–	–
Sonstige	–	–	–	–
Fair Value des Planvermögens am Jahresende	9.352	8.755	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	– 64	566	– 136	– 119
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	–	–	–	–
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	– 7	– 9	–	–
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (–)	– 71	557	– 136	– 119
davon: bilanziert als sonstige Aktiva	276	885	–	–
davon: bilanziert als sonstige Passiva	– 347	– 328	– 136	– 119

1 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

2 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen	2009	2008	2007
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,4 %	5,6 %	5,5 %
Inflationsrate	2,7 %	2,1 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,4 %	3,0 %	3,3 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,4 %	1,8 %	1,8 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,6 %	5,5 %	4,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,1 %	2,0 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,0 %	3,3 %	3,2 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,8 %	1,7 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	4,5 %	5,0 %	4,6 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,9 %	6,1 %	6,1 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	6,1 %	5,8 %
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren			
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,4	19,1	19,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,5	21,1	21,0
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,8	22,6	22,5
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	24,8	24,5	24,3

1 Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt 5,0 % für das Jahr 2010.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,9 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2010 angenommen. Für diese Steigerungsrate werden ein allmählicher Rückgang auf 4,9 % bis zum Ende des Jahres 2017 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Lebenserwartung ist eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in Großbritannien und der Eurozone werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationswapsätze in den betreffenden Märkten zum 31. Dezember 2009. Die Umstellung auf eine aus dem Kapitalmarkt abgeleitete Inflationsannahme dient der besseren Abschätzung der Auswirkung der Inflation auf die Pensionsverpflichtungen der Bank. In früheren Jahren erfolgte die Festsetzung dieser Annahme in erster Linie unter Bezugnahme auf die langfristigen Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc. Diese Änderung hat einen Anstieg der Pensionsverpflichtung um ungefähr 540 Mio € zum 31. Dezember 2009 zur Folge.

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2009	31.12.2008
Anlagekategorien:			
Aktien	5 %	8 %	7 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	90 %	90 %	90 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	2 %	3 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es im Wesentlichen, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 495 Mio € im Jahr 2009 (2008: 225 Mio €).

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2009 sind Derivate mit einem positiven Marktwert von 249 Mio € enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 26 Mio € enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2010 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2010 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne	
		Bruttobetrag	Erstattungen ¹
2010	415	9	- 1
2011	409	11	- 1
2012	424	11	- 1
2013	441	12	- 2
2014	449	12	- 2
2015 – 2019	2.619	65	- 11

1 Voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare.

Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für leistungsdefinierte Pläne werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Periode ihrer Entstehung direkt im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen und in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt den zum 31. Dezember 2009 seit dem Übergangsstichtag zu IFRS kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2009 und 2008 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Note [33] in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen. Anpassungen, die für vergangene Perioden erfasst wurden, werden in Note [1] dargestellt.

in Mio €	Erfassung im Eigenkapital (Gewinn/Verlust (-))		
	31.12.2009 ¹	2009	2008
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	- 89	- 754	- 61
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 7	1	-
Pensionspläne insgesamt	- 96	- 753	- 61
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	38	- 14	- 1
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	38	- 14	- 1
Insgesamt erfasster Betrag	- 58	- 767	- 62

1 Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursveränderungen.

Die folgende Tabelle zeigt für die laufende Berichtsperiode und die vorangegangenen Berichtsperioden die Beträge der Verpflichtung, des Fair Values des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen entstanden.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Pensionspläne:				
Verpflichtung	9.416	8.189	8.518	9.129
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	- 72	24	- 68	18
Fair Value des Planvermögens	9.352	8.755	9.331	9.447
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	92	- 221	- 266	- 368
Finanzierungsstatus	- 64	566	813	318
Gesundheitsfürsorgepläne:				
Verpflichtung	136	119	116	147
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	-	- 5	- 17	- 27
Finanzierungsstatus	- 136	- 119	- 116	- 147

Der in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasste Aufwand für leistungsdefinierte Pläne und andere ausgewählte Leistungen der Geschäftsjahre 2007 bis 2009 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	2009	2008	2007
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	186	264	265
Zinsaufwand	457	453	436
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 403	- 446	- 435
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	18	14	11
Planabgeltungen/Plankürzungen	1	-	- 5
Sofort erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-) aufgrund von Planabgeltungen/Plankürzungen ¹	-	9	- 6
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	1	- 1
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	-	- 2	2
Pensionspläne insgesamt	259	293	267
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	3	2	3
Zinsaufwand	7	7	8
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	2	- 3
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	10	11	8
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	269	304	275
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	203	206	203
Pensionsaufwendungen insgesamt	472	510	478
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	162	159	156
Aufwendungen für Cash-Retention-Pläne	688	13	18
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	629	555	225

¹ Komponenten, die nach dem Korridorverfahren in den Jahren 2006 und 2007 gebucht und im Jahr 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegung storniert wurden.

Der für 2010 erwartete Aufwand beträgt 225 Mio € für die Pensionspläne und 11 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne. Die durchschnittliche Restdienstzeit der aktiven Planteilnehmer beträgt elf Jahre bei den Pensions- und sieben Jahre bei den Gesundheitsfürsorgeplänen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt planspezifische Sensitivitäten der Verpflichtung zum 31. Dezember 2009, der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand sowie der erwarteten Erträge für leistungsdefinierte Pläne hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg/Reduzierung (-) in Mio €	Verpflichtung zum		Aufwendungen für das Jahr	
	31.12.2009	31.12.2008	2009	2008
Sensitivität bei Pensionsplänen:				
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	695	560	5	15
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	420	370	30	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	80	75	10	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	175	130	10	10
Erwartete Rendite (Reduzierung um 50 Basispunkte)	-	-	45	45
Sensitivität bei Gesundheitsfürsorgeplänen:				
Gesundheitskostensteigerungsrate (Anstieg um 100 Basispunkte)	16	13	2	1
Gesundheitskostensteigerungsrate (Reduzierung um 100 Basispunkte)	- 14	- 12	- 1	- 1

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

[33] Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für die Jahre 2009, 2008 und 2007 setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2009	2008	2007
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	970	- 32	3.504
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-)	- 430	- 288	- 347
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	540	- 320	3.157
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	570	- 1.346	- 651
Effekt aus Steuersatzänderungen	3	26	- 181
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-)	- 869	- 205	- 86
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	- 296	- 1.525	- 918
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	244	- 1.845	2.239

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2009 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) in Höhe von 1 Mio € (2008: 79 Mio €, 2007: 1 Mio €), die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2009 um einen Steuerertrag in Höhe von 0,2 Mio € vermindert (2008: Erhöhung des laufenden Steuerertrags um 45 Mio €; 2007: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 3 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren im Geschäftsjahr 2009 per saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 537 Mio € erhöht (Minderung des latenten Steuerertrags in 2008 um 971 Mio € und um 71 Mio € in 2007).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2009	2008	2007
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 30,7 % in Deutschland (30,7 % für 2008 und 39,2 % für 2007)	1.595	– 1.760	3.429
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	– 63	– 665	– 620
Steuerbefreite Einnahmen	– 763	– 746	– 657
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	– 29	– 36	– 22
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	624	403	393
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	0	1	21
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	– 537	926	68
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	3	26	– 181
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	– 95	227	–
Effekt aus der „Policyholder Tax“	– 1	– 79	– 1
Sonstige	– 490	– 142	– 191
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	244	– 1.845	2.239

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen in 2009 enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2009, 2008 und 2007 30,7 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmensteuerreformgesetz 2008“). Diese sah ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Gesetzesänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio €. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio €.

Ertragsteuern sind dem Eigenkapital wie folgt belastet oder gutgeschrieben worden.

in Mio €	2009	2008	2007
Steuerbelastung (-)/-gutschrift infolge versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	113	1	- 192
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 195	892	154
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	- 214	- 194	43
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	90	- 34	4
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	- 2	-	- 5
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	54	67	19
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	13	-	-
Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	- 254	731	215
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	- 35	- 75	- 35

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte	2.986	3.477
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	218	134
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.244	8.769
Sachanlagen	654	380
Sonstige Aktiva	1.544	1.167
Bewertung von Wertpapieren	563	654
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	353	144
Sonstige Rückstellungen	1.088	1.016
Sonstige Passiva	439	568
Latente Steuerforderungen insgesamt	15.089	16.309
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	6.666	7.819
Sachanlagen	55	53
Sonstige Aktiva	652	1.042
Bewertung von Wertpapieren	652	605
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	122	167
Sonstige Rückstellungen	932	1.221
Sonstige Passiva	1.017	716
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	10.096	11.623
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.993	4.686

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Latente Steuerforderungen	7.150	8.470
Latente Steuerverbindlichkeiten	2.157	3.784
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.993	4.686

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Abzugsfähige temporäre Differenzen	- 69	- 26
Unverfallbar	- 1.598	- 617
Verfall in der folgenden Periode	0	- 1
Verfall nach der folgenden Periode	- 659	- 2.851
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte	- 2.257	- 3.469
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 87	- 90
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	- 87	- 90

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise zum 31. Dezember 2008 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 6 Mrd € beziehungsweise 5,6 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß welcher es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 105 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2008: 157 Mio €).

[34] Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2009 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2009 schloss der Konzern mehrere Akquisitionen ab, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden deshalb zusammengefasst dargestellt. Die Akquisitionen umfassten den Erwerb von Beteiligungen von jeweils 100 % bei einem Gesamtkaufpreis von 22 Mio € mit einem bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 20 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio €. Auf Basis vorläufiger Werte wurden von den aggregierten Kaufpreisen 21 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten für Kundenverbindungen und 1 Mio € dem Goodwill zugewiesen. Zu diesen Transaktionen gehört die Akquisition des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank, die am 30. November 2009 vollzogen wurde. Das Geschäft wird von London, New York und Frankfurt aus getätigt und wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert. Mit dem Abschluss dieser Transaktion erweiterte der Konzern seine Custodyplattform um einen der größten depotunabhängigen Anbieter von Agency-Securities-Lending-Dienstleistungen und schloss eine strategische Produktlücke im Wertpapierdienstleistungsgeschäft.

Die nachfolgende Übersicht zeigt zusammengefasst die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	–	–	–
Goodwill	–	1	1
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	21	21
Übrige Vermögenswerte	–	–	–
Bilanzsumme	–	22	22
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	–	–
Übrige Verbindlichkeiten	–	3	3
Summe der Verbindlichkeiten	–	3	3
Nettovermögen	–	19	19
Summe der Passiva	–	22	22

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2009 Erträge von 1 Mio € und ein negatives Ergebnis nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2009 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären die zuvor aufgeführten im Berichtsjahr getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2009 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2009 Erträge von 22 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von weniger als 1 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2008 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von DB HedgeWorks, LLC und der Rückwerb von Maher Terminals LLC sowie Maher Terminals of Canada Corp. einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

DB HedgeWorks, LLC

Zum 31. Januar 2008 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC, der seinen Sitz in den Vereinigten Staaten hat und nach der Übernahme in DB HedgeWorks, LLC („DB HedgeWorks“) umfirmiert wurde. Durch die Akquisition baute der Konzern sein Serviceangebot im Hedgefondsgeschäft weiter aus. Der Kaufpreis für diesen Unternehmenszusammenschluss setzte sich aus einer Barvergütung in Höhe von 19 Mio € und weiteren 15 Mio € zusammen, die unter der Voraussetzung gezahlt werden, dass das erworbene Unternehmen in den folgenden drei Jahren bestimmte Ergebnisziele übertrifft. Von dem Gesamtkaufpreis wurden 28 Mio € dem Goodwill, 5 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 1 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. DB HedgeWorks wurde dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet. Die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	1	–	1
Goodwill	–	28	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	5	5
Übrige Vermögenswerte	1	–	1
Summe der Aktiva	2	33	35
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	15	15
Übrige Verbindlichkeiten	1	–	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	15	16
Nettovermögen	1	18	19
Summe der Passiva	2	33	35

Im Anschluss an die Akquisition wurden für DB HedgeWorks im Jahr 2008 Erträge von 6 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 2 Mio € ausgewiesen.

Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“), einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. Maher Terminals wurde als Gründungsvermögen für den North American Infrastructure Fund erworben. Nachdem im Jahr 2007 ein Verkauf eines Minderheitsanteils von 11,4 % der ursprünglich 100-prozentigen Beteiligung des Konzerns an den RREEF North America Infrastructure Fund erfolgt war, behielt der Konzern eine nicht konsolidierte Beteiligung an Maher Terminals. Diese wurde zum 31. Dezember 2007 nach der Equitymethode als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert bilanziert (siehe Note [24]). Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Fonds restrukturiert und RREEF Infrastructure erwarb alle ausstehenden Anteile am North America Infrastructure Fund, dessen einziges Investment Maher Terminals war, zurück. Der zu entrichtende Kaufpreis für diese Transaktion betrug 109 Mio € in bar.

Am Ende des dritten Quartals 2008 wurde die Beteiligung nicht länger als zum Verkauf bestimmt bilanziert, sodass die Aktiva und Passiva von Maher Terminals nicht länger als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden und der Rückkauf als Erwerbstransaktion verbucht wurde. Die Anschaffungskosten wurden in Höhe von 33 Mio € dem Goodwill und in Höhe von 76 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Zum Zeitpunkt des Erwerbs wurde Maher Terminals dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet. Im Zuge einer geänderten Managementverantwortung wurde Maher Terminals zum 1. Januar 2009 in den Unternehmensbereich CI übertragen.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition (als zum Verkauf bestimmt)	Umklassifizierung von zum Verkauf bestimmt sowie Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	–	30	30
Sachanlagen	–	169	169
Goodwill	–	597	597
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	770	770
Übrige Vermögenswerte	1.840	– 1.656	184
Summe der Aktiva	1.840	– 90	1.750
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	839	839
Übrige Verbindlichkeiten	983	– 845	138
Summe der Verbindlichkeiten	983	– 6	977
Nettovermögen	857	– 84	773
Summe der Passiva	1.840	– 90	1.750

Nach der Akquisition entfielen auf Maher Terminals für 2008 negative Erträge in Höhe von 7 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 256 Mio €. Letzterer enthielt eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill im vierten Quartal 2008 (siehe Note [23]).

Sonstige im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2008 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft unter anderem die Akquisition des taiwanesischen Vermögensverwalters Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited sowie die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH, eines deutschen Anbieters von Dienstleistungen im Bereich Cash Management und für die Akzeptanz und Abwicklung von Debit- und Kreditkartentransaktionen (sogenanntes Merchant Acquiring). Die Transaktionen umfassten den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen von mehr als 50 % und bis zu 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 7 Mio €, einschließlich Anschaffungsnebenkosten von weniger als 1 Mio €.

Die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	4	6	10
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6	3	9
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2	3	5
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	1	1
Übrige Vermögenswerte	20	2	22
Summe der Aktiva	32	15	47
Passiva:			
Sonstige Passiva	1	7	8
Übrige Verbindlichkeiten	–	1	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	8	9
Nettovermögen	31	7	38
Summe der Passiva	32	15	47

Für diese Akquisitionen wies der Konzern in 2008 Erträge von 2 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 4 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten im Jahr 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2008 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2008 Erträge von 44 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 223 Mio € ausgewiesen. Letzterer enthielt eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

Im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

Berliner Bank AG & Co. KG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab und erweitert damit seinen Anteil am Privatkundenmarkt der deutschen Hauptstadt. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio € und Anschaffungsnebenkosten in Höhe von 1 Mio € zusammen.

Vom Kaufpreis wurden 508 Mio € dem Goodwill, 45 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 93 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die Berliner Bank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	– 28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
Summe der Aktiva	5.404	527	5.931
Passiva:			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
Summe der Verbindlichkeiten	5.240	45	5.285
Nettovermögen	164	482	646
Summe der Passiva	5.404	527	5.931

Nach der Akquisition entfielen auf die Berliner Bank für 2007 Erträge von 251 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio €.

MortgageIT Holdings, Inc.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio € ab. Vom Kaufpreis wurden 149 Mio € dem Goodwill und 177 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. MortgageIT, ein auf Wohnimmobilien spezialisierter Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	– 5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	– 7	153
Summe der Aktiva	6.052	128	6.180
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
Summe der Verbindlichkeiten	5.834	20	5.854
Nettovermögen	218	108	326
Summe der Passiva	6.052	128	6.180

Im Anschluss an die Akquisition wurden für MortgageIT für 2007 negative Erträge von 38 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio € ausgewiesen.

Abbey Life Assurance Company Limited

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio € und Anschaffungsnebenkosten in Höhe von 12 Mio € ab. Vom Kaufpreis wurden 512 Mio € dem Nettovermögen und 912 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten zugewiesen. Diese identifizierten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts, „VOBA“). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die zwar seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt, jedoch weiterhin über eine gültige Konzession verfügt, um im Bedarfsfall Neuverträge abschließen zu können. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die seinerzeitige Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	– 1	1.316
Summe der Aktiva	17.955	911	18.866
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
Summe der Verbindlichkeiten	16.972	318	17.290
Nettovermögen ¹	983	593	1.576
Summe der Passiva	17.955	911	18.866

¹ Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Im Anschluss an die Akquisition und als Ergebnis der im Geschäftsjahr 2008 abgeschlossenen Kaufpreisallokation wurde das erworbene Nettovermögen zugunsten des VOBA um 5 Mio € reduziert, was zu einem Nettovermögen von 507 Mio € und einem VOBA von 917 Mio € führte. Nach der Akquisition entfielen im Jahr 2007 auf Abbey Life Erträge in Höhe von 53 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio €.

Sonstige im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio €, einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €.

Die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	3	77	80
Goodwill	3	25	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	8	–	8
Übrige Vermögenswerte	91	44	135
Summe der Aktiva	105	146	251
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	18	133	151
Summe der Passiva	105	146	251

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2007 Erträge von 2 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten im Jahr 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2007 daraus Erträge von 426 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 74 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2010 zu tätige Unternehmenszusammenschlüsse

Der Abschluss der nachfolgenden Akquisitionen erfolgte beziehungsweise wird im Jahr 2010 erfolgen. Diese Transaktionen werden daher gemäß der überarbeiteten Fassung des IFRS 3, „Unternehmenszusammenschlüsse“ („IFRS 3 R“), bilanziert, den der Konzern mit Wirkung zum 1. Januar 2010 anwendet. Die Offenlegungspflichten zum Jahresende 2009 richten sich hingegen noch nach der gegenwärtigen Fassung des IFRS 3.

Sal. Oppenheim. Am 28. Oktober 2009 schlossen die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) und die Eigentümer der in Luxemburg ansässigen Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Opp. S.C.A.“) einen Rahmenvertrag ab, auf dessen Grundlage die Deutsche Bank 100 % an der Sal. Oppenheim Gruppe („Sal. Opp. Gruppe“) zu einem Kaufpreis von ungefähr 1 Mrd € erworben hat. Gleichzeitig haben die bisherigen Gesellschafter von Sal. Opp. S.C.A. die Option, sich langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA („Sal. Opp. KGaA“) mit bis zu 20 % zu beteiligen.

Mit dem Erwerb der Sal. Opp. S.C.A. sind sämtliche Aktivitäten der Sal. Opp. KGaA, der BHF-BANK AG („BHF“) und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. („SOPEP“) auf die Deutsche Bank übergegangen. Zusätzlich erwarb die Deutsche Bank 94,9 % (49 % der Stimmrechte) an der BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die von den Gesellschaftern der Sal. Opp. S.C.A. gehalten wurde. Neben dem vorgesehenen Verkauf der BAS beabsichtigt die Deutsche Bank auch einen Weiterverkauf von Teilen der Investment-Banking-Aktivitäten der Sal. Opp. KGaA an Dritte.

Zunächst wird erwartet, dass auf Basis vorläufiger Werte ein Gesamtkaufpreis von ungefähr 1,3 Mrd € für die verschiedenen zu erwerbenden Einheiten gezahlt wird. Daneben wurde mit den Eigentümern von Sal. Opp. S.C.A. vereinbart, dass sich der Kaufpreis in Abhängigkeit von der zukünftigen Entwicklung bestimmter Risikopositionen erhöhen kann. Die Allokation des Gesamtkaufpreises und die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Opp. Gruppe sind noch nicht abgeschlossen.

Die Vermögensverwaltungsaktivitäten von Sal. Oppenheim werden zukünftig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank – „Oppenheim“ und „Sal. Oppenheim“ – weitergeführt und ausgebaut, sodass Identität, Werte, Kultur und Servicequalität von Sal. Oppenheim gewahrt bleiben. Durch die Transaktion stärkt der Konzern seine Position im gehobenen Privatkundengeschäft, insbesondere in Deutschland.

Der Erwerb von Sal. Oppenheim erfolgt im ersten Quartal 2010 und wird auf Basis verschiedener Ausführungsvereinbarungen umgesetzt, auf deren Grundlage der Konzern zum Jahresende 2009 gemäß der in IAS 28 gegebenen Definition über maßgeblichen Einfluss auf die Sal. Opp. Gruppe verfügte. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist der Erwerbszeitpunkt auf dieses Datum festgelegt worden. Die Sal. Opp. Gruppe wird daher im ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Bank einbezogen.

ABN AMRO. Im Dezember 2009 hat der Konzern mit ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) eine abschließende Vereinbarung zur Übernahme von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unterzeichnet. Die Geschäftseinheiten, die den Gegenstand der Übernahme bilden, sind gegenüber der im Juli 2008 ursprünglich bekannt gegebenen Vereinbarung unverändert. Dazu gehört ein Filialnetz aus 15 ABN AMRO-Niederlassungen, darunter zwei Geschäftseinheiten für die Betreuung großer Firmenkunden sowie 13 Filialen für Mittelstandskunden in den Niederlanden. Darüber hinaus wird der Konzern im Rahmen der Transaktion die Hollandsche Bank Unie N.V. mit Sitz in Rotterdam sowie die Dutch IFN Finance B.V., die Factoringleistungen anbietet, übernehmen. Die Transaktion wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2010 abgeschlossen sein.

Sonstige im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, enthalten den sukzessiven Erwerb von weiteren 47,5 % der Anteile an einem bestehenden assoziierten Unternehmen auf den Philippinen. Dieser Erwerb führte zu einer Kontrollmehrheit von 95 % und der Konsolidierung des Unternehmens im ersten Quartal 2010. Der in bar entrichtete Gesamtkaufpreis von 6 Mio € wurde dem erworbenen Nettovermögen (einschließlich Verbindlichkeiten) in Höhe von 10 Mio € zugeordnet, sodass sich ein negativer Goodwill von 4 Mio € ergab. Dieser wird erfolgswirksam unter den Sonstigen Erträgen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des ersten Quartals 2010 ausgewiesen werden.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2009, 2008 und 2007 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/ Geschäftseinheiten. Eine Liste der Veräußerungen mit den dazugehörigen Einzelheiten findet sich in Note [4]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert belief sich in den Jahren 2009, 2008 und 2007 auf 51 Mio €, 182 Mio € beziehungsweise 375 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2009	2008	2007
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	49	66	52
Übrige Vermögenswerte	15	4.079	885
Summe der veräußerten Aktiva	64	4.145	937
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	73	3.490	463

[35] Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) erfüllen

Für Derivate, für die die in Note [1] beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

Fair Value Hedges

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges	6.726	3.240	8.441	3.142

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern einen Verlust von 1,6 Mrd € (2008: Gewinn in Höhe von 4,1 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Gewinn aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,5 Mrd € (2008: Verlust von 3,8 Mrd €).

Cash Flow Hedges

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges	2	197	12	355

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2009				
Cashflow aus Aktiva	42	79	65	106
Cashflow aus Passiva	- 40	- 58	- 27	- 140
Nettocashflow	2	21	38	- 34
Zum 31. Dezember 2008¹				
Cashflow aus Aktiva	102	65	58	111
Cashflow aus Passiva	- 71	- 38	- 49	- 304
Nettocashflow	31	27	9	- 194

1 Vergleichswerte wurden angepasst.

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den zwei größten Hedgeprogrammen des Konzerns.

Zum einen nutzt Maher Terminals LLC, ein konsolidiertes Tochterunternehmen, ein befristetes Anleiheprogramm, um sein Infrastrukturportfolio zu finanzieren. Im Rahmen dieses Programms hängen zukünftige Zinszahlungen von Änderungen variabler Geldmarktzinssätze ab. Um die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen zukünftigen Cashflows abzusichern und die Finanzierungskosten mit den erwarteten Erträgen in Einklang zu bringen, hat Maher Terminals LLC eine Reihe von befristeten Swaps abgeschlossen, bei denen Maher Terminals LLC fest vereinbarte Zinsen zahlt.

Zum anderen wird unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge, die von Abbey Life Assurance Company Limited abgeschlossen wurden, den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow-Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern einen Saldo von minus 217 Mio € (2008: minus 342 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2009 minus 48 Mio € (2008: minus 56 Mio €) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Gewinn von 119 Mio € (2008: Verlust von 265 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Verlust von 6 Mio € (2008: Verlust von 2 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Verlust von 7 Mio € (2008: Gewinn von 27 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2009 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Net Investment Hedges

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges	94	364	1.081	1.220

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern Verluste von 238 Mio € (2008: Verluste von 151 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus.

[36] Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Der Konzern führt das Kapitalmanagement konzernweit sowie regional durch. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet die Treasury-Funktion des Konzerns den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf an Kapital unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote liegt weiterhin bei oder mehr als 10 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Ressourcenfragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zur ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009, in der eine neue Ermächtigung erteilt wurde, wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. In der Zeit zwischen der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 und dem Jahresende 2009 wurden 11,7 Millionen Aktien (oder 1,9 % der begebenen Aktien) für Zwecke der Equity Compensation zurückgekauft. Die Rückkäufe fanden im Juli und August 2009 statt.

Im März 2009 hat der Konzern 50 Millionen neue Stückaktien an die Deutsche Post AG ausgegeben. Im Gegenzug hat die Deutsche Post AG einen Minderheitsanteil an der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Bank AG abgetreten.

Im Geschäftsjahr 2009 hat der Konzern 1,3 Mrd € hybrides Tier-1-Kapital begeben. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile („Non-cumulative Trust Preferred Securities“)) belief sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 10,6 Mrd €, verglichen mit 9,6 Mrd € am 31. Dezember 2008.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnet und veröffentlicht der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten für die Deutsche Bank-Institutsguppe gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften („Institutsguppe“) zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Anbieter von Nebendienstleistungen sowie Zahlungsinstitute einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die zusätzliche Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital – und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch Haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsanteilen („Non-cumulative Trust Preferred Securities“). Eigene Aktien im Bestand, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen gemäß Kreditwesengesetz umfassen den Ausschluss des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutsgruppe und die Umkehrung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos unter der Fair Value Option auf finanzielle Verbindlichkeiten.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren.

Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzinstitute oder Versicherungsgesellschaften, an denen der Konzern einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält (im Fall der Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mehr als 20 %, es sei denn diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen). Weitere Abzugsposten sind darüber hinaus der Betrag, um den der erwartete Verlust für Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) des Konzerns berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigen; die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“); Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind; und der Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

- Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt.

Die Tier-1-Kapitalquote ist die zentrale Kennzahl für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit dieser Kennzahl wird das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken gemäß Basel II (im Konzern insgesamt als „risikogewichtete Aktiva“ oder „RWA“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen IRBA („Advanced IRBA“) bewertet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wird. Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz gemäß KWG an.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die RWA des Konzerns.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2009	31.12.2008
Kreditrisiko	217.003	247.611
Marktrisiko ¹	24.880	23.496
Operationelles Risiko	31.593	36.625
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	273.476	307.732
Tier-1-Kapital	34.406	31.094
davon: Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	23.790	21.472
Tier-2-Kapital	3.523	6.302
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.929	37.396
Tier-1-Kapitalquote	12,6 %	10,1 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	8,7 %	7,0 %
Gesamtkapitalquote	13,9 %	12,2 %
Durchschnittliches Active Book Equity	34.613	32.079

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Am 31. Dezember 2009 lag die Gesamtkapitalquote des Konzerns mit 13,9 % deutlich über der geforderten Mindestquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 34,4 Mrd € und am 31. Dezember 2008 bei 31,1 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 12,6 % am 31. Dezember 2009 und 10,1 % am 31. Dezember 2008, mit beiden Werten über dem Ziel des Konzerns von 10 %. Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente belief sich auf 23,8 Mrd € am 31. Dezember 2009 und 21,5 Mrd € am 31. Dezember 2008. Daraus resultieren Tier-1-Kapitalquoten ohne Hybridinstrumente von 8,7 % beziehungsweise 7,0 %.

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 3,5 Mrd € und am 31. Dezember 2008 bei 6,3 Mrd €. Dies entspricht 10 % beziehungsweise 20 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangen, dass der Konzern sein Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2009 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 1.990 Mio € unterlegt (31. Dezember 2008: 1.880 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 aufgeführt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	1.589	1.461
Kapitalrücklage	14.830	14.961
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	21.807	16.724
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 10.238	- 10.125
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	- 2.120	- 771
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	- 1.033	- 279
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	- 1.045	- 499
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ¹	- 4.198	- 1.549
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	23.790	21.472
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.616	9.622
Zusätzliches Tier-1-Kapital	10.616	9.622
Tier-1-Kapital insgesamt	34.406	31.094
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren ² (45 % angerechnet)	331	-
Kumulative Vorzugsanteile	294	300
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.096	7.551
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten	- 4.198	- 1.549
Tier-2-Kapital insgesamt	3.523	6.302

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG.

2 Netto unrealisierte Gewinne und Verluste von gelisteten Schuldverschreibungen wie für aufsichtsrechtliche Zwecke zu bestimmen waren negativ zum Jahresende 2008 (minus 108 Mio €) und wurden vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebracht.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung des Eigenkapitals nach IFRS auf das Tier-1-Kapital gemäß Basel II dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.647	30.703
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	121	882
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Cashflow Hedges	136	349
Abgegrenzte künftige Dividende	– 466	– 310
Active Book Equity	36.438	31.624
Goodwill und immaterielle Vermögenswerte	– 10.169	– 9.877
Minderheitsanteile	1.322	1.211
Sonstiges (Konsolidierungs- und aufsichtsrechtliche Anpassungen)	397	63
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.616	9.622
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten	– 4.198	– 1.549
Tier-1-Kapital	34.406	31.094

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2009 betrug der Übergangsposten 462 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die gesamten risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2009 die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 12,7 % beziehungsweise 14,0 %.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2009 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

[37] Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen.

in Mio €	2009	2008	2007
Kurzfristig fällige Leistungen	22	9	30
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–	–
Aktienbasierte Vergütungen	7	8	8
Insgesamt	32	20	42

Am 31. Dezember 2009 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 21 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	834	2.081
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	366	1.623
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	209	514
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	- 83	- 2.200
Wechselkursveränderungen/Sonstige	57	- 156
Bestand am Jahresende²	965	834
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	4	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	31	4
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	135	95

1 Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden. Im Jahr 2008 sind vier Unternehmen, die nach der Equitymethode bilanziert wurden, erstmalig voll konsolidiert worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden nun bei der Konsolidierung eliminiert.

2 In dieser Summe waren in 2009 15 Mio € und in 2008 7 Mio € überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2009 Sicherheiten in Höhe von 375 Mio € (2008: 361 Mio €). Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2009 4 Mio € auf Joint Ventures (2008: 143 Mio €). Für diese Forderungen aus dem Kreditgeschäft bestand kein Wertberichtigungsbedarf.

3 Die Garantien beinhalten Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen, Kreditbriefe und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	246	962
Einlagenzuflüsse	287	955
Einlagenabflüsse	161	685
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	- 6	- 693
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	- 293
Bestand am Jahresende²	367	246

1 Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden. Im Jahr 2008 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, erstmalig voll konsolidiert worden. Aus diesem Grund wurden Einlagenzuflüsse von diesem Unternehmen im Zuge der Konsolidierung eliminiert.

2 Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2009 waren im Bestand 0,4 Mio € und zum 31. Dezember 2008 18 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2009 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €. Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2008 390 Mio €. Der Anstieg resultierte aus der veränderten Zusammensetzung der assoziierten Unternehmen des Konzerns. Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG: Die Deutsche Bank AG hat zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Xchanging etb GmbH: An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equitymethode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität abzielt. 2009 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 104 Mio € (2008: 94 Mio €). In 2009 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 29 Mio € (2008: 26 Mio €) zur Verfügung.

Investmentfonds: Der Konzern bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Die Renditen der Fonds werden auf Basis der aktuellen vom Konzern festgelegten Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich der Konzern zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist, hat er sich in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 16 Mio € in 2009 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

in Mio €	2009	2008
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	–	–
Schuldverschreibungen	–	–
Sonstige Wertpapiere	26	4
Insgesamt	26	4
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	177	335
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	11.604	9.172
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	21	23

[38] Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Luxembourg S. A. ⁴	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH ⁶	Frankfurt am Main, Deutschland
DWS Investment GmbH ⁷	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Valoren S.á.r.l. ⁸	Luxemburg
DB Equity S.á.r.l. ⁹	Luxemburg

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) und wird von der Financial Industry Regulatory Authority reguliert. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft ist vor allem in den Bereichen Treasury und Global Markets aktiv und stellt im Deutsche Bank-Konzern insbesondere Euroliquidität zur Verfügung. Daneben ist sie im internationalen Kreditgeschäft mit Schwerpunkt in Kontinentaleuropa und im Private Banking tätig.

5 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

6 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Österreich, Italien, Polen, Zypern und in der Schweiz.

7 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

8 Holdinggesellschaft für die Deutsche Bank-Teilkonzerne in Australien, Neuseeland und Singapur und Holdinggesellschaft der DB Equity S.á.r.l.

9 Diese Gesellschaft hält die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehenstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, Commercial-Paper-Programmen, Repackaging und Investmentprodukten, dem Management von Investmentfonds, strukturierten Transaktionen, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzurufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2009“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

[39] Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.613	- 1.534	3.079	3.963	- 1.407	2.556
Investmentverträge	7.278	-	7.278	5.977	-	5.977
Insgesamt	11.891	- 1.534	10.357	9.940	- 1.407	8.533

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen. In der obigen Tabelle wurden Beträge aus Rückversicherungen brutto berücksichtigt.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2009		2008	
	Versiche- rungs- verträge	Investment- verträge	Versiche- rungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	3.963	5.977	6.450	9.796
Zugänge	121	171	236	158
Inanspruchnahmen	- 285	- 549	- 405	- 618
Sonstige Veränderungen	427	1.145	- 850	- 935
Wechselkursveränderungen	387	534	- 1.468	- 2.424
Buchwert am Jahresende	4.613	7.278	3.963	5.977

Die Sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2009 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 1.145 Mio € (2008: minus 935 Mio €).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

[Zinssätze](#)

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

[Sterbewahrscheinlichkeit](#)

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

[Aufwendungen](#)

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

[Sonstige Annahmen](#)

Zum Jahresende 2009 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 60 % (2008: 60 %) in Anspruch genommen werden.

[Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts](#)

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life-Geschäfts beschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2009	2008	2009	2008
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit ¹ (Verschlechterung um 10 %)	- 11	- 12	- 11	- 12
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 2	- 1	- 2	- 1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	- 1	- 6	- 158	- 142

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

[40] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihren Realisierungs- oder Erfüllungszeitpunkten.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2010	nach 2010	31.12.2009
Barreserve	9.346	–	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	46.383	850	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.587	233	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	–	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	943.143	22.177	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.605	15.214	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	7.788	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	93.781	164.324	258.105
Sachanlagen	–	2.777	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	10.169	10.169
Sonstige Aktiva	113.255	8.283	121.538
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.247	843	2.090
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.260.856	232.658	1.493.514
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	7.150
Summe der Aktiva			1.500.664

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2010	nach 2010	31.12.2009
Einlagen	310.805	33.415	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.453	42	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.098	466	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	702.804	19.470	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	–	42.897
Sonstige Passiva	147.506	6.775	154.281
Rückstellungen	1.307	–	1.307
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	729	1.412	2.141
Langfristige Verbindlichkeiten	18.895	112.887	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	746	9.831	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.276.240	184.298	1.460.538
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	–	–	2.157
Summe der Verbindlichkeiten			1.462.695

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Barreserve	9.826	–	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.900	839	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.671	596	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.016	6	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.598.362	25.449	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.586	17.249	24.835
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	2.242	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	103.436	165.845	269.281
Sachanlagen	–	3.712	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.877	9.877
Sonstige Aktiva	135.408	2.421	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.217	295	3.512
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.965.422	228.531	2.193.953
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.470
Summe der Aktiva			2.202.423

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Einlagen	360.298	35.255	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	84.481	2.636	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.206	10	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.308.128	25.637	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	–	39.115
Sonstige Passiva	157.750	2.848	160.598
Rückstellungen	1.418	–	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	1.268	2.354
Langfristige Verbindlichkeiten	22.225	111.631	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	983	8.746	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	–	4
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.978.694	188.031	2.166.725
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			3.784
Summe der Verbindlichkeiten			2.170.509

[41] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2009	2008
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	9.336	8.060
Soziale Abgaben	1.974	1.546
davon: für Altersversorgung	472	510
Insgesamt	11.310	9.606

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 79.098 (2008: 79.931), darunter befanden sich 33.400 (2008: 33.837) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.183 (2008: 51.993) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2009 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 38.978.972 € (2008: 4.476.684 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2009 32.179.626 € (2008: 0 €) auf variable Vergütungsbestandteile. Alle im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche bezüglich der Zahlung einer variablen Vergütung verzichtet.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 19.849.430 € (2008: 19.741.906 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2009 exklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.436.000 € (2008: 2.478.500 €) eine variable Vergütung in Höhe von 125.316 € (2008: 0 €). Auf eine variable Vergütung für das Jahr 2008 hatte der Aufsichtsrat verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2009 insgesamt 171.135.197 € (2008: 167.420.222 €).

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.128.645 € (2008: 2.641.142 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.166.445 € (2008: 1.396.955 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2009 Kredite in Höhe von 23.883 € zurück.

Sonstige Publikationen

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2009“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter <http://www.deutsche-bank.com/corporate-governance> publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2009	2008
Prüfungshonorare	45	47
davon an KPMG Europe LLP	29	30
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	6	8
davon an KPMG Europe LLP	4	6
Honorare für Steuerberatung	5	7
davon an KPMG Europe LLP	2	2
Sonstige Honorare	–	–
davon an KPMG Europe LLP	–	–
Summe der Honorare	56	62

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind in der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthalten.

Bestätigungen

03

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	310
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	311
Bericht des Aufsichtsrats	312

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 5. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 3. März 2010



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Michael Cohrs



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

Bericht des Aufsichtsrats

Auch im Jahr 2009 bestimmte die Finanzkrise, die sich trotz aller Bemühungen der einzelnen Staaten und Zentralbanken zu einer Wirtschaftskrise ausweitete, das Geschehen an den Kapitalmärkten. Zunehmend zeichnen sich die Folgen der Krise und die notwendigen Maßnahmen zur Prävention zukünftiger Krisen für die Banken ab. Es werden strengere Regeln für die Banken kommen, höhere Eigenkapitalquoten und Anforderungen an das Risikomanagement sowie geänderte Vergütungssysteme, um nur einige Punkte zu nennen. Unsere Bank nahm und nimmt die Herausforderung an und wird sie auch in der Zukunft erfolgreich bewältigen.

Nach dem von der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten geprägten Vorjahr 2008 erzielte die Deutsche Bank 2009 wieder einen Gewinn nach Steuern und konnte die Tier-1-Kapitalquote auf 12,6 % steigern. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote liegt bei 8,7 %. Die Kapitalkraft der Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat weiterhin hohe Priorität. Dies haben wir auch bei dem diesjährigen Dividendenvorschlag berücksichtigt. Insbesondere wurden die Strategie und das Geschäftsmodell den veränderten Markt- und Regulierungsbedingungen angepasst. So konnten die risikogewichteten Aktiva zum Jahresende um über 40 Mrd Euro gegenüber dem ersten Quartal 2009 reduziert werden. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Im Jahr 2009 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst, aus denen vielfach erhöhte Governanceanforderungen und eine weitere Intensivierung der Arbeit im Aufsichtsrat resultierten. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, die Risikosituation, die Planung und das interne Kontrollsystem. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie und die weitere Umsetzung der Maßnahmen der Managementagenda. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2009 haben sieben Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden.

In der ersten Sitzung des Jahres am 4. Februar 2009 erörterten wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2008, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2008, den Plan-Ist-Vergleich 2008, den Dividendenvorschlag sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2009 bis 2011. Außerdem stimmten wir der Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente auf Empfehlung des Präsidialausschusses zu.

In der Bilanzsitzung am 17. März 2009 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Jahresabschluss 2008, der damit festgestellt war. Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht und der Compliance- und Antigeldwäschebericht besprochen und die Unternehmensplanung 2009 bis 2011 wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Außerdem haben wir den Vorstand auf Vorschlag des Präsidialausschusses erweitert und vier neue Vorstandsmitglieder mit Wirkung vom 1. April 2009 für drei Jahre bestellt. Über die wichtigsten Risikopositionen und das Risikomanagement im Konzern wurden wir eingehend unterrichtet. Veränderungen in den Beraterkreisen und Bezirksbeiräten in Deutschland wurden uns vorgestellt und die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2009 verabschiedet.

In einer außerordentlichen Sitzung am 27. April 2009 wurden wir über die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Quartal 2009 unterrichtet. Außerdem haben wir nach Spekulationen in der Öffentlichkeit unsere Absicht bekannt gegeben, die Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann in der Sitzung am 28. Juli 2009 um drei Jahre bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013 zu verlängern.

In einer weiteren außerordentlichen Sitzung am 15. Mai 2009 haben wir über Vorgänge im Bereich Corporate Security einen Zwischenbericht von der Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton, die mit der Durchführung einer unabhängigen Untersuchung beauftragt worden war, erhalten und ausführlich erörtert.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung wurden wir über den Stand der Untersuchungen im Bereich Corporate Security informiert. Außerdem erörterten wir den Ablauf der Hauptversammlung und die angekündigten Gegenanträge. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst.

Am 28. Juli 2009 wurden wir über die Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr unterrichtet. Wie beabsichtigt haben wir die Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Ackermann um drei Jahre bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013 verlängert. Darüber hinaus wurde uns der Abschlussbericht der Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton über Vorgänge im Bereich Corporate Security präsentiert, den wir ausführlich erörterten. Herr Jain gab einen Überblick über die Entwicklung und die Produkte des von ihm geleiteten Bereichs Global Markets. Aufgrund der von der Regierungskommission im Juni 2009 beschlossenen Ergänzungen im Deutschen Corporate Governance Kodex wurden Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Prüfungsausschusses sowie des Vorstands beschlossen, die sämtliche neuen Kodexempfehlungen umsetzten. Ausführlich wurden wir über die wesentlichen Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung sowie über das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht unterrichtet.

In der letzten Sitzung des Jahres am 28. Oktober 2009 haben wir dem beabsichtigten Erwerb von Sal. Oppenheim zugestimmt. Außerdem genehmigten wir die modifizierten Rahmenbedingungen zum Erwerb eines wesentlichen Teils des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden. Wir wurden über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal unterrichtet und haben die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen ausführlich mit dem Vorstand erörtert. Darüber hinaus behandelten wir Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen und Auswirkungen der Beschlüsse des G-20-Treffens auf die Deutsche Bank AG. Herr Lamberti stellte uns den Personalbericht der Deutschen Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung vor.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2009 mit nur wenigen Ausnahmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum siebenmal. Außerdem fanden zwei Telefonkonferenzen statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit dem Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, den neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen an die Vorstandsvergütung, der Erweiterung des Vorstands und der Vorbereitung von Vorstandsbestellungen einschließlich der Vertragsverlängerungen, mit Fragen zur Nachfolgeplanung und zu Anpassungen in der Geschäftsordnung und im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Zudem bereitete er Beschlüsse des Aufsichtsrats vor und erörterte die Berichte zu den Untersuchungen über Vorgänge im Bereich Corporate Security. Soweit erforderlich, stimmte er der Übernahme von Nebentätigkeiten sowie Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen zu. Außerdem hat er aufgrund einer entsprechenden Ermächtigung in einem Beschluss des Aufsichtsrats der Entscheidung des Vorstands zum weiteren Erwerb von bis zu 7 % der Aktien der Deutschen Postbank AG über den Kapitalmarkt zugestimmt. Schließlich behandelte er die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und schlug dem Aufsichtsrat die Einführung eines Selbstbehalts in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat vor.

Der Risikoausschuss befasste sich in sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden Kredit-, Liquiditäts-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken behandelt. Ausführlich erörterte er die Risikolage der Bank und die Entwicklungen der globalen Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Bank. Dazu gehörten insbesondere auch die Maßnahmen zum Abbau von Risiken in unseren Handelsbereichen, die Entwicklung der Risiken in den Bereichen Leveraged Finance, gewerbliche Immobilienfinanzierung und Monolineversicherer. Im Bereich Treasury standen die aktuellen und zukünftigen Treiber des regulatorischen Kapitalbedarfs (Risk-weighted Assets) sowie die Entwicklung der Liquiditätslage der Bank im Mittelpunkt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend besprochen.

Der Prüfungsausschuss tagte 2009 neunmal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen regelmäßig teil. Behandelt wurden die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2008, die Quartalsabschlüsse, die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) sowie die Zwischenberichte. Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009, erteilte den Prüfungsauftrag, legte Prüfungsschwerpunkte fest, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Er hat ausführlich überprüft, inwiefern unsere internen Kontrollsysteme den Vorgaben des Sarbanes-Oxley Act entsprechen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung empfohlen. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Aufträgen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. In der letzten Sitzung des Jahres ließ er sich die Schwerpunktthemen des bevorstehenden Jahresabschlusses 2009 vom Vorstand und vom Abschlussprüfer erläutern. Hierzu gehörten insbesondere reklassifizierte Vermögenswerte nach IAS 39, die Bewertung spezifischer Vermögenswerte im Bereich Corporate Investments, die Risikopositionen und die vorgesehenen Prüfungsverfahren. Außerdem wurde ihm über die Abgrenzung der Kernkapitalqualifikationen sowie das Performance- und Bilanzmanagement berichtet.

Sitzungen des Nominierungsausschusses und des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2009 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Corporate Governance

Die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde in den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses im Juli 2009 erörtert. Der Aufsichtsrat beschloss, die neuen Empfehlungen des Kodex umzusetzen und passte die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Prüfungsausschusses sowie des Vorstands, soweit erforderlich, entsprechend an.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit den neuen Regelungen zur Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss, entsprechend den Regelungen im Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung einen Selbstbehalt in der D&O-Versicherung für den Vorstand mit Wirkung vom 1. Januar 2010 einzuführen. Zeitgleich wurde auch ein entsprechender Selbstbehalt in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat eingeführt, sodass Vorstand und Aufsichtsrat seit dem 1. Januar 2010 sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechen. Außerdem beschloss der Aufsichtsrat, zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 einen unabhängigen Vergütungsberater zu mandatieren, der Vorschläge für notwendige Anpassungen erarbeitet und Vergleichsdaten und -unterlagen zur Verfügung stellt.

In seiner Sitzung im Oktober 2009 beschloss der Aufsichtsrat, sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen Effizienzprüfungen mit entsprechenden unternehmensspezifischen Fragebögen durchzuführen. Die Ergebnisse sollen in den jeweiligen Sitzungen im Zeitraum April bis Juli 2010 erörtert werden.

Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem hat er festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zum Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Abs. 4 und 100 Abs. 5 AktG Herr Dr. Clemens Börsig und Herr Dr. Karl-Gerhard Eick benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2008 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 28. Oktober 2009 erneuert und am 5. Januar 2010 nach Einführung des Selbsthalts in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat aktualisiert.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 5. Januar 2010 ist im Finanzbericht 2009 auf den Seiten 320 ff. und auf unserer Homepage im Internet unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

Herr Dr. Börsig nahm an den Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats, des Prüfungsausschusses und des Präsidialausschusses hinsichtlich der Untersuchungen über Vorgänge im Bereich Corporate Security sowie damit zusammenhängender Mandatierungen von externen Beratern nicht teil, soweit diese Untersuchungen seine Person betrafen. Die jeweiligen Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses wurden von der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Ruck oder von Herrn Todenhöfer geleitet. An der Sitzung des Präsidialausschusses vom 27. April 2009 nahm Herr Dr. Börsig zeitweise während der Erörterungen zur Nachfolgeplanung von Herrn Dr. Ackermann nicht teil. Die Sitzung wurde insoweit von Herrn Todenhöfer geleitet. An der Beschlussfassung des Präsidialausschusses zur Unterstützung von aktiven und ehemaligen Organmitgliedern durch Zentralabteilungen der Bank im Zusammenhang mit Mandaten und Aufgaben im Interesse der Bank hat Herr Dr. Börsig nicht teilgenommen. Außerdem nahm er an den Beratungen und Beschlussfassungen des Präsidialausschusses nicht teil, die die Abwicklung der Aktienzuteilung aus DB Equity Units und DB Restricted Equity Units an aktive und frühere Mitglieder des Vorstands betrafen. Die Beschlüsse wurden ohne seine Mitwirkung gefasst.

Herr Dr. Eick nahm an der Abstimmung und der Diskussion hinsichtlich des Erwerbs von Sal. Oppenheim wegen eines möglichen Interessenkonflikts nicht teil.

Gelegentlich bestanden bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern latente Interessenkonflikte. So waren zum Beispiel im Berichtszeitraum Frau Förster und Frau Ruck als Arbeitnehmervertreter auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Sie haben an Beratungen zu den entsprechenden Themen, die zum Teil auch in den Ausschüssen stattfanden, denen sie nicht angehörten, nicht teilgenommen. Besonderer weiterer Maßnahmen im Hinblick auf diese latenten und lediglich punktuellen Interessenkonflikte bedurfte es nicht.

Rechtsstreitigkeiten

Der Aufsichtsrat informierte sich wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten und beriet über die weitere Vorgehensweise. Hierzu zählen die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 sowie die Verfahren Dr. Kirch gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer. Die am 29. Mai 2008 durch die Hauptversammlung erfolgte Wahl der Anteilseignervertreter wurde von mehreren Aktionären angefochten. Das Verfahren befindet sich in zweiter Instanz. Eine rechtskräftige Entscheidung steht noch aus.

Die Wahl der Anteilseignervertreter durch die Hauptversammlung am 10. Juni 2003 wurde, wie in den Vorinstanzen, vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz am 16. Februar 2009 bestätigt.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie im Detail im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2009 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2009 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers sowie eingehender Diskussion und auf Empfehlung des Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 17. März 2009 wurde beschlossen, den Vorstand um vier neue Mitglieder zu erweitern. Mit Wirkung vom 1. April 2009 wurden Michael Cohrs, Jürgen Fitschen, Anshuman Jain und Rainer Neske für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und war seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Vorstand der Bank verantwortet er den Bereich Global Banking. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war von 2001 bis Anfang 2002 bereits Mitglied des Vorstands und seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Er ist für Regional Management verantwortlich. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2002 Mitglied des Group Executive Committees. Er verantwortet den Bereich Global Markets. Herr Neske begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank 1990 und wurde 2003 Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand der Deutschen Bank AG verantwortet er den Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Frankfurt am Main, den 12. März 2010

Für den Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

Vorsitzender

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance- Bericht

04

Vorstand und Aufsichtsrat	320
Rechnungslegung und Transparenz	330
Geschäfte mit nahestehenden Dritten	330
Wirtschaftsprüfung und Controlling	331
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	333

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 19. Februar 2010 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Am 1. April 2009 wurde der Vorstand um vier neue Mitglieder erweitert. Zu neuen Mitgliedern wurden Michael Cohrs, Leiter Global Banking, Jürgen Fitschen, Leiter Regional Management, Anshuman (Anshu) Jain, Leiter Global Markets, und Rainer Neske, Leiter Private & Business Clients für einen Zeitraum von drei Jahren bestellt. Die Genannten gehörten alle bereits dem Group Executive Committee der Bank an. Mit der Erweiterung des Vorstands wollte der Aufsichtsrat das oberste Leitungsgremium der Bank stärken.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Alters, des Jahres ihrer ersten Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank, wobei sich unsere Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Alter: 62

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2013

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank AG im Jahr 1996 Mitglied unseres Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), für die er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (2. stellvertretender Vorsitzender), Vizepräsident des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd. und Non-executive Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc.

Dr. Hugo Bänziger

Alter: 54

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Risk Officer. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommission in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Dr. Bänziger ist Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG.

Michael Cohrs

Alter: 53

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Michael Cohrs wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. In unserem Vorstand verantwortet er den Bereich Global Banking.

Herr Cohrs begann seine berufliche Laufbahn 1981 bei Goldman Sachs & Co., New York. Von 1989 bis 1991 arbeitete er als Head of European Equity Capital Markets bei Goldman Sachs International in London und von 1991 bis 1995 als Head of Global Equity Markets für SG. Warburg Securities in London.

Herr Cohrs absolvierte ein Studium der Wirtschaftswissenschaften am Harvard College, das er 1979 mit einem Bachelor-Titel abschloss. Ferner studierte er an der Harvard Business School und erwarb 1981 einen Master of Business Administration.

Herr Cohrs hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Jürgen Fitschen

Alter: 61

Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee und seit 2005 Leiter Regional Management. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Regional Management verantwortlich.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG.

Anshuman Jain

Alter: 47

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Global Markets zuständig.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und machte 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Finanzwissenschaften an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds-Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain nimmt die Funktion eines Non-executive Directors der Sasol Ltd. wahr.

Stefan Krause

Alter: 47

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Financial Officer.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Hermann-Josef Lamberti

Alter: 54

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Operating Officer. Er trat 1998 als Executive Vice President in die Deutsche Bank in Frankfurt am Main ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Lamberti ist Mitglied des Aufsichtsrats des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Börse AG, Mitglied des Board of Directors der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und Mitglied des Aufsichtsrats der Carl Zeiss AG.

Rainer Neske

Alter: 45

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Rainer Neske wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. In unserem Vorstand verantwortet er den Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erlangte 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften unserer Regionen und Geschäftsbereiche innerhalb unserer kundenorientierten Konzernbereiche, die vom Vorstand zu GEC-Mitgliedern ernannt wurden. Dr. Ackermann, Vorsitzender des Vorstands, ist auch Vorsitzender des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandsentscheidungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt, mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter, dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, ihrer Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstigen Mandaten.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 47 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Dr. Clemens Börsig Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt	Linde AG; Bayer AG; Daimler AG; Emerson Electric Company
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 56 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG, Bonn, bis 28. Februar 2009; Vorsitzender des Vorstands der Arcandor AG, Essen, vom 1. März 2009 bis 1. September 2009	T-Mobile International AG (bis Februar 2009); T-Systems Enterprise Services GmbH (bis Februar 2009); T-Systems Business Services GmbH (bis Februar 2009); FC Bayern München AG (bis Dezember 2009); CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG (Vorsitzender); STRABAG Property and Facility Services GmbH (bis Dezember 2009); Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE S.A.) (bis März 2009); Thomas Cook Group Plc (bis September 2009)
Heidrun Förster* Alter: 62 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Berlin der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG
Alfred Herling* Alter: 57 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Stellvertretender Gesamtbetriebs- ratsvorsitzender; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Gerd Herzberg* Alter: 59 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); DBV Winterthur Lebensversicherung AG (bis April 2009); BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; DAWAG – Deutsche Angestellten Wohnungsbau AG (Vorsitzender) (bis April 2009); Vattenfall Europe AG (stellv. Vorsitzender)
Sir Peter Job Alter: 68 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2011		Schroders Plc; Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell Plc; Mathon Systems (Advisory Board)
Prof. Dr. Henning Kagermann Alter: 62 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013	Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf, bis 31. Mai 2009	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG; Wipro Technologies (seit Oktober 2009)
Martina Klee* Alter: 47 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Frankfurt/Eschborn der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank AG	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVa.G.
Suzanne Labarge Alter: 63 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013		Coca-Cola Enterprises Inc.
Maurice Lévy Alter: 68 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2012	Chairman und Chief Executive Officer Publicis Groupe S.A., Paris	Publicis Conseil S.A. (Vorsitzender); Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd. (UK); Publicis Groupe U.S. Investments LLC; MMS USA Investments, Inc.; MMS USA LLC Investments, Inc.
Henriette Mark* Alter: 52 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Keine zu veröffentlichenden Mandate

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Alter: 52 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Karin Ruck* Alter: 44 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG; Stellvertretende Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Dr. Theo Siegert Alter: 62 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012	Geschäftsführender Gesellschafter der de Haen Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG; ERGO AG; Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats); Henkel AG & Co. KGaA (seit April 2009)
Dr. Johannes Teysen Alter: 50 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Chief Operating Officer und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Düsseldorf	E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; E.ON Energy Trading SE (Vorsitzender); Salzgitter AG; E.ON Nordic AB; E.ON Sverige AB; E.ON Italia Holding s.r.l.
Marlehn Thieme* Alter: 52 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Director Infrastructure/Regional Management Communications Corporate Citizenship Deutsche Bank AG, Frankfurt	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Tilman Todenhöfer Alter: 66 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013	Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); HOCHTIEF AG
Werner Wenning Alter: 63 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG, Leverkusen	E.ON AG; Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses); Bayer Schering Pharma AG (Vorsitzender) (bis August 2009); HDI V.a.G. (seit Oktober 2009); Talanx AG (seit Oktober 2009)
Leo Wunderlich* Alter: 60 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank AG, Mannheim	Keine zu veröffentlichenden Mandate

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats (siehe dazu die Seiten 312 bis 318 im Finanzbericht 2009).

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern, einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zur Vergütung für die einzelnen Vorstandsmitglieder, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge des Vorstands und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2009 fanden sieben Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Im Geschäftsjahr 2009 fand keine Sitzung des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Überwachung der Rechnungslegung, inklusive des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, Fragen des Risikomanagements und insbesondere der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der Wirksamkeit des internen Revisionssystems, der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den

Abschlussprüfer (siehe dazu auch wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen auf den Seiten 332 bis 333 der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2009 fanden neun Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard-Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Sir Peter Job, Henriette Mark, Karin Ruck und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2009 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Dr. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Suzanne Labarge und Dr. Theo Siegert sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses und werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2009 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Erfolgsorientierte Vergütung

Zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der aufgrund der Bestimmungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes auf den Seiten 116 bis 125 des Lageberichts abgedruckt ist.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Wolfgang Böhr	20	–
Dr. Clemens Börsig ¹	129.367	5.322
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–
Heidrun Förster	905	–
Alfred Herling	777	–
Gerd Herzberg	–	–
Sir Peter Job	4.000	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–
Martina Klee	378	–
Suzanne Labarge	–	–
Maurice Lévy	–	–
Henriette Mark	388	–
Gabriele Platscher	739	–
Karin Ruck	110	–
Dr. Theo Siegert	–	–
Dr. Johannes Teyssen	–	–
Marlehn Thieme	109	–
Tilman Todenhöfer	300	–
Werner Wenning	–	–
Leo Wunderlich	722	–
Insgesamt	137.815	5.322

¹ Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist, und 14.612 Deutsche Bank-Aktien, die einer gemeinnützigen und rechtsfähigen Stiftung, der Gerhild- und Clemens Börsig Jugend- und Sozialstiftung, zuzurechnen sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 137.815 Aktien, was weniger als 0,02 % der am 19. Februar 2010 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Aktienanwartschaften“ in der Tabelle umfasst 5.322 DB Equity Units, die Dr. Börsig im Rahmen des Global Partnership Plan als Teil seiner Vergütung als früheres Vorstandsmitglied erhalten hat und die ihm im August 2010 zugeteilt werden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Note [37] enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Clemens Börsig und Dr. Karl-Gerhard Eick. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Ethikkodex

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir einen Ethikkodex verabschiedet. Dieser Ethikkodex findet Anwendung auf den „Principal Executive Officer“, den „Principal Financial Officer“, den „Principal Accounting Officer“ oder „Controller“ sowie Personen, die innerhalb des Unternehmens vergleichbare Funktionen ausüben („Senior Financial Officers“). Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Finanzvorstand und der Head of Group Accounting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Der Ethikkodex ist auf der Webseite der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht. Im Berichtsjahr 2009 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex angezeigt.

Code of Conduct

Der Code of Conduct ist ein konzernweiter Verhaltenskodex für alle Mitarbeiter der Deutsche Bank AG. Zielsetzung und Identität ist es, der weltweit führende Anbieter von Finanzlösungen für anspruchsvolle Kunden zu sein und damit nachhaltig Mehrwert für unsere Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen. Um stets ein hohes Maß an Integrität und Konsequenz in unserem gesamten Handeln zu gewährleisten, wurde der Verhaltenskodex als Orientierung entwickelt. Er beinhaltet die grundlegenden Anforderungen an das Verhalten jedes Einzelnen. Gleichzeitig stellt er den verbindlichen Rahmen für alle Organisationseinheiten dar, die spezielle Richtlinien und Regelwerke herausgeben. Der Code of Conduct ist auf der Webseite der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. 2008 und 2009 wählte die Hauptversammlung die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit Jahren als unser Abschlussprüfer fungiert, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2008 und 2009.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonoraren ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2009	2008
Prüfungshonorare	45	47
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	6	8
Honorare für Steuerberatung	5	7
Sonstige Honorare	–	–
Summe der Honorare	56	62

Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachter-tätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung, inklusive Dienstleistungshonoraren, enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres

Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2008 und 2009 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (angepasste Entsprechenserklärung 2009)

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 28. Oktober 2009 die Entsprechenserklärung 2009 gemäß § 161 des Aktiengesetzes abgegeben. Diese Erklärung wurde am 5. Januar 2010 angepasst, da der Aufsichtsrat in der D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat einen Selbstbehalt eingeführt hat. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wie folgt entsprochen:

Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2008 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 6. Juni 2008, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 8. August 2008, bis zum Inkrafttreten der neuen Kodexfassung am 5. August 2009 mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8).

Den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009 hat die Deutsche Bank AG seit deren Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 5. August 2009 bis zum 1. Januar 2010 mit folgender Ausnahme entsprochen:

- Für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestand eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8).

Bei der D&O-Versicherung handelt es sich um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Personen im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Während für die Vorstandsmitglieder aufgrund der gesetzlichen Vorgaben schon im Oktober 2009 die Einführung des Selbstbehalts beschlossen wurde, blieb diese Entscheidung für die Aufsichtsratsmitglieder offen. Den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutsche Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009 entspricht die Deutsche Bank seit 1. Januar 2010 ohne Ausnahmen.

Für den Vorstand wurde zeitgleich ein Selbstbehalt nach den Regelungen im Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) eingeführt.

Diese angepasste Entsprechenserklärung 2009 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Webseite der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht, wo auch die aktuelle Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex zu finden ist.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Ergänzende Informationen

05

Vorstand	336
Aufsichtsrat	337
Advisory Boards	339
Der Konzern im Vierjahresvergleich	344
Patronatserklärung	345
Glossar	346
Impressum/Publikationen	352

Vorstand

Dr. Josef Ackermann

Vorsitzender

Dr. Hugo Bänziger

Michael Cohrs

ab 1. April 2009

Jürgen Fitschen

ab 1. April 2009

Anshuman Jain

ab 1. April 2009

Stefan Krause

Hermann-Josef Lamberti

Rainer Neske

ab 1. April 2009

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*

– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands der Deutsche Telekom
AG bis 28. Februar 2009;
Vorsitzender des Vorstands der
Arcandor AG ab 1. März 2009
bis 1. September 2009,
Köln

Heidrun Förster*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Alfred Herling*

Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender
der ver.di Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft,
Hamburg

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG bis 31. Mai 2009,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

Toronto

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teysen

Chief Operating Officer und
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*

Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Werner Wenning

Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG,
Leverkusen

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Sir Peter Job

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Marlehn Thieme*

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer

Werner Wenning

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

Professor Dr.-Ing.

Wolfgang Reitzle

– Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands der
Linde AG, München

Professor Dr. h.c.

Roland Berger

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Roland Berger Strategy
Consultants GmbH, München

Dr. Kurt Bock

Mitglied des Vorstands der
BASF SE, Ludwigshafen

Lord John Browne of Madingley

ab 1. Dezember 2009
Managing Director und Managing
Partner (Europe), Riverstone
Holdings LLC;
ehemaliger Chief Executive
Officer, BP, London

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung
und persönlich haftender Gesell-
schafter der Merck KGaA,
Darmstadt

Peter Löscher

ab 1. Januar 2009
Vorsitzender des Vorstands der
Siemens Aktiengesellschaft,
München

Francis Mer

Ehemaliger französischer
Minister für Ökonomie,
Finanzen und Industrie,
Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands,
Severstal;
Generaldirektor des Severstal-
Konzerns, Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker

Persönlich haftender
Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Ehemaliger Chief Executive
Officer von Compaq,
Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Urfahrn

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
J. M. Voith AG, Heidenheim

Håkan Samuelsson

Vorsitzender des Vorstands der
MAN SE bis 23. November 2009,
München

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin und Vorsitzende
des Aufsichtsrats der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Vorsitzender des Gesellschafter-
ausschusses der
Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands der
Daimler AG und Leiter
Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Ehemaliger Chief Executive Officer und Chairman, Lockheed Martin

John E. Bryson

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, Edison International

Michael D. Capellas

Chairman und Chief Executive Officer, First Data Corp.

James Ireland Cash, Jr., Ph. D.

– Emeritus Mitglied
Emeritus Professor und Senior Associate,
Dean Harvard Business School

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital LLC

Archie W. Dunham

Ehemaliger Chairman, ConocoPhillips

Benjamin H. Griswold

Chairman, Brown Advisory

The Honorable Chuck T. Hagel

ab 7. Mai 2009
Distinguished Professor, Georgetown Universität und Universität von Nebraska in Omaha;
ehemaliger US-Senator, (R-NE)

William R. Howell

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, J.C. Penney, Inc.

Robert L. Johnson

Gründer und Chairman, The RLJ Companies

Edward A. Kangas

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, Deloitte

Ellen R. Marram

Präsidentin, The Barnegat Group LLC

The Honorable Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische Arbeitsministerin

Robert P. May

Ehemaliger Chief Executive Officer, Calpine Corp.

Michael E. J. Phelps

Chairman, Dornoch Capital Inc.

The Honorable John W. Snow

Chairman, Cerberus Capital Management LP;
ehemaliger US-amerikanischer Finanzminister

Latin American Advisory Board

Mauricio Novis Botelho

Chairman und ehemaliger
Präsident und Chief Executive
Officer, Embraer

The Honorable Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Fernando Henrique Cardoso

Ehemaliger Präsident
der Föderativen Republik
von Brasilien

Luis Alejandro Pagani

Präsident, Arcor Group

Armando Garza Sada

Vice Chairman, Alfa

Horst Paulmann

Gründer und Präsident,
Cencosud S.A.

Enrique Iglesias

Generalsekretär der ibero-
amerikanischen Gewerkschaft;
ehemaliger Außenminister
von Uruguay

Miguel Urrutia Montoya

Professor, Universidad
de los Andes;
ehemaliger Gouverneur der
Zentralbank von Kolumbien

Pedro Pablo Kuczynski

Partner und Senior Advisor,
The Rohatyn Group;
ehemaliger Premierminister
von Peru

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

Chairman und Chief Executive Officer, Vinashin Group, Vietnam

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und Wirtschaftslehre, Columbia Business School International

Toru Hashimoto

Ehemaliger Präsident und Chief Executive Officer sowie ehemaliger Chairman, The Fuji Bank Ltd.; ehemaliger Chairman, Deutsche Securities Inc., Japan

Nobuyuki Idei

Gründer und Chief Executive Officer, Quantum Leaps Corporation; Vorsitzender des Beraterkreises, Sony Corporation, Japan

Gang-Yon Lee

Chairman, Korea Gas Corporation, Korea

Dr. David K.P. Li

Chairman und Chief Executive Officer, The Bank of East Asia, Hongkong/China

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Office of Strategy and Development Committee, Chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde, China

Subramanian Ramadorai

Vice Chairman, Tata Consultancy Services Limited, Indien

Dr. Tony Tan

Deputy Chairman und Executive Director, The Government of Singapore Investment Corp. Pte. Ltd., Singapur

Sofjan Wanandi

Chairman, Santini Group; Chairman des Arbeitgeberverbands von Indonesien (APINDO), Indonesien

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökonomie und Akademiemitglied, Chinese Academy of Social Science, China

Climate Change Advisory Board

Lord John Browne of Madingley

Managing Director und Managing Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC;
ehemaliger Chief Executive Officer, BP

John Coomber

Mitglied des Board of Directors,
Swiss Re;
Chairman, The Climate Group

Fabio Feldmann

Chief Executive Officer,
Fabio Feldmann Consultores;
ehemaliger Vorstandssekretär,
Brazilian Forum on Climate Change

Amory B. Lovins

Chairman und Chief Scientist,
Rocky Mountain Institute

Lord Oxburgh

Mitglied des Beraterkreises,
Climate Change Capital;
ehemaliger Chairman, Shell

Dr. R. K. Pachauri

Chairman, Intergovernment Panel on Climate Change

Professor Hans Joachim Schellnhuber

Gründungsdirektor, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Professor Robert Socolow

Co-Director, The Carbon Mitigation Initiative;
Professor, Princeton University

Professor Dr. Klaus Töpfer

Ehemaliger deutscher Umweltminister

Professor Hongren Zhang

Ehemaliger Präsident,
International Union of Geological Science;
ehemaliger chinesischer Vizeminister für Geologie und Mineralressourcen

Der Konzern im Vierjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Bilanzsumme	1.500.664	2.202.423	1.925.003	1.520.580
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	269.281	198.892	178.524
Summe der Verbindlichkeiten	1.462.695	2.170.509	1.885.688	1.486.694
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.647	30.703	37.893	33.169
Minderheitsanteile	1.322	1.211	1.422	717
Tier-1-Kapital	34.406	31.094	28.320	23.539
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.929	37.396	38.049	34.309
Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Mio €	2009	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076	612	298
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282	11.192
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	- 9.992	7.175	8.892
Sonstige zinsunabhängige Erträge	- 527	1.411	2.523	1.476
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.493	1.160	21.980	21.560
Personalaufwand	11.310	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.402	8.339	8.038	7.143
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	- 134	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278	21.468	19.931
Ergebnis vor Steuern	5.202	- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	244	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 15	- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	4.973	- 3.835	6.474	6.070
Kennziffern	2009	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92 €	- 7,61 €	13,65 €	12,96 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59 €	- 7,61 €	13,05 €	11,48 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,50 €	4,50 €	4,00 €	2,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,6 %	- 11,1 %	17,9 %	20,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,3 %	- 16,5 %	24,1 %	27,9 %
Aufwand-Ertrag-Relation	72,0 %	134,3 %	69,6 %	69,8 %
Tier-1-Kapitalquote ¹	12,6 %	10,1 %	8,6 %	8,5 %
Eigenkapitalquote ¹	13,9 %	12,2 %	11,6 %	12,5 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	77.053	80.456	78.291	68.849

¹ Quoten für 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH, vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank ZRt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
	VAT Deutsche Bank DBU, Kiew
	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Glossar

Alternative A (Alt-A)

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit einer Bonität besser als → Subprime, aber schlechter als → Prime verstanden werden.

Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in → Private Equity, Wagniskapital, → Mezzaninekapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie → Hedgefonds.

Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Strukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (→ Verbriefungen).

Auction Rate Securities

Lang laufende Anleihen (meist 20 bis 30 Jahre) mit variablem Zinssatz. Die Höhe dieses Zinssatzes wird in regelmäßigen Auktionen festgesetzt.

Aufrechnungsvereinbarungen

Bilaterale Vereinbarungen zwischen dem Konzern und einem Vertragspartner, welche für die einbezogenen Geschäfte sicherstellten, dass im Fall der Eröffnung eines Insolvenz- oder Konkursverfahrens nach der Aufrechnung von sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten nur ein einziger Nettobetrag von einer Partei an die andere Partei geschuldet wird.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquote

Zentrale Kennzahl für Banken, dargestellt als prozentuales Verhältnis zwischen dem → aufsichtsrechtlichen Kapital und der zusammengefassten aufsichtsrechtlichen Risikoposition, bestehend aus → Kredit-, → Markt-

und → operationellen Risiken nach Basel II. Die einzuhaltende Mindestkapitalquote beträgt 8 %. Grundsätzlich muss mindestens die Hälfte des regulatorischen Kapitals aus Kernkapital bestehen, was zu einer Mindestkernkapitalquote von 4 % führt.

Aufsichtsrechtliches Handels- und Anlagebuch

Das aufsichtsrechtliche Handelsbuch ist definiert in § 1a KWG. Es umfasst Finanzinstrumente und Waren, die mit Handelsabsicht oder zum Zweck der Absicherung des → Marktrisikos aus anderen Handelsbuchpositionen gehalten werden, ferner Pensions- und Darlehensgeschäfte, welche sich auf Handelsbuchpositionen beziehen, sowie Aufgabengeschäfte und Forderungen, die mit Positionen des Handelsbuchs unmittelbar verknüpft sind. Finanzinstrumente und Waren, die dem Handelsbuch zugerechnet werden, müssen handelbar oder absicherungsfähig sein. Das aufsichtsrechtliche Anlagebuch umfasst alle Positionen und Geschäfte, die nicht dem Handelsbuch zugerechnet werden.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß → Basel II setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte → hybride Kapitalinstrumente,
- Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,

- Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Ausfallwahrscheinlichkeit

Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Geschäftspartners wird für den Zeitraum der nächsten zwölf Monate bestimmt und als Prozentsatz angegeben. Der Konzern beurteilt diese nicht für die Gesamtlaufzeit der Transaktion. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist die primäre Messgröße für die Kreditwürdigkeit eines Geschäftspartners. Die numerischen Wahrscheinlichkeiten werden in eine 26-stufige Ratingskala überführt, welche den von internationalen Ratingagenturen verwendeten Ratingskalen ähnlich ist.

Backtesting

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft der → Value-at-Risk-Berechnungen. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste unter einer Buy-and-hold-Annahme mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Basel II

Die neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch Basel II genannt, welche die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen stärker auf die zugrunde liegenden Risiken ausrichten.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

→ Asset-backed Securities, die mit Krediten, Schuldverschreibungen oder → Derivaten besichert wurden.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

→ Mortgage-backed Securities (MBS), die Kredite für gewerbliche Immobilien verbrieften.

Credit Default Swap

Ein → Kreditderivat, welches Kreditrisiken im Zusammenhang mit Darlehen, Schuldverschreibungen oder anderen kreditbezogenen Wertpapieren absichert. Die besicherte Partei zahlt im Allgemeinen einen festen Coupon über eine festgelegte Periode und erhält nur dann eine Zahlung, wenn ein bestimmtes im Kreditvertrag definiertes Ereignis, beispielsweise ein Zahlungsausfall aufgrund der Insolvenz eines Kreditnehmers, eintritt.

Credit Linked Note

Wertpapiere, die ein → Kreditderivat, meist einen → Credit Default Swap, enthalten.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

Derivate

Finanzinstrumente, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preis-erwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere → Swaps, → Optionen und → Futures.

Durchschnittliches Active Equity

Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Wettbewerbern vergleichbar zu sein. Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach → IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung

der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

Eigenkapitalrendite (Return on Equity, RoE)

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt. Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem → durchschnittlichen Active Equity)

Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am → durchschnittlichen Active Equity.

Equitymethode

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse/(-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.

Ergebnis je Aktie

Nach → IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der angenommenen Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, noch nicht unverfallbarer

zugeteilter Aktienrechte und wandelbarer Schuldtitel und bestimmter Terminkontrakte die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Erwarteter Verlust

Messung für Verluste, die durch → Kredit- und → operationelle Risiken innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten sind.

Event-Risk-Szenarien

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

Exposure

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

Fair Value

Betrag, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer aktuellen Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) ausgetauscht werden könnte.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden

Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Geschäftsrisiko (Business Risk)

Risiko, das aufgrund potenzieller Änderungen in den Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten sowie technischem Fortschritt entsteht und die Ertragslage des Konzerns beeinträchtigen kann, wenn sich dieser nicht zügig auf die veränderten Bedingungen einstellt.

Goodwill

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertrags-erwartungen über den → Fair Value der einzeln identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Absicherungsgeschäften, die bestimmten Bedingungen unterliegt. Solche Geschäfte sichern bestimmte, meist finanzielle Risiken ab, indem sie diese gegenläufig abbilden. Aufgrund dieser Gestaltung können Risiken teilweise oder vollständig kompensiert werden. Unterschieden wird zwischen dem Grundgeschäft, welches das Risiko beziehungsweise die Risiken begründet, und dem Sicherungs- oder Hedgegeschäft, welches die Risiken mindert.

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von institutionellen Anlegern und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Hedgefonds zählen zu den sogenannten → Alternativen Investments. Sie unterliegen keinen oder zumindest keinen strengen regulatorischen Anforderungen und haben daher die Möglichkeit, sich Anlageinstrumenten und -strategien zu bedienen, die für

Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und → Derivate. Hedgefonds bieten die Chance auf eine hohe Rendite, bergen aber auch ein Risiko des Kapitalverlusts in sich; ihre Renditen sind daher nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte vergleichbar.

High-Yield-Anleihen

Festverzinsliche Wertpapiere, bei denen der Emittent einer niedrigen Bonitätseinstufung unterliegt. Sie bieten eine im Vergleich zu Papieren mit besserer Bonitätseinstufung höhere Verzinsung, unterliegen jedoch größeren Risiken.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Anderenfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

IFRS (International Financial Reporting Standards) / vormalis IAS (International Accounting Standards)

Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren
→ Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und → Private Equity.

Konfidenzniveau

Im Rahmen des → Value-at-Risk-Konzepts sowie des → Ökonomischen Kapitals die berechnete Wahrscheinlichkeit, mit der ein tatsächlicher Verlust den potenziellen Verlust, wie er durch den Value-at-Risk oder das Ökonomische Kapital geschätzt wurde, nicht übersteigt.

Kreditderivate

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene
→ Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

Kreditrisiko

Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, → Länder- und Abwicklungsrisiken.

Länderrisiko

Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund verschlechterter ökonomischer Bedingungen, politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden,

durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Latente Steuern

Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.

Leverage Ratio

Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital.

Leveraged-Finance-Aktivitäten

Finanzierung eines Unternehmenskaufs mittels hoher Fremdkapitalaufnahme (Leverage).

Liquiditätsrisiko

Risiko, dass der Konzern möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, seine Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Mark-to-market-Bewertung

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten.

Marktrisiko

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Methode der laufenden**Einmalprämien****(Projected Unit Credit Method)**

Die gemäß IAS 19 vorgeschriebene versicherungsmathematische Bewertungsmethode zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen und dem damit verbundenen Dienstzeitaufwand. Es handelt sich um ein Ansammlungsverfahren, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Bewertungsstichtag verdienten Versorgungsanspruchs unter Berücksichtigung anzunehmender zukünftiger Leistungssteigerungen anzusetzen ist. Der hierfür heranzuziehende Diskontierungszinssatz ist auf der Grundlage der Marktrenditen für erstrangige, festverzinsliche Industrielanien am Bilanzstichtag zu ermitteln.

Mezzanine

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital.
Hier: langfristiges nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

Monolineversicherer

Versicherer, die Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.

Monte Carlo-Simulation

Monte Carlo-Methoden werden verwendet, um (komplexe) Instrumente, Portfolios und Investments zu bewerten und zu analysieren. Dies erfolgt durch Simulation der verschiedenen unsicheren Einflüsse auf den Wert des Instruments und anschließende Bestimmung des durchschnittlichen Werts aus der Bandbreite der resultierenden Ergebnisse.

Mortgage-backed Securities (MBS)

→ Asset-backed Securities, die Hypothekenkredite verbriefen. Unterkategorien sind → Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und → Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

Ökonomisches Kapital

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen.

Operationelles Risiko

Potenzieller Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine → Geschäfts- und → Reputationsrisiko.

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten

Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (→ Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-Counter) gehandelt werden.

Personalaufwandsquote

Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovor-sorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Portfolio

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder → Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Positionswert

Der erwartete ausstehende Kreditbetrag gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls.

Prime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit hoher Bonität verstanden werden.

Prime Brokerage

Eine Dienstleistung, die → Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, → Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung für institutionelle Anleger beinhaltet.

Private Banking

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Rating

Die objektive Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation – insbesondere der Ausfallwahrscheinlichkeit – von Kunden, die von aktuellen Charakteristika und Annahmen ausgeht. Die Methoden für die Zuordnung von Ratings hängen von der Kundenart und den verfügbaren Informationen ab. Eine große Methodenanzahl wird für die Beurteilung des → Kreditrisikos angewendet wie zum Beispiel Expertensysteme und ökonomische Ansätze.

Repogeschäft (Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Reputationsrisiko

Risiko, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in den Konzern negativ beeinflusst wird.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS)

→ Mortgage-backed Securities (MBS), die Wohnungsbaukredite verbriefen.

Risikogewichtete Aktiva (Risk-weighted Assets, RWA)

Risikogewichtete Aktiva sind mit
→ Kredit-, → Markt- und/oder
→ operationellen Risiken behaftete
Positionen, die entsprechend auf-
sichtsrechtlichen Anforderungen
gewichtet wurden. RWA ergeben sich
aus den aufsichtsrechtlichen Eigen-
kapitalanforderungen multipliziert mit
dem Faktor 12,5. Anders ausgedrückt,
betragen die Kapitalanforderungen
8 % der RWA.

Sachaufwandsquote

Prozentualer Anteil des zinsunabhän-
gigen Sachaufwands, der sich aus den
zinsunabhängigen Aufwendungen
abzüglich Personalaufwand zusam-
mensetzt, an den Erträgen insgesamt,
die als Zinsüberschuss vor Risiko-
vorsorge im Kreditgeschäft plus zins-
unabhängige Erträge definiert sind.

Sarbanes-Oxley Act (SOx)

US-Kapitalmarktgesetz aus dem
Jahr 2002, das als Reaktion auf eine
Anzahl von Bilanzskandalen die
Corporate Governance stärken und
damit das Vertrauen der Investoren in
den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll.
Die neuen und erweiterten Regelun-
gen gelten für alle an einer US-Börse
gelisteten Unternehmen und reichen
von zusätzlichen Vorstandsaufgaben
bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Seed Investments

Anfängliche Aufwendungen für Markt-
forschung und/oder Maßnahmen im
Zusammenhang mit Investmentfonds.

Segmentberichterstattung

Offenlegung von Vermögens-, Ergeb-
nis- und sonstigen Informationen eines
Unternehmens, untergliedert nach
Tätigkeitsbereichen (Unternehmens-
bereichen) und geografischen Merk-
malen (Regionen).

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte
Wertsteigerungen des Unternehmens
in den Mittelpunkt strategischer und
operativer Entscheidungen stellt.
Kerngedanke ist, dass nur Renditen,
die über den Eigenkapitalkosten lie-
gen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang
mit dem US-amerikanischen Hypothe-
kenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit
geringer Bonität verstanden werden.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zah-
lungsströmen.
Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungs-
strömen gleicher Währung mit
unterschiedlichen Konditionen (bei-
spielsweise fest/variabel).
Währungsswaps: Tausch von Zins-
zahlungsströmen und Kapitalbeträgen
in unterschiedlichen Währungen.

US GAAP

(United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsstandards der
USA, die in engerem Sinne durch
Verlautbarungen des Financial
Accounting Standards Board (FASB)
sowie des American Institute of Certi-
fied Public Accountants (AICPA)
gebildet werden. Darüber hinaus sind
insbesondere für börsennotierte
Unternehmen die von der Wertpapier-
aufsichtsbehörde Securities and
Exchange Commission (SEC) ent-
wickelten Interpretationen und Aus-
legungen von Relevanz. Ähnlich den
→ IFRS liegt die maßgebliche Ziel-
setzung in der Bereitstellung entschei-
dungsrelevanter Informationen im
Jahresabschluss, die insbesondere für
Investoren nützlich sein sollen.

Value-at-Risk

Misst für ein gegebenes → Portfolio
den potenziellen künftigen Verlust
(bezogen auf den Marktwert), der
unter normalen Marktbedingungen in
einer bestimmten Periode und mit
einem bestimmten → Konfidenzniveau
nicht überschritten wird.

Verbriefungen

Schaffung von handelbaren Wert-
papieren aus Forderungen, Einlagen
(das heißt zukünftigen Zahlungs-
strömen) oder Eigentumsrechten
im weiteren Sinne. Beispiele sind
→ Asset-backed Securities und
→ Mortgage-backed Securities.
Diese Wertpapiere werden häufig von
Zweckgesellschaften ausgegeben,
die allein der Begebung solcher Wert-
papiere dienen und deren Vermögen
aus den dazu eingebrachten Vermö-
genswerten besteht.

Verlustquote bei Ausfall

Die Verlustquote bei Ausfall bemisst
das wahrscheinliche Verlustausmaß
bei einem Ausfall des Geschäftspart-
ners. Sie ist eine Schätzung des Risi-
koprozents in Prozent, der bei
einem Ausfallereignis uneinbringlich
ist, und stellt daher die Schwere eines
Verlusts dar.

Wrapped Bond

Schuldverschreibung, die von Dritten
versichert oder garantiert wird.

Zielgrößendefinition

Bestimmte signifikante Gewinne (wie
Gewinne aus dem Verkauf von Indu-
striebeiträgen, Geschäftsfeldern
oder Immobilien) oder signifikante
Aufwendungen (wie Restrukturierungs-
aufwendungen, Goodwillabschreibun-
gen oder Aufwendungen aus Rechts-
streitigkeiten) werden in der Ziel-
größendefinition des Konzerns un-
berücksichtigt gelassen, wenn sie
keine Bedeutung für den zukünftigen
Erfolg der Kerngeschäftsfelder der
Deutschen Bank haben.

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Jahresbericht 2009 und Finanzbericht 2009
im Internet:
www.deutsche-bank.de/09

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 16. März 2010 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Gerne senden wir Ihnen die folgenden Publikationen zum Jahresabschluss.

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2009 und dem Finanzbericht 2009, besteht.

Jahresbericht 2009
(in Deutsch und Englisch)

Finanzbericht 2009
(in Deutsch und Englisch)

Annual Report 2009 on Form 20-F
(in Englisch)

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2009
(in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis der Mandate
(in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2009
(in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis der Beiratsmitglieder
(in Deutsch)

Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2009
(ab Mai 2010 in Deutsch und Englisch)

So können Sie bestellen:

- per E-Mail an service-center@bertelsmann.de
- im Internet unter www.deutsche-bank.de/09
- per Fax an (0 18 05) 07 08 08
- mit Anruf unter (0 18 05) 80 22 00
- per Post bei
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

2010

- 27. April 2010 Zwischenbericht zum 31. März 2010
- 27. Mai 2010 Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
- 28. Mai 2010 Dividendenzahlung
- 28. Juli 2010 Zwischenbericht zum 30. Juni 2010
- 28. Oktober 2010 Zwischenbericht zum 30. September 2010

2011

- 03. Februar 2011 Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2010
- 15. März 2011 Geschäftsbericht 2010 und Form 20-F
- 28. April 2011 Zwischenbericht zum 31. März 2011
- 26. Mai 2011 Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
- 27. Mai 2011 Dividendenzahlung
- 27. Juli 2011 Zwischenbericht zum 30. Juni 2011
- 26. Oktober 2011 Zwischenbericht zum 30. September 2011